



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit am
Beispiel der Biogasanlage Leoben“

Betreiber, Betroffene und Medien im Fokus einer qualitativen Analyse

Verfasserin

Anja Barth, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im September 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Roland Burkart

*Für
meine
Eltern*

Danke

An erster Stelle möchte ich meinen Eltern danken, ohne euch wäre mein Studium nicht möglich gewesen. Ihr habt mich mit eurer Unterstützung und aufmunternden Worten wie „da mache ich mir gar keine Sorgen, dass du das nicht schaffst“ durch mein ganzes Studium aber vor allem durch die letzte „heiße“ Phase ununterbrochen begleitet. Ihr habt mich immer wieder aufgebaut und nie den Glauben an mich verloren. Danke!

Ganz herzlich möchte ich mich bei meinem Freund Erich bedanken. Danke für deine moralische Unterstützung und Motivation und dass du mich stets durch Höhen und Tiefen begleitet hast.

Besonders bedanken möchte ich mich bei meinem Betreuer Prof. Roland Burkart für seine fachliche Unterstützung und Anregungen zu meinem Thema, dadurch haben sich einige interessante Aspekte aufgetan.

Vielen Dank auch an meine Freunde und Freundinnen die mich immer wieder motiviert haben und die mir in dieser Zeit viel Geduld entgegen gebracht haben. Danke an Maria, Frau Pointner und Heike die mich mit viel Tatendrang unterstützt haben. Ein ganz besonderer Dank gilt Gudrun, die mich mit viel Zeit und Energie tatkräftig unterstützt hat.

Ohne die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Interviews, allen voran Herrn Fiausch, wäre der empirische Teil dieser Arbeit gar nicht möglich gewesen, deshalb danke ich jedem und jeder Einzelnen für seine/ ihre kostbare Zeit, ebenso Herrn Mag. Trumler für seine Unterstützung.

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	1
2	RISIKO.....	4
2.1	Risiko - Begriffsklärung	4
2.2	Risiko und chemische Prozesse	6
2.3	Risikowahrnehmung.....	7
2.4	Risikokommunikation	9
2.4.1	<i>Strategien der Risikokommunikation</i>	<i>13</i>
2.4.2	<i>Akteure und Akteurinnen der Risikokommunikation.....</i>	<i>15</i>
3	KONFLIKT- UND KRISEN-PR	19
3.1	Konflikt - Begriffsklärung	19
3.1.1	<i>Konflikte im sozialen Kontext</i>	<i>20</i>
3.1.2	<i>Konflikt - PR.....</i>	<i>23</i>
3.1.3	<i>Strategien der Konflikt - PR</i>	<i>25</i>
3.2	Krise - Begriffsklärung.....	28
3.2.1	<i>Krisen - PR</i>	<i>29</i>
3.2.2	<i>Strategien der Krisen-PR</i>	<i>32</i>
4	VERSTÄNDIGUNGSORIENTIERTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	36
4.1	Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas als Basis des Modells der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit	38
4.2	Ziele der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit	42
4.3	Vier Phasen der VÖA.....	45
4.3.1	<i>Exkurs „Two-Way Symmetric Model“ nach Grunig/ Hunt.....</i>	<i>53</i>
4.4	Teilöffentlichkeiten	54
4.5	Moralische Urteilsstufen	56
5	BÜRGERINITIATIVEN	62
5.1	Begriffsklärung	62
5.2	Bürger- und Bürgerinnendemokratie	64
5.3	Ziviler Ungehorsam.....	68
5.4	Kommunikation von Bürgerinitiativen	71

6	 BIOGASANLAGEN	74
6.1	Biogas – Zusammensetzung und Verwendung	74
6.1.1	<i>Biogasanlagen in Österreich</i>	<i>77</i>
6.1.2	<i>Wirtschaftsfaktor Biogasanlage.....</i>	<i>80</i>
6.1.3	<i>Biogasanlagen und Gefahren</i>	<i>83</i>
7	 EMPIRISCHE METHODIK DER UNTERSUCHUNG	85
7.1	Untersuchungsgegenstand	86
7.1.1	<i>Biogasanlage Leoben</i>	<i>88</i>
7.1.2	<i>Bürgerinitiative „Le-benswert“ - Gegen Lärm und Gestank</i>	<i>89</i>
7.2	Erkenntnisinteresse	89
7.3	Forschungsfragen und Hauptkategorien.....	90
7.4	Untersuchungsdesign	96
7.4.1	<i>Untersuchungsmethode</i>	<i>96</i>
7.4.2	<i>Problemzentrierte Interviews.....</i>	<i>96</i>
7.4.3	<i>Operationalisierung</i>	<i>99</i>
7.4.4	<i>Datenauswertung: Qualitative Inhaltsanalyse.....</i>	<i>109</i>
7.4.5	<i>Transkriptionsregeln</i>	<i>114</i>
7.4.6	<i>Ablaufmodell der vorliegenden Untersuchung</i>	<i>115</i>
8	 AUSWERTUNG	120
8.1	Kategorienbildung.....	121
8.2	Beantwortungen der Forschungsfragen.....	142
8.2.1	<i>Generierte Hypothesen.....</i>	<i>166</i>
8.3	Teilöffentlichkeiten.....	167
9	 ZUSAMMENFASSUNG UND RESÜMEE	168
10	 LITERATURVERZEICHNIS.....	173
11	 ABBILDUNGSVERZEICHNIS	185
ANHANG		I
	Abkürzungsverzeichnis.....	I
	Leitfaden	II
	Prüfung des Themenrelevanten Wissensstandes	XI
	Kategorienschema	XIII
	Interview mit Herrn Mag. Trumler.....	XX

Interview mit Herrn Fiausch	XXVIII
Kategoriensystem	LX
Artikel	CXII
Pressematerial.....	CXXX
Abstract Deutsch.....	CXXXVII
Abstract Englisch.....	CXXXVIII
Lebenslauf	CXXXIX

1 EINLEITUNG

In unserem Zeitalter, wo soziale Netzwerke eine zentrale Rolle im Kommunikationsverhalten der Rezipienten und Rezipientinnen einnehmen, geht man davon aus, dass Unternehmen an einem wechselseitigen Dialog mit ihren relevanten Teilöffentlichkeiten interessiert sind. Vor allem dann, wenn ein Problem auftritt. Denn die Netzwerke ermöglichen in kürzester Zeit eine rasche Vernetzung und Mobilisierung einzelner Gegner und Gegnerinnen und negatives „Word-of-mouth“ erreicht zahlreiche Interessierte. Die Dialogorientierung mit wechselseitiger Verteilung der Kommunikationsmöglichkeiten ist aber nicht immer gegeben. Manche Unternehmen übergehen ihre Teilumwelten und handeln im Sinne ihrer Belange. Dahingehend motiviert mich folgendes Interesse zu dieser Arbeit: Inwiefern sich ein Unternehmen heutzutage an seinen Stakeholdern orientiert und an einem Dialog orientiert ist oder ob es ausschließlich auf seine eigenen Interessen bedacht ist und diese ohne eine Kommunikation mit relevanten Teilöffentlichkeiten durchsetzen will.

Dem Interesse zufolge bietet das Konzept der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit einen interessanten Ausgangspunkt für die Forschungsarbeit, da sie ein Einverständnis zwischen Unternehmen und dessen Gegner und Gegnerinnen fokussiert. Das Konzept versucht mit verschiedenen Methoden einen Konsens zu erreichen, wenn es zu einem Konflikt gekommen ist oder man aufgrund der Planung einer Anlage oder eines Betriebs damit rechnen muss. Grundlage der Untersuchung sind die Erkenntnisse aus der Studie von Burkart aus dem Jahr 1993 und die PR-Evaluation nach VÖA-Kriterien, um die Ziele der VÖA auf den jeweiligen Verständigungsebenen der objektiven, subjektiven und sozialen Welt zu erheben. (vgl. Burkart 2010, S. 35)

Das Fallbeispiel der Biogasanlage Leoben eignet sich sehr gut, um es nach den VÖA-Kriterien zu analysieren und die Vorgehensweise des Betreibers zu beleuchten, da bei der Biogasanlage zum Zeitpunkt der Magisterarbeit massiver Widerstand seitens der Bevölkerung herrschte. Nach der Einarbeitung in die Thematik und Gesprächen mit Betroffenen wurde das Interesse an dem Thema verstärkt. Der Besuch einer Informationsveranstaltung bestärkte mich schlussendlich in meiner Entscheidung für das Thema, da massive Interessenkonflikte aufeinanderprallten und dort bereits Zweifel an den Geltungsansprüchen zu erkennen waren.

Da die Biogasanlage in Leoben ein umstrittenes Thema ist, wäre eine sensible Öffentlichkeitsarbeit notwendig, die sich an den Ansprüchen der Verständigung orientiert. Eine Lösung, die für alle Beteiligten in Ordnung ist, scheint kaum möglich. Deshalb soll untersucht werden, inwiefern es bereits zu einem Dialog zwischen den Parteien gekommen ist und unter welchen Aspekten die Betroffenen einer Wiederinbetriebnahme zustimmen würden.

In dieser Arbeit gilt es ferner festzustellen, ob die befragten Anrainer und Anrainerinnen einen themenrelevanten Wissensstand aufweisen und welche Kontaktmöglichkeiten die Rezipienten und Rezipientinnen, zur aktiven Auseinandersetzung mit dem Thema, genutzt haben. Zudem soll untersucht werden, wie die Bewohner und Bewohnerinnen ihre Einstellung gegenüber der Biogasanlage begründen, also auf welchen moralischen Urteilsstufen sie sich befinden. Die Zweifel der Betroffenen an den Kommunikationsmaßnahmen und der Biogasanlage an sich werden analysiert. Die Untersuchung wird von dem Ziel geleitet, zu erheben, ob Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten, Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Verantwortlichen und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl und an der Legitimität der vertretenen Interessen bestehen.

Einen umfassenden Einblick in die Thematik basierend auf dem Konzept der VÖA gibt die Analyse von 20 Medienartikeln, dem ausgesendeten Pressematerial des Betreibers, einem Interview mit dem Kommunikationsverantwortlichen und 15 Interviews mit Anrainern und Anrainerinnen. Als qualitative Forschungsmethode wurde das Instrument des problemzentrierten Interviews gewählt, um einerseits den Teilnehmern und Teilnehmerinnen die Möglichkeit zu geben, ihre Meinungen umfassend zu äußern und andererseits um einen tiefergehenden Forschungseinblick zu gewährleisten. Der qualitative Anspruch hat bekanntermaßen nicht das Ziel statistische Zusammenhänge aufzuweisen, sondern das jeweilige Fallbeispiel in seiner Gesamtheit umfassend darzustellen, also in die Tiefe zu gehen. Basierend auf diesem Interesse gilt es nun, die theoretische Basis für die Empirie zu schaffen.

Im zweiten Kapitel des theoretischen Teils wird die Risikokommunikation thematisiert. Die Begriffe Risiko und die Risikowahrnehmung werden erläutert und die zentralen Strategien und Akteure und Akteurinnen der Kommunikation im Risikofall werden dargelegt.

Krisen- und Konflikt-PR stehen im Mittelpunkt des dritten Kapitels. Die Termini Krise und Konflikt werden definiert und da es für den Forschungskontext als wichtig erscheint,

werden Konflikte im sozialen Kontext diskutiert. Hier finden auch einige Strategien der Krisen- und Konflikt-PR Platz, um auf die theoretische Basis der vorliegenden Magisterarbeit überzuleiten, die verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit.

Innerhalb des vierten Kapitels wird auf die Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas als Basis des Modells der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit eingegangen. Darüber hinaus wird das Ziel der VÖA, ein Einverständnis zwischen den Kommunikatoren und Kommunikatorinnen zu erreichen, erörtert. Des Weiteren werden die Formen des Diskurses und die Phasen der VÖA dargestellt. Nachfolgend wird auf die Teilöffentlichkeiten nach Grunig und Hunt und die moralischen Urteilsstufen eingegangen, da die Aspekte einen wesentlichen Teil in der Untersuchung einnehmen. In einem Exkurs findet das „Two-Way Symmetric Model“ nach Grunig und Hunt Platz, da sich die VÖA an der symmetrischen Kommunikation orientiert.

Unter Kapitel fünf wird näher auf die aktive Partizipation im demokratischen Prozess mittels einer Bürgerinitiative eingegangen. Im sechsten Abschnitt der Arbeit wird die Funktionsweise von Biogasanlagen, deren Verteilung in Österreich und die Faktoren der Wirtschaftlichkeit und Gefahren beleuchtet.

Im empirischen Teil der Arbeit wird zu Beginn der Untersuchungsgegenstand erläutert. Darauf folgt das Erkenntnisinteresse, welches der Arbeit zu Grunde liegt, um dann die Forschungsfragen und Hauptkategorien anzuführen. Ferner werden die gewählten Methoden zur Datengenerierung und Datenauswertung erörtert und die Operationalisierung wird dargestellt.

In Abschnitt acht findet anschließend die erstellten Kategorien als Ergebnis der Untersuchung Platz, die Forschungsfragen werden beantwortet und generierte Hypothesen werden angeführt. Darauf folgt die Einordnung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen ausgehend von den Typen der Teilöffentlichkeiten nach Grunig/ Hunt.

Abgerundet wird die Arbeit mit einer Zusammenfassung, um die zentralen Ergebnisse der Arbeit darzustellen, ob die Ziele der VÖA im Hinblick auf die Phasen des Modells erreicht wurden und ein Einverständnis beziehungsweise auf die zu thematisierenden Sachverhalte, der involvierten Kommunikatoren und Kommunikatorinnen des Unternehmens und der vertretenen Interessen vorherrscht. (vgl. Burkart 2010, S. 25)

2 RISIKO

Die Errichtung und Inbetriebnahme von Biogasanlagen impliziert oftmals Risiken für Anrainer und Anrainerinnen. Sie können beispielsweise eine Verschlechterung der Lebensqualität zur Folge haben. In dem Zusammenhang gilt es zu Beginn die Begrifflichkeiten „Risiko“ und „Risikokommunikation“ zu definieren, die für die Behandlung des Fallbeispiels von essentieller Bedeutung sind.

2.1 Risiko - Begriffsklärung

Die Begriffe „Risiko“ und „Risikogesellschaft“ haben seit den 80er Jahren immer mehr an Bedeutung erlangt. Einige Definitionen und Überlegungen verschiedener Autoren und Autorinnen sollen dabei helfen, die Begriffe verständlich zu machen, um am Ende des Kapitels einen Zusammenhang mit der Risikokommunikation und ihrer Anwendung in der Praxis herstellen zu können. Zudem werden die Auswirkungen von Risiken auf jeden einzelnen Stakeholder beleuchtet.

„Erst in den letzten Jahren beginnt die Soziologie, sich ernsthafter und umfangreicher mit dem Thema Risiko zu befassen.“ (Luhmann 1990, S. 131) „Risiko hat viele Bedeutungen: In Technik und Versicherungswissenschaften wird der Begriff gemeinhin als Produkt von Wahrscheinlichkeit und erwartetem Schadenausmaß definiert.“ (Renn 1989, S. 168 f)

„Der Begriff 'Risiko' ist in den letzten Jahren zum Symbolbegriff der Krise im Verhältnis der Gesellschaft zu Wissenschaft und Technik geworden. Es geht dabei in erster Linie um gesundheitliche, ökologische und wirtschaftliche Risiken, aber auch um Gefahren für die psychosoziale Situation des Individuums und für die politische Verfassung der Gesellschaft. Beispielhaft seien die Diskussionen um Kraftwerke, Chemikalien, neue Medien, Datenschutz und Gentechnik genannt.“ (Wiedemann/ Rohrman/ Jungermann 1990, S. 1)

Generell meint „Risiko“ die Möglichkeit eines Schadens oder Verlustes, der mehr oder weniger bedeutsam sein kann. Es herrschen unterschiedliche Meinungen darüber, welche Risiken akzeptabel und welche unzumutbar sind. (vgl. ebd., S. 2) Nach Luhmann ermittelt man Risiken durch die Multiplikation von Schadenshöhe mal Schadenswahrscheinlichkeit. Es geht um eine kontrollierte Extension des Bereichs rationalen Handelns. (vgl. Luhmann 1991, S. 22) „Verzicht auf Risiken hieße, speziell unter heutigen Bedingungen, Verzicht auf Rationalität.“ (ebd.) Oftmals wird Risiko als Gegenbegriff zu Sicherheit verstanden. In der Konstellation fungiert er jedoch nur als

Reflexionsbegriff. (vgl. ebd., S. 28f) Der Risikobegriff bezeichnet „einen komplexen Sachverhalt, mit dem man es, zumindest in der modernen Gesellschaft, normalerweise zu tun hat.“ (ebd., S. 32) Nach Beck

„(...) geht die gesellschaftliche Produktion von Reichtum systematisch einher mit der gesellschaftlichen Produktion von Risiken. Entsprechend werden die Verteidigungsprobleme und -konflikte der Mangelgesellschaft überlagert durch die Probleme und Konflikte, die auch der Produktion, Definition und Verteilung wissenschaftlich-technisch produzierter Risiken entstehen.“ (Beck 1986, S. 25)

Es kristallisiert sich heraus, dass eine moderne Gesellschaft ohne Risiken nicht mehr vorstellbar ist. Beck bringt die Bedeutung von Risiko für die Moderne Gesellschaft auf den Punkt: „*Not ist hierarchisch. Smog ist demokratisch.*“ (ebd., S. 48) Das heißt, dass sich in diesem Sinne, mit der Ausbreitung von Modernisierungsrisiken, die sozialen Unterschiede relativieren und Risikogesellschaften keine Klassengesellschaften mehr sind. Es herrscht eine Tendenz zur Globalisierung, jeder ist betroffen. (vgl. ebd.) Er hat mit seinem Buch „Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne“ den Begriff der Risikogesellschaft geprägt und bekannt gemacht. Er spricht von einem „*Paradigma der Risikogesellschaft*“ (ebd., S. 26), indem nach einer Lösung gesucht wird, wie die im Modernisierungsprozess mitproduzierten Risiken bestmöglich verhindert werden können. Beck meint dass wir derzeit noch nicht in einer Risikogesellschaft leben, dies ist eine katastrophale Gesellschaft, in der der Ausnahmezustand zum Normalzustand werden kann. (vgl. ebd., S. 26ff) Luhmann unterscheidet zudem Risiko und Gefahr.

„Die Unterscheidung setzt voraus (und unterscheidet sich dadurch von anderen Unterscheidungen), daß in Bezug auf künftige Schäden Unsicherheit besteht. Dann gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder wird der etwaige Schaden als Folge der Entscheidung gesehen, also auf die Entscheidung zugerechnet. Dann sprechen wir von Risiko, und zwar vom Risiko der Entscheidung. Oder der etwaige Schaden wird als extrem veranlaßt gesehen, also auf die Umwelt zugerechnet. Dann sprechen wir von Gefahr.“ (Luhmann 1991, S. 30f)

Risiko meint, „wenn ein möglicher Schaden um eines Vorteils willen in Kauf genommen wird.“ (Luhmann 1990, S. 135) Des Weiteren erläutert Luhmann, dass es kein risikofreies Verhalten gibt. Demnach gibt es keine absolute Sicherheit, man kann Risiken nicht

vermeiden. Durch praktische Erfahrungen entwickelt sich schlussendlich ein Risikobewusstsein aus. (vgl. ebd., S. 37)

2.2 Risiko und chemische Prozesse

Da sich der empirische Teil der vorliegenden Arbeit mit der Öffentlichkeitsarbeit rund um die Biogasanlage Leoben beschäftigt, soll auch der Risikobegriff in diesem Rahmen geklärt werden.

Dazu zählen Risiken mit chemischen Stoffen, zumal sich Biogas aus chemischen Bestandteilen zusammensetzt. (vgl. Biogas-Netzeinspeisung 2008)

„Das Risiko in der Chemie wird uneinheitlich definiert. Grob können zwei Bereiche unterschieden werden:

1. Risiken für die Gesundheit von Menschen oder der Umwelt durch die Einwirkung chemischer Stoffe (biologisches Risiko)
2. Risiko für Immissionen aus dem Betrieb chemischer Anlagen oder aus der Verwendung chemischer Produkte (technisches Risiko)

Risiko allgemein setzt sich aus den Elementen 'Schaden' und 'Eintrittshäufigkeit' zusammen.“ (Uth 1990, S. 150)

Langfristige gesundheitliche Schäden sind in der Regel schwer zu quantifizieren. Bei einem Risikoszenarium muss unter anderem die Eintrittswahrscheinlichkeit als auch die Art und das Ausmaß der Emission und der Immission und die Wirkung auf das Schutzobjekt (biologisches Risiko) betrachtet werden. Emissionen von chemischen Stoffen können im Stoffkreislauf an allen Stellen vorkommen. Die Konsequenzen für Mensch und Umwelt sind dabei zu untersuchen. Die Ausbreitung von Schadstoffen erfolgt meist über Luft und Wasser und kann schließlich direkt Menschen, Tiere und das gesamte Ökosystem betreffen. Um jene Risiken steuern zu können, ist es notwendig, sie zu kennen, einen Konsensus über zumutbare Risiken zu bewahren und dass die Betroffenen die Risiken wahrnehmen. Menschen nehmen diese Risiken unterschiedlich, daher unterscheiden sich die von Experten und Expertinnen abgeschätzten Risiken und die von den Betroffenen empfundenen Risiken. Die Differenz bezeichnet man als Risikoaversion. Deshalb ist es unumgänglich, dass die Risikosteuerung das empfundene Risiko zur Leitlinie des Handelns macht. (vgl. ebd., S. 151ff)

Viele Prozesse und Produkte basieren auf chemischen Stoffen, ohne sie wäre ein Leben in der heutigen Zeit kaum mehr denkbar. Kleinste Alltagsgegenstände wie Plastikflaschen oder viele Bestandteile von Kleidung bestehen aus chemischen Zusammensetzungen.

Daher sind chemische Stoffe allgegenwärtig, die Gefahren die davon ausgehen beeinflussen das Leben eines jeden Menschen und erzeugen ein stärkeres Bewusstsein für Risiken.

2.3 Risikowahrnehmung

Spricht man von Risikobewusstsein liegt der Begriff Risikowahrnehmung sehr nahe, denn das eine bedingt gewissermaßen das andere. Man kann davon ausgehen, dass wenn einem Menschen ein Risiko bewusst ist, er es auch wahrnimmt.

„Man darf also annehmen, daß sich mit diesem relativ neuen (mittelalterlichen) Wort Risikowahrnehmungen vor allem dort entwickelt haben, wo Rationalitätszumutungen erfüllbar zu sein schienen.“ (Luhmann 1990, S. 135f)

Jungermann et al. stellen zur Risikowahrnehmung folgende Überlegung an: Ein Laie und eine Laiin nehmen Risiken anders wahr als Experten und Expertinnen. Laien und Laiinnen fürchten sich oft nicht vor jenen Risiken am meisten, die laut Fachleuten am größten sind. (vgl. Jungermann/ Rohrman/ Wiedemann 1990, S. 2)

„Wahrnehmungen sind eine Realität eigener Natur: So wie in Zeichentrickfilmen die gemalten Figuren erst dann in den Abgrund stürzen, wenn sie mitten in der Luft stehend plötzlich der Gefahr gewahr werden, so konstruieren auch Menschen ihre eigene Realität und stufen Risiken nach ihrer subjektiven Wahrnehmung ein. Diese Form der intuitiven Risikowahrnehmung basiert auf der Vermittlung von Informationen über die Gefahrenquelle, den psychischen Verarbeitungsmechanismen von Unsicherheit und früheren Erfahrungen mit Gefahren. Das Ergebnis *dieses mentalen* Prozesses ist das wahrgenommene Risiko, also ein Bündel von Vorstellungen, die sich Menschen aufgrund der ihnen verfügbaren Informationen und des gesunden Menschenverstandes über Gefahrenquellen machen.“ (Renn 1989, S. 167f)

Die Wahrnehmung empfindet jeder Mensch individuell und rechnet sich unterschiedlich hohe Eintrittswahrscheinlichkeiten bestimmter Gefahren aus. Wenn solch eine Gefahr eintritt, beispielsweise eine nukleare Katastrophe, stellt es ein Risiko für das Individuum aber auch für die Region und die Menschheit dar. Laut Luhmann kann man sich nicht auf zukünftig eintretenden Risiken vorbereiten, man kann heute noch nicht festlegen, wie man sich im Risikofall schlussendlich verhält. (vgl. Luhmann 1991, S. 67)

Laut Renn versuchen wir uns mental auf Gefahren und Risiken einzustellen, wobei die Begriffe hier synonym verwendet werden.

„Die Vorstellung, das Ereignis könne zu jedem beliebigen Zeitpunkt die betroffene Bevölkerung treffen, erzeugt das Gefühl von Bedrohtheit und Machtlosigkeit. Instinktiv können wir mental (ob real mag hier dahin gestellt bleiben) besser mit Gefahren fertig werden, wenn wir darauf vorbereitet und darauf eingestellt sind.“ (Renn 1989, S. 170)

In der Nacht fürchten wir uns beispielsweise mehr vor potentiellen Risiken als am Tag, wobei das Risiko höher ist, am Tag zu Schaden zu kommen. Der Grund liegt darin, dass wir in der Nacht schneller von Gefahren überrascht werden können, da wir uns mehr von potentiellen Risiken bedroht fühlen, die uns unvorbereitet treffen könnten als von jenen, auf die wir vorbereitet sind. Vorbereitet sind wir auf Risiken die zum Beispiel regelmäßig auftreten oder es liegt genügend Zeit zwischen dem Ereignis und der möglichen Gefahrenquelle. (vgl. ebd.) Das Ausmaß des Risikos wird demnach von drei Faktoren bestimmt,

„(...) der Zufälligkeit des Ereignisses, des erwarteten maximalen Schadensausmaßes und der Zeitspanne zur Schadensabwehr. Die Seltenheit des Ereignisses, also der statistische Erfahrungswert, ist dagegen unerheblich. Im Gegenteil: häufig auftretende Ereignisse signalisieren eher eine kontinuierliche Folge von Schadensfällen, auf die man sich im 'trial and error' Verfahren einstellen und vorbereiten kann.“ (ebd.)

Risiko kann häufig auch einen persönlichen Nutzen darstellen und zu einer enormen Handlungsmotivation führen, indem Menschen Risiken eingehen, um (Grenz-) Erfahrungen zu sammeln. Es geht um den Reiz, den bestimmte Risiken ausstrahlen. Es ist jedoch an einige Faktoren gebunden, wenn sich Menschen freiwillig einem Risiko aussetzen, nämlich unter anderem persönliche Kontrollierbarkeit, Freiwilligkeit und zeitliche Begrenzung. (vgl. ebd., S. 172)

Auch in dem Zusammenhang ist die Risikowahrnehmung individuell. Manche empfinden eine Klettertour ohne Sicherung als sinnlos, andere als den besonderen Kick. Risikowahrnehmung ist ein sehr komplexer Begriff, wie auch Risiko selbst. Es existieren zahlreiche Definitionen und Erläuterungen. Die Risikowahrnehmung geht häufig auch mit der Vermittlung durch die Medien einher, da sie mittlerweile einen zentralen Teil des Lebens einnehmen und man sich kaum noch entziehen kann – sei es durch Reklame, Fernsehen, das Internet oder Social-Networks. Darin kommunizierte Risiken werden von einer großen, unüberschaubaren Personenanzahl wahrgenommen und verbreiten sich rasend schnell.

„Die Risikowahrnehmung und die Medienberichterstattung über Risiken sind für den gesellschaftlichen Umgang mit einer Risikoquelle bedeutsam. Sie beeinflussen direkt das Ausmaß und den Umfang gesellschaftlicher Reaktionen. Technische Risikoaspekte, wie die Anzahl der Exponierten sowie die Größe der durch das Schadensereignis betroffenen Region, beeinflussen dagegen die gesellschaftliche Reaktion nur indirekt, eben via Medien und öffentliche Wahrnehmung.“ (Wiedemann 2010, S. 90)

Deshalb übernehmen die Medien eine sehr klar positionierte und wichtige Rolle bei der Risikokommunikation ein.

2.4 Risikokommunikation

Risikokommunikation ist für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit unumgänglich, denn das Vermitteln von Sicherheit und Vertrauen der Stakeholder in das Unternehmen stellt einen Erfolgsfaktor der Unternehmenspolitik dar.

„In der Öffentlichkeitsarbeit kommt Risikokommunikation als strategisch orientierte Kommunikationspolitik gezielt zum Einsatz. Einerseits werden möglicherweise schädliche Ereignisse öffentlich thematisiert. Andererseits lösen öffentlich ausgetragene unterschiedliche Schadensbewertungen eine riskant erscheinende Kommunikation erst aus.“ (Ruhrmann 2008, S. 524)

Demzufolge lässt sich die Kommunikation der Betreiber und Betreiberinnen einer Biogasanlage und den Bürgern und Bürgerinnen, die von der Errichtung, vom Betrieb und den Emissionen der Anlage betroffen sind, zur Risikokommunikation zählen. Folgende Definition untermauert jene Überlegung. „Risk communication evolved out of the need for risk managers to gain public acceptance for policies grounded in risk assessment methodologies.“ (Grabill/ Simmons 1998, S. 416) Des Weiteren wurden nach Grabill und Simmons jedoch wesentliche Faktoren außer Acht gelassen:

„(...) risk communication has been investigated primarily by communication, cognitive psychology, and risk assessment scholars. Too many of these approaches to risk communication have been arhetorical - typically decontextualizing risks and failing to consider social factors that influence public perception of risk.“ (ebd.)

Für Ruhrmann ist die wesentliche Funktion von Risikokommunikation

„die Gesellschaft zu alarmieren. Allerdings wird dabei nicht nur vor möglichen Schäden (und gegebenenfalls vor Katastrophen) gewarnt.

Unvermeidlich wird auch deutlich, daß Form und Inhalt dieser Warnungen von Experten und Gegenexperten kontrovers beurteilt werden“. (Ruhrmann 1996, S. 13)

„Risk communication is a subdiscipline of public relations devoted to address risks that befall citizens who live and work near dangerous industries or who encounter potentially harmful technologies, such as radiation.“ (Heath/ Palenchar 2000, S. 131) Die Bewohner und Bewohnerinnen müssen informiert werden, damit sie wissen, wie sie im Fall eines Notfalls reagieren sollen, es ist unumgänglich einen Dialog zwischen Management und Anrainer und Anrainerinnen zu kreieren. (vgl. ebd., S. 132)

Risikokommunikation hat das Ziel Verständigung herzustellen und Verständnis zu sichern. Dies zeigt zwei Aufgabenfelder der Risikokommunikation auf. Die Herstellung von Verständigung impliziert Zwei-Wege-Kommunikation, Beteiligung und das Sicherstellen von Fairness und Vertrauen. Erst dann ist es möglich Verständnis bei den Rezipienten und Rezipientinnen zu sichern, also die fachliche Grundlage für Risikoabschätzung zu fördern und somit zur Bildung einer Risikomündigkeit beizutragen. (vgl. Wiedemann 2010, S. 26)

Grundsätzlich kann zwischen vier Zielfunktionen differenziert werden.

- Der **Darstellungsaspekt** betrifft die erste Zielfunktion. Sachverhalte werden als Risiken dargestellt und bewertet, die Bewertungen können stark differenzieren, denn unterschiedliche Akteure und Akteurinnen beschreiben unterschiedliche Risiken für einen Sachverhalt.
- Die zweite Zielfunktion dreht sich um den **Appellaspekt**, dabei versucht die Risikokommunikation die Empfänger und Empfängerinnen emotional in Bezug auf ihr Verhalten zu beeinflussen.
- Die dritte Zielfunktion betrifft den **Selbstdarstellungsaspekt** der Kommunikatoren und Kommunikatorinnen, die versuchen, vertrauenswürdig und kompetent zu erscheinen. In Bezug darauf wollen Unternehmen den Anwohnern und Anwohnerinnen einer gefährlichen Anlage deutlich machen, dass sie selbst verantwortungsbewusst mit Risiken umgehen und auf das Gemeinwohl einen großen Wert legen.
- Die vierte Zielfunktion bezieht sich auf den **Beziehungsaspekt**. Die Beziehung zwischen den Akteuren und Akteurinnen wird mittels Kommunikation bestimmt

und verändert. Es kann zum Beispiel durch die Einbeziehung der Betroffenen in die Entscheidungsfindung geschehen (vgl. Wiedemann 1990, S. 345f)

Die vier Funktionen sind in realer Kommunikation miteinander verbunden, es kann jedoch eine zentral sein, in Anbetracht dessen, welches Ziel verfolgt wird beziehungsweise welche Probleme angeführt werden. (vgl. ebd.)

Neben diesen Aspekten ist es wichtig, sich eine reale Planung zu Recht zu legen, um im Risikofall richtig und schnell zu reagieren.

„Risikokommunikation als eine besondere Form der Kommunikation für Unternehmen kann, zumindest in instrumenteller Sicht, in die klassische Kommunikationspolitik integriert werden. Daneben ist aber auch der strategische Charakter der Risikokommunikation zu berücksichtigen. Damit Risikokommunikation die ihr zugeordneten Funktionen erfüllen kann, sind Entscheidungen notwendig, die sich durch die Orientierung an einem Planungsprozess transparent machen lassen.“ (Gassert 2003, S. 9)

Heath und Palenchar erklären das Aufgabengebiet der Risikokommunikation und ihrer Akteure und Akteurinnen folgendermaßen:

„Risk communication deals with actual risks, the perception people have of them, and the content of their thoughts and comments. Public relations practitioners, including risk communicators, have to understand the actual risk involved, but more importantly people's perceptions of the risks, variables that affect those perceptions, and the communication that results from and subsequently influences those perceptions.“ (Heath/ Palenchar 2002, S. 129)

Nach Ruhrmann verfolgt Risikokommunikation im Allgemeinen folgende Ziele:

„Risikokommunikation steht im Schnittpunkt zwischen strategisch orientierten Zielen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Öffentlichkeitsarbeit über Entscheidungen unter Unsicherheit. Innerhalb von Organisationen geht es dabei um die geplante Entdeckung, Analyse und Bewertung von unvorhersehbaren und möglicherweise schädlichen Ereignissen und Problemen, die von den Medien thematisiert und zumeist negativ bewertet werden. Durch eine sich entwickelnde Dynamik im Prozess der öffentlichen Meinung können Imageprobleme und Vertrauensprobleme auftauchen.“ (Ruhrmann 2008, S. 533)

Dabei versucht Risikokommunikation innerhalb der Organisation sowohl Krisen- und Konfliktlagen zu beobachten, sie zu analysieren und schließlich zu behandeln. Außerdem werden Thematiken derart vorbereitet, dass sie, immer mit Blick auf die Medien, von der

Öffentlichkeit und den Stakeholdern verständlich und akzeptabel wahrgenommen werden können. Die jeweilige Zielgruppe muss zuverlässig erreicht werden. Aktuelle, darauf abgestimmte Issues werden kreiert und Öffentlichkeitswirksam kommuniziert. (vgl. ebd.)

„Die Risikokommunikation umfasst auch die Aufklärungs- und Präventions- sowie die Legitimationskommunikation (hier sei beispielhaft die NPO Greenpeace erwähnt, die großen Wert auf sämtliche Informationen legt, die ihre zum Teil spektakulären Aktionen legitimieren). Risikokommunikation ist zudem - ebenso wie Krisen- und Störfallkommunikation – gewissermaßen Metakommunikation, das heißt, auch die Art der Kommunikation (Tonfall, Mimik, Gestik etc.) wird zum Inhalt der Kommunikation.“ (Ditges/ Höber/ Hofmann 2008, S. 46)

Risikokommunikation muss operative Risiken fachlich analysieren, einschätzen, bewerten und die Ängste aller Beteiligten erkennen und ernst nehmen. Die beteiligten Stakeholder sollen sensibilisiert werden. Wichtig ist, dass man die Situation nicht nur aus Sicht des Unternehmens betrachtet, sondern auch durch die der Laien. Zudem müssen Lösungsansätze sachlich und emotional zur Diskussion gestellt werden. Bei Eintritt eines Ernstfalles müssen Auffangsszenarien entwickelt werden. (vgl. ebd., S. 49)

Rohrmann spricht von bestimmten Prozeduren, in der Risikokommunikation abläuft:

- Hersteller und Herstellerinnen informieren Käufer und Käuferinnen und konsumierende Personen über Produktrisiken.
- Das Parlament diskutiert gesetzliche Regelungen oder veranlasst Anhörungen zum Beispiel über Gentechnologie.
- Interessierte Stakeholder informieren sich über Risikoprobleme, beispielsweise durch das Lesen von Artikeln oder Berichten im Fernsehen.
- Anwohner und Anwohnerinnen einer Industrieanlage bilden eine Bürgerinitiative. Es kann von den Beteiligten eine Klage eingereicht werden, die folglich zu Prozessen vor Gericht führt, bei denen wissenschaftliche Gutachter und Gutachterinnen und Experten und Expertinnen eine wesentliche Rolle spielen.
- Genehmigungsbehörden führen ein Planfeststellungsverfahren für eine neue Anlage durch.
- Medien berichten vorrangig ereignisorientiert, es existieren aber auch Hintergrundberichte, zudem werden im Fernsehen Diskussionen zwischen Akteuren und Akteurinnen veranstaltet. (vgl. Rohrmann 1990, S. 332f)

Nach Uth gibt es eine Form der Risikokommunikation die insbesondere bei chemischen Risiken zur Anwendung kommt und auf Risikosteuerung basiert. Sie umfasst die Kenntnis, den Konsensus und die Perzeption der Risiken. Die Risikokommunikation hat in diesen Bereichen eine wichtige Funktion. (vgl. Uth 1990, S. 152)

„Um die Chancen der Risiko-Kommunikation im Bereich der Chemie voll auszunutzen ist es notwendig, neben der Charakterisierung der spezifischen Risiken der Chemie auch Art und Ausmaß der Konfrontation des Menschen mit chemischen Wirkungen direkter und indirekter Art zu beschreiben.“ (ebd., S. 153)

Nach den Begriffsklärungen und Erläuterungen kann Kommunikation, die zwischen den Betreibern und Betreiberinnen einer Biogasanlage und den Betroffenen stattfindet, als Risikokommunikation bezeichnet werden, denn es herrscht ein Dialog über die Standortwahl, mögliche Emissionen aber auch potentielle Risiken und Gefahren.

Risikokommunikation betreiben demnach nicht nur die Betreiber und Betreiberinnen, sondern auch besorgte Bürger und Bürgerinnen, die sich zu einer Initiative formieren und andere über die Risiken eines Unternehmens, Produktes oder eine Anlage informieren. Generell lässt sich aus den genannten Überlegungen schließen, dass eine gut organisierte Risikokommunikation von Unternehmen dazu dienen sollte, die Angst vor Risiken zu nehmen, um eine Panik und eventuell daraus resultierenden Schäden am Image des Unternehmens zu vermeiden.

2.4.1 Strategien der Risikokommunikation

Bei der Risikokommunikation und bei der Konflikt- und Krisenkommunikation ist es unumgänglich Verunsicherung bei der Bevölkerung zu vermeiden und wenn sie bereits vorhanden ist, sofort darauf zu reagieren. Glaubwürdigkeit ist eine der wichtigsten Faktoren für Unternehmen, um erfolgreich bestehen zu können. Dazu tragen zufriedene Stakeholder automatisch bei. Aus dem Grund wurden verschiedene Strategien der Risikokommunikation entwickelt. Wiedemann thematisiert vier zentrale Risikokommunikationsstrategien: die Informationsvermittlungsstrategie, die Glaubwürdigkeitsstrategie, die Kooperationsstrategie und die Konfliktmanagementstrategie.

Die **Informationsvermittlungsstrategie** hat das Ziel, Informationsdefizite zu beheben und falsche Annahmen zu korrigieren. Politiker und Politikerinnen versuchen, Risikodebatten zu versachlichen, Unternehmen hingegen wollen Befürchtungen

entkräften. Anspruchsgruppen haben das Ziel, die Öffentlichkeit auf Risiken aufmerksam zu machen und davor zu warnen. Es wird nicht immer alles kommuniziert, die Informationen beinhalten schließlich nicht nur direkte Risikoinformationen wie Art und Ausmaß von dem Risiko, sondern es werden auch andere Aspekte der Risikothematik angesprochen. Dazu gehört, wie durch moralische Kommunikation die Wahrnehmung und Bewertung der Technik gelenkt werden kann, welche sich auf Ebene 1 der Informationsvermittlungsstrategie befindet.

Bei Ebene 2 der Informationsvermittlungsstrategie stehen Bewertungsphilosophien im Mittelpunkt. Informationen werden vermittelt, um Unsicherheit und Undeutlichkeit zu behandeln und es wird geklärt, ob technische Risiken abschätzbar sind. Auf Ebene 3 steht die Methodik der Risikoabschätzung im Fokus. Information und Verfahren der Abschätzung sind Kommunikationsmittelpunkt dieser Ebene. Ebene 4 behandelt die Darstellung von Qualität und Quantität und thematisiert das Ausmaß und die Bedeutung von Risiken.

Die **Glaubwürdigkeitsstrategie** setzt voraus, dass das Problem der Risikokommunikation mangelhafte Akzeptanz ist. Deren Ursache wird als Verlust an Glaubwürdigkeit gesehen. Müssen sich Unternehmen mit Risiken auseinandersetzen, wird häufig der Verlust von Vertrauen und Glaubwürdigkeit beklagt. Davon unterscheiden sich Bürgerinitiativen und Umweltverbände, die jene Verluste für sich nicht wahrnehmen. Um dem Verlust entgegenzusteuern und auch um Vertrauen und Glaubwürdigkeit wiederzuerlangen, werden „Tage der offenen Tür“, Nachbarschaftsprogramme sowie freiwillige Vereinbarungen der Produktionspolitik vereinbart. Weitaus häufiger wird mittels Werbekonzepte um Vertrauen geworben, um mit Anzeigen oder Programmen für Besucher und Besucherinnen auf die Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens aufmerksam zu machen.

Des Weiteren thematisiert Wiedemann die **Kooperationsstrategie**. Dabei wird eine Konfliktlösung angestrebt, die Methoden reichen vom Einräumen des Rechts auf Information bis hin zu der Möglichkeit einer Mitentscheidung. Die **Konfliktmanagementstrategie** ist auf Konfrontation und ihre eigenen Interessen ausgerichtet. Sie versucht die Koalitionen der Gegner und Gegnerinnen aufzuspalten und deren Glaubwürdigkeit zu untergraben. Doch nicht nur auf Seite der Industrie sind diese Strategien zu finden, auch Bürgerinitiativen und Umweltverbände bedienen sich solcher konfrontativen Strategien, wie das Besetzen von Wäldern oder Absägen von Strommasten. Bei der kommunikativen Umsetzung der Konfliktmanagementstrategie

werden vorwiegend Informationsblätter und Anzeigen in den Medien eingesetzt, bei der face-to-face Kommunikation dominieren Podiumsdiskussionen und Vorträge. (vgl. Wiedemann 1990, S. 349ff)

Allgemein kann davon gesprochen werden, dass bei Akzeptanzproblemen die Informationsvermittlung angebracht ist. Bei Wertproblemen, durch Wertpluralismus in der Gesellschaft verursacht, soll auf eine Kooperation und auf Konfliktmanagement geachtet werden. (vgl. ebd., S. 348)

Neben unterschiedlichen Strategien der Risikokommunikation gibt es auch unterschiedliche Stakeholder, die sich in ihrer Funktion und Betroffenheit unterscheiden soll in Kapitel 2.4.2. erläutert werden.

2.4.2 Akteure und Akteurinnen der Risikokommunikation

Zu den Akteuren und Akteurinnen der Risikokommunikation zählen:

- **Verursacher und Verursacherinnen, Betreiber und Betreiberinnen und Emittenten und Emittentinnen.** Es handelt sich hierbei um Personen, die Schadstoff emittierende Anlagen betreiben, als Hersteller und Herstellerinnen potentiell gefährlicher Produkte fungieren oder Gefahrgut transportieren.
- **Exponierte Personen** sind Menschen, die einem Risiko ausgesetzt sind. Dazu gehören zum Beispiel Anwohner und Anwohnerinnen, Beschäftigte einer Industrieanlage oder die Käufer und Käuferinnen eines Produktes.
- **Die „Interessierte Öffentlichkeit“** sind weder Verursacher und Verursacherinnen noch Exponierte, sie nehmen aber an der Problemdiskussion teil, weil sie sich davon mittel- oder längerfristig betroffen fühlen. Dazu zählen die allgemeine Bevölkerung und organisierte Interessengruppen wie eine Bürgerinitiative, alternative Bewegungen, Interessenverbände wie Gewerkschaften, Kirchen oder politische Parteien.
- **Regulative Instanzen,** wie die staatliche Administration sorgen für die Regelung und Einhaltung der Problemlage. Diese Aufgabe übernehmen Parlamente, Behörden oder Ämter.
- **Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen** zählen auch zu den Beteiligten der Risikokommunikation. Sie sorgen als Sachverständige für die Analyse der Auswirkungen und Risiken der Technologien, meistens stammen sie von Instituten oder Universitäten. Hinzu kommen selbstständige Sachverständige und

wissenschaftliche Gremien (TÜV). Teilweise treten einzelne Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wie Mediziner und Medizinerinnen oder Juristen und Juristinnen auf, um auf Risiken hinzuweisen.

- Auch **Medien** gehören zu den relevanten Stakeholdern, dazu zählen Journalisten und Journalistinnen aus Presse, Rundfunk oder Fernsehen usw. die die Informationen über Technologien und Gefahren der Öffentlichkeit vermitteln. Des Weiteren befassen sich Autoren und Autorinnen mit Risikothemen und Technikfolgen.

(vgl. Rohrmann 1990, S. 329f)

Da oftmals nicht alle Bürger und Bürgerinnen einer Stadt in Entscheidungen über den Bau oder Betrieb eines Unternehmens miteinbezogen werden können, ist der Kreis der Betroffenen meist klar definiert.

„Der Kreis der Betroffenen ist häufig gesetzlich definiert, etwa im Planungsfeststellungsverfahren (in dem übrigens nur anwohnende Bürger individuelle Informations-, Einspruchs und Klagerechte haben, nicht hingegen Verbände). Bei vielen Technik-Konflikten empfinden sich allerdings sehr viel mehr Gruppen und Institutionen der Gesellschaft als 'betroffen' - nämlich jener Teil der Öffentlichkeit, der dem jeweiligen Problemfall generelle (und nicht nur lokale) Bedeutung zuschreibt. (...) Wissenschaft und Medien sind in den allermeisten Fällen beteiligt, dabei aber der Sache nach formal nicht unmittelbar betroffen.“ (ebd., S. 330f)

Dabei unterscheiden sich die Akteure und Akteurinnen nicht nur in ihrer Funktion sondern auch in ihrem Wissensstand.

„Die genannten Akteure unterscheiden sich in Betroffenheit bzw. Zuständigkeit, in ihrer Partizipationsbereitschaft und in ihren Einfluß ganz beträchtlich (...). Große Unterschiede bestehen auch im 'Wissens-Status', d.h., im problembezogenen Fachwissen ('Experten versus Laien'). Dies gilt vor allem zwischen den Akteuren, doch vielfach ebenso innerhalb der Gruppen (so etwa zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen oder zwischen verschiedenen Verwaltungsinstanzen).“ (ebd., S. 331)

Bei der Risikokommunikation, die bei chemischen Problemfällen, auftritt gibt es direkte und indirekte Akteure wie Uth weiter erläutert:

„Entsprechend der weiten Verbreitung von chemischen Produkten und des nicht unbeträchtlichen Risikobewußtseins in breiten Kreisen der Bevölkerung

sind an der Diskussion über Risiken viele Gruppen beteiligt. (...) Der Grad der direkten (d) und indirekten (i) Beteiligung ergibt sich aus der Stellung in der Risiko-Kommunikation und dem Grad der Betroffenheit. Je stärker die Kontroverse der Diskussion ist, umso größer kann die Zahl der indirekt Beteiligten werden. An der Risiko-Kommunikation sind immer direkt beteiligt:

- Betreiber, Produzent, Spediteur,
- Experten,
- zuständige Genehmigungs- oder Überwachungsbehörde,
- Bürger oder Arbeitnehmer.

Indirekt beteiligt sind stets:

- Presse/ Medien,
- politische Parteien,
- Interessensverbände,

und, im Falle des Rechtsstreites, die Gerichte.“ (Uth 1990, S. 176)

Im Falle eines Genehmigungsverfahrens einer Anlage kann es zu einer Öffentlichkeitsbeteiligung kommen. Die potentiell betroffenen Bürger und Bürgerinnen können gegen die Anlage einsprechen. Für die Risikokommunikation ist es wichtig, den Rahmen der Diskussion abzustecken. Beteiligt an einem solchen Verfahren sind der Antragsteller und Antragstellerinnen, also Betreiber und Betreiberinnen der Anlage, die Genehmigungsbehörde und die Einsprechenden Personen. Während des Verfahrens kommt es zu einer öffentlichen Anhörung über das Projekt. Wird den Einsprüchen der Bürger und Bürgerinnen nicht stattgegeben, kann es zu einem Gerichtsverfahren kommen. An der Stelle werden meist Sachverständige eingeschaltet. Je nach Einzelfall melden sich auch die Presse und Interessensverbände zu Wort. Dabei erweitert sich der Kreis der an der Risikokommunikation Beteiligten. Natürlich verfolgen die einzelnen Parteien unterschiedliche Interessen, die Betreiber und Betreiberinnen wollen die wirtschaftlichen Ziele durchsetzen, die Genehmigungsbehörde steht für einen ordnungsgemäßen Ablauf des Genehmigungsverfahrens, wobei der Stand der Technik und Grenzwerte eingehalten werden müssen. Die Gegner und Gegnerinnen hingegen können sehr unterschiedliche Gründe für die Opposition haben, wie unterschiedliche Bewertungen über den Stand der Technik, Grenzwerte, Standortwahl, industrielle wirtschaftliche Tätigkeit oder die drohende Gefahr von Störfällen. Obwohl sich die Stakeholder meist intensiv mit der Anlage auseinandersetzen und an der Diskussion teilnehmen, vor allem bei der Einführung neuer Technologien, verfügen die beteiligten Gruppen meist über einen unterschiedlichen Informationsstand, was oft zu Kontroversen über Risiken bei chemischen Betrieben führen kann. Zudem kann Misstrauen in die

Informationsquelle, autoritäres Verhalten, Profilierungsbedürfnis der Akteure und Akteurinnen oder mangelnde Ehrlichkeit zum Konflikt beitragen. Findet die Kommunikation über die Medien statt, kann es zur Kommunikationsverzerrung durch Sensationspresse oder selektive Auswahl von Informationen kommen. (vgl. ebd., S. 176ff)

Bei Risikokommunikation und bei Krisen- und Konfliktkommunikation kann es durchaus hilfreich sein, einen Mediator, eine Mediatorin einzusetzen, um verfahrenere Einstellungen oder Gegensätze zu lösen und zwischen den Beteiligten zu vermitteln. Schließlich ist auch er oder sie wiederum Beteiligter oder Beteiligte der Risikokommunikation, darf aber unter keinen Umständen als Meinungsbildner oder Meinungsbildnerin fungieren. Um sich das Vertrauen der Betroffenen zu sichern muss er oder sie neutral bleiben, sonst wäre jegliche Kommunikation zwecklos. Renn und Zwick thematisieren ebenso den Einsatz von Mediatoren und Mediatorinnen bei Risiko- und Konfliktfällen.

„Durch Mediation lassen sich die typischen Defizite der Vertrauensfunktion, der Informationsfunktion, der Partizipationsfunktion und der Planungsfunktion konventioneller Verfahrensweisen vermeiden. Die Leitung des Verfahrens durch einen Mediator soll die Fairneß des Verfahrens garantieren und Manipulationsversuche durch unterschiedliche Definitionsmacht unterbinden.“ (Renn/ Zwick 1997, S. 139)

Durch Erfahrung mit Risikokommunikation konnten einzelne Methoden und Anwendungsverfahren immer weiter verbessert werden. Bei Krisen- und Konflikt-PR kommt es ebenso zum Einsatz von Mediatoren und Mediatorinnen. Dennoch unterscheiden sich die Spezialisierungen von der Risikokommunikation in ihren Strategien und dem Ausgangsszenario, obwohl Konflikte und Krisen oftmals Risiken in sich bergen. Einige Strategien und die Besonderheiten von Konflikt- und Krisen-PR sollen im nächsten Kapitel hervorgehoben werden.

3 KONFLIKT- UND KRISEN-PR

Konflikt- und Krisen-PR hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Dies liegt nicht nur daran, dass ein Unternehmen grundsätzlich an einer Kommunikation mit seinen Stakeholdern interessiert sein soll, um seriös und vertrauenswürdig zu wirken sondern auch daran, dass Unternehmen immer mehr auf eine gute Reputation angewiesen sind. Denn schlechte Erfahrungen mit einem Produkt oder Skandale erreichen im Zeitalter Web 2.0 durch Social-Networks, Blogs und Online-Medien in wenigen Momenten tausende Interessierte. Deshalb muss im Fall einer Krise die interne und externe Kommunikation gesteuert werden. Es liegt an einer erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit diese Situation zu bewältigen. Im folgenden Kapitel über Konflikt- und Krisen-PR wird zunächst auf die Begriffe Konflikt und Krise eingegangen, um anschließend auf ihre Bedeutung im gesellschaftlichen Kontext und erfolgreiche Strategien der Konflikt- und Krisen-PR überzuleiten.

3.1 Konflikt - Begriffsklärung

Ein Konflikt wird allgemein als etwas beschrieben, was man zu vermeiden versucht.

„Typically, conflict is not something that we embrace or look forward to dealing with in our professional lives. In fact, conflict is usually avoided because it is thought to be detrimental to the success of an organization. (...) Often, conflict situations arise because individuals misunderstand the prescribed group norms and violate these norms, causing group dissension and eventual isolation among members. Conflict between individuals and groups can create a very tense work atmosphere and cause a breakdown of group communications. (...) Job related conflict can be a very complex matter. If mismanaged, work related conflict can have detrimental side effects on employees' physical, emotional and mental well being. However, conflict does not have to be a destructive element. When handled properly, conflict can in fact benefit the individuals who are facing the conflict and ultimately benefit the organizational structure as well.“ (Plocharczyk 2006, S. 85ff)

Nach Burkart entstehen Konflikte immer dann, wenn gegensätzliche Interessen oder Ansichten aufeinanderprallen. (vgl. Burkart 1996, S. 246)

Konflikt als Definition ist das Eine, Konflikt im sozialen Miteinander das Andere. Glasl gibt in seinen Ausführungen einen intensiven Einblick was Konflikte im Menschen auslösen können und wie sich dies auswirkt. Das wird in folgendem Kapitel thematisiert.

3.1.1 Konflikte im sozialen Kontext

Glasl repräsentiert in seinem Werk zahlreiche Definitionen unterschiedlicher Autoren und Autorinnen und kommt schließlich zu einer Synthese der Begriffsklärungen, dabei wird zwischen einem sozialem und einem nicht-sozialem Konflikt differenziert.

- „Sozialer Konflikt ist eine Interaktion
- zwischen Aktoren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.),
 - wobei wenigstens ein Akteur
 - Unvereinbarkeiten
 - im Denken/ Vorstellen/ Wahrnehmen
und/ oder Fühlen
und/ oder Wollen
 - mit dem anderen Akteur (anderen Akteuren) in der Art erlebt,
 - dass im Realisieren eine Beeinträchtigung
 - durch einen anderen Akteur (die anderen Akteuren) erfolge.“
- (Glasl 1992, S. 14f)

Dabei kommt es auf folgende Faktoren an: Es besteht eine Interaktion, also ein aufeinander bezogenes Verhalten. Zudem genügt es, wenn bloß einer der Akteure und Akteurinnen die Unvereinbarkeit so empfindet und dementsprechend handelt. Die Wahrnehmung kann nur auf der kognitiven bzw. perzeptiven Ebene oder auch im Gefühls- bzw. Willensleben gegeben sein. Wenigstens eine Partei empfindet die Wechselbeziehung so, dass sie das Nicht-Verwirklichen der eigenen Intentionen und/ oder Gefühle dem anderen Individuum zuschreibt. Ob die andere Person dies willentlich/ bewusst oder unabsichtlich/ unbewusst tut, ist unerheblich. Ohne die Realisierung und das Erleben der Beeinträchtigung wie ein Widerstand, ein Angriff oder einer Blockade, seitens wenigstens einer Partei kann klarerweise nicht von einem sozialen Konflikt gesprochen werden. Denn sonst wäre unsere Existenz ein Konflikt an sich, weil wahrscheinlich jeder Mensch anders fühlt und denkt als andere Mitmenschen. Schlussendlich wird sich die Person, die subjektiv einen Konflikt erlebt, in ihrer Kommunikation und ihrem Verhalten so benehmen, dass sie die Beeinträchtigung unwirksam machen will. (vgl. ebd., S. 15)

Ein nicht-sozialer Konflikt umfasst Interaktionen in folgenden Bereichen: Unvereinbarkeiten im kognitiven Bereich meinen, man definiert einen Begriff anders als ein Kollege, eine Kollegin oder nimmt eine Situation anders wahr als ein Freund, eine Freundin und ist sich darüber ohne Streit vollkommen bewusst, ohne dass es deswegen zu einer Beeinträchtigung kommt. Jene kognitiven Gegensätze brauchen nicht zum Konflikt

führen, sondern sind Voraussetzung für Kreativität und Leben, aus denen neue Ideen geboren werden. Wenn sich die Parteien über die Unvereinbarkeit klar sind, spricht man von logischen Widersprüchen oder semantischen Unterschieden. Zudem können Unvereinbarkeiten nur im Fühlen erlebt werden, wenn einer Person klassische Musik, der anderen wiederum Rock gefällt. Man kann dies anerkennen, ohne sich darüber zu ärgern. Erst wenn es deswegen zum Streit um den DVD-Player kommt, kann es zum Konflikt kommen, denn dann ist das Erleben der Beeinträchtigung da, jemand wird in seiner Vorliebe also eingeschränkt. Diese Unvereinbarkeit kann man als emotionalen Gegensatz oder Ambivalenz erleben. Wenn man sich darüber bewusst ist und dazu unvereinbare Vorstellungen entwickelt, spricht man von Spannung. Des Weiteren gibt es Unvereinbarkeit im Wollen, solche Antagonismen implizieren Willensunterschiede ohne ein entsprechendes Umsetzen in die Tat, was an und für sich noch kein Konflikt ist. Wenn jedoch zu den intentionalen Antagonismen Gefühlsgegensätze und unvereinbare Vorstellungen kommen, kommt es zu einer Krise, die wiederum feindseliges Verhalten nach sich ziehen kann. Der letzte nicht-soziale Konflikt beschreibt eine Situation, wenn unvereinbares Verhalten aufeinander prallt, man tritt zum Beispiel jemanden auf die Schuhe und es stellt sich dazu Ärger ein. Geht solch ein einschränkendes Verhalten nicht mit dementsprechenden Absichten und Gefühlen einher, spricht man von einem Inzident. (vgl. ebd., S. 16f)

Konflikte führen dazu, dass wir eine Situation anders wahrnehmen, sie beeinträchtigen unsere Wahrnehmungsfähigkeit und unser Denk- und Vorstellungsvermögen. Die Sicht auf die Ereignisse und die gegnerischen Parteien wird getrübt aber auch unser Gefühlsleben wird immens beeinträchtigt. Man wird zwischen Verstehen und Ablehnung hin und hergerissen bis sich schließlich starke Emotionen ausbreiten und fixieren. Glasl erläutert, dass die Veränderungen auch vor dem Willensleben nicht Halt machen, man fixiert sich auf vermeintlichen Interessen und kann negative Emotionen entwickeln. Alle diese Veränderungen wirken zusammen und beeinflussen den Menschen so sehr, dass er gewissermaßen die Kontrolle über sich selbst verliert, was sich im äußeren Verhalten zeigt: durch Aggressionen und zerstörerischem Verhalten. Es löst natürlich auch beim Kontrahenten und bei der Kontrahentin rücksichtsloseres Verhalten aus. Dies wiederum bedrängt die andere Person und es kommt zur Eskalation des Konfliktes steigert. Was dazu führt, dass man sich dem Konflikt völlig ausgeliefert fühlt. Dabei kommt es zur selektiven Aufmerksamkeit, manches sieht man klar, anders übersieht man. Raum- und Zeitperspektiven engen sich ein, man tut sich schwer, komplizierte Zusammenhänge

aufzunehmen und man simplifiziert die Wirklichkeit zu einer eigenen Konstruktion der Wirklichkeit. So werden Menschen in Konflikten unfähig, sich eine längere Zeitperiode konkret vorzustellen. Daher tritt eine sogenannte „kognitive Kurzsichtigkeit“ auf. Statt an die Folgen unserer Handlungen zu denken, konzentriert man sich nur auf heute und morgen. Dadurch können sich fatale Situationen ergeben, man gefährdet durch solch ein Verhalten langfristige Überlebenschancen.

Nach Glasl werden der Konfliktstoff und die Konfliktgeschehnisse einseitig wahrgenommen, man registriert die Streitgegenstände seiner Gegner und Gegnerinnen nicht und konstruiert ein lückenhaftes und unrealistisches Bild der Geschehnisse. Die stärkste Verzerrung jedoch tritt bei den Bildern auf, die man von sich selber und vom Gegenüber hat. Es entwickelt sich ein Extrembild, man sieht sich selbst als fair und konstruktiv, wogegen die andere Partei nur noch als aggressiv, unsachlich und schwierig erlebt wird. Eskaliert der Konflikt, schreibt man dem Widersacher, der Widersacherin schwere moralische Mängel zu. Aus den beschriebenen Verzerrungsmechanismen ergeben sich Pauschalierungen, die sich als Vorurteile im Menschen festsetzen. Man nimmt nicht mehr das wahr, was tatsächlich passiert, sondern nur das, was man ohnehin schon weiß, bzw. was man zu wissen glaubt und der vorgefassten Meinung entspricht. Zusätzlich tritt eine erhöhte Empfindlichkeit auf und eine Tendenz Polaritäten aufzuheben. Das bedeutet, dass es schwerfällt, sich in die Gefühlswelt des anderen einzuleben. Schließlich kapseln sich die Personen gegenseitig ab und verlieren die Fähigkeit der Empathie, man wird zu einem Gefangenen, einer Gefangenen des eigenen Innenlebens. Wenn man dann aufgrund der Ereignisse trübsinnig ist, schreibt man das automatisch dem Gegenüber zu. Konfliktbehandlung versucht, diesen Prozessen entgegenzuwirken und Verzerrungen aufzuzeigen und den Konfliktparteien zu helfen, ihre Gefühle zu erkennen, und wie sie mit gegensätzlichen Gefühlen umgehen sollen. Erst danach kann mit den Akteuren und Akteurinnen daran gearbeitet werden, ihren Gegnern und Gegnerinnen Interesse und positive Gefühle entgegen zu bringen. Die Interventionen, in Bezug auf Gefühle, sind jedoch weit schwieriger als Konfliktlösungsbemühungen, die bei der Perzeption ansetzen. (vgl. ebd., S. 34ff)

Glasl schenkt den Erscheinungsformen und Rahmenbedingungen von Konflikten große Beachtung. Konflikte können im mikro-, meso- und makro-sozialen Rahmen auftauchen. Konflikte im mikro-sozialen Raum spielen sich zwischen zwei oder mehreren Einzelpersonen oder einer kleinen Gruppe ab, jeder kennt hier jeden, es kommt zu face-to-face Interaktionen. Konflikte im meso-sozialen Rahmen finden in einer Schule oder in

Fabriken, also sozialen Gebilden mittlerer Größenordnung, statt, in der sich mikro-soziale Einheiten aufbauen. Die Kommunikation erfolgt meist über Mittelspersonen, wie die Vertreter und Vertreterinnen eines Teams. Konflikte im makro-sozialen Rahmen weisen eine sehr hohe Komplexität auf, diese Komplexitätsniveaus sind ineinander verschachtelt. Dabei handelt es sich um Konflikte innerhalb von Bevölkerungsgruppen oder Interessensgruppen mit gesamtgesellschaftlichem Status. Zudem unterscheidet Glasl zwischen heißen und kalten Konflikten, wobei sich das Augenmerk auf das dominierende Verhalten der Interaktion zwischen den Konfliktparteien konzentriert. Heiße Konflikte weisen zum Beispiel eine Atmosphäre der Überempfindlichkeit und Überaktivität auf, Angriff und Verteidigung sind klar sichtbar. Kalte Konflikte hingegen weisen eine Lähmung aller äußerlich sichtbaren Aktivitäten auf. Dabei werden Frustrationen und Hassgefühle verborgen und wirken in den Parteien destruktiv weiter, teils bis hin zu selbstzerstörerischen Aktionen. Es werden Normen gebildet, die gegenseitiges Ausweichen fördern, dabei findet eine Auseinandersetzung nur indirekt statt. (vgl. ebd., S. 60ff)

Der Begriff Konflikt wurde ausführlich thematisiert. Im folgenden Kapitel wird näher auf die Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenhang mit Konfliktsituationen eingegangen.

3.1.2 Konflikt - PR

Konflikt-PR wird in der vorliegenden Arbeit differenziert zur Krisen-PR verstanden, in der Literatur werden die Begriffe jedoch meist synonym verwendet.

Krisen-PR stellt jene Kommunikationsmaßnahme dar, die zur Vermeidung eines Reputationsschadens gedacht ist, der meist aus unvorhergesehenen Ereignissen resultiert. Konflikt-PR setzt mindestens eine weitere sichtbare und oppositionell eingestellte Person voraus, wobei es häufig zu einer Gewinn oder Verlust Perspektive kommt, welche wiederum den Konflikt verschärfen kann. (vgl. Güttersberger 2011, S. 65) Im Konflikt müssen Unternehmen ihren Kommunikationsstil oft ändern, von einer sachlichen, professionellen hin zu einer emotionalen PR, da Aktivisten und Aktivistinnen meist emotional agieren und kommunizieren. Eine Emotionalisierung ist bei Konflikten im Vorfeld gegeben, daher bleibt es das Ziel von Unternehmen diese zu entemotionalisieren und auf eine sachliche Basis zu bringen. (vgl. ebd., S. 79f)

Holtzhausen und Roberts sprechen in ihrer Studie von strategischem Konfliktmanagement, um Konflikte beziehungsweise Krisen zu bewältigen. Dies

geschieht unter Einfluss der „Kontingenztheorie“. „Contingency theory argues that, eventually, all known factors that affect a crisis can be known and predicted.“ (Cameron et al., 2008, zit. nach Holtzhausen/ Roberts 2009, S. 169)

Konfliktmanagement besteht dabei aus vier Phasen: Issue-Management, Risikomanagement, Krisenreaktion und Krisenmanagement. (Holtzhausen/ Roberts 2009, S. 169f) „The first stage includes issues management, which is the identifying, communicating, and influencing of a set of organizationally relevant public perceptions and attitudes such as contestable claims about facts, values, or policy.“ (Heath 1997, zit. nach ebd., S. 170) In der Phase wird die Wahrnehmung organisatorischer Fakten thematisiert, um gegebenenfalls bestimmte Einstellungen kommunizieren beziehungsweise falsche Behauptungen richtig stellen zu können.

Risikomanagement wurde aus der Perspektive der Risikokommunikation bereits ausführlich diskutiert. Darauf folgt die dritte Phase, die Krisenreaktion:

„Crisis response, the third phase, is viewed as a symbolic resource that can be used to protect a communicative entity's reputation and affect stakeholders' future interactions with the entity by shaping perceptions of the crisis and the entity itself.“ (Coombs 1999, zit. nach ebd.)

Krisenmanagement, als vierte Phase, wird in der Arbeit aus Sicht der Krisenkommunikation erläutert, da das Thema Krisenmanagement sehr ausführlich ist und nicht in diesem Umfang dargestellt werden kann. Der Aspekt der Krisenkommunikation wird in der Folge dargelegt.

Zudem wird in der Literatur die Image Repair Theory häufig in Zusammenhang mit Konflikt- und Krisen-PR erwähnt. (vgl. Holtzhausen/ Roberts 2009; vgl. Sheldon/ Sallot 2008; vgl. Caillouet/ Watkins 1996) Die „Image Repair Theory“ beziehungsweise „Image Restoration Theory“ basiert wesentlich auf den Studien von Benoit. (vgl. Benoit 2000; vgl. Benoit 1997) „Image repair theory in public relations has its roots embedded in both rhetoric - mostly political rhetoric - and social science and, as mentioned, has a long history of development in public relations.“ (Holtzhausen/ Roberts 2009, S. 168) Diese Strategie dient dazu, ein Image zu reparieren beziehungsweise wiederherzustellen. In Krisen kann die Reputation, das Image eines Unternehmens, sehr schnell zerstört werden. Als Auslöser bedarf es oft nur eines einzigen Vorfalls. Ob die Aussagen darüber wahr sind oder nicht ist irrelevant, die öffentliche Wahrnehmung ist alles was benötigt wird, um einen Ruf zu schädigen. (vgl. ebd., S. 166) Benoit entwickelte mit seinen

Forschungsergebnissen dabei folgende Strategien um ein Image wiederherzustellen: Leugnen, keine Verantwortung übernehmen, die „Anstößigkeit“ des Events zu reduzieren, korrektive Maßnahmen und die Strategie der „Kasteiung“. (vgl. Benoit 1997, S. 179) Benoit erstellte die nachstehende Grafik, die die zentralen Charakteristika der einzelnen Taktiken klar hervorhebt.

Image Restoration Strategies		
<i>Strategy</i>	<i>Key Characteristic</i>	<i>Illustration</i>
<i>Denial</i>		
Simple Denial	Did Not Perform Act	Coke Does Not Charge McDonald's Less
Shift the Blame	Act Performed by Another	Exxon: Alaska and Caused Delay
<i>Evasion of Responsibility</i>		
Provocation	Responded to Act of Another	Firm Moved Because of New State Laws
Defeasibility	Lack of Information or Ability	Executive Not Told Meeting Changed
Accident	Act Was a Mishap	Sears' Unneeded Repairs Inadvertent
Good Intentions	Meant Well in Act	Sears: No Willful Over-Charges
<i>Reducing Offensiveness of Event</i>		
Bolstering	Stress Good Traits	Exxon's Swift and Competent Action
Minimization	Act Not Serious	Exxon: Few Animals Killed
Differentiation	Act Less Offensive	Sears: Preventative Maintenance
Transcendence	More Important Considerations	Helping Humans Justifies Tests
Attack Accuser	Reduce Credibility of Accuser	Pepsi: Coke Charges McDonald's Less
Compensation	Reimburse Victim	Disabled Movie-Goers Given Free Passes
Corrective Action	Plan to Solve or Prevent Problem	AT&T Promised to Improve Service
<i>Mortification</i>	Apologize for Act	AT&T Apologized

Abbildung 1: „Image Restoration Strategies“

(Quelle: Benoit 1997, S. 179)

Um gut vorbereitet zu sein, sollte bereits vor dem Konflikt ein Kommunikationskonzept entwickelt werden, um schließlich mit den passenden Strategien schnell und richtig reagieren zu können. Es existieren zahlreiche weitere Konflikt-PR-Methoden, einige dieser Strategien werden im Kapitel 3.1.3 besprochen.

3.1.3 Strategien der Konflikt - PR

Grundsätzlich gibt es vier zentrale Strategien der Öffentlichkeitsarbeit, um in einem Konflikt reagieren zu können:

- **Angriffsstrategie:** Den angreifenden Akteuren und Akteurinnen wird offensiv entgegengetreten und es wird versucht, sie und ihre Argumentation durch Bloßstellung zu isolieren.
- **Zwei-Gewinner/Gewinnerin-Lösungsstrategie:** Durch sachliche Argumentation wird versucht, eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen, bei der keine Partei als Verlierer/ Verliererin hervorgeht.
- **Verteidigungsstrategie:** Diese Strategie kann verschiedene Ausformungen, vom bloßen Ignorieren bis hin zur Entschuldigung annehmen.
- **Verwirrung stiften:** Die Strategie hat das Ziel, der Öffentlichkeit das Interesse am Konflikt zu nehmen. Dabei wird der Konflikt so vielschichtig dargestellt, dass ihm die Öffentlichkeit nicht mehr folgen kann.

(vgl. Güttersberger 2011, S. 65f)

Nach Shin et al. wollen Organisationen durch disputieren, verhandeln oder problemlösenden Verhalten Konflikte lösen oder gehen den Weg des Rechtstreits. (Shin/ Cheng/ Jin/ Cameron 2005, S. 403)

Holtzhausen und Roberts fanden in ihrer Studie heraus das positive „Image Repair Strategies“ wie die Übernahme der vollen Verantwortung, korrektive Maßnahmen und die Betonung der guten Eigenschaften häufiger genutzt wurden als negative Strategien wie Leugnen oder jemand anders verantwortlich zu machen. Ganz zentral ist jedoch, dass ein pro-aktiver Ansatz effektiver ist als ein reaktiver und das die Bereitschaft von dem stattfindenden Prozess zu lernen gegeben sein muss. (vgl. Holtzhausen/ Robert 2009, S. 182f)

Die verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit (VÖA) kann ebenso als zentrales Element kommunikativer Konfliktaustragung verstanden werden. Sie setzt sich zum Ziel, ein Einverständnis zwischen den Parteien herzustellen. Als Element des Konfliktmanagement muss im Dialog die Absicht bestehen, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. (vgl. Burkart 1996, S. 263f) Zunächst sollte klar sein, worin der Konflikt besteht, wie Miller erläutert. Wenn etwas Strittiges gemeinsam identifiziert wird und die Kontrahenten und Kontrahentinnen sich darüber verständigen, spricht man von einem „rationalen Dissens“. Eine konträre Position zu verstehen heißt nicht, dass man sie auch akzeptiert und umgekehrt, wenn etwas akzeptiert, dass man es auch versteht. (vgl. Miller 2006, S. 136ff) Entscheidend ist hier die Unterscheidung von Verständigung und Akzeptanz: „Ein rationales Dissens lässt sich dann zunächst verstehen als eine

Konfiguration von Konsens auf der Ebene kommunikativer Verständigung und von Dissens auf der Ebene kollektiver Akzeptanz.“ (ebd., S. 137)

Miller teilt Konflikte aus diskurstheoretischer Perspektive in drei Gruppen ein. Wenn es den Beteiligten nicht gelingt sich darüber zu verständigen worum sie sich streiten, gehören sie zur Klasse eins. Sie erzielen keine Verständigung über das Strittige ihres Streites und könnten daher ihre Kommunikation beenden. Können sie einen rationalen Dissens herstellen, gehören sie zu Gruppe zwei. Gelingt es ihnen den Dissens in einem Konsens aufzulösen, gelten sie als Beispiel für die dritte Klasse. Dennoch ist ein Konsens eher unwahrscheinlich für soziale Konflikte. (vgl. ebd., S. 135f)

Burkart sieht bei strittigen Fragen, wie den Bau von Deponien, den rationalen Diskurs als einen wesentlichen Schritt nach vorne, denn wenn sich massiv widersprechende Interessen gegenüberstehen, sollte man sich nicht von einer Konsens-Illusion leiten lassen. Mit dem VÖA-Konzept steht ein Instrument zur Klassifikation von Differenzen zur Verfügung. Eine Bestandsaufnahme zeigt schließlich nicht nur Verständigungsdefizit auf (im Rahmen einer Situationsdefinition), sondern lässt auch erkennen, wo sie anzusiedeln sind: im Rahmen der objektiven, subjektiven oder sozialen Welt. Der Vorteil für PR-Manager und PR-Managerinnen liegt darin, dass sie erfassen, wo der Schwerpunkt ihrer Kommunikationsarbeit liegen muss. (vgl. Burkart 1996, S. 265f) Da sich die öffentliche Bewusstseinsbildung als Basis kollektiven Handelns immer differenzierter gestaltet und diverse Formen der Mitbestimmung in Zukunft wohl eher zu- als abnehmen werden, erscheint das Konzept keineswegs als praxisfern. Diese Risikokalkulation wird in Zukunft fester Bestandteil dialogorientierter PR-Strategien sein. (vgl. Burkart 1995, S. 20f) Deshalb kann das VÖA-Konzept als Instrument des Konfliktmanagements verstanden werden. Denn wenn die eben erwähnte Situationsdefinition Defizite erkennen lässt, wie Zweifel an der Legitimität der Standortwahl oder Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Betreiber und Betreiberinnen, liegt es an den PR-Verantwortlichen durch offene gezielte Information einen Dialog herzustellen, um Konflikte zu bewältigen.

„Mit Hilfe des Habermas'schen Verständigungsbegriffes bzw. unter Rückgriff auf das Differenzierungspotential kommunikativer Geltungsansprüche sind PR-Strategen also bereits im Vorfeld potentieller Konfliktfälle zu einer derartigen Analyse imstande und können sich darum kümmern, wie sie die Wahrheit ihrer Behauptungen, die Vertrauenswürdigkeit der involvierten Kommunikatoren und die Legitimität der in Rede stehenden Interessen gegebenenfalls untermauern können.“ (Burkart 2010, S. 24)

Das Konzept der VÖA hilft PR-Managern und PR-Managerinnen sich auf potentielle Konfliktfälle vorzubereiten, um beim Eintreten eines Konflikts bestmöglich reagieren zu können. Auf das Konzept wird im nächsten Kapitel im Detail eingegangen, da es der theoretischen Verortung dieser Arbeit dient.

Die denkbar schlechteste Strategie innerhalb eines Konfliktes ist keine Reaktion zu zeigen. Dabei wird den Gegnern und Gegnerinnen die Initiative überlassen und man gibt die Kontrolle über die Situation als auch die Kontrolle über die öffentliche Wahrnehmung vollkommen aus der Hand. (vgl. Gütersberger 2011, S. 100) Haben sich Unternehmen dazu entschlossen keine Reaktion zu zeigen, ist es anschließend natürlich sehr schwer die Situation zu bewältigen, da sich in der verstrichenen Zeit ein Strohfeuer an Gerüchten und weiteren Konflikten entfachen könnte, denn solch ein Verhalten wird häufig negativ gedeutet wie im nächsten Kapitel diskutiert wird. In jedem Fall sollten Unternehmen auf Konflikte reagieren und zumindest in Kontakt mit Betroffenen und den Medien treten.

3.2 Krise - Begriffsklärung

Um den Begriff der Krise besser zu verstehen und ihn im Zusammenhang mit Aspekten der Kommunikation beleuchten zu können wird er folglich definiert.

- „Der Begriff Krise leitet sich aus dem griechischen Wort »krisis« ab und bezeichnet ursprünglich den Bruch in einer bis dahin kontinuierlichen Entwicklung. (...) Der Krise geht häufig der Konflikt voraus, also eine Auseinandersetzung von mindestens zwei Beteiligten, bei der eine Seite etwas beansprucht oder fordert, was die andere Seite nicht annimmt, ignoriert oder zurückweist. Können die Beteiligten einen Konflikt nicht beilegen, kann es zur Krise kommen. (...)“
- Eine Krise beschreibt einen Vorfall (oder eine Serie von Vorfällen), der negative Medienberichterstattung in erheblichem Umfang auslöst oder auslösen kann und das Image oder die Glaubwürdigkeit eines Unternehmens oder einer Marke gefährdet. Die Krise ist die dramatische Einschränkung der Handlungsfreiheit des Unternehmens. Typische Merkmale: (fast immer) völlig überraschend, frühzeitige Medienintervention, Informationsüberlastung auf Unternehmens-/ Organisationsseite, ungewöhnlicher Verlauf, unvorhergesehene Ergebnisse.
- Richtig ist auch: Der Begriff Krise wird heute (auch von den Medien) inflationär verwendet und bezeichnet vielfach verschiedene Drohszenarien. Nicht alles, was als »Krise« bezeichnet wird, hat mit Blick auf Bedrohlichkeit und mögliche Konsequenzen dieselbe oder eine ähnliche Qualität, Intensität oder zeitliche Dimension.“ (Ditges/ Höber/ Hofmann 2008, S. 12f)

Kersten definiert eine Krise folgendermaßen: „We look at crisis as an accident, an incident, a specific instance that presents threat or harm and must be managed and contained.“ (Kersten 2005, S. 545) Für die vorliegende Arbeit ist es unumgänglich nicht ausschließlich den Begriff der Krise, sondern vor allem die Public Relations in Zusammenhang mit Krisen zu erläutern. Es dient dazu, um einen besseren Einblick in die Öffentlichkeitsarbeit während, vor und nach einer Krise zu bekommen und jene Aspekte wissenschaftlich zu beleuchten.

3.2.1 Krisen - PR

Die Öffentlichkeitsarbeit muss eine zentrale Position in Unternehmen einnehmen, vor allem dann, wenn es zu einer Krise kommt. Kunczik beschreibt die Aufgabe der PR folgendermaßen: „In den Zeiten vor und während des Auftretens einer Krise wird die ‚Kommunikationskultur‘ als wichtig angesehen. Mit Eintritt der Krise bekommt die Autonomie bzw. Machstellung der PR zentrale Bedeutung.“ (Kunczik 2002, S. 287) Vogel versteht unter Krisen-PR „alle Kommunikationsanstrengungen nach Eintritt eines Schadens.“ (Vogel 2008, S. 67) Kommt es zu einer Krise, ist es wichtig, einen Krisenplan aufzustellen, mit dem alle kommunikativen Maßnahmen aufgelistet werden, die einzuleiten sind. (vgl. ebd.) Nach Kersten müssen bei der erfolgreichen Krisenbewältigung durch Öffentlichkeitsarbeit folgende Aspekte beachtet werden:

„Effective crisis management from a PR perspective includes managing and distributing information, maintaining the organizational image, keeping control of media images and messages, and strategically handling relations with internal and external stakeholders.“ (Kersten 2005, S. 545)

Dabei muss man festhalten, dass sich die Krisenkommunikation klar von der Risikokommunikation unterscheidet.

„Während also die Risikokommunikation lediglich (theoretische) Risiken klassifiziert, quantifiziert, analysiert und dies schließlich kommuniziert, beinhaltet die Krisenkommunikation alle praktischen kommunikativen Gegenmaßnahmen zur Vermeidung, Schwächung und Beilegung bereits existenter, »passierter« Krisen.“ (Ditges/ Höber/ Hofmann 2008, S. 46)

Krisenkommunikation wird erst dann angewendet, wenn ein Risiko zu einer Krise wird. Dementsprechend sind Krisen trotz eines umfangreichen Risikomanagements möglich, da nicht jedes Risiko und jede Krise vorhersehbar sind. (vgl. ebd., S. 46) Bei einer Studie

von Kunczik et al. wurde die Krisenplanung innerhalb von Unternehmen untersucht. Am meisten sind die befragten PR-Praktiker und Praktikerinnen an den Erfahrungen anderer Unternehmen interessiert. Mittleres Interesse wird Informationen über Bürgerinitiativen/ Umweltschutzorganisationen oder Meinungsumfragen entgegen gebracht. Relativ wenig Interesse haben sie an Informationen über Politik. (vgl. Kunczik/ Heintzel/ Zipfel 1995, S. 147f) Die Beziehung zu den Massenmedien wird als eher positiv eingeschätzt und die Unternehmen gehen meist davon aus, durch das Lancieren von Meldungen eine positive Berichterstattung zu erreichen. Den Medien wird grundsätzlich eine konfliktverschärfende Rolle zugewiesen. (vgl. ebd., S. 123ff)

In Krisensituationen können Vertrauensverluste und Reputationsschäden eintreten. Daher ist eine, an spezifische Anspruchsgruppen gerichtete, strategische Kommunikation erforderlich. (vgl. Schwarz 2010, S. 17) Krisen-PR kann jedes Unternehmen betreffen und ist unabhängig von der Größe und der Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenzahl. Bei der Krisenkommunikation gilt der Grundsatz, dass die Öffentlichkeit und die relevanten Teilöffentlichkeiten wahrheitsgemäß, umfassend und schnell informiert werden müssen. Die Praxis zeigt jedoch, dass viele Unternehmen kaum auf ein professionelles Krisen-Management vorbereitet sind. (vgl. Vogel 2008, S. 172) Wenn jedoch eine zu jeder Zeit konsequente, glaubwürdige Krisenkommunikation nach innen und nach außen angewendet wird, muss eine Krise keineswegs automatisch zu Imageverlusten oder sonstigen Schäden führen. (vgl. Ditges/ Höber/ Hofmann 2008, S. 25) Deshalb setzt sich Krisen-PR zum Ziel auf Krisen vorbereitet zu sein, eine Krise zu managen, wenn sie existiert und nach der Krise „aufzuräumen“. (vgl. Kersten 2005, S. 544)

Nach Kunczik et al. existieren bei der Idealsituation für die Öffentlichkeitsarbeit im Krisenfall

- eine zentrale Ansprechperson
- ein Krisenplan
- ein fester Krisenstab
- und eine regelmäßige Analyse möglicher Krisenbereiche

In der Praxis entspricht, laut der Studie, nur jedes fünfte Unternehmen dem Idealfall und nutzt alle vorgegeben Instrumente. (vgl. Kunczik/ Heintzel/ Zipfel 1995, S. 161) Für Konzerne im umweltsensiblen Bereich gilt es in der Planungsphase zu entscheiden, welche Teilöffentlichkeiten im Rahmen der Durchführung eines Projekts einbezogen werden. Die Medien nehmen sowohl in der Planungs- und Realisierungsphase eines

Projektes einen hohen Stellenwert für die PR eines Unternehmens ein. In der Planungsphase sind laut den Ergebnissen der Studie von Kunczik et al. knapp die Hälfte der befragten Betriebe bereit, auch Bürgerinitiativen, Politiker und Politikerinnen und Gewerkschaften zu informieren. Eine aktive Involvierung von Umweltschutzverbänden wäre in der Planungsphase im umweltsensiblen Bereich unbedingt zu empfehlen, da sie ein erhebliches Potential zum Konfliktaufbau und zur Konfliktverschärfung besitzen. Ein Drittel der befragten Experten und Expertinnen gaben an, dass sie zu informieren seien. Ein weiteres Drittel war der Meinung, sie müssen beteiligt werden und ein Drittel war nicht an der Kommunikation mit Umweltschutzorganisationen interessiert und gab an, dass sie übergangen werden sollen. Kunczik et al. empfehlen, Umweltschutzorganisationen zumindest zu informieren. Dass knapp 30 Prozent der befragten Firmen nicht einmal darüber nachdenken, zeigt, dass die befragten Fachmänner und Fachfrauen ein immenses Konfliktpotential durch eine zentrale Gruppe ignorieren. Bürgerinitiativen werden von einem Viertel der befragten Betriebe aktiv in die Planung miteinbezogen, knapp die Hälfte informieren zumindest und knapp ein Drittel der PR-Strategen und PR-Strateginnen belassen die Mitglieder von Bürgerinitiativen in Unkenntnis. Es kann als ein Verstoß gegen die in der PR Kunde empfohlene Vorgehensweise gesehen werden, nämlich möglichst offen und umfassend zu informieren, um Konflikte zu entschärfen und Glaubwürdigkeit zu erhalten. In der Realisierungsphase verhält es sich ähnlich, wobei hier die Bereitschaft höher ist, Teilöffentlichkeiten wie die Bevölkerung, Medien und Bürgerinitiativen zumindest zu informieren. Am häufigsten aktiv in die Realisierung miteinbezogen werden die eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das hat zwei Gründe. Zum einen sollen die Beschäftigten aktiv beteiligt werden und Verantwortung übernehmen. Zum anderen wird die aktive Mitwirkung als Maßnahme externer PR gesehen, denn die Abreitnehmer und Arbeitnehmerinnen repräsentieren das Unternehmen nach außen und haben im Fall einer Nicht-Beteiligung die Möglichkeit, durch gezielte Weitergabe von Informationen an die Medien, dem Betrieb zu schaden. Interessant ist, dass die Branche „Energie“ weit überdurchschnittlich bereit ist, die Teilöffentlichkeiten Bürgerinitiativen, Politiker und Politikerinnen und Medien in der Realisierungsphase eines Projektes aktiv am Geschehen teilhaben zu lassen. (vgl. ebd., S. 163ff)

Umgelegt auf die verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit wird deutlich, dass hinsichtlich der Kommunikationsbereitschaft und Einbeziehung relevanter Teilöffentlichkeiten starker Handlungsbedarf besteht. Wenn Stakeholder nicht

miteinbezogen, geschweige denn informiert werden, kann keineswegs von einer erfolgreichen VÖA im Krisenfall gesprochen werden. Unternehmen müssen es sich zum Ziel setzen, im Krisenfall ein Einverständnis mit betroffenen Akteuren und Akteurinnen zu erzielen. Das kann jedoch nur mit einer offenen, aktiven Kommunikation geschehen, um potentielle Konfliktsituationen zu entschärfen.

3.2.2 Strategien der Krisen-PR

Um eine Krise erfolgreich zu meistern, das heißt, Imageschaden und Vertrauensverluste zu vermeiden, gibt es einige Vorschläge, wie im Krisenfall vorzugehen ist. Schwarz sieht Empfehlungen der „How-to-do Literatur“ oftmals als Handlungsanweisungen, ausgehend von subjektiven Erfahrungen, die kaum forschungsgestützt sind, obwohl Krisen hoch komplexe Situationen sind, in denen theoriegeleitetes und schnelles Handeln notwendig sind. (vgl. Schwarz 2010, S. 17) Kunczig et al. merken jedoch an, dass Krisen-PR wirksame Strategien entwickeln muss, die einem Negativ-Image präventiv vorbeugen beziehungsweise nach einer Krise ein beschädigtes Image korrigieren. (vgl. Kunczik/ Heintzel/ Zipfel 1995, S. 15) Auch Holladay erläutert den Wert eines Krisenplans, um aus den Erfahrungen anderer Experten und Expertinnen zu lernen: „Public relations experts need to know how organizations are communicating if these experts are to help the organizations improve their crisis communication.“ (Holladay 2009, S. 208) Kunczik hat, ausgehend von seiner Studie, ein Szenario zur Krisen-PR entwickelt, welches folgende Punkte beinhaltet:

- **Interne Voraussetzungen schaffen**

- Dies geschieht auf strategischer (detaillierte Situationsanalyse erstellen, Teilöffentlichkeiten definieren, Strategie für potentielle Krisenfälle entwickeln), personeller (der, die PR-Verantwortliche sollte in die Entscheidungsebene des Unternehmens miteingebunden werden und wenn benötigt, müssen zusätzliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eingeschult werden) und auf finanzieller Ebene (PR-Mittel müssen bereitgestellt werden).
- Es muss ein Instrument zur Evaluierung der strategischen und finanziellen Planung entwickelt werden, das geschieht mittels Umfragen, Analysen etc.
- Bestimmte Grundsätze müssen eingehalten werden, wie zum Beispiel, dass die Planung nie gegen Teilöffentlichkeiten erfolgen sollte und die Argumente der Betroffenen unbedingt ernst genommen werden müssen. Zudem muss Transparenz sichergestellt werden.

- **Teilöffentlichkeiten auswählen und miteinbeziehen**

- Lokale Multiplikatoren, wie Lehrer und Lehrerinnen oder Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmervertreterinnen müssen zielgruppenadäquat genutzt werden.
- Es ist wichtig, mit Organisationen und Bürgerinitiativen zu kommunizieren. Dabei ist es förderlich, Podiumsdiskussionen zu veranstalten.
- Mit lokalen und regionalen Medien sollte zusammengearbeitet werden.
- Ein Dialog mit Teilöffentlichkeiten ist sehr wichtig – dies geschieht mittels interpersoneller Kommunikation und durch deren frühestmögliche Einbindung. Bürgerinitiativen sollten aufgefordert werden, Alternativvorschläge abzugeben. Sie sollten in die Verantwortung genommen werden, das heißt, ihnen zum Beispiel eine Beteiligung in Form eines Beirates anzubieten.
- Teilöffentlichkeiten müssen regelmäßig mittels Broschüren, Vorträgen etc. informiert und Informationsbüros sollten dementsprechend eingerichtet werden. Zudem muss ein Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin benannt werden.
- Ein Dialog mit den Medien ist unbedingt notwendig.

- **Kommunikationsinhalte**

- Notwendigkeit und Nutzen des geplanten Projekts müssen kommuniziert werden. Des Weiteren sollte es eine öffentliche Diskussion möglicher Alternativen geben, dabei sollten Vor- und Nachteile gleichermaßen berücksichtigt werden.
- Das eigene Problembewusstsein sollte demonstriert und das gemeinsame Interesse von Unternehmen und Betroffenen muss vermittelt werden.

(vgl. Kunczik 2002, S. 320ff)

Das Konzept stellt die ideale Vorgehensweise im Krisenfall dar. Heute müssen mit Sicherheit auch Social-Media-Maßnahmen berücksichtigt und ergriffen werden, das könnte zum Beispiel mit der Einrichtung einer Dark Site oder eine eigenen Facebook Seite geschehen, auf der mit Betroffenen kommuniziert und auf Fragen und Zweifel eingegangen werden kann. In der Praxis stellt das vorgestellte Konzept, wie bereits die Ergebnisse der Studie gezeigt haben, den Idealfall dar, der kaum in solch einer Form angewendet wird. Dennoch wäre es für Unternehmen in jedem Fall empfehlenswert, sich an Konzepten dieser Art zu orientieren, um im Falle von Krisen oder Konflikten richtig zu reagieren. Dies trifft vor allem auf Krisen im umweltsensiblen Bereich zu, in dessen Rahmen auch das zuvor angeführte Konzept entwickelt wurde, da jener Bereich oftmals

viele Bürger und Bürgerinnen betrifft und dementsprechend zu aktiven Gegenmaßnahmen motiviert. Daher ist es unumgänglich Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu vermitteln beziehungsweise herzustellen, um letztendlich zu einem Konsens zu gelangen.

Holladay weist PR-Strategen und PR-Strateginnen an, in den frühen Stadien der Krisensituation für die Medien erreichbar zu sein und mit Journalisten und Journalistinnen zu kommunizieren. Wenn keine Information nach außen dringt, kann dies negativ gedeutet werden. Die Medien versuchen dann das Informationsvakuum zu füllen und greifen dabei auf andere Quellen zurück. (vgl. Holladay 2009, S. 209)

Deshalb sollte das oberste Ziel sein, schnell und akkurat zu reagieren, um fehlende oder falsche Informationen richtig zu stellen, um schlussendlich einen großen Imageschaden zu vermeiden.

Im Krisenfall fokussiert Krisen-PR häufig die Strategie der Reputationswiederherstellung. Holladay fand mittels einer Studie heraus, dass innerhalb der Reputationswiederherstellungsstrategie wiederum verschiedene Vorgehensweisen zum Einsatz kommen, wie den Angreifer, die Angreiferin zu attackieren, sich zu entschuldigen oder Informationen richtig zu stellen. Als Quellen werden oft Pressesprecher und Pressesprecherinnen und Experten und Expertinnen herangezogen. (vgl. ebd., S. 210ff)

Das Hauptaugenmerk sollte in jedem Fall die Vorbereitung auf Krisenfälle sein, wie Cloudman und Hallahan anmerken. Dazu gehört einen Krisenplan zu entwickeln, taktisch gut vorbereitet zu sein, wie zum Beispiel mittels eines Krisenteams, das PR-Team zu trainieren und die Kontaktliste aktuell zu halten. Natürlich inkludiert die Vorbereitung auch die relevanten Medien zu beobachten. (vgl. Cloudman/ Hallahan 2006, S. 368)

Dabei muss auf die Relevanz der Online-Medien hingewiesen werden. Schwarz und Pforr fanden in ihrer Studie heraus, dass der Einsatz von Homepages, sozialen Netzwerken und Weblogs als relevante Instrumente bei der Kommunikation von Organisationen und Interessensgruppen mit Stakeholdern angesehen wird. (vgl. Schwarz/ Pforr 2011, S. 69)

Bei der Studie von Kunczik et al. gaben knapp 85 Prozent der PR-Experten und Expertinnen an, eine offene Kommunikationsstrategie anzuwenden und begründeten die Anwendung damit, dass eine offene Strategie im Krisenfall Vertrauen, Akzeptanz und Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit sicherstellt beziehungsweise das Demokratieprinzip zu verfolgt. (vgl. ebd., S. 132f)

Das Modell der symmetrischen PR wird von manchen Befragten als sinnvoll erachtet, da mit dem Modell eine erfolgreiche PR erzielt werden kann. Andererseits empfinden einige der befragten Fachleute das

Modell für zu theoretisch und idealistisch, weil es auf einen Konsens hinarbeite, der in der Praxis ohnehin nicht möglich sei. (vgl. ebd., S. 131)

Im Falle einer Krise ist es von Vorteil, einen gewissen Vertrauensvorschuss in der Öffentlichkeit zu genießen. Deshalb ist es wichtig, Imagepolitik in Form von Presseinformationen und Information der Öffentlichkeit zu betreiben. Die Aufklärung der Bevölkerung spielt ebenfalls eine große Rolle, um Kompetenz und Glaubwürdigkeit zu vermitteln. Umweltsponsoring erfährt eher eine geringe vertrauensbildende Maßnahme als Mittel der Imagepflege. (vgl. ebd., S. 151ff) Kunczik et al. fragten innerhalb ihrer Studie nach den Konsequenzen im Falle einer Umweltkrise. Ein langfristiger Imageverlust, Angriffe durch Umweltverbände und ein Vertrauensverlust seitens der Verwaltung der Länder und der wichtigsten Kunden und Kundinnen stellen die größten Befürchtungen dar. Es wäre zu erwarten, dass die Befragten Umweltverbände stark in ihre präventive PR miteinbeziehen. In Bezug auf regelmäßige Information dieser Gruppe war das nicht der Fall. Darauf folgen mögliche Vertrauensverluste bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und wirtschaftliche Einbußen. Am wenigsten befürchtet werden Vertrauensverluste seitens der Lieferanten und Lieferantinnen. (vgl. ebd., S. 156)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Unternehmen in jedem Fall auf Krisen vorbereitet sein müssen. Die PR-Verantwortlichen müssen erkennen, dass eine Krise jedes Unternehmen treffen kann. Im Krisenfall muss schließlich schnell und präzise kommuniziert werden. Die Experten und Expertinnen sollten so offen wie möglich alle nötigen Informationen an relevante Teilöffentlichkeiten vermitteln. Ein stetiger Dialog hilft weitere Krisenherde frühestmöglich zu erkennen und darauf eingehen zu können, damit das betroffene Unternehmen die Krise gut übersteht. Nicht weniger wichtig ist die Krise zu analysieren und aus den Fehlern zu lernen.

Das folgende Modell, welches ganz wesentlich auf den Begriffen der Verständigung und des Dialogs basiert, ist die zentrale theoretische Basis der vorliegenden Arbeit.

4 VERSTÄNDIGUNGSORIENTIERTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Das Modell der VÖA ist ein Kommunikationskonzept, das die Verständigung zwischen Unternehmen beziehungsweise Betreibern und Betreiberinnen und Betroffenen beleuchtet.

Das Konzept der VÖA wurde als Instrument zur Planung und Evaluation von Public Relations entwickelt. Im Wesentlichen beruht es auf zwei Prämissen und den daraus entstehenden Konsequenzen und Aufgaben für die Öffentlichkeitsarbeit. (vgl. Burkart 2010, S. 17)

„Die erste Prämisse betrifft den Umstand, dass wirtschaftliches Handeln in entwickelten Industriegesellschaften nicht mehr allein vom Geld bestimmt ist.“ (ebd.) Jene Unternehmen, die in der Gewinnzone bleiben wollen, sind gezwungen, sich dem Diskurs zu stellen und unterliegen einer diskursiven Beweislast. Massenmedien zerren dubiose Geschäfte von Firmen gnadenlos in die Öffentlichkeit, dabei ist die wachsende Zahl von Skandalen, die kommuniziert werden, ein Ausdruck für wachsende Aufmerksamkeit. (vgl. Münch 1991, S. 89) Aufgrund dessen ist wirtschaftliches Handeln immer stärker eine Form kommunikativen Handelns geworden. (vgl. Burkart 2010, S. 17)

In dem Zusammenhang wird häufig vom Begriff der „Risikogesellschaft“ gesprochen und die Publikation von Beck rückte in den Mittelpunkt. Der Autor thematisiert Modernisierungsrisiken wie die Gefährdung der Natur oder der Gesundheit und bringt es auf folgende Formel: „*Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch*“ (Beck 1986, S. 48) Die Modernisierungsrisiken betreffen jeden, Reiche und Mächtige, Menschen in Kanada oder Skandinavien wie in Afrika oder Europa. Die Produktion von Risiken kennt keine Klassengesellschaft oder geografische Grenzen und betrifft schließlich auch die Akteure und Akteurinnen der Modernisierung, die Produzenten und Produzentinnen der Risiken. (vgl. ebd., S. 48f) Beck fasst die Problematik der modernen Gesellschaft folgendermaßen zusammen: „In der fortgeschrittenen Moderne geht die gesellschaftliche Produktion von *Reichtum* systematisch einher mit der gesellschaftlichen Produktion von *Risiken*.“ (ebd., S. 25)

Aus jener Problematik heraus entwickelten sich eine Vielzahl von Bürgerinitiativen, Demonstrationen oder Besetzungen, als Formen des „neuen Ungehorsams“ und dem sich daraus entwickelnden Terminus des „zivilen Ungehorsams“. (vgl. Kleger 1993, S. 183ff)

Aus dem Grund ist es unumgänglich in Dialog mit verschiedenen Interessensgruppen zu treten und Verständigung zu betreiben. Das ist aber nicht bei jeder PR-Aktion der Fall. Nur für die Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die nach dem Modell der „symmetrischen Kommunikation“ von Grunig/ Hunt (vgl. Grunig / Hunt 1984, S. 21ff) einen wechselseitigen Verständigungsprozess anstreben, soll das Modell der VÖA als Grundlage dienen. Wenn der PR-Träger, die PR-Trägerin jedoch damit rechnen muss, dass ihm/ihr Widerstand entgegengebracht wird, ist die Rückbesinnung auf die Überlegungen des erläuterten Konzeptes durchaus sinnvoll, da es ohnehin unumgänglich ist, die Betroffenen miteinzubeziehen. Grundsätzlich sollte jedoch jede Form der PR die Implikationen der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen. (vgl. Burkart 1995, S. 12) Auch Münch erkannte, dass wenn gesellschaftlich etwas bewegt werden soll, die Kommunikation angeheizt werden muss, denn heute lässt sich ohne eine strategische Nutzung von öffentlicher Aufmerksamkeit nichts mehr ausrichten. (vgl. Münch 1991, S. 17) Deshalb ist es auch für Unternehmen im verständigungsorientierten Sinn notwendig, kommunikativ unter Nutzung von öffentlicher Aufmerksamkeit zu agieren.

Zudem weist das Konzept die Öffentlichkeitsarbeit an „endlich zu *tun*, was sie immer schon vorgibt, ohnehin zu sein – nämlich ein Medium zur Optimierung gesellschaftlicher Verständigungsverhältnisse.“ (Burkart 1996, S. 246)

Unternehmen, die sich heute nicht mit ihren Stakeholdern auseinandersetzen und ihnen Gehör verschaffen, werden bei konfliktträchtigen Maßnahmen oft auf großen Widerstand stoßen. Eine gute Informationsstrategie, die offensiv die Fragen der Betroffenen thematisiert, und mit weiteren Schritten Konflikte behandelt, gehört zur PR jedes Unternehmens, dass sich Verständigung mit seinen Stakeholdern zum Ziel setzt. *Die zweite Prämisse* besagt daher:

„Menschliche Kommunikation ist aus grundsätzlicher Perspektive heraus auf das Ziel wechselseitiger Verständigung hin angelegt. Wenn Öffentlichkeitsarbeit also ihre kommunikative Grundstruktur ernst nehmen will, dann sollte sie sich – insbesondere in einer Risiko- und Konfliktgesellschaft – an den Prinzipien der Verständigung orientieren: Aus dieser Position heraus ist das VÖA-Konzept formuliert worden.“ (Burkart 2010, S. 18f)

Die verständigungsorientierten Überlegungen basieren auf der Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas. Diese wird im folgenden Kapitel erörtert.

4.1 Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas als Basis des Modells der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit

Das Modell der VÖA

„(...) ist ein Kommunikationskonzept, das darauf abzielt, die Voraussetzungen zur einvernehmlichen Lösung von Interessenkonflikten zu schaffen. Die daraus abgeleitete Public-Relation-Strategie hat nicht die bloße Durchsetzung der Interessen des jeweiligen Projektbetreibers (...) im Auge, sondern stellt das zu erzielende Einverständnis mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen“ (Burkart 1995, S. 7)

Das Konzept basiert wesentlich auf der Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas. Dabei handelt es sich um die Interaktion von mindestens zwei sprach- und handlungsfähigen Subjekten die eine Beziehung eingehen. Die Kommunikationspartner und Kommunikationspartnerinnen suchen dabei eine Verständigung über die Handlungssituation, um ihre Aktionen einvernehmlich zu koordinieren. (vgl. Habermas 1988, S. 128) Grundsätzlich geht die Theorie davon aus, dass Kommunikation in ihrem Originalmodus verständigungsorientiert ist (vgl. Burkart 1998, S. 168) und dass

„(...) jeder kommunikativ Handelnde, wenn er an einem Verständigungsprozeß teilnehmen will, implizit weiß, daß bestimmte universale Ansprüche Gültigkeit besitzen, die sowohl von ihm, als auch von seinem Kommunikationspartner anerkannt werden und denen er daher zu entsprechen hat.“ (Burkart 1993, S. 22)

Die Theorie des kommunikativen Handelns behandelt vier zentrale Geltungsansprüche. Jeder Akteur und jede Akteurin der/die an Verständigung orientiert ist, muss sich an folgenden Geltungsansprüchen orientieren:

- **Verständlichkeit:** Jeder Kommunikationspartner und jede Kommunikationspartnerin muss sich verständlich ausdrücken und die Regeln einer gemeinsamen Sprache beherrschen.
- **Wahrheit:** Die Kommunikatoren und Kommunikatorinnen müssen davon ausgehen, dass die gemachten Aussagen wahr sind. Die Aussagen über die Wirklichkeit müssen vom jeweils anderen anerkannt werden. Die Existenzvoraussetzungen eines geäußerten Gehalts müssen erfüllt werden.

- **Wahrhaftigkeit:** Die Akteure und Akteurinnen müssen voneinander annehmen, dass sie ihre tatsächlichen Absichten kommunizieren und ihr Gegenüber nicht täuschen wollen. Das heißt, dass die manifeste Sprecher- und Sprecherinnenintention so gemeint ist, wie sie geäußert wurde.
- **Richtigkeit:** Die Kommunikationspartner und Kommunikationspartnerinnen müssen davon ausgehen, dass sie mit ihren Sprechhandlungen die geltenden Werte nicht verletzen. Sie müssen unterstellen, dass sie ihre Interessen richtigerweise vertreten, weil sie auch für andere als „legitim“ begriffen werden können. Die Aussage muss im geltenden normativen Kontext richtig sein. (vgl. Burkart 2010, S. 19f & vgl. Habermas 1988, S. 149)

Das Ziel des Verständigungsprozesses ist demnach

„(...) die Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen den beiden Kommunikationspartnern, das im wechselseitigen Verstehen, geteilten Wissen, gegenseitigen Vertrauen und wechselseitiger Akzeptanz (jeweils beanspruchter Normen) besteht.“ (Burkart 2010, S. 20)

Um eine Verständigung und bestenfalls ein Einverständnis zu erreichen suchen die kommunikativ Handelnden einerseits den Konsens, der an den Geltungsansprüchen der Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit bemessen wird. Fit oder misfit zwischen der Sprechhandlung werden geprüft. Es besteht eine Beziehung zwischen dem Akteur und der Akteurin und den drei Welten, mit denen er durch seine Äußerung Kontakt aufnimmt. Bei den Welten handelt es sich um:

- **Die objektive Welt.** Sie stellt die Gesamtheit aller Entitäten dar, über die wahre Aussagen möglich sind.
- **Die soziale Welt** spiegelt alle legitim geregelten interpersonalen Beziehungen wieder.
- **Die subjektive Welt** umfasst die Gesamtheit der privilegiert zugänglichen Erlebnisse des Sprechers und der Sprecherin. (vgl. Habermas 1988, S. 149)

In der „drei-Aktor-Weltbeziehung“ (ebd.) strebt Habermas mit seinem Anspruch die Maximalbedeutung von Verständigung an, die nicht den Normalzustand kommunikativer Interaktion darstellt, sondern als „kontrafaktisch“ bezeichnet werden kann. Wird kein Einverständnis in Bezug auf alle vier Geltungsansprüche getroffen oder existieren Defizite in der Kommunikation, kann der Diskurs dabei helfen, sie zu beseitigen. (vgl. Burkart 1993, S. 22f) „Im Diskurs werden also jeweils problematisch gewordene

Geltungsansprüche selbst Thema von Kommunikation.“ (ebd., S. 23) Das Eintreten in einen Diskurs kann als rationales Unterfangen bezeichnet werden, denn der Diskurs setzt den Willen der Beteiligten voraus ihre Behauptungen zu begründen und ihre Absichten zu rechtfertigen. Jene Art der Reflexion ist ein genuiner Bestandteil eines jeden Kommunikationsprozesses. (vgl. Burkart 1998, S. 169)

In einem Diskurs sollen „(...) überzeugende Argumente, mit denen Geltungsansprüche eingelöst oder zurückgewiesen werden können“ (Habermas 1988, S. 48) kommuniziert werden. Habermas unterscheidet beim Diskurs zwischen drei Formen:

1. Ein **theoretischer Diskurs** ist jene Art der Argumentation, in der kontroverse Wahrheitsansprüche zum Thema gemacht werden.
2. Bei einem **praktischen Diskurs** werden Ansprüche auf normative Richtigkeit geprüft und thematisiert.
3. In einem **explikativen Diskurs** werden die Verständlichkeit, Wohlgeformtheit oder Regelrichtigkeit von symbolischen Ausdrücken nicht mehr naiv unterstellt oder abgestritten, sondern als kontroverser Anspruch zum Thema gemacht.
(vgl. ebd., S. 39ff)

Bei praktischen Diskursen ist zu beachten, dass sie sich ihren Inhalt geben lassen müssen. Es ist ein Verfahren zur Prüfung der Gültigkeit vorgeschlagener und erwogener Normen und dient nicht der Erzeugung von gerechtfertigten Normen. (vgl. Habermas 1999, S. 113) Grundsätzlich fungiert der Diskurs einerseits dazu, seine Behauptungen zu reflektieren, andererseits sie zu begründen und einzulösen. Das trifft jedoch nicht auf alle Geltungsansprüche zu. Der Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit kann im Diskurs, im Gegensatz zu Wahrheits- oder Richtigkeitsansprüchen, nicht unmittelbar mit Argumenten eingelöst werden. Die Wahrhaftigkeit lässt sich nicht begründen, sondern lediglich zeigen. (vgl. Habermas 1988, S. 69) In Zusammenhang mit den Geltungsansprüchen und dem Begriff des Diskurses, spielt die „ideale Sprechsituation“ eine wesentliche Rolle. Sie soll nach Habermas in einem Diskurs gegeben sein.

„Ideal nenne ich eine Sprechsituation, in der Kommunikationen nicht nur nicht durch äußere kontingente Einwirkungen, sondern auch nicht durch Zwänge behindert werden, die sich aus der Struktur der Kommunikation selbst ergeben. Die ideale Sprechsituation schließt systematisch Verzerrungen der Kommunikation aus. Und zwar erzeugt die Kommunikationsstruktur nur dann keine Zwänge, wenn für alle Diskursteilnehmer eine symmetrische Verteilung der Chancen, Sprechakte zu wählen und auszuführen, gegeben ist.“ (Habermas 1984, S. 177)

Das von Habermas geforderte Einverständnis ist in der Realität oft nicht erreichbar. Ziel der Habermas'schen Theorie ist es demnach nicht reale Sprechakte abzubilden, sondern eher eine ideale Sprechsituation aufzuzeigen, um so auf mögliche Defizite hinzuweisen. Mit jenem Anspruch können möglicherweise Lösungswege aufgezeigt werden, um schlussendlich der „idealen Sprechsituation“ näherzukommen, in der man nicht durch Zwänge eingeschränkt wird. (vgl. ebd., S. 177) In der Realität der alltäglichen Kommunikation bedeutet das, dass wir es mit einer Unschärfe dieses Einverständnisses zu tun haben, wobei es zu Unterbrechungen der Kommunikation kommen kann. Dies führt zu einer Reflexion über die Äußerungen, weil Geltungsansprüche angezweifelt werden. Den Diskurs kann man in seiner Funktion schließlich als Reparaturmechanismus für gestörte Kommunikation bezeichnen, da getätigte Aussagen begründet werden, um das in der Alltagskommunikation vorausgesetzte Einverständnis wiederherzustellen. (vgl. Burkart 1998, S. 169) Der Diskurs lässt sich als zentrales Mittel jeglicher kommunikativer Prozesse bezeichnen, um ein gestörtes Einverständnis wiederherzustellen und um angezweifelte Geltungsansprüche zu begründen und dem Gegenüber verständlich zu machen. Folgendes Schaubild stellt die Geltungsansprüche und die Diskurstypen dar:

Geltungsanspruch	Einverständnis	Diskurstyp	diskursleitende Frage	Antwort
Verständlichkeit	Wechselseitiges Verstehen der Aussagen	explikativer	Wie meinst du das? Wie soll ich das verstehen?	Deutung
Wahrheit	Geteiltes Wissen über Inhalte	theoretischer	Verhält es sich so, wie du sagst? Warum verhält es sich so und nicht anders?	Behauptung Erklärung
Wahrhaftigkeit	Vertrauen ineinander		Täuscht er mich? Täuscht er sich über sich selbst?	
Legitimität	Wechselseitige Akzeptanz von Normen	praktischer	Warum hast du das getan? Warum hast du dich nicht anders verhalten?	Rechtfertigung

Abbildung 2: „Geltungsansprüche und Diskurstypen nach der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas)“

(Quelle: Burkart 2010, S. 21)

Als Fazit lässt sich somit festhalten:

„Verständigung, als Prozeß der Herbeiführung eines Einverständnisses kommt nur dann zustande, wenn

1. die jeweiligen Kommunikationspartner einander die Wahrheit ihrer Aussagen, die Wahrhaftigkeit ihrer Absichten und die Richtigkeit/ Angemessenheit ihrer Äußerungen unterstellen,
2. bei allen beteiligten Kommunikationspartnern ein Hintergrundkonsens – also eine gemeinsame Überzeugung – darüber besteht, daß im Falle des Anzweifeln auch nur eines dieser Ansprüche diese selbst zum Thema von Kommunikation gemacht werden können,
3. Einigkeit darüber besteht, daß in solchen Fällen ein Diskurs eingeleitet werden kann, der auf ein rational motiviertes Einverständnis hin ausgerichtet ist, d.h. in dem Behauptungen nur auf der Basis von Gründen Gültigkeit erhalten können, die von allen Teilnehmern akzeptiert werden und wenn sich
4. derartige Diskurse an der ‚idealen Sprechsituation‘ orientieren, in der für alle Teilnehmer die gleichen Chancen bestehen, Sprechakte (wie z.b. Behauptungen, Wünsche, Aufforderungen, Verurteilungen, etc.) zu wählen und auszuführen.“ (Burkart 1993, S. 25)

Sind jene Punkte erfüllt, kann man von einem erfüllten Einverständnis sprechen. Aus den Geltungsansprüchen und Voraussetzungen leitet Burkart die Ziele der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit ab, die als Grundstein für problemzentrierte Öffentlichkeitsarbeit betrachtet werden sollten und unter anderem für den Bau von Biogasanlagen zutreffen, bei dem schlussendlich meist eine Vielzahl von Personen direkt oder indirekt betroffen sind. Hier sollte unbedingt das Konzept der VÖA beachtet werden, um eine Verständigung mit den verschiedensten Teilöffentlichkeiten zu erzielen und auf Probleme richtig zu reagieren.

Burkart erachtet den Rückgriff auf das Konzept als zentral, wenn der PR-Träger und die PR-Trägerin bei seiner/ihrer Interessensdurchsetzung davon ausgehen muss, dass ihm/ihr Widerstand entgegen gebracht wird (vgl. ebd., S. 26). Die VÖA hat den Auftrag, die Voraussetzungen für einen Diskurs bereitzustellen und den Betroffenen die Chance zu geben, die Geltungsansprüche Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit der verfolgten Interessen anzuzweifeln. Zudem müssen sie auch ihre eigenen Interessen aktiv in die Entscheidungsfindung miteinbringen können. Für den PR-Auftraggeber und die PR-Auftraggeberin bedeutet dies, von vornherein ein gewisses Maß an Kompromissbereitschaft, denn das Ergebnis eines Diskurses im Sinne der VÖA ist nicht „a priori“ festlegbar. Daher müssen Unternehmen für etwaige Veränderungen ihres ursprünglichen Interesses offen sein. (vgl. Burkart 1995, S. 75f)

4.2 Ziele der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit

Wie schon im vorherigen Kapitel ausgeführt, erscheint die Einhaltung der Geltungsansprüche als essentiell, um eine Verständigung zwischen

Kommunikationspartnern und Kommunikationspartnerinnen zu garantieren. Die Verständigung ist zentral für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit. Das Konzept der VÖA nennt zentrale Ziele, um eben jene Verständigung herbeizuführen. Für Burkart muss

„(...) als oberstes Ziel derartiger Aktivitäten die Herbeiführung eines Einverständnisses gelten, und zwar zwischen dem PR-Träger, welcher via Öffentlichkeitsarbeit seine Interessen durchsetzen will und jene Personen oder Gruppen, die von dieser Interessensdurchsetzung betroffen werden: in der gebräuchlichen PR-Sprache sind das die relevanten Teilöffentlichkeiten.“ (Burkart 1993, S. 26)

Das Einverständnis betrifft konkret die zur Diskussion stehenden Gegenstände, das Vertrauen in das Unternehmen und die Rechtmäßigkeit des Vorhabens.

„Konkret heißt das: Öffentlichkeitsarbeit hat dafür zu sorgen, daß es zwischen dem PR-Träger und den von der Realisierung des jeweils verfolgten Interesses möglicherweise Betroffenen zu einem Einverständnis kommt, in Hinblick auf

- die zu thematisierenden Gegenstände
Ziel ist es, mit den Betroffenen (=den relevanten Teilöffentlichkeiten) zu einem Konsens darüber zu gelangen, was unter der Sache selbst, die es zu vertreten gilt, eigentlich zu Verstehen ist. (...)
- das Vertrauen in die Organisation/ Institution/ das Unternehmen (in die PR-Träger)
Ziel ist es, mit den Betroffenen (...) zu einem Konsens über die Vertrauenswürdigkeit der jeweils involvierten Organisation/ Institution/ des Unternehmens bzw. deren/ dessen Vertreter zu gelangen (...)
- die Legitimität der vertretenen Interessen
Ziel ist es, mit den Betroffenen (...) zu einem Konsens zu gelangen, was die Rechtmäßigkeit betrifft, mit der die jeweiligen Interessen Vertreten [sic!] werden (...)“ (ebd., S. 26f)

Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit setzt sich zum Ziel, eine möglichst „störungsfreie“ Kommunikation zwischen dem PR-Träger und der PR-Trägerin und den Teilöffentlichkeiten zu gewährleisten. Zu Störungen in einem Kommunikationsprozess kommt es dann, wenn die erwähnten Geltungsansprüche angezweifelt werden. Durch den Diskurs können sie schließlich wieder behoben werden, daher ist es für die Öffentlichkeitsarbeit zielführend, den Diskursbedarf ernst zu nehmen. (vgl. Burkart 2010, S. 25) Um „störungsfreie“ Kommunikationsprozesse sicherzustellen, muss nach Burkart

zwischen den Akteuren und Akteurinnen Einverständnis auf folgenden Kommunikationsebenen vorherrschen:

- **Auf der Ebene, der zu thematisierenden Sachverhalte:**

Ziel ist es, mit den Betroffenen zu einem Konsens zu gelangen, was unter der Sache zu verstehen ist. Der Wahrheitsgehalt der Behauptungen und Erklärungen des Unternehmens muss unumstritten sein.

- **Auf der Ebene, der involvierten Kommunikatoren und Kommunikatorinnen:**

Es muss klar sein, wer für die Interessen im Unternehmen verantwortlich ist, die Ansprechpersonen müssen deklariert werden. Weiteres bedeutet das, dass die Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens und ihrer Vertreter und Vertreterinnen ganz klar gegeben sein muss.

- **Auf der Ebene, der vertretenen Interessen:**

Ziel ist es, klarzustellen, warum die Interessen des Unternehmens eigentlich verfolgt werden. Es muss einen Konsens über die Legitimität der Interessen geben. (vgl. ebd.)

Das folgende Schaubild veranschaulicht die Ziele der VÖA:

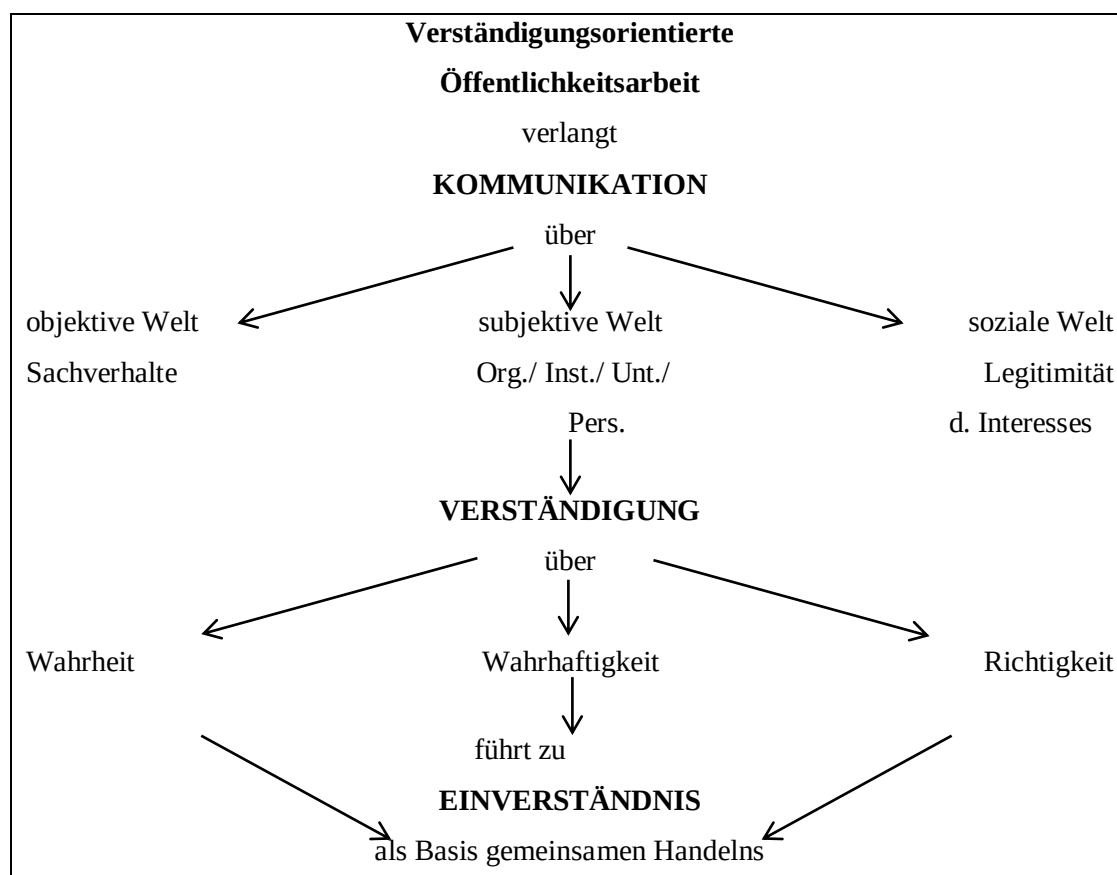


Abbildung 3: „Ziele einer verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“

(Quelle: Burkart 1995, S. 14)

4.3 Vier Phasen der VÖA

Um die im Kapitel 4.2 angeführten Ziele zu realisieren, geht es folglich darum, wie das Einverständnis zwischen PR-Betreiber und PR-Betreiberin und den relevanten Teilöffentlichkeiten hergestellt werden kann. Das Abhalten von Diskursen steht als Option für eine solche Annäherung bereit, denn wenn die Voraussetzungen eines solchen Einverständnisses angezweifelt werden, können sie im Diskurs selbst zum Thema gemacht und ein Konsens, basierend auf dem besseren Argument, getroffen werden. Dies geschieht, umgemünzt auf die VÖA, in vier Phasen, die man als kommunikative Strategien für Öffentlichkeitsarbeit bezeichnen kann. Sie setzen sich zum Ziel, Einverständnis zwischen Betreiber und Betreiberin und den relevanten Teilöffentlichkeiten herzustellen. (vgl. Burkart 1995, S. 15) Im Hinblick auf die „drei Welten“ haben jene Phasen konkrete Bedeutungen und werden daher im Anschluss näher beschrieben.

- **Phase 1: Information**

In dieser Phase geht es um die rationale Urteilsfindung. Dazu ist es notwendig, dass ausreichendes Wissen über das jeweilige Thema besteht. Zielsetzung ist, durch Bereitstellen von Informationen und zentralen Wissensinhalten über das Thema, die Basisvoraussetzungen für einen Diskurs zu schaffen.

- objektive Welt: Der PR-Träger, die PR-Trägerin will seine/ihre Ziele mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit durchsetzen, soll dabei jedoch seine/ihre Interessen transparent und sichtbar machen. Der zentrale Aspekt liegt hier in der Definition themenrelevanter Sachverhalte und Beschreibung der Konsequenzen, die für die Betroffenen entstehen, falls die Interessen durchgesetzt werden.
- subjektive Welt: Die inneren Strukturen des Unternehmens/ der Organisation/ Institution, die mit PR ihre Ziele realisieren wollen, sollen transparent gemacht werden. Der Fokus liegt hier in der Bekanntgabe von zuständigen Personen, Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen und der Erläuterung des Selbstverständnisses vom jeweiligen Unternehmen.
- soziale Welt: Auf Basis eines normativen Bezugsrahmens werden die vertretenen Ziele gerechtfertigt. Der wesentliche Aspekt liegt darin, Gründe zu nennen, die die Rechtmäßigkeit als auch die moralische Angemessenheit der Interessen und Ziele nachvollziehbar machen. (vgl. ebd.)

Neben den Zielen, die es in der Phase und den einzelnen Welten zu erreichen gilt, erläutert Burkart, was es heißt, in der Informationsphase Erfolg zu haben.

„*Erfolg* in dieser Informationsphase setzt dann zum einen aus der Kommunikatorperspektive voraus, dass eine bestimmte *Qualität des Informationsangebotes* erreicht werden muss. (...) *Erfolg* in der Informationsphase heißt weiter, dass ein entsprechender Niederschlag in der redaktionellen Berichterstattung (relevanter Medien) stattfindet und Erfolg heißt schließlich aus der Rezipientenperspektive, dass (Mitglieder der) Teilöffentlichkeiten die Informationen auch in ausreichendem Maß aufgenommen haben.“ (Burkart 2010, S. 27)

Schließlich kann geklärt werden, ob es bei den Rezipienten und Rezipientinnen Klärungsbedarf hinsichtlich bestimmter Themen und Sachverhalte gibt und ob der Betreiber, die Betreiberin als vertrauenswürdig empfunden wird. Die Erfolge werden mittels einer Evaluation aller PR-Aktivitäten seitens des Unternehmens, einer Medienresonanzanalyse und einer repräsentativen Befragung der Mitglieder der Teilöffentlichkeiten erhoben, um nach dem Wissensstand und der Konsensbereitschaft zu fragen, um schließlich entscheiden zu können, ob die nächste Phase einzuleiten ist. (vgl. ebd., S. 27f)

• Phase 2: Diskussion

Wenn Themen strittig sind, das heißt, wenn Geltungsansprüche erheblich angezweifelt werden, muss die Diskussionsphase eingeleitet werden. Dabei liegt der Fokus primär auf der Kommunikation mit ausgewählten Medien, es aber sinnvoll interaktive Formen des Dialogs mit Mitgliedern relevanter Teilöffentlichkeiten einzuplanen. (vgl. ebd., S. 28) Es soll versucht werden mit den Betroffenen in Kontakt zu treten und Voraussetzungen für einen direkten Dialog zu schaffen. Teilziel ist die Motivation relevanter Teilöffentlichkeiten mit dem PR-Träger, der PR-Trägerin zu kommunizieren. Es ist wichtig, organisatorische Vorkehrungen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Kontaktstellen, zu treffen, um es den Betroffenen leicht zu machen mit den Ansprechpersonen in Kontakt zu treten und Diskussionen zwischen ihnen zu organisieren. (vgl. Burkart 1995, S. 15f)

Umgemünzt auf die „drei-Welten“ bedeutet dies folgendes:

- objektive Welt: Die Teilöffentlichkeiten sollen sich mit den relevanten Sachverhalten und Begriffen, sowie mit den behaupteten Konsequenzen, die aus der beabsichtigten Interessensrealisierung entsteht, auseinandersetzen. Es geht

darum, Sachdiskussionen zu führen, bei denen es um eine Auseinandersetzung mit den Betroffenen über den Wahrheitsgehalt der zur Diskussion stehenden Begriffe bzw. Konsequenzen geht.

- soziale Welt: Eine Auseinandersetzung der Teilöffentlichkeiten über die Rechtmäßigkeit (Legitimität) der vertretenen Interessen wird initiiert. Der zentrale Aspekt liegt darin, Diskussionen zu moderieren bzw. durchzuführen, um über die Angemessenheit der normativen Begründungen der vertretenen Interessen zu sprechen. (vgl. ebd.)

Journalisten und Journalistinnen sollen ganz gezielt mit detaillierten Informationen versorgt werden. Zeigt die Befragung, dass die Teilöffentlichkeiten erheblichen Zweifel an der Legitimität der Standortwahl haben, wird man Berichterstatter und Berichterstatterinnen bewusst mit Informationen, die das Für und Wieder der Standortwahl behandeln, versorgen. PR-Arbeit darf aber keineswegs als reine Medienarbeit betrachtet werden, denn die Einplanung interaktiver Auseinandersetzungen wie Diskussionsrunden ist sehr sinnvoll. Heute wird oft eine Homepage eingerichtet, die über ein gewisses interaktives Potential verfügt. Dabei kommen oftmals „virtuelle Diskussionen“ wie Interviews mit Experten und Expertinnen oder Berichte zum Einsatz, die unterschiedliche Standpunkte zum Ausdruck bringen. (vgl. Burkart 2010, S. 28f)

„*Erfolg* in der Diskussionsphase bedeutet somit zunächst, dass sich der PR-Auftraggeber dort, wo es Kritik und/ oder Erklärungsbedarf gibt, nicht kommunikativ ‚verschlossen‘ zeigt, sondern dass er sich diesen Diskussionen tatsächlich stellt und auch *organisatorische Voraussetzungen* dafür schafft, damit ein Kontakt zwischen Unternehmen und Teilöffentlichkeit(en) möglich wird.“ (ebd., S.29)

Auch in der Diskussionsphase ist zu eruieren, ob die angewandten Maßnahmen erfolgreich waren. Mittels einer Medienresonanzanalyse wird erhoben, ob eine virtuelle Diskussion im Rahmen einer redaktionellen Berichterstattung stattgefunden hat und welches Unternehmensimage transportiert wurde. Zudem kann erneut eine Befragung durchgeführt werden, um die Kernfrage im Sinne der VÖA zu erheben, nämlich ob kommunikative Geltungsansprüche angezweifelt werden. (vgl. ebd.)

- **Phase 3: Diskurs**

Prinzipiell ist es möglich, dass bereits in der Diskussionsphase ein kommunikatives Einverständnis zwischen Unternehmen und Betroffenen erzielt werden konnte. Ist dem

nicht so, wird man hohe Zweifel an den kommunikativen Geltungsansprüchen diagnostizieren und die, im Sinne des VÖA-Konzeptes, auf einen Diskursbedarf schließen lassen. (vgl. ebd., S. 30)

Wie bereits erläutert wurde, werden Diskurse geführt, um ein gestörtes Einverständnis durch Begründung wiederherzustellen. In Situationen, für die das Phasenmodell entwickelt wurde, kann per se von einem problematischen Einverständnis gesprochen werden. Die Diskursphase hat zum Ziel, dass sich die Beteiligten auf ein Verfahren einigen, dass den Wahrheitsgehalt relevanter Sachverhalte als auch die normative Richtigkeit (Legitimität) des vertretenen Interesses prüft. Alle Teilnehmenden sollen über symmetrisch, also gleich verteilte Kommunikationschancen verfügen, um sich im selben Ausmaß am Prozess beteiligen zu können. (vgl. Burkart 1995, S. 16f)

Das bedeutet im Hinblick auf die „drei-Welten“:

- objektive Welt: Gemäß des „theoretischen Diskurses“ wird eine Einigung zwischen PR-Betreiber und PR-Betreiberin und den relevanten Teilöffentlichkeiten über die Verfahren getroffen. Die Verfahren dienen zur Beurteilung sachbezogener Aussagen und Begrifflichkeiten zu den in Diskussion stehenden Sachverhalten. Ziel ist es, zu einem Konsens über die Richtlinien, wie Sachurteile eingeschätzt werden, zu gelangen (vgl. ebd.) und den Wahrheitsbeweis für Sachurteile mittels Beweise zu liefern, um die Zweifel unhaltbar zu machen. Sachurteile basieren meist auf technisch oder naturwissenschaftlich begründbaren Tatsachen, die mit Befunden oder Gutachten belegt werden. (vgl. Burkart 2010, S. 30)
- soziale Welt: Nach dem „praktischen Diskurs“ wird eine Einigung zwischen PR-Treiber und PR-Treiberin und Betroffene über Verfahrensweisen erzielt, die zur Beurteilung der normativen Richtigkeit (Legitimität) der vertretenen Interessen dienen. Der Fokus liegt hier darin, zu einem Konsens zu gelangen, ob die Richtlinien der Beurteilung angemessen sind, mit denen die Begründungen, also die geäußerten Interessen moralisch-ethisch gerechtfertigt wurden. (vgl. Burkart 1995, S. 16f)

Bei den Begründungen stehen nicht mehr die Sachurteile im Vordergrund, sondern die Werturteile des praktischen Diskurses.

„Im praktischen Diskurs geht es um die Rechtfertigung von Interessen, Zielen bzw. Entscheidungen, damit stehen Werturteile zur Diskussion, d.h. es

müssen Gründe angeführt werden, warum – genauer: auf Basis welcher Norm- und Wertentscheidungen – das jeweilige Ziel verfolgt wird. Werturteile sind nicht im klassisch-naturwissenschaftlichen Sinn begründbar. Sie sind im jeweiligen gesellschaftlichen Normenkontext verankert bzw. resultieren letztlich auf moralischen Regeln bzw. ethischen Prinzipien.“ (Burkart 2010, S. 31)

Die Öffentlichkeitsarbeit muss den Einigungsprozess, in Bezug auf die objektive und soziale Welt, begleiten. Die Prüfung der Ziele des Unternehmens bzw. der Organisation, also der PR-Betreibenden auf fachliche und moralische Angemessenheit obliegt nicht der Öffentlichkeitsarbeit. Sie soll jedoch den Diskurs zwischen Experten und Expertinnen und Betroffenen koordinieren und führen. (vgl. Burkart 1995, S. 17)

In der Diskussions- und Diskursphase sind inszenierte Veranstaltungen wie Bürger- und Bürgerinnenversammlungen meist ohnehin Gegenstand redaktioneller Berichterstattung. Daher werden ausgewählte Journalisten und Journalistinnen an Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen interessiert sein, die gezielte Informationen zu den Zielen des Unternehmens geben können. Deshalb ist die Öffentlichkeitsarbeit hier angehalten Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen bereitzustellen, um eine „virtuelle Diskussion“ herzustellen, in der Wert- und Sachurteile von verschiedenen Fachleuten reflektiert werden. Es sollte erneut methodisch überprüft werden, ob es zu einer Berichterstattung über die diskursträchtige Argumentation gekommen ist und mittels einer Befragung gilt es abermals herauszufinden, welchen Informationsstand die Betroffenen aufweisen und den Grad des kommunikativen Einverständnisses zu messen. (vgl. Burkart 2010, S. 31f)

„*Erfolg* in dieser Diskursphase bedeutet nun, dass Konsens sowohl auf der Ebene der Sachurteile (betreffend die Wahrheit von Behauptungen), als auch auf der Ebene der Werturteile (betreffend die Angemessenheit der Begründungen) erzielt werden kann – realistischer: dass vorhandene Zweifel an den Sach- und Werturteilen minimiert werden konnten.“ (ebd., S. 31)

Es kristallisiert sich heraus, dass es unumgänglich ist mit den Teilöffentlichkeiten zu kommunizieren und auf ihre Fragen und Sorgen einzugehen. Die Phasen greifen ineinander und können als kein getrenntes Step-by-Step Modell betrachtet werden, da die Kommunikation mit Betroffenen in allen Phasen bei Bedarf geschehen muss und an allen Punkten Informationen kommuniziert werden sollten. In einem gewissen Rahmen können damit sicher die Prozesse und das Unternehmensimage in eine bestimmte Richtung

gelenkt werden. Im Zentrum steht jedoch das Ziel, ein Einverständnis zwischen dem Betreiber, der Betreiberin und den Betroffenen zu erzielen.

- **Phase 4: Situationsdefinition**

In der letzten Phase des Konzeptes der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit wird nach Burkart festgehalten, inwiefern eine Verständigung erreicht wurde und fokussiert eventuell verringerte Zweifel bei den Mitgliedern der Teilöffentlichkeiten.

„In dieser letzten VÖA-Phase ist nunmehr der Status quo der erreichten Verständigung festzuhalten und den Teilöffentlichkeiten entsprechend zu kommunizieren – was abermals auf die Notwendigkeit von Medienarbeit verweist. Zu fragen ist inwieweit Zweifel

- an der Wahrheit behaupteter Sachverhalte (sowie an allfälligen strittigen Sachurteilen)
- an der Vertrauenswürdigkeit involvierter Unternehmen bzw. Personen und
- an der Legitimität vertretener Interessen (sowie an allfälligen strittigen Werturteilen)

bei den (Mitgliedern der) Teilöffentlichkeiten beseitigt bzw. minimiert werden konnten, inwieweit also ein diesbezügliches Einverständnis vorliegt.“
(Burkart 2010, S. 32)

Ein gänzlichches Einverständnis auf allen drei Ebenen der kommunikativen Geltungsansprüche wird es jedoch in der Praxis nie geben. (vgl. ebd.)

Öffentlichkeitsarbeit übernimmt in der Situationsdefinition nicht wie in den ersten drei Phasen eine treibende, agierende, sondern eine kontrollierende Rolle ein. Sie muss überprüfen, ob das angestrebte Einverständnis zwischen PR-Betreiber und PR-Betreiberin und den betroffenen Teilöffentlichkeiten eine Chance auf Realisierung hat, oder nicht. Wenn das nicht der Fall ist, muss sie das Weiterführen des Diskurses gewährleisten oder eine Entscheidung auf Basis eines teilweisen Einverständnisses herbeiführen. Die Situationsdefinition hält fest, ob das allgemeine Ziel von Öffentlichkeitsarbeit, nämlich das Einverständnis zwischen Unternehmen und Betroffenen, teilweise oder gänzlich realisiert wurde. Wurde das erreicht und die gemeinsam entwickelten Richtlinien eingehalten, ist es nun die Aufgabe von Öffentlichkeitsarbeit die kooperativ erarbeitete Situationsdefinition mitsamt aller Bedingungen, die dazu beigetragen haben, möglichst allen Betroffenen, auch jenen die sich kaum oder gar nicht an den Diskussionen beteiligt haben, zugänglich zu machen. Was nun in der Sache selbst getan werden muss ist nicht mehr die Aufgabe von Öffentlichkeitsarbeit aber deren Konsequenz. (vgl. Burkart 1995, S. 17f)

Folgende Grafik veranschaulicht die Phasen und Vorgänge auf den Ebenen der „drei Welten“ und nennt zentrale Fragen zur PR-Evaluation nach VÖA-Kriterien:

Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit - Fragen zur Evaluation auf drei Ebenen				
Verständigungs- ebenen VÖA- Phasen	objektive Welt WAS Sachverhalte	subjektive Welt WER Unternehmen/Personen	soziale Welt WARUM Gründe	
Information	2.4.1	Wurden die relevanten Sachverhalte/Themen dargestellt?	Wurden zentrale Unternehmensdaten präsentiert?	Wurden die Projektziele begründet?
	M	Welche dieser Sachverhalte oder Themen waren medial präsent (und wie)?	Welche dieser Unternehmensdaten waren medial präsent (und wie)?	Über welche dieser Projektziele und Gründe wurde berichtet (und wie)?
	R	Inwieweit wissen die TÖ über die relevanten Sachverhalte Bescheid?	Inwieweit sind die TÖ über das Unternehmen informiert?	Inwieweit kennen die TÖ die projektbezogenen Begründungen?
	G	Existiert (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Erklärungsbedarf – und wenn ja: für welche Themen?	Existiert (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) weiteren Informationsbedarf über das Unternehmen?	Existiert (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Rechtfertigungsbedarf – und wenn ja: für welche Projektziele?
Diskussion	K	Inwieweit hat der Projektbetreiber eine themenbezogene Auseinandersetzung ermöglicht und /oder geführt?		Inwieweit hat der Projektbetreiber eine Auseinandersetzung über die Projektziele ermöglicht und/oder geführt?
	M	Wie haben sich die sachbezogenen Auseinandersetzungen medial niedergeschlagen?	Welches Unternehmensimage wurde medial entworfen?	Wie haben sich die Auseinandersetzungen über die Projektziele medial niedergeschlagen?
	R	Inwieweit haben die TÖ an diesen Sachdiskussionen partizipiert und /oder diese rezipiert?	Über welches Image verfügt das Unternehmen bei den relevanten TÖ?	Inwieweit haben die TÖ an diesen Legitimitätsdiskussionen teilgenommen und/oder diese rezipiert?
	G	Existieren (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Zweifel an der Wahrheit von Daten/Fakten?	Existieren (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens?	Existieren (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Zweifel an der Legitimität der Projektziele?
Diskurs	K	Wurden Sachurteile als Wahrheitsbeweise für angezweifelte Daten /Fakten angeboten?		Wurden Werturteile als Legitimitätsnachweise für angezweifelte Begründungen angeboten?
	M	Waren diese Sachurteile bzw. Wahrheitsbeweise medial präsent – und wie?	Wird die (Qualität der) Unternehmenskommunikation medial thematisiert – und wie?	Waren diese Werturteile bzw. Legitimitätsnachweise medial präsent – und wie?
	R	Inwieweit haben die TÖ diese Sachurteile bzw. Wahrheitsbeweise rezipiert?	Wird die (Qualität der) Unternehmenskommunikation seitens der relevanten TÖ wahrgenommen?	Inwieweit haben die TÖ diese Werturteile bzw. Legitimitätsnachweise rezipiert?
	G	Existieren (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Zweifel an der Wahrheit der jew. Sachurteile?	Existieren (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Zweifel an der Diskursqualität der Unternehmenskommunikation?	Existieren (seitens der TÖ und/oder in der Berichterstattung) Zweifel an der Legitimität der jew. Werturteile?
Situationsdefinition	M	Inwieweit existiert Einverständnis bezüglich der Themen und Sachurteile?	Inwieweit existiert Einverständnis bzgl. der Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens?	Inwieweit existiert Einverständnis bzgl. der Projektziele und Werturteile?
	K	Wurde das Ergebnis angemessen kommuniziert?		

Abbildung 4: „PR-Evaluation nach VÖA-Kriterien“

(Quelle: Burkart 2010, S. 35)

Das VÖA-Konzept sollte nicht als Modell zur Beschaffung von Akzeptanz betrachtet werden, denn Akzeptanz kann nur bei den Betroffenen selbst entstehen. Allerdings entsteht Akzeptanz eher dann, wenn ein Einverständnis zwischen Unternehmen und Betroffenen hoch ist. Wenn Unternehmen den Diskursbedarf der involvierten Teilöffentlichkeiten ernst nehmen, kann das Entstehen eines Einverständnisses begünstigt

werden. Darin besteht der praxisrelevante Sinn verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit. (vgl. ebd., S. 34) Schlussendlich kann Öffentlichkeitsarbeit niemals als die Lösung betrachtet werden. „Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit kann aber die Bedingungen herstellen, unter denen eine einvernehmliche Konfliktbewältigung möglich erscheint.“ (Burkart 1995, S. 83)

Abschließend fasst folgendes Schaubild die Phasen noch einmal überblicksartig zusammen:

<i>Kommunikation über</i>			
PR-Phasen	Themen Sachverhalte	Organisation/ Institution/ Personen	Legitimität des Interesses
	objektive Welt	subjektive Welt	soziale Welt
1. Information	Festlegung/ Definition relevanter Sachverhalte und Begriffe und Erläuterungen der Konsequenzen	Erläuterung des Selbstbildes und der Absichten; Bekanntgabe von Ansprechpartnern	Rechtfertigung des Interesses durch Angabe von Gründen
2. Diskussion	Auseinandersetzung mit den relevanten Sachverhalten bzw. Begriffen	(kann nicht diskutiert werden)	Auseinandersetzung über die Angemessenheit der Begründungen
3. Diskurs	Einigung über Richtlinien zur Einschätzung von Sachurteilen	(kann nicht diskursiv eingelöst werden)	Einigung über Richtlinien zur Einschätzung von moralischen Urteilen
4. Situationsdefinition	Einigung über Sachurteile	Einigung über die Vertrauenswürdigkeit der Handlungsträger	Einigung über moralische Urteile

Abbildung 5: „Phasen verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit“

(Quelle: Burkart 1996, S. 264)

Das Konzept der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit wurde in diesem Kapitel ausreichend diskutiert. Es konnte ein Einblick in die Ziele und die Phasen des Modells gegeben werden, um ein besseres Bewusstsein für das Ziel der VÖA zu erlangen, nämlich ein Einverständnis zu erreichen.

4.3.1 Exkurs „Two-Way Symmetric Model“ nach Grunig/ Hunt

Wie bereits in Kapitel 3 erörtert wurde, dient die „symmetrische Kommunikation“ von Grunig/ Hunt als Grundlage für das Modell der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit. (vgl. Grunig/ Hunt 1984, S. 21ff) Daher soll vorab erklärt werden, was Grunig und Hunt unter PR verstehen, um anschließend auf das “Two-Way Symmetric” Modell einzugehen. „Public Relations, therefore, is the management of communication between an organization and its public.“ (ebd., S. 8) In ihrer Funktion wird PR dabei als „Zwei-Weg-Kommunikation“ gesehen. PR kommuniziert mit der Öffentlichkeit, um zu erkennen, wie die Organisation von außen wahrgenommen wird. Zugleich interagiert PR mit dem Management als Subsystem, um dessen Entscheidungen der Öffentlichkeit erklären zu können. (vgl. ebd., S. 8ff) Davon ausgehend entwickelten Grunig und Hunt vier Public Relations Modelle: Das “Press Agency/ Publicity”, “Public Information”, “Two-Way Asymmetric” und das “Two-Way Symmetric” Modell. (vgl. ebd., S. 21) Die folgende Grafik stellt die vier Modelle übersichtlich dar.

Characteristic	Model			
	Press Agency/ Publicity	Public Information	Two-Way Asymmetric	Two-Way Symmetric
Purpose	Propaganda	Dissemination of information	Scientific persuasion	Mutual understanding
Nature of Communication	One-way; complete truth not essential	One-way; truth important	Two-way; imbalanced effects	Two-way; balanced effects
Communication Model	Source → Rec.	Source → Rec.	Source → Rec. Feedback ←	Group ↔ Group
Nature of Research	Little; “counting house”	Little; readability, readership	Formative; evaluative of attitudes	Formative; evaluative of understanding
Leading Historical Figures	P. T. Barnum	Ivy Lee	Edward L. Bernays	Bernays, educators, professional leaders
Where Practiced Today	Sports, theatre, product promotion	Government, nonprofit associations, business	Competitive business; agencies	Regulated business; agencies
Estimated Percentage of Organizations Practicing Today	15%	50%	20%	15%

Abbildung 6: „Characteristics of Four Models of Public Relations“

(Quelle: Grunig/ Hunt 1984, S. 22)

Da die VÖA zentral auf symmetrischer Kommunikation basiert, wird folglich das “Two-Way Symmetric” Modell näher erläutert.

- **Das „Two-Way Symmetric Model“**

Die historische Entwicklung des Modells ist schwierig festzuhalten. Erste Ursprünge werden in den 1960er und 1970er Jahren angesiedelt, auch in den 1980er Jahren begannen erstmals PR-Professionals das Modell anzuwenden. Die Theorien und Techniken waren zu dieser Zeit erst in Entwicklung. Viele Praktiker und Praktikerinnen des zwanzigsten Jahrhunderts definierten Public Relations bereits als symmetrischen Begriff, aber sie praktizierten ein anderes Modell. Das Modell basiert auf Offenheit, Wahrheit und eher auf einem Dialog als auf einem Monolog. Es zielt aber nicht auf Überredung ab, sondern will ausbalanciert und symmetrisch sein. Denn Forschungsergebnisse zeigten massive Zweifel an der Macht von Massenüberredung auf, welche im „Two-Way Asymmetric Model“ zentral war. Überredung wurde mit Verstehen, als wahres Ziel von Kommunikation, ersetzt. Idealerweise ändern sowohl das Management der Organisation als auch die Öffentlichkeit ihre Einstellung nach dem PR-Einsatz. Das Ziel ist jedoch, dass die beiden Gruppen in Dialog treten und die Situation des jeweils anderen verstehen. PR wird als Mediation zwischen dem Unternehmen, der Organisation und der Teilumwelt angesehen. Obwohl PR-Fachmänner und -Fachfrauen aus der Praxis viel über das Modell gesprochen haben, haben Lehrende einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, um zu definieren, wie das Modell wirklich angewendet werden sollte. Unter ihnen gelten Cutlip und Allen Center als Vertreter des „Two-Way Symmetric Models“, aus praxisorientierter Sicht David Finn oder Harold Burson. Obwohl es einige Praxisbeispiele gibt, wird nach Grunig und Hunt eher darüber gesprochen, als das es tatsächlich angewendet wird. (vgl. ebd., S. 221ff)

Die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, wobei soziale Netzwerke, Foren und Homepages von Firmen dabei helfen können, das Unternehmen und ihre Teilumwelten in Dialog treten, um die Standpunkte des jeweils anderen zu verstehen.

Im folgenden Kapitel wird auf unterschiedliche Teilöffentlichkeiten eingegangen, damit die Befragten im empirischen Teil dementsprechend klassifiziert werden können.

4.4 Teilöffentlichkeiten

Grunig und Hunt differenzieren in ihrer „A situational theory to identify publics“ bestimmte Teilöffentlichkeiten. Sie entstehen rund um ein Problem und unterscheiden sich darin, inwieweit sie sich dem Problem bewusst sind und ob sie bereit sind, etwas dagegen zu tun. PR-Manager und PR-Managerinnen müssen sich darüber im Klaren sein

und eine Theorie über ihre Stakeholder entwickeln, um die Teilöffentlichkeiten identifizieren und klassifizieren zu können. (vgl. Grunig/ Hunt 1984, S. 147) Eine Teilöffentlichkeit ist eine Gruppe, die

- einem ähnlichen Problem gegenübersteht
- wahrnimmt, dass ein Problem existiert
- sich organisiert, um etwas gegen das Problem zu tun (vgl. Dewey 1927, zit. nach vgl. ebd., S.145)

Die Theorie besteht aus drei wesentlichen Variablen, die das Kommunikationsverhalten von Teilöffentlichkeiten bestimmen:

- **„Level of Involvement“**, das Niveau der subjektiv empfundenen Betroffenheit: Gemeint ist der Umstand, ob bzw. inwieweit sich Menschen von einem Problem betroffen fühlen. Die Variable lässt erkennen, ob Personen schlussendlich in ihrer Kommunikation eher aktiv oder passiv sind.
- **„Problem Recognition“** meint, ob die Betroffenen ein Problem überhaupt als solches wahrnehmen und darüber nachdenken. Wenn sie ein Problem erkennen und es lösen wollen, findet Kommunikation statt, um genug Informationen zu erhalten.
- **„Constraint Recognition“**, nach Burkart das Restriktionsempfinden, meint den Umstand, ob Menschen in ihrem Verhalten eingeschränkt sind. Wenn sie merken, in einer Situation wenig Auswahl an Verhaltensmöglichkeiten zu haben, hilft ihnen Information damit umzugehen. (vgl. Grunig/ Hunt 1984, S. 149ff & vgl. Burkart 1993, S. 114)

Grunig und Hunt unterscheiden vier Teilöffentlichkeiten, die für die vorliegende Arbeit zentral sein werden.

1. „Non-public/ Nichtteilöffentlichkeit: Die Mitglieder dieser öffentlichkeit [sic!] fühlen sich von dem Problem nicht betroffen, empfinden es auch nicht als Problem. (Keine der drei unabhängigen Variablen trifft zu)
2. Latent public/ latente Teilöffentlichkeit: diese Teilöffentlichkeit sieht sich von dem Problem betroffen, empfindet es aber nicht als Problem. (Von den unabhängigen Variablen trifft nur die Variable subjektiv empfundene Betroffenheit zu.)
3. Aware public/ kritische Teilöffentlichkeit: diese Gruppe fühlt sich betroffen und erkennt das Problem. (subjektiv empfundene Betroffenheit und Problembewußtsein sind vorhanden, aber die Teilöffentlichkeit plant nicht, aktiv zu werden.)

4. Active public/ aktive Teilöffentlichkeit: diese Teilöffentlichkeit entschließt sich zum Handeln. (Alle drei Variablen treffen zu; hohe subjektiv empfundene Betroffenheit, hohes Problembewußtsein und niedriges Restriktionsempfinden.“ (vgl. Grunig/ Hunt 1984, S. 145, zit. nach der Übersetzung von Probst 1992, S. 131)

Grunig und Hunt empfehlen, je nach Teilöffentlichkeit die dazu passende PR-Strategie beziehungsweise in bestimmten Fällen keine der zur Verfügung stehenden Methoden anzuwenden, denn wenn eine Teilöffentlichkeit kaum willentlich ist, Informationen zu suchen oder zu verarbeiten, ist es kaum effektiv PR zu betreiben. (vgl. Grunig/ Hunt 1984, S. 158) Probst widerspricht dieser Empfehlung, denn

„(...) die Relevanz von Teilöffentlichkeiten ergibt sich aus ihrer objektiven Betroffenheit, nicht aus der Einstellung der Teilöffentlichkeiten zum Thema. Die >Situationsbezogene Analyse der Teilöffentlichkeiten< kann nur erklären, welche Teilöffentlichkeit ein PR-Träger ansprechen soll, und nicht die Relevanz von Teilöffentlichkeiten.“ (Probst 1992, S. 134f)

Die Erkenntnisse der Theorie, im Hinblick auf die notwendige Ansprache von Teilöffentlichkeiten, sollen jedoch für den Erfolg der PR-Arbeit unbedingt beachtet werden. (vgl. ebd., S. 135) Also soll in jedem Fall PR betrieben werden, damit kein Informationsvakuum entstehen kann und alle Mitglieder der Teilöffentlichkeiten die Möglichkeit haben, sich zu informieren und mit der Organisation in Kontakt zu treten. Zu den Stakeholdern von Unternehmen zählen, wie bereits diskutiert wurde, auch Bürgerinitiativen. Da sie meist aktiv gegen eine bestimmte Sache vorgehen, sei es den Bau eines Unternehmens oder die Verabschiedung eines Gesetzes, werden sie als aktive Teilöffentlichkeit eingestuft. Die Besonderheiten von Bürgerinitiativen und die Protestform des zivilen Ungehorsams werden in Kapitel 5 erörtert.

4.5 Moralische Urteilsstufen

Um im empirischen Teil die Begründungsniveaus der Befragten festlegen zu können, aus welchem Grund die Anlage als gerecht oder ungerecht empfunden wird, soll an der Stelle auf die moralischen Urteilsstufen eingegangen werden.

Es geht darum, „das Urteilsverhalten der Befragten im Hinblick auf die Legitimität der Standortwahl“ (Burkart 1993, S. 98) zu erkunden. Habermas beschäftigt sich mit der Entwicklung des Moralbewusstseins und dem kommunikativen Handeln. Dabei interpretiert er die Erkenntnisse zur Theorie der Entwicklung des moralischen

Bewusstseins nach Kohlberg und Piaget. (vgl. Kohlberg 1981, S. 423ff zit. nach Habermas 1999, S. 127ff) Kohlberg versteht unter Moralentwicklung immer eine Anpassung an kulturell tradierte Normen. Darunter wurden innerhalb der Forschung vornehmlich jene Aspekte betrachtet, die am Prozess der Internalisierung beteiligt sind, dabei lernt das Individuum kulturellen Regeln auch dann zu entsprechen, wenn es keine Überwachung oder Sanktionen gibt. (vgl. Kohlberg 1996, S. 7)

Nach der Theorie von Kohlberg versteht Habermas moralische Urteilsstufen nicht universalistisch, denn andere Kulturen verfügen über andere Moralauffassungen und die Entwicklung der moralischen Urteilsfähigkeit vollzieht sich nach Kohlberg von der Kindheit bis zum Erwachsenenalter. (vgl. Habermas 1999, S. 128) Moral ist ein weiterer Begriff, unter dem Moralprinzip versteht Habermas folgendes:

„Jede gültige Norm muß der Bedingung genügen, daß die Folgen und Nebenwirkungen, die sich aus ihrer *allgemeinen* Befolgung für die Befriedigung der Interessen jedes Einzelnen voraussichtlich ergeben, von *allen* Betroffenen zwanglos akzeptiert werden können.“ (vgl. ebd., S. 131)

Die Urteilsstufen, ausgehend von einem moralischen Verständnis, sollen im empirischen Teil dazu dienen, das Empfinden der Rezipienten und Rezipientinnen über Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der Standortwahl urteilen zu lassen. Burkart erläutert die aufsteigende Hierarchie der Niveaus folgendermaßen:

„Diese unterscheidbaren Begründungsniveaus entsprechen den Stufen einer hierarchischen Ordnung: während auf der niedrigen Stufe die Beurteilung der Gerechtigkeit einer Handlung noch aus einer vorwiegend egozentrischen Perspektive erfolgt, werden auf einer hohen Stufe bereits allgemeingültige normative Prinzipien miteinbezogen.“ (Burkart 1993, S. 46)

Kohlberg entwickelte sechs moralische Urteilsstufen, welche wie folgt erläutert werden:
Stufe 1. Strafe und Gehorsam (Präkonventionelle Ebene)

Bei Stufe 1 sollen Regeln eingehalten werden. Grund dafür ist die Vermeidung von Bestrafung und die Macht von Autoritäten.

Stufe 2. Individualismus und Austausch (Präkonventionelle Ebene)

Die Befriedigung eigener Bedürfnisse steht im Vordergrund, wobei anerkannt wird, dass das auch andere Menschen tun können. Regeln werden befolgt, wenn es dem

unmittelbaren Interesse einer Person dient. Gerecht ist, was fair ist, wie zum Beispiel ein faires Übereinkommen.

Stufe 3. Gegenseitige Interpersonelle Erwartungen, Beziehungen und Konformität (Konventionelle Ebene)

„Gut zu sein“ ist wichtig, das heißt, gute Motive zu haben und man will den Erwartungen entsprechen, die an einen gerichtet sind. Man pflegt Beziehungen, die Zuneigung zu anderen Menschen ist zentral. Man will Dankbarkeit und Respekt empfinden und aufrechterhalten. Um in den Augen anderer als gut zu erscheinen handelt man „richtig“.

Stufe 4. Soziales System und Gewissen (Konventionelle Ebene)

Es ist wichtig, die Pflichten zu erfüllen, die man übernommen hat. Gesetze werden befolgt weil die Institution als Ganzes weitergeführt werden soll. Der Zusammenbruch des Systems wird vermieden.

Stufe 5. Soziale Kontrakte bzw. gesellschaftliche Nützlichkeit, zugleich die Stufe vorausgehender Rechte (Postkonventionelle Ebene)

Man ist sich darüber bewusst, dass in der Gesellschaft eine Vielzahl an Meinungen bestehen und dass die meisten Normen und Werte gruppenspezifisch sind. Im Allgemeinen sollten diese Regeln befolgt werden, im Sinne der Gerechtigkeit und der sozialen Gemeinschaft. Gewisse Werte und Rechte wie Freiheit müssen in jeder Gesellschaft unabhängig von der Meinung des Einzelnen akzeptiert werden. Gründe für solch ein Verhalten sind, dass ein Gefühl der Verpflichtung gegenüber dem Gesetz besteht, begründet durch Vereinbarungen zum Schutz der Rechte aller Menschen. Zudem besteht ein Gefühl der freiwilligen Bindung an Familie, Freundschaft und Arbeitsverpflichtungen. In Folge sollen die Rechte anderer respektiert werden.

Stufe 6. Universale ethische Prinzipien

Ziel ist, selbstgewählten universalen ethischen Prinzipien zu folgen, spezielle Gesetze oder Übereinkünfte sind im Allgemeinen deshalb gültig, weil sie jenen Prinzipien entsprechen. Wenn Gesetze gegen die selbstgewählten Prinzipien verstoßen, agiert man grundsätzlich in Übereinstimmung mit den Prinzipien. Dabei handelt es sich um universale Prinzipien der Gerechtigkeit: Alle Menschen haben die gleichen Rechte und die Würde jedes Einzelnen ist zu achten. (vgl. Kohlberg 1981, S. 409ff, zit. nach Habermas 1999, S. 134f)

Kohlberg versteht den Übergang von einer Stufe zur nächsten als Lernen. Die verfügbaren kognitiven Strukturen werden so umgebaut, um Probleme, nämlich moralisch relevante Handlungskonflikte, besser lösen zu können. Auf der jeweils höheren

Stufe muss der, die Heranwachsende erklären können, warum die moralischen Urteile, die er, sie auf der vorangegangenen Stufe als richtig angesehen hat, nun falsch sind. Das wird als konstruktive Leistung angesehen. (vgl. Habermas 1999, S. 136) Unter der Zuordnung zu den entsprechenden soziomoralischen Perspektiven können die moralischen Urteilsstufen folgendermaßen verstanden werden.

Stufe 1: Auf dieser Stufe interessiert man sich nicht für andere Interessen, es besteht ein egozentrischer Ausgangspunkt. Handlungen werden eher nach dem äußeren Erscheinungsbild beurteilt als nach den psychologischen Präferenzen anderer.

Die *Stufe 2* kann als konkrete und individualistische Perspektive bezeichnet werden. Man unterscheidet eigene von autoritären Interessen und ist sich bewusst, dass andere auch Vorlieben haben, so dass Gerechtigkeit relativ ist. Unterschiedliche Interessen werden durch einen instrumentalen Austausch von Dienstleistungen, einen instrumentalen Nutzen für den anderen oder durch Fairness, wobei jeder Person dieselben Möglichkeiten gegeben werden, miteinander in Beziehung gesetzt.

Stufe 3 zeigt die Perspektive des Individuums, das in Beziehung zu anderen Menschen steht. Der, die Handelnde ist sich darüber bewusst, dass gemeinsame Gefühle und Erwartungen Vorrang gegenüber individuellen Präferenzen haben. Er, sie bringt unterschiedliche Standpunkte miteinander in Beziehung und versetzt sich dabei in die Lage des jeweils anderen. Die generelle systembezogene Perspektive wird dabei nicht beachtet.

Stufe 4: Man übernimmt den Standpunkt des Systems, das Regeln festlegt. Individuelle Beziehungen werden als Relationen zwischen Systemteilen betrachtet.

Stufe 5 wird als eine „der-Gesellschaft-vorgeordneten Perspektive“ bezeichnet. Das Individuum ist sich der Existenz von Werten und Rechten bewusst, die sozialen Bindungen und Verträgen vorrangig sind. Die Person integriert Perspektiven mit formalen Mechanismen wie Vereinbarungen oder Verträgen.

Stufe 6 zeigt die Perspektive eines moralischen Standpunktes, von dem sich gesellschaftliche und moralische Ordnungen ableiten lassen. Man erkennt das Wesen der Moral und dass die grundlegende moralische Prämisse der Respekt gegenüber anderen ist. (vgl. Kohlberg 1981, S. 409ff, zit. nach Habermas 1999, S. 139)

Dabei nennt Kohlberg vier moralische Orientierungen, die auf Einstellungen jedes Einzelnen Rückschlüsse ziehen lassen.

1. „*Normative Ordnung*: Orientierungen an den (bzw. Ausrichtung auf die) vorgeschriebenen Regeln und Rollen der sozialen oder moralischen Ordnung. Bei der Entscheidungsfindung kreisen die Grundüberlegungen um das Element der Regeln.
2. *Nutzen-Implikationen*: Orientierungen an den guten oder schädlichen Folgen des Handelns in der gegebenen Situation *für das Wohlergehen* von anderen und/ oder einem selbst.
3. *Gerechtigkeit oder Fairneß*: Orientierungen an (bzw. Ausrichtung auf) *Relationen* der Freiheit, Gleichheit, Reziprozität und des Vertrags, die zwischen Personen herrschen.
4. *Ideales Selbst*: Orientierung an einem Bild, das der oder die Handelnde von sich *selbst* als *gutem* Menschen oder als jemand mit Gewissen entwirft, und an den eigenen Motiven und Tugenden (relativ unabhängig von der Zustimmung anderer).“ (Kohlberg 1996, S. 143)

Zentral für die vorliegende Arbeit ist die Version der moralischen Urteilsstufen nach Burkart.

„Stufe 1 zieht ausschließlich Nutzenerwägungen ins Kalkül: die Standortentscheidung wird dann als gerecht empfunden, wenn sich Kosten und Nutzen die Waage halten.

Stufe 2 rückt die Solidarität mit der Gruppe in den Mittelpunkt: gerecht ist die Entscheidung dann, wenn sie alle anderen (Mitgliedern der jeweiligen Gemeinschaft) akzeptabel erscheint.

Stufe 3 betont die Legalität des Vorhabens: die Entscheidung ist dann gerecht, wenn sie durch die Gesetze (im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften) gedeckt ist.

Stufe 4 stellt die demokratischen Prinzipien in den Vordergrund: die Standortauswahl ist dann gerecht, wenn sie nach Regeln der Entscheidungsfindung erfolgt, die für ein demokratisches Vorgehen angemessen erscheinen.“ (Burkart 1993, S.46)

Da ein positiver Bescheid für eine Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage Leoben erfolgt ist, kann eine ablehnende Haltung gegenüber der Anlage nicht mehr nur mit dem Anzweifeln der Sachurteile einhergehen, sondern es ist vielmehr wahrscheinlich, das „auf der Ebene der Wert-Urteile die Angemessenheit der Entscheidung bezweifelt wird.“ (ebd., S. 99) Es steht nicht mehr die Frage nach der Wahrheit der Sachurteile, sondern die Frage nach der Angemessenheit der Entscheidungsfindung, der Standortwahl, im Vordergrund. (vgl. ebd.) Dennoch wird nicht ausschließlich die Frage nach der Angemessenheit der Standortwahl, sondern auch die Frage nach der Angemessenheit der Wiederinbetriebnahme diskutiert. Daher sollen die 4 Stufen nach Burkart dazu dienen, die Begründungen der Betroffenen, warum sie für oder gegen die Biogasanlage sind,

einzuordnen. Um alle Aspekte der Begründungsniveaus erfassen zu können, werden Teile von Kohlbergs Überlegungen zusätzlich miteinbezogen.

5 BÜRGERINITIATIVEN

Wenn sich Personen zu einer Gruppe zusammenschließen, um gegen eine gemeinsame Sache zu kämpfen, handelt es sich um eine Bürgerinitiative. Solch eine Form des „Aufstandes“ hat es wohl schon immer gegeben, zumindest seitdem es eine Form der Regierung gibt, gegen die man aufbegehren kann. Nach Haffner hat es sie in gewissem Sinne zu allen Zeiten und in allen Ländern gegeben, vom alten Rom bis zur Entstehung der Gewerkschaften im 19. Jahrhundert. Alle Revolutionen der Geschichte gingen von der Initiative von Bürgern und Bürgerinnen aus. (vgl. Haffner 1984, S. 83)

In Österreich gibt es zahlreiche Bürgerinitiativen wie die *„Bürgerinitiative Österreich“*, die sich zum Ziel gesetzt hat, die demokratische Situation in Österreich zu verbessern (vgl. Bürgerinitiative Österreich 2010). Die Bürgerinitiative *„Stoppt die Vorratsdatenspeicherung!“* will die Speicherung von Verbindungsdaten, unabhängig jeden Verdachts, verhindern. Die Mitglieder sehen die Privatsphäre jedes Bürgers, jeder Bürgerin verletzt und setzen sich für die Wahrung der Grundrechte ein. (vgl. AKVorrat 2011)

Auf die Bürgerinitiative *„Lebenswert“*, die sich gegen die Biogasanlage Leoben formierte, wird im empirischen Teil eingegangen.

5.1 Begriffsklärung

Zunächst soll der Begriff der Bürgerinitiative erläutert werden.

„Der Name 'Bürgerinitiative' hat etwas Herausforderndes an sich. Diese Herausforderung kann vom schlichten Zur-Kennntnis-nehmen, über den protestierenden Vorwurf des Versagens anderer, bis hin zur 'systemüberwindenden' Kriegserklärung reichen. D.h. mit dem Wort Bürgerinitiative können sehr unterschiedliche Inhalte, Ziele und Aktionsformen verbunden sein.“ (Steffani 1984, S. 57)

Die Ziele können sich darin manifestieren, dass Bürger und Bürgerinnen in einer Demokratie ihren Beitrag zur Wahrung ihrer Interessen leisten. Bürgerinitiativen erheben aber nicht nur Anspruch darauf, ihre eigenen Interessen zu wahren oder an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen, sondern äußern sich in protestierenden Vorhaltungen. Eines der vorrangigen Ziele von Initiativen ist es, eine Verhaltens- oder Entscheidungsänderung bei Institutionen zu erreichen. Im Extremfall kann das Herausfordernde der Bewegung die totale, revolutionäre Änderung eines politischen oder

gesellschaftlichen Systems sein. (vgl. ebd., S. 57f) Wenn es um Entscheidungen des politischen oder gesellschaftlichen Systems geht, die direkten Einfluss auf ihr Leben haben, will die Bevölkerung mitreden und geht dafür auch auf die Straße.

Bürgerinitiativen haben seit Anfang der 70er Jahre stetig zugenommen. Anfangs nahmen Politiker und Politikerinnen das Wort „Modeerscheinung“ in den Mund, doch nicht nur die Zahl der Initiativen hat zugenommen. Sie sind wagemutiger geworden und schrecken vor Konflikten rund um großtechnische Anlagen nicht mehr zurück. (vgl. Ebert 1982a, S. 34)

Auch Kumpf erläutert, dass sich vor allem in den letzten 40 Jahren, hinsichtlich Beteiligungsmöglichkeiten, sehr viel getan hat. (vgl. Kumpf 2011, S. 16)

„Bürgerinitiativen, in dem engeren, vorläufig noch undefinierten Sinne, in dem das Wort heute gebraucht wird, sind keine Bewegungen und Organisationen, sie betrachten sich selbst nicht als Gründungen auf Dauer, und sie schaffen keine Institutionen. Es sind spontane, meist sehr lose Gruppenbildungen, die nur durch ein gemeinsames Vorhaben zusammengehalten werden, und sich fast immer wieder auflösen, wenn sie ihr Ziel erreicht oder – häufiger – verfehlt haben. Ob sie es erreichen oder verfehlen, entscheidet sich meist ziemlich schnell: Denn Bürgerinitiativen entzünden sich an aktuellen Anlässen, ihr Entstehungsgrund und Daseinszweck ist fast immer, eine ganz bestimmte Maßnahme durchzusetzen, zu verhindern oder rückgängig zu machen als durchzusetzten.“ (Haffner 1984, S. 84)

Schenk weist, wie Haffner, auf die Dauer und Ziele einer Bürgerinitiative hin, denn jene die kurzfristige, konkrete Ziele hat, bildet sich eher spontan und löst sich auch rasch wieder auf. Initiativen die langfristige Ziele verfolgen, weisen eine Vorbereitungsphase vor ihrer Gründung auf. (vgl. Schenk 1982, S. 32f) Zu den weiteren Merkmalen solch einer Beteiligungsmöglichkeit gehört, dass

„(...) die Mitgliedschaft zumeist nicht formal geregelt ist, keine formalen Leistungs- und Entscheidungsstrukturen auf Dauer existieren und die Ressourcenbeschaffung von Fall zu Fall geschieht. Die Beschaffung und Verwendung von Ressourcen obliegt den Beteiligten und ist in hohem Maße von den gerade verfolgten Zielen und Möglichkeiten abhängig.“ (Jarren/Donges 2011, S. 132)

Sie sind selten „initiativ“, meist sind sie reaktiv, denn sie reagieren auf Planungen, die als störend empfunden werden. Die „Initiative“ rührt daher, dass Personen von sich aus

mitmachen und eine Aktion oder Reaktion zustande bringen. (vgl. Haffner 1984, S. 84)
Zudem wird zwischen Bürgerinitiativen im Allgemeinen, weiteren und speziellen Sinne differenziert.

„Zu den 'Bürgerinitiativen im allgemeinen Sinne' gehören neben der demokratischen Verfassung selbst auch alle den Bürgern durch die Verfassung eingeräumten Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte, vom Wahlrecht bis hin zum Petitionsrecht. (...) 'Bürgerinitiativen im weiteren Sinne' meint demgegenüber all jene öffentlich relevanten Initiativen der Bürger, die im Rahmen der allgemeinen und der politischen Grundrechte nach freier Gründung in kollektiven Handlungsformen in Erscheinung treten: so vor allem Parteien, Verbände, Vereinigungen bis hin zu mehr oder weniger locker organisierten Demonstrationen aller Art. Von 'Bürgerinitiativen im speziellen Sinne' ist dann die Rede, wenn das breite Feld möglicher Erscheinungsformen vornehmlich auf jene reduziert wird, die im Vorfeld des etablierten Verbände- und Vereinswesens, das durch relativ stringente und auf Dauer angelegte Organisationsformen gekennzeichnet ist, gebildet und wirksam werden.“ (Steffani 1984, S. 62)

Laut Schenk haben Bürgerinitiativen eine zentrale Bedeutung für die Demokratie. Durch ihre Beteiligung am „politischen Willensbildungsprozess“ können langfristige, allgemeine Interessen Wirkungen auslösen. Dementsprechend lassen sie sich als eine Art „Frühwarnsystem“ bezeichnen, da sie auf (politische) Fehlentwicklungen hinweisen und dadurch einen Beitrag zur Stabilisierung des politischen und gesellschaftlichen Systems leisten. (vgl. Schenk 1982, S. 18) Sie erweitern das Themenspektrum politischer Kommunikation, wollen es modernisieren und verfügen über ein ausgeprägtes Sensorium politikrelevanter Themen. Zusammenfassend können Bürgerinitiativen als Medien politischer Kommunikation bezeichnet werden, die jedoch wesentlich auf Massenkommunikationsmedien angewiesen sind. (vgl. Kißler 1999, S. 161f)

5.2 Bürger- und Bürgerinnendemokratie

Denkt man an Demokratie, setzt das Formen zur interaktiven Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und aktiven Beteiligung mit den daraus resultierenden Prozessen voraus. Das ist jedoch nicht immer der Fall wie manche politische Reaktionen vermuten lassen, die sich über Protestaktionen oder andere Formen der Beteiligung nicht erfreut zeigen. Eine Mitwirkung sollte nicht nur im demokratischen Verständnis politischer Systeme geschehen, sondern bis in den Entscheidungsspielraum von Unternehmen reichen. Leider geht eine Aktivierung der Partizipation oftmals nicht von den politischen oder

unternehmerischen Akteuren und Akteurinnen aus, sondern erboste oder verunsicherte Bürger und Bürgerinnen äußern ihre Bedenken und greifen zu Maßnahmen. Engagement seitens der Bevölkerung ist wichtig, um das demokratische Gesellschaftsverständnis aufrechtzuerhalten.

„Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar, wenn es darum geht, Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Eigenverantwortung und Teilhabe in unserer Gesellschaft zu aktivieren und zu pflegen. Denn für die Demokratie ist eine lebendige Bürgergesellschaft von entscheidender Bedeutung.“ (Kumpf 2011, S. 17)

Die Politik sollte sich mehr darauf konzentrieren, die Entfaltung der Bürger- und Bürgerinnengesellschaft zu aktivieren, damit sich Einwohner und Einwohnerinnen aktiv in die Gestaltung des Gemeinwesens einbringen. (vgl. Beck 2011, S. 22) Es zeichnet sich ab, dass es an den demokratischen Systemen des Westens Zweifel an der politischen Leistungsfähigkeit gibt. Dabei hat jene Unzufriedenheit verschiedene Reaktionen ausgelöst, wie unter anderem die Bereitschaft zum Protest. Es geht vor allem um eine Vertiefung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten. (vgl. Roth 2011, S. 46f) Durch gesellschaftliche und politische Partizipation werden nicht nur Interessen und Selbstverwirklichung verfolgt, sondern Bürger und Bürgerinnen entwickeln sich auch hinsichtlich ihrer Mündigkeit weiter. (vgl. Kersting 2008, S. 20) Deshalb ist es wichtig, die Bevölkerung in Planungsprozesse miteinzubeziehen. Nicht nur, um differenzierte Interessen wahrzunehmen und zu berücksichtigen, sondern auch um das Gemeinwohl zu stärken. Hinsichtlich des Engagements von Mitbürgern und Mitbürgerinnen unterscheidet Kersting vier Formen politischer Beteiligung.

„Innerhalb der gesellschaftlichen Partizipation lassen sich zwei Beteiligungstypen unterscheiden. Zum einen handelt es sich hierbei um die Beteiligung im Rahmen der Implementation häufig auch als Selbsthilfe und zum Teil eher irreführend als bürgerschaftliches Engagement titulierte. Als zweiten politischen Beteiligungstypus, der in diesem Band im Vordergrund steht, wird hier die politische Partizipation gesehen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um eine Beteiligung am Entscheidungsfindungsprozess. Politische Partizipation wird hier unterschieden in der Beteiligung an Bürgerinitiativen, was heißt als politisches zivilgesellschaftliches Engagement, in der Beteiligung und Mitarbeit in politischen Parteien sowie in der Beteiligung bei Wahlen in Form des Wahlaktes oder als Kandidat beziehungsweise als Mandatsträger. Als ein vierter wichtiger politischer Partizipationsbereich wird die ‚direkte Demokratie‘ gesehen. Diese wird hier weiter gefasst und beinhaltet direkte Beteiligung am

Entscheidungsfindungsprozess bei Sachfragen. Diese kann in Form einer Beteiligung bei Abstimmungen und Referenden wie auch die Beteiligung an dialogischen Partizipationsinstrumenten beinhalten.“ (ebd., S. 20)

Die Formen unterschiedlicher Mitwirkung lässt folgende Grafik erkennen.

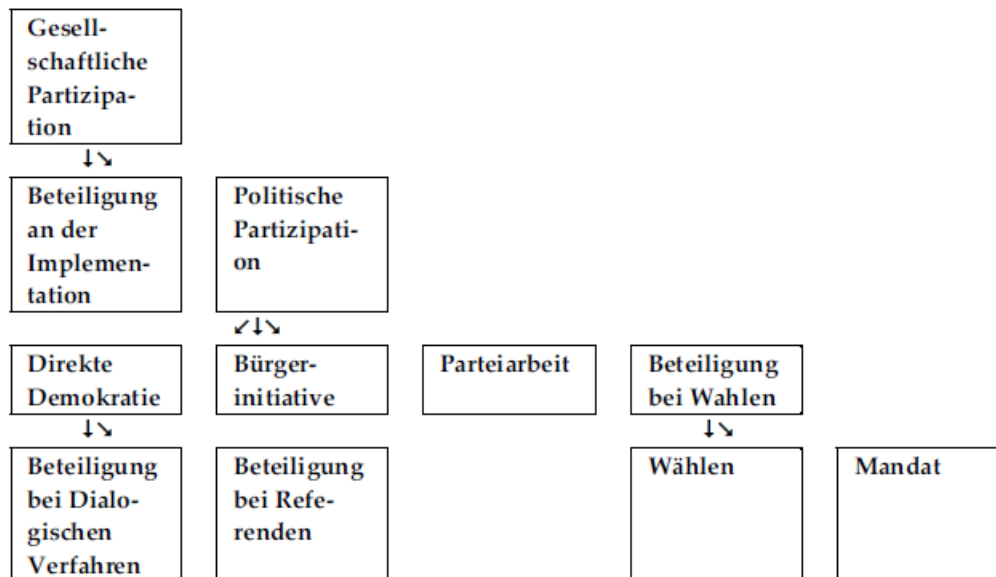


Abbildung 7: „Zentrale Partizipationstypen“

(Quelle: Kersting 2008, S. 21)

Bei politischen Entscheidungen, die auch auf die Standortwahl von Unternehmen oder andere Prozesse oder Entscheidungsformern umgelegt werden kann, sieht Beck drei Möglichkeiten, Bewohner und Bewohnerinnen einzubinden:

„Erstens, bei der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der politischen Entscheidung zu einem Großprojekt. Ich nenne das Absichts-Bürgerbeteiligung. Hier sehe ich den größten Spielraum, ein Projekt in seiner Entstehungsphase durch den erklärten Willen der Bürgerinnen und Bürger mit gestalten zu lassen. Zweitens beim Planungsprozess eines Vorhabens, der durch viele gesetzliche Regelungen bereits vordeterminiert ist, aber durchaus noch Spielraum zur Beteiligung bietet. Drittens im eigentlichen Genehmigungsverfahren, in dem eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit unabdingbar und entscheidend ist. Aber auch hier steht einer förmlichen Bürgerbeteiligung nichts entgegen. Auf jeder dieser Beteiligungsebenen ist in dem Bereich, in dem das Vorhaben Wirkung entfaltet, am Ende ein Bürgerentscheid möglich.“ (Beck 2011, S. 29)

Roth weist auf die Notwendigkeit hin, dass sich Bürger und Bürgerinnen einmischen sollten.

„Während das verstärkte Partizipationsinteresse zunächst vor allem in unkonventionelle Bahnen (Proteste, Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen) gedrängt wurde, hat sich in den letzten Jahrzehnten die Einsicht verbreitet, dass partizipative Erweiterungen der institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten zu einer Vitalisierung des demokratischen Prozesses beitragen können. Bürgerinnen und Bürger sollen sich einmischen können, um ihre Fachkompetenz zu nutzen, sie als Koproduzenten zu gewinnen, sie mitentscheiden zu lassen.“ (Roth 2011, S. 48)

Die Bürger- und Bürgerinnendemokratie wird als Phantasie betrachtet, die bei Bürger- und Bürgerinnenbegehren endet. Zwar bieten sie Einflussmöglichkeiten, haben jedoch mit der alltäglichen Beteiligungspraxis wenig zu tun. Um immer mehr in Richtung Bürger- und Bürgerinnendemokratie zu gehen, sollten folgende Schritte beachtet werden:

1. Als ersten Schritt gilt es, Partizipation als Grunderfahrung zu sehen. Mitwirkung verlangt Selbstwirksamkeitserfahrungen, dabei kann eine erlebbare beteiligungsfreundliche Alltagskultur hilfreich sein, in der es möglich ist, Beteiligungsbereitschaft mittels Partizipationsangeboten auszuleben, wie beispielsweise in Schulen und Gemeinden.
2. Die aktive Teilnahme sollte das Alltagsleben prägen und nicht nur in Ausnahmesituationen Teil des Lebens sein.
3. Großprojekte und große Reformen erfordern Beteiligung. Partizipationsprozesse sollten frühzeitig, transparent eingesetzt werden und benötigen eine klare Aufbereitung. Zudem sollten Alternativen angeboten werden, sonst wäre eine Mitwirkung sinnlos. Auch bei großen Reformen gilt, dass sie ohne breite Beteiligung nicht gelingen können.
4. Bürger und Bürgerinnen brauchen für ihr Engagement ein attraktives Leitbild, denn es erwärmen sich nicht viele für die Anforderungen, die mit dieser Form der Partizipation entstehen. Institutionen sollten sich für Mitwirkung öffnen und aktive Mitbürger und Mitbürgerinnen willkommen heißen.
5. Der Verfassungsrahmen sollte für eine Bürger- und Bürgerinnendemokratie genutzt und verändert werden, der Gestaltungsspielraum des Grundgesetzes sollte angewendet werden und offen für legale Veränderungen sein, die sich im Rahmen demokratisch-menschenrechtlicher Prinzipien bewegen. (vgl. ebd., S. 49ff)

Beck hofft, dass sich ein neuer Politikstil etabliert, der „bürgerschaftliche Mitwirkung und Beteiligung als konstitutive Bestandteile unserer Demokratie begreift.“ (Beck 2011, S. 29) Im Moment lässt sich unser Verständnis von Demokratie (noch) nicht als Bürger-

und Bürgerinnendemokratie bezeichnen. Dazu braucht es noch Fortschritt und mehr aktive Partizipation. Das lässt sich auf Unternehmen übertragen, für die Bürger- und Bürgerinnendemokratie zur Realität werden sollte. Schlägt man einen gemeinsamen Weg ein, kann man leichter ein Einverständnis zwischen Betroffenen und Unternehmen oder Bewohnern und Bewohnerinnen und Politik erlangen.

Das gehört jedoch noch nicht zum Alltag. Politiker und Politikerinnen oder Unternehmen treffen Entscheidungen, die das Leben der Bevölkerung betreffen und oftmals einschränken. Als Reaktion darauf sind Bürger und Bürgerinnen immer häufiger bereit, für ihre Interessen einzustehen. Aktiv mitzugestalten ist wichtig, um Demokratie in ihrer eigentlichen Form zu leben und nicht ohnmächtig alles zu ertragen. Solch eine Partizipation äußert sich in Demonstrationen, Briefen von Lesern und Leserinnen, Unterschriftenlisten oder auch mittels anderer Formen der Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung wie dem „zivilen Ungehorsam“.

5.3 Ziviler Ungehorsam

Ebert spricht im Zusammenhang mit Bürgerinitiativen vom zivilen Ungehorsam und einem gewaltfreien Widerstand. Eine Bürgerinitiative sollte ihr Ziel mit möglichst geringem Aufwand und Risiko erreichen. Die Aktionen sollten demnach ohne Gewalt geschehen, da man eine Mehrheit für den eigenen Standpunkt gewinnen soll. Die Teilnahme an gewaltfreien Handlungen ist allen Altersgruppen und Menschen offen. Bei bewaffneten Aktivitäten sieht das anders aus. Weiteres spricht die Vielzahl der Methoden, die zur Verfügung stehen, um gegen etwas initiativ zu werden für eine gewaltfreie Maßnahme, denn bei bewaffneten Aktionen ist die Auswahl begrenzt. Gewaltfreie Taten können leicht nachgeahmt werden, man muss nicht dafür ausgebildet werden. Doch sie reichen heute oft nicht mehr aus. Will die Gegenseite vollendete Tatsachen schaffen, dann muss die Bereitschaft zur Illegalität und zum zivilen Ungehorsam gegeben sein, wie zum Beispiel die Besetzung von Bauplätzen. (vgl. Ebert 1982c, S. 11ff) Der Begriff „ziviler Ungehorsam“ lässt sich aus dem Englischen ableiten, Kleger führt folgende Definition an.

„Der Terminus 'ziviler Ungehorsam' ist eine Übersetzung von 'civil disobedience'. In der anglo-amerikanischen Tradition bedeutet 'disobedience' eher eine Gehorsamkeitsverweigerung gegenüber Gesetzen (law) als gegenüber einer Ordnung als solcher (order). Ungehorsam meint also in der Zusammensetzung von 'zivilem Ungehorsam' mithin eine absichtliches Nichtbefolgen oder Verletzen von bestimmten Rechtsnormen und/ oder Befehlen.“ (Kleger 1993, S. 185)

Ebert erläutert den Begriff folgendermaßen:

„Der zivile Ungehorsam ist die höchste und gefährlichste Eskalationsstufe im gewaltfreien Widerstand. Man wird nicht dazu greifen, solange legale Widerstandsformen noch erfolgversprechend sind. Gerade wenn man sich der Risiken des Zivilen Ungehorsams bewußt ist, muß man sich fragen, ob man im Verlauf einer Konfliktes alles getan hat, um vor der dramatischen Zuspitzung, die nur noch vom Zivilen Ungehorsam Erfolg erwarten läßt, mit allen Mitteln eine Wendung herbeizuführen.“ (Ebert 1982b, S. 56f)

Des Weiteren versteht man unter zivilen Ungehorsam „die gewaltfreie Übertretung von Gesetzen und Anordnungen, die gemessen an übergeordneten Verfassungsgrundsätzen oder am Naturrecht als Unrecht erscheinen.“ (Ebert 1982c, S. 23)

Kleger unterscheidet bei Widerständen zwischen gewaltfreiem Widerstand und zivilem Ungehorsam. Gewaltfreier Widerstand zeigt eine Haltung innerer Stärke und bedeutet prinzipiellen Gewaltverzicht. Dabei wird auch auf Gandhi verwiesen, der den Gewaltbegriff bzw. die Gewaltfreiheit prägte. Gandhi wusste, dass auch gewaltfrei ein enormer Druck ausgeübt werden kann, etwa durch einen Hungerstreik. (vgl. Kleger 1993, S. 71ff) Anders verhält es sich bei zivilem Ungehorsam:

„Das wichtigste Konzept gewaltfreien Widerstandes ist der zivile Ungehorsam - 'Konzept', da er auf eine rechtsstaatliche Demokratie zugeschnitten ist und diese stärken, d.h. entwickeln und nicht schwächen will.(...) Ziviler Ungehorsam ist damit direkt und unauflösbar mit der Demokratie verbunden, er ist mithin per se demokratischer Ungehorsam: es geht also um Demokratiekonflikte und darum, diese zivil austragen zu können.“ (ebd., S. 78)

Dabei muss Demokratie und Beteiligung gelernt und erfahrbar gemacht werden, man sollte schon früh mit Engagement in Berührung kommen. um schließlich für sich selbst entscheiden zu können, ob und für was man sich engagiert. (vgl. Kumpf 2011, S. 17)

Nach Münch lösen die Konfrontationen der staatlichen Gewalt mit der Gewalt der Besetzer und Besetzerinnen von Gebäuden oder Industrieanlagen den öffentlichen Diskurs ab und bezeichnet sie als Rückfälle in primitive Formen der strategischen Auseinandersetzung, die Ausdruck temporärer Zusammenbrüche des öffentlichen Diskurses sind. Es müssen Strategien entwickelt werden, um diese Kommunikationskrisen zu bewältigen, denn das menschliche Handeln kann globale Maßstäbe erreichen und zahllose Wirkungen nach sich ziehen. Zur Bekämpfung der

Kommunikationskrisen dient etwa die Inklusion von Aktionsgruppen in den Diskurs. (vgl. Münch 1991, S. 18f) Das menschliche Handlungsweisen globale Maßstäbe erreichen können, wie Münch erläutert, erkennt man an aktuellen Themen die durch die Medien innerhalb kurzer Zeit an Millionen von Menschen kommuniziert werden oder durch soziale Netzwerke, die es schaffen, tausende Menschen zu mobilisieren und auf eine Problematik aufmerksam zu machen und gegebenenfalls reagieren.

Endet jene Reaktion in zivilem Ungehorsam erkennt Kleger einen Zusammenhang zum Rechtsstaat.

„Vorerst ist festzuhalten, daß das Problem des zivilen Ungehorsams in einem mehr oder weniger gerechten Staat entsteht – für Bürger, die dessen Verfassung anerkennen. 'Ziviler' oder 'bürgerlicher' Ungehorsam heißt diese politische Verhaltensform zu Recht auch deswegen, weil sie von vornherein durch die (politische) Entscheidung des empörten Bürgers, Staatsbürger zu bleiben, begrenzt sein will. (...) Die Begrenzung besteht darin, daß ziviler Ungehorsam das Gesetz nicht in die eigene Regie nehmen will, obwohl er punktuell das Legalitätsprinzip quasi überspringt. Ich verstehe ihn deshalb in einer ersten, globalen Klassifizierung als Unterform von Widerstand innerhalb des Rechtsstaates. Er ist damit sowohl vom klassischen Widerstand, wie ich ihn dargestellt habe, als auch von einer offensiven Strategie der politischen Machteroberung begrifflich klar abgegrenzt. Der Protest des zivilen Ungehorsams verbleibt aber dennoch nicht in den vorhergesehenen institutionellen Bahnen politischer Opposition. Im Gegensatz zum klassischen Widerstand, der im Kampf gegen einen Unrechtsstaat auch vor Gewalt – als ultima ratio selbst vor dem Töten – nicht zurückschreckt, ist ziviler Ungehorsam auf die Existenz eines Rechtsstaates angewiesen. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit bewegt er sich – von Ausnahmen, die vom Notwehrrecht geregelt sind, abgesehen – auf gewaltfreien Bahnen.“ (Kleger 1993, S. 79)

Für Kleger nimmt ziviler Ungehorsam eine immer zentralere Rolle ein: „Ziviler Ungehorsam als ein Ausdruck zivilgesellschaftlicher Vernunft wird offensichtlich wichtiger.“ (ebd., S. 18)

Bürgerinitiativen nutzen also teilweise den zivilen Ungehorsam, um gegen gesellschaftlich problematische Gegebenheiten zu demonstrieren oder dagegen zu agieren, gewaltfrei aber doch mit illegalen Mitteln. Dies geschieht jedoch meist bei Demonstrationen gegen die Kernenergie und für den Umweltschutz. Sei es durch das Anketten an Gleise, auf denen atomarer Müll transportiert werden soll oder eine Menschenkette, um das Abholzen der Urwälder zu verhindern. Wie bereits Ebert betonte,

muss jeder selbst entscheiden, wie weit er geht, jedoch muss eine Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam gegeben sein – um für die Umwelt einzustehen.

5.4 Kommunikation von Bürgerinitiativen

Schließen sich Personen zu einer Gruppe zusammen um gegen eine bestimmte Sache zu protestieren, bedarf es einer gut organisierten Informationsvermittlung, um nach innen beziehungsweise nach außen interagieren zu können. Dabei können Bürger und Bürgerinnen oftmals nicht auf eine Ausbildung im Bereich PR oder sonstigen Spezialisierungen im Bereich der Kommunikation zurückgreifen. Meist vernetzen sich die Unterstützer und Unterstützerinnen dennoch sehr gut miteinander und tauschen sich persönlich, face-to-face, per Email oder über soziale Netzwerke aus. Darüber hinaus haben Bürgerinitiativen ganz klare Ziele, was sie mit ihrer Interaktion erreichen wollen und benötigen meist keine professionelle Ausbildung im Hintergrund, da sie sich bei brisanten Themen der Aufmerksamkeit von Medien sicher sein können.

„Die Kommunikationsstrategie ist im Inneren auf Findung von Positionen und Zielformulierung für Außenaktivitäten ausgerichtet. Nach außen wird eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die auch demonstrative Züge annehmen kann (Demonstration, Besetzungen), betrieben: Auf diese Weise sollen, vielfach über die Medien, die bereits vorhandenen Beteiligten zur Weiterarbeit motiviert, neue Personen für die Sache gewonnen und Entscheidungsträger auf die verfolgten Anliegen aufmerksam gemacht werden.“ (Jarren/ Donges 2011, S. 132)

Die Mitglieder einer Bürgerinitiative können meist nicht auf bestehende Kontakte zu medialen Ansprechpersonen zurückgreifen. Dennoch verschafft sie sich Gehör und dies aus ganz einfachen Gründen:

„Erstens hat die ‚Bürgerinitiative‘ immer den ersten Anschein, dass es sich um ein ‚öffentliches‘ Anliegen handelt, das es gegen eine anonyme Organisation – das Unternehmen – zu verteidigen gilt. Zweitens erscheint die Gruppe immer als die scheinbare schwächer Partei, auch wenn es sich um das äußerst schlagkräftige Greenpeace handelt. (...) Drittens ist die Presse praktisch gezwungen, ein Thema aufzugreifen, dass Streit verspricht. Niemand will sich nachher vorwerfen lassen, man habe für ein ‚berechtigtes‘ Anliegen der Bürger kein Interesse gezeigt. (Szameitat 2003, S. 137)

Wird die Informationsvermittlung zwischen Bewohnern und Bewohnerinnen und politischen Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen betrachtet, sind

Bürgerinitiativen oftmals auf die besagte Vermittlungsleistung der Massenmedien angewiesen. (vgl. Jarren/ Donges 2011, S. 126) Dabei geht es ihnen darum, ein Problem überhaupt auf die öffentliche Agenda zu bekommen. (vgl. ebd., S. 184) Kißler sieht sie darüberhinaus als Vermittlungsinstanzen gesellschaftlicher Interessen, wobei sich ihre Kommunikation dabei auf lokale Arenen beschränkt. (vgl. Kißler 1999, S. 159) Innerhalb von Bürgerinitiativen erscheint es als besonders essentiell, dass sich deren Unterstützer und Unterstützerinnen gut koordinieren und miteinander vernetzen. Schenk fand innerhalb seiner Studie heraus, dass vor allem die interpersonelle Verständigung äußerst wichtig ist. „Interpersonale Kommunikation stellt also ein zentrales Medium dar, um sich über die laufenden Aktivitäten der Initiative zu informieren.“ (Schenk 1982, S. 179)

Heutzutage stehen jeder Beteiligungsform aber auch andere Möglichkeiten der Verständigung offen. Online-PR hilft Bürgerinitiativen dabei via Weblogs oder Websites, Mitglieder oder Außenstehende über ihre Position zu informieren, sowie zur aktiven Mitarbeit aufzurufen. Andererseits können die Verantwortlichen Regierungsstellen und Unternehmen über die Situation betroffener Bürger und Bürgerinnen informiert werden. (vgl. Fraas et al. 2012, S. 117) Der patizipierenden Bevölkerung steht eine Vielzahl von Kommunikationsmitteln wie Flugblätter, Presstexte oder Plakate aber auch Kommunikationskanäle wie Weblogs oder soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter zur Verfügung. Klarerweise können Informationen oftmals nicht so professionell aufbereitet werden wie die Informationen der Unternehmen, gegen die sie protestieren. Dennoch besitzen sie die Möglichkeit mit einer Vielzahl an Bürgern und Bürgerinnen, Interessensvertretern und Interessensvertreterinnen oder Medien in Kontakt zu treten. Online-Medien spielen dabei eine immer größer werdende Rolle. War früher noch die interpersonelle face-to-face Kommunikation zentral, wie es heute in kleinen oder lokalen Bürgerinitiativen mit Sicherheit auch noch ist, vernetzen sich Betroffene, Interessierte oder Mitglieder im Zeitalter Web 2.0 immer öfter online, vor allem dann, wenn das Problem ein ganzes Land betrifft. Wesentliche Vorteile sind dabei natürlich die einfache Verbreitung von Informationen und News, die schnelle interne Verständigung, die einheitliche Informationsvermittlung nach außen und die Mobilmachung zahlreicher potentieller Unterstützer und Unterstützerinnen. Denn ganz essentiell für eine Bürgerinitiative sind deren Mitglieder und mit Hilfe des Internets kann eine Unterstützung viel schneller erfolgen als noch vor vielen Jahren. Eine Mitwirkung mit Hilfe von Online-Kanälen kann kaum eine aktive, persönliche Partizipation ersetzen, aber sie kann sie untermauern.

Bürgerinitiativen sollten von Unternehmen ernst genommen werden, denn sie können einen wesentlichen Einfluss auf ihr Image haben. Vor allem sollte auf eine wechselseitige Kommunikation Wert gelegt werden, um Konflikte und Krisen vorab zu kennen und um gegebenenfalls reagieren zu können.

Im Kapitel 6 wird die Geschichte von Biogasanlagen und deren Funktionsweise erläutert.

6 BIOGASANLAGEN

Biogasanlagen sind hochkomplexe Anlagen. In diesem Kapitel soll eine überblicksartige Darstellung dabei helfen, ein technisches Verständnis für deren Funktionsprinzip, Aufbau und das Produkt Biogas zu erlangen. Eine Biogasanlage ist eine „Anlage zur Gewinnung, Aufbereitung, Speicherung und/oder Nutzung von Biogas.“ (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2012, S. 6) Sie besteht dabei grundsätzlich aus einer „(...) Vorgrube, Fermenter, gegebenenfalls Nachgärer, Biogasspeicher, BHKW mit Wärmeverteiler sowie einem Lagerbehälter für den Gärückstand.“ (Deutsche Energie-Agentur 12.07.2012). In der Vorgrube wird die Biomasse gesammelt, wie zum Beispiel die Gülle, um anschließend in die Fermenter (Gärbehälter) für die Biogaserzeugung gepumpt zu werden. Das Biogas wird aus dem Fermenter und gegebenenfalls dem Nachgärer, indem die letzten Prozente der Gasausbeute gewonnen werden können, in den Folienspeicher geleitet. Von dort wird das Biogas in kontinuierlich arbeitendes BHKW, ein Blockheizkraftwerk, abgegeben. (vgl. ebd.) Das BHKW ist eine „Kraft-Wärme-Kopplungsanlage zur Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis einer oder mehrerer Verbrennungsmotoren oder Gasturbinen.“ (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2012, S. 9) Folgende Grafik dient zur Veranschaulichung einer Biogasanlage:

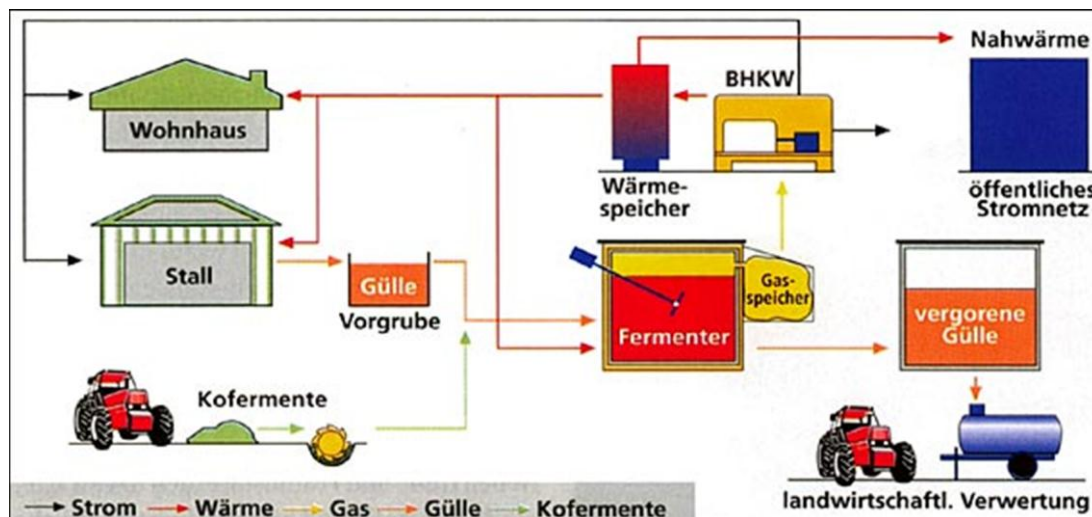


Abbildung 8: Funktionsprinzip einer Biogasanlage

(Quelle: Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen 16.04.2004)

6.1 Biogas – Zusammensetzung und Verwendung

„Biogas stellt einen Energieträger mit chemischer Bindungsenergie dar, dessen Hauptkomponenten Methan und Kohlenstoffdioxid sind. Es entsteht durch den anaeroben

mikrobiellen Abbau organischer Substanz (Biomasse).“ (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2012, S. 6)

Der Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen versteht unter Biogas

„(...) ein aus Biomasse und/oder biologisch abbaubaren Teilen von Abfällen mittels Pyrolyse oder Gärung hergestelltes Gas.

Mögliche Herkunftsquellen sind:

- Tierische Exkremente aus der Landwirtschaft
z.B.: Schweine- und Rindergülle, Pferdemist, Hühnerkot.
- Landwirtschaftliche Stoffe
z.B.: Gräser, Mais, Rüben, Silage, sowie Rückstände aus Getreide-, Mais- und Zuckerproduktion.
- Biogene Rückstände aus Industrie und Gewerbe
z.B.: Nahrungs- und Genussmittelabfälle, Abfälle aus Tierverwertungen, Abwässer.
- Kommunale Abfälle
z.B.: Biotonne, Grasschnitt, Laub.“ (Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen/a o.J.)

Biogas entsteht in einem mehrstufigen Prozess der Vergärung oder Verfaulung unter dem Einsatz von anaeroben Mikroorganismen und unter Ausschluss von Sauerstoff. Der Prozess findet in einer feuchten Umgebung statt. Stufe 1 ist die Hydrolyse, bei der hochmolekulare Substanzen von Bakterien zu kleineren Einheiten aufgespalten werden. In der Regel geschieht das durch die Anlagerung beziehungsweise Zwischenlagerung von Wassermolekülen an die Spaltstellen. Stufe 2 der Vergärung ist die Säurenbildung. Dabei werden die gebildeten Molekülteile von Bakterien zu organischen Säuren abgebaut. Stufe 3 bildet die Essigsäure. Es werden die Säuren, abermals von Bakterien, zu Essigsäure, Kohlendioxid und Wasserstoff umgewandelt. In Stufe 4 erfolgt die Umsetzung von Essigsäure, Kohlendioxid und Wasserstoff zu Methan. Kohlendioxid ist hierbei Überschuss und verbleibt als Rest im Gasgemisch. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2012, S. 133f)

Unaufbereitetes Biogas setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

Substanz	Volumsanteil
Methan	45 – 65 %
Kohlenstoffdioxid	30 – 55 %
Wasserdampf	0 – 10 %
Stickstoff	0 – 5 %
Sauerstoff	0 – 2 %
Wasserstoff	0 – 1 %
Ammoniak	0 – 1 %
Schwefelwasserstoff	0 – 2 %

Abbildung 9: „Biogaszusammensetzung“

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2012, S. 10)

Die Zusammensetzung kann, je nach den in der Vergärung eingesetzten Substraten, abweichen und es können auch geringe Mengen anderer Gase enthalten sein. (vgl. ebd.)

Das Biogas kann durch Verstromung oder Verbrennung vor Ort Verwendung finden. Als brennbares Gas wird es derzeit meist zum Antrieb von Motoren genutzt, die über einen Generator elektrische Energie und nutzbare Abwärme erzeugen. Die Verwendung von Biogas zur ausschließlichen Wärmeerzeugung ist in Europa von untergeordneter Bedeutung. (vgl. Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen/b o.J.)

Immer wichtiger wird die Entkopplung von Biogasproduktion und deren Verwendung. Das Rohbiogas wird in einem Aufbereitungsprozess auf Erdgasqualität gewaschen und angereichert, um es anschließend als Biomethan in das Erdgasnetz und schließlich in ein Blockheizkraftwerk einzuspeisen. Dessen Standort garantiert eine optimale Wärmenutzung. (Deutsche Energie-Agentur 12.07.2012) Der Aufbereitungsprozess wird folgendermaßen beschrieben:

„Die Aufbereitung erfolgt in mehreren Schritten: Aus dem Rohbiogas werden die festen und flüssigen Bestandteile entfernt und das Gas wird getrocknet. Es erfolgt eine Entschwefelung sowie eine Methananreicherung (durch Abtrennung des CO₂).“ (Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen/b o.J.)

Aufbereitetes Biogas kann nach dem Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen nicht nur in das Gasnetz eingespeist werden, sondern dient auch als Treibstoff für Fahrzeuge.

„Veredeltes Biogas kann somit auch als Treibstoff für Erdgas-Fahrzeuge verwendet werden. Auf diese Weise lassen sich die Umweltvorteile von Erdgas als Kraftstoff und Biogas kombinieren. Als Kraftstoff kommt natürliches Gas in komprimierter Form unter der Bezeichnung CNG (Compressed Natural Gas) zum Einsatz. Es ermöglicht eine erhebliche Verringerung des Schadstoffausstoßes, eine deutliche CO₂-Reduktion und verursacht zudem keinen Feinstaub. Der Einsatz von CNG-Fahrzeugen stellt eine der effizientesten und vernünftigsten Möglichkeiten zur Senkung der Emissionen im Straßenverkehr dar. Ein weiterer Vorteil für die Nutzer: Mit CNG fährt man wesentlich günstiger als mit herkömmlichen Kraftstoffen. Gegenüber anderen Biokraftstoffen weist aufbereitetes Biogas einen weiteren Vorteil auf: Es unterscheidet sich nicht von herkömmlichem Erdgas.“ (ebd)

Biogas ist somit eine umweltfreundliche Lösung bei Energiefragen.

6.1.1 Biogasanlagen in Österreich

Gegen Ende des Jahres 2010 gab es 360 Biogasanlagen in Österreich mit einer Leistung von 102,6 Megawatt. (vgl. Ökostrombericht 2011, S. 154) Die starke Entwicklung hinsichtlich der steigenden Anzahl der Biogasanlagen von 2001 bis 2010 veranschaulicht folgende Grafik.

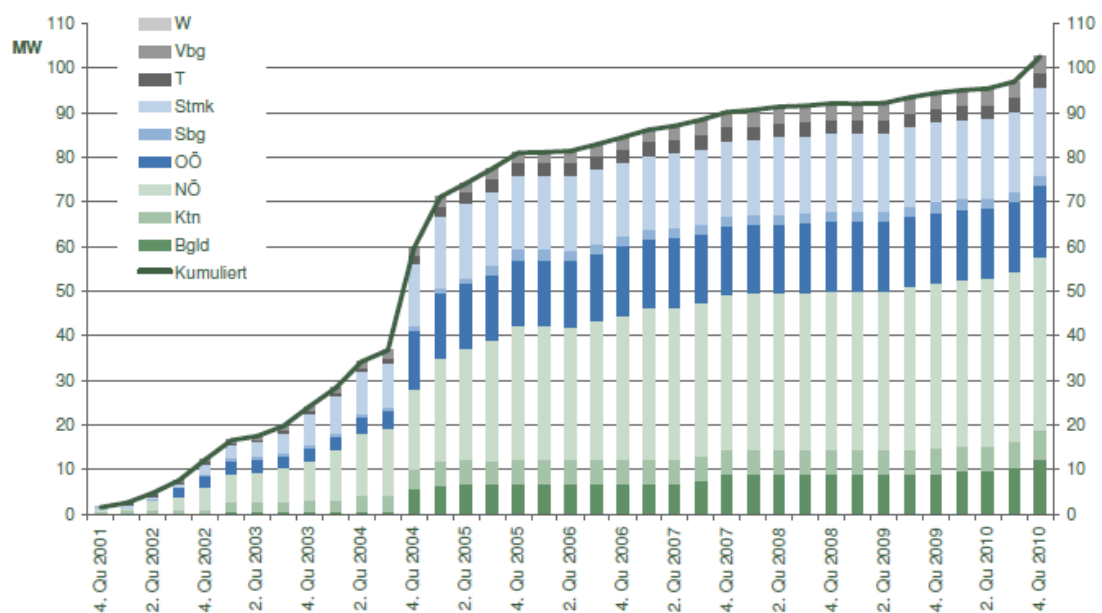


Abbildung 10: „Entwicklung anerkannter Biogas-Anlagen vom 4. Quartal 2001 – 4. Quartal 2010“

(Quelle: Ökostrombericht 2011, S. 154)

Die folgende Grafik veranschaulicht die Verteilung auf die Bundesländer.

Anerkannte Biogas - Anlagen Stand 31.12.2010		
Bundesland	MW	Anzahl
Niederösterreich	38,95	102
Steiermark	19,54	53
Oberösterreich	15,95	79
Burgenland	12,33	28
Kärnten	6,55	35
Vorarlberg	3,56	33
Tirol	3,43	18
Salzburg	2,29	12
Wien	-	-
Kumuliert	102,59	360

Abbildung 11: „Anerkannte Biogas-Anlagen per Ende 2010“

(Quelle: Ökostrombericht 2011, S. 154)

Die meisten Biogasanlagen werden demnach in Niederösterreich mit 102 Anlagen betrieben, gefolgt von Oberösterreich mit 79 und der Steiermark mit 53.

„Die durchschnittliche Größe einer Biogas-Anlage beträgt 286 kW. Die Mehrheit (90 %) der Biogas- Anlagen hat eine Leistung bis 500 kW und diese Anlagen stellen mit insgesamt 71 MW 69 % der Leistung bereit. Nur 3 Anlagen sind größer als 1 MW (...).“ (ebd., S. 155)

Im Jahr 2005 gab es den größten Zuwachs bei Biogasanlagen wie die folgende Grafik zeigt.

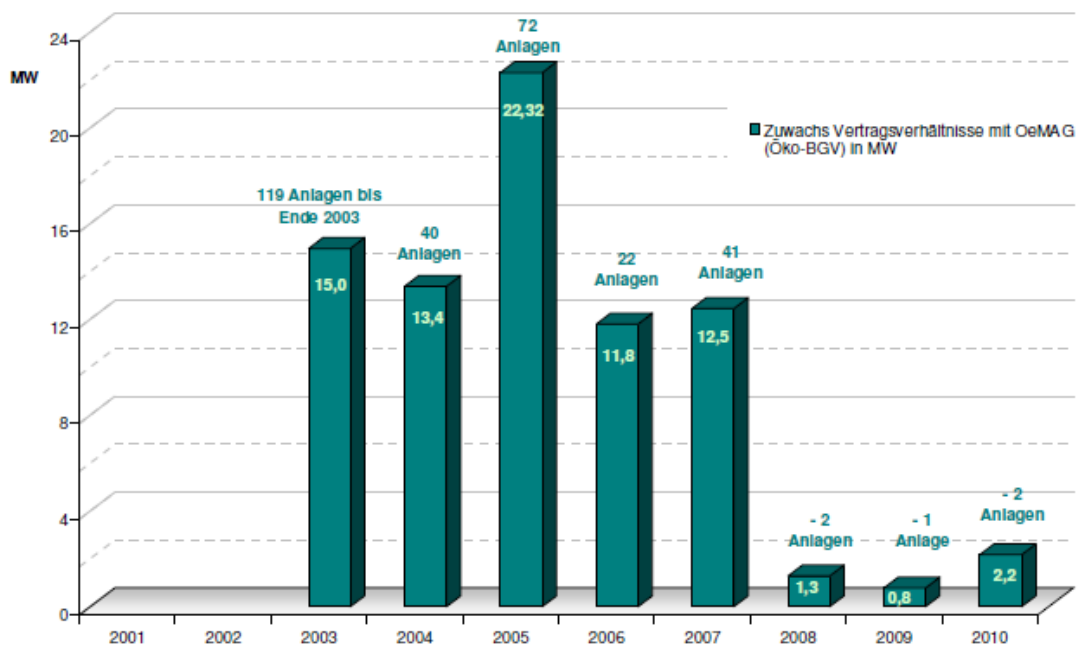


Abbildung 12: „Jährlicher Zuwachs der Biogasverträge (Anlagenerrichtungsjahr) in MW“

(Quelle: Ökostrombericht 2011, S. 158)

Die Abbildung 12 zeigt,

„(...) dass in den Jahren 2003 bis 2007 ein beträchtlicher Ausbau der Biogasanlagen stattgefunden hat. Im Jahr 2005 wurden mit 72 die meisten Vertragsabschlüsse mit der Ökostromabwicklungsstelle mit einer Gesamtleistung von 22,3 MW vorgenommen, im Jahr 2007 wurde mit 41 Anlagen mit 12,5 MW ein Vertrag abgeschlossen. Im Jahr 2010 war bei den Vertragsverhältnissen ein Zuwachs von 2,2 MW zu verzeichnen, was in erster Linie auf Erweiterungen bereits bestehender Biogasanlagen zurückzuführen ist. Im Vergleich dazu wurden im Jahr 2010 19 neue Biogasanlagen per Anerkennungsbescheid anerkannt, was einem Zuwachs von 8,2 MW ausmacht.“ (ebd., S. 157)

Um Biogas und Strom zu erzeugen, müssen bestimmte Rohstoffe vorhanden sein die in der jeweiligen Biogasanlage verarbeitet werden können. Bei der Erstellung des Ökostromberichts lagen die Rohstoffbilanzen für Biogas für das Jahr 2010 noch nicht vor, deshalb werden hier die Ergebnisse des Jahres 2009 angeführt. Zu den eingesetzten Rohstoffen in Österreich zählen bei 200 analysierten Anlagen 885.228 Tonnen landwirtschaftliche Produkte wie Maissilage mit 45 Prozent, 287.753 Tonnen Gülle und Mist und 362.135 Tonnen andere Stoffe, wie Speisereste oder Bioabfall. Den 45 Prozent Maisanteil entsprechen 60 Prozent der Energiezufuhr. Im Gegensatz haben Gülle und Mist einen wesentlich geringeren Anteil an der Energieerzeugung als ihr Masseanteil

vermuten lässt. (vgl. Ökostrombericht 2010, S. 156ff) Daraus lässt sich auf einen hohen Energieertrag von Mais schließen.

In Österreich sind genug Rohstoffe für die Verwendung und Verarbeitung in Biogasanlagen zur nachhaltigen Energieentwicklung vorhanden. Wie sich Biogasanlagen in Zukunft weiterentwickeln, kann man derzeit noch nicht mit Sicherheit sagen. Man kann aber davon ausgehen, dass zukünftig eine stetige Entwicklung verzeichnet wird, da man mit Biogasanlagen einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, nachhaltig zu handeln.

„Würde das gesamte in Österreich vorhandene Biogas-Potenzial genutzt werden, so könnte der Erdgasverbrauch um 6,7 % gesenkt werden. Das entspricht einer CO₂-Reduktion von 1,18 Millionen Tonnen, was wiederum 1,6 % der jährlichen österreichischen CO₂-Emissionen ausmacht.“
(Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie 02.2006, S. 2)

Doch es spielen auch wirtschaftliche Faktoren bei der Rentabilität von Biogasanlagen eine wesentliche Rolle die im Kapitel 6.1.2 erläutert werden.

6.1.2 Wirtschaftsfaktor Biogasanlage

In diesem Kapitel wird nun auf die wirtschaftliche Rentabilität von Biogasanlagen eingegangen. Dazu wird vorab geklärt von wem Biogasanlagen in Österreich betrieben werden, um danach auf den Kosten/ Nutzen Faktor der Anlage einzugehen.

Einer Statistik zufolge werden die Biogasanlagen in Österreich zu einem Drittel von GmbH und Co KG und zu einem weiteren Drittel von Landwirten betrieben. Andere Betreiber sind Einzelunternehmen oder Personengesellschaften. (vgl. Tragner et al. 2008, S. 56) Eder und Kirchweger analysierten in ihrer Studie den Kostenfaktor von Biogasanlagen „die zwischen 2005 und 2007 in Betrieb gegangen sind und neben Wirtschaftsdünger ausschließlich nachwachsende Rohstoffe (NAWAROS) als Substrat verwenden.“ (Eder/ Kirchweger 2011, S. 1) Diese Untersuchung ergab, dass die Investitionssummen zwischen 450.000 Euro und 5 Millionen Euro liegen. Mit Ausnahme von einer haben alle Anlagen eine Förderungssumme zwischen 4 - 36 Prozent erhalten. Die Gewährung der Förderung wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Dadurch verringerte sich die tatsächlich aufzubringende Investitionssumme auf 290.000 Euro für die günstigste und 4,1 Millionen Euro für die teuerste Anlage. (vgl. ebd., S. 6f)

Diese Förderungssummen ergeben sich aus einem gewissen Kontingent für Ökostromanlagen.

„Gemäß Ökostromgesetz 2012 stehen jährlich künftig 50 Mio. Euro an Fördervolumen für Ökostromanlagen zur Verfügung. Dieser Betrag reduziert sich in den ersten 10 Jahren um 1 Mio. Euro jährlich. Davon entfallen 1,8 Mio. Euro auf Photovoltaik, 10 Mio. Euro auf feste und flüssige Biomasse sowie Biogas (davon 3 Mio. für feste Biomasse mit einer Engpassleistung bis 500 kW), mindestens 11,5 Mio. Euro auf Windkraft, mindestens 1,5 Mio. Euro auf Kleinwasserkraft sowie 19 Mio. Euro auf den Resttopf (Netzparität), der sich jährlich um 1 Mio. Euro verringert.“ (Ökostrombericht 2011, S. 28)

Neben den Förderungen erhalten Biogasanlagen eine Vergütung für den erzeugten Strom. Gemäß den Einspeisetarifen 2010 erwirtschaften Biogasanlagen bei einer Größe bis 250 kW 18,50 Cent/ kWh (Kilowattstunde), bei einer Größe von 250 – 500 kW erhalten Anlagen 16,50 Cent/ kWh und bei einer Größe über 500 kWh 13 Cent/ kWh. (vgl. Ökostrombericht 2011, S. 19) Die Anlagen haben im ersten Halbjahr 2011 eine Nettovergütung von 36,7 Millionen Euro bekommen, wobei Biogas im Vergleich zu Windkraft mit 3,3 Prozent und festen Biomasse mit 3,4 Prozent relativ geringe Mengen an Ökostrom erzeugt hat. Durch Biogas wurden lediglich 0,9 Prozent der geförderten Ökostrom-Einspeiseanteile produziert, Photovoltaik im Vergleich 0,06 Prozent (diese Werte beziehen sich auf die Gesamtabgabemenge aus öffentlichen Netzen an Endverbraucher von 29.432 GWh für das 1. Halbjahr 2011). Kleinwasserkraft und sonstige Ökostromanlagen ergeben gesamt 9,6 Prozent der geförderten Ökostrom-Einspeiseanteile im ersten Halbjahr 2011. (vgl. ebd., S. 41)

Dabei erzeugt das Blockheizkraftwerk unterschiedlich viel Strom, das kommt auf das Ausgangsmaterial an.

Bei einer Studie von Tragner et al. gaben 42 Prozent der befragten Betreiber an, bis zu 800.000 kWh Elektrizität pro Jahr zu produzieren. (Tragner et al. 2008, S. 52) Bezieht man die Berechnung des Biomasseverbandes Oberösterreich mit ein, erhält man folgende Zahlen. „Ein Haushalt benötigt ca. 3.500 kWh Strom und 20.000 kWh Wärme pro Jahr. Eine 250 kW-Anlage kann somit ca. 500 Haushalte mit Strom versorgen. Die jährliche Wärmemenge würde für 100 Haushalte reichen.“ (Biomasseverband OÖ o.J.) Aus der Studie von Tragner et al. geht hervor, dass mehr als die Hälfte der befragten Biogasanlagenbetreiber und -betreiberinnen einen Umsatz von 10 Millionen Euro jährlich

erzielen. 11 Prozent der Unternehmen erwirtschafteten zwischen 10 und 50 Millionen Euro und weitere 11 Prozent lagen sogar darüber. (vgl. Tragner et al. 2008, S. 83)

Bezieht man jedoch die Produktionskosten, Substratkosten, Betriebskosten und sonstige Kosten mit ein, zeigt die Studie von Eder und Kirchweger,

„(...) dass generelle Aussagen zur Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen schwierig sind. Die individuellen Voraussetzungen hinsichtlich Anschaffungskosten, Substratauswahl, -verfügbarkeit und -kosten, persönliche Fähigkeiten beim Betrieb und Management der Anlage sowie unterschiedliche Förderregime beeinflussen den wirtschaftlichen Erfolg einer Biogasanlage maßgeblich. Durch den hohen Fremdfinanzierungsanteil verbunden mit stark schwankenden Substrateinkaufspreisen und dem Einsatz verschleißanfälliger Technik ist trotz gesicherter Einspeisetarife die Gefahr von Liquiditätsproblemen gegeben. Da sich die Fristigkeit des Fremdkapitals in der Regel an die gesetzlich garantierte Vergütungsdauer anlehnt, würde eine Verlängerung der Vergütungsdauer niedrigere jährliche Zahlungen zur Tilgung des Fremdkapitals zur Folge haben und damit eine gewisse Minderung von Liquiditätsengpässen bewirken.“ (ebd., S. 22f)

Die Autoren weisen auf das starre Tarifmodell hin und empfehlen, dass ein flexibleres Einspeisetarifmodell Abhilfe schaffen könnte. (vgl. ebd., S. 23) Betrachtet man den Kosten/ Nutzen Faktor von Methan kommen ernüchternde Werte zum Vorschein:

„Die Kosten sind vor allem für die Methananreicherung sehr hoch. Die Bandbreite für die spezifischen Gesamtkosten der Biogas-Netzeinspeisung liegen für eine Anlage mittlerer Größe bei 3,1 bis 5,7 Eurocent/kWh. Im Vergleich zu den am Gasmarkt erzielbaren Preisen (1,21 – 2,5 Eurocent/kWh) ist Biogas in dieser Qualität daher nicht wettbewerbsfähig.“ (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie 2006, S. 4)

Daher wird eine Biogasanlage hauptsächlich betrieben, um Strom zu gewinnen. Bei der Stromproduktion werden auch große Mengen Abwärme erzeugt. Mehr als ein Viertel der befragten Betreiber und Betreiberinnen der Studie von Tragner et al. gaben an 800.000 kWh Wärme pro Jahr zu erzeugen. Weitere 30 Prozent produzieren zwischen 800.000 und 5 Millionen kWh/a. Genutzt wird sie meist für den Eigenbedarf in der Landwirtschaft oder in Form von Prozesswärme für die Biogasanlage. Teilweise wird sie im Bereich der Fernwärme verwertet, was einen weiteren wirtschaftlichen Faktor darstellt. (vgl. Tragner et al. 2008, S. 54f) Die Wärme sollte in jedem Fall intensiver genutzt werden, um hier mehr wirtschaftlichen Nutzen daraus zu ziehen.

„Direkte Fortleitung von Biogas an die Verbraucher über ein Biogas-Mikronetz könnte eine sinnvolle Alternative der Fernwärmenetze darstellen. (...) Vollständige Wärmenutzung, auch während der Sommerzeit, muss gefördert und gefordert werden.“ (ebd., S. 55)

Biogasanlagen als alternative Methoden der Energiegewinnung bergen jedoch auch Gefahren für die Umwelt und Anrainer und Anrainerinnen in sich, welche in Kapitel 6.1.3 erläutert werden.

6.1.3 Biogasanlagen und Gefahren

Der Fokus der Gefahren die hier erläutert werden liegt hauptsächlich auf der Einschränkung durch starken Geruch, da dies einen wesentlicher Faktor im empirischen Teil darstellt. Gefahren oder Einschränkungen von Biogasanlagen können unter anderem durch Explosionen, chemische Einflüsse, Geruch, Lärm, Schadstoffemissionen in der Luft und durch Verunreinigung von Boden und Grund- und Oberflächenwasser entstehen. (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend 2012, S. 9)

Die Gerüche werden hauptsächlich von den eingesetzten Substraten bestimmt. Folgende Einteilung nach Anlagentypen kann getroffen werden:

1. „Es werden nur nachwachsende Rohstoffe aus dem landwirtschaftlichen Bereich eingesetzt (NAWARO-Anlagen)
2. Es wird zusätzlich zu den nachwachsenden Rohstoffen auch Wirtschaftsdünger (Gülle, Festmist) eingesetzt
3. Neben landwirtschaftlichen Produkten werden auch Abfälle verwendet: Cofermentationsanlagen
4. Überwiegend werden vergärbare Abfälle eingesetzt: Abfallbehandlungsanlagen.“ (ebd., S. 68)

Dabei liegt die Ursache von übermäßigen Geruchsemissionen und verstärktes Auftreten der Beschwerden von Anrainern und Anrainerinnen in Fehlern, die bereits bei der Planung und schlussendlich beim Betrieb von Biogasanlagen auftreten. Beispiele dafür sind, dass

- potentielle Geruchsemissionen in der Planung unterschätzt und keine ausreichende Vorsorge für emissionsmindernde Maßnahmen getroffen wurden
- technische Probleme beim Betrieb auftreten
- es zu einer nachlässigen Betriebsführung kommt. Dies äußert sich in verschmutzten Flächen, offenen Toren und anderen diffusen Quellen

- die Abluftreinigungsanlagen wie der Biofilter unzureichend kontrolliert und gewartet werden
- die Auseinandersetzung aufgrund von Verharmlosung der Beschwerden eskaliert.
- die Problembeseitigung zögerlich von statten geht, beispielsweise aufgrund der Kosten
- ein Planungsfehler der Gemeinde besteht oder es aufgrund heranrückender Bebauung zu einer Geruchsbelästigung kommt (vgl. ebd., S. 68f)

Dabei soll mit folgenden Maßnahmen eine Geruchsbelästigung weitestgehend vermieden werden.

- Bei der Anlieferung ist darauf zu achten, dass geruchintensive Stoffe in geschlossenen Behältern angefliefert werden, zudem sollten sie nicht im Freien gelagert werden.
- Bei der Vorbehandlung der Stoffe muss eventuell entstehende Abluft in das Abluftsystem einbezogen werden.
- Bei der Fermentation, den Gärprozessen, kann es zu Störungen oder Schwankungen im Gärungsprozess kommen. Leckagen und diffuse Emissionen sind zu minimieren und es muss für eine stabile Fermentation gesorgt werden.
- Bei der Behandlung und Lagerung des Fermentationsrückstandes ist unbedingt darauf zu achten, dass er mit einer luftdichten Abdeckung versehen wird. Wird schwefelhaltiges Substrat eingebracht, besteht die Gefahr der Entwicklung von hochtoxischem Schwefelwasserstoff (H_2S). Dieser Stoff erinnert an den Geruch von faulen Eiern. Dem ist unbedingt entgegenzuwirken, indem beispielsweise das Einbringen von sulfidhaltigen Substraten in die Vorgrube, bei Vorhandensein einer sauren Lösung, verhindert wird. (vgl. ebd., S. 69ff) Nur einige der möglichen Maßnahmen wurden an dieser Stelle angeführt.

Biogasanlagen können starke Beeinträchtigungen für Anrainer und Anrainerinnen nach sich ziehen. Deshalb ist von den Betreibern und Betreiberinnen unbedingt darauf zu achten, dass Belästigungen und Einschränkungen weitestgehend gering gehalten werden.

Im empirischen Teil wird der Kommunikation des Betreibers der Biogasanlage Leoben mit den Betroffenen untersucht, welche die starke Geruchsbelästigung als Einschränkung ihrer Lebensqualität empfunden haben.

7 EMPIRISCHE METHODIK DER UNTERSUCHUNG

Die theoretische Abhandlung zum Thema „Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die Biogasanlage Leoben“ wird durch eine empirische Untersuchung ergänzt. Zur qualitativen Datenerhebung werden 15 Interviews mit Betroffenen, ein Interview mit dem Kommunikationsbeauftragten der Biogasanlage Herrn Mag. Trumler, das Pressematerial des Betreibers und 20 Artikel regionaler Zeitungen herangezogen, um die „PR-Evaluation nach VÖA Kriterien“ (Burkart 2010, S. 35) erheben zu können.

Im theoretischen Teil der Magisterarbeit wurden relevante Themen wie Konflikt- und Krisen-PR, Risikokommunikation und Bürgerinitiativen behandelt und die verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit diskutiert. Um dem empirischen Teil zu genügen, gilt es, ein Praxisbeispiel zu wählen, dass sich im Sinne dieses Konzeptes als analysierbar erweist.

Die VÖA ist bekanntermaßen ein Modell, das die Verständigung zwischen Unternehmen und Betroffenen beleuchtet. Die Biogasanlage Leoben eignet sich als Fallbeispiel besonders gut, da die Anlage zu Beginn der Untersuchung aufgrund massiver Beschwerden von Anrainern und Anrainerinnen bereist stillgelegt worden war und eine massive Diskussion zwischen dem Betreiber LE Gas und den Betroffenen stattfand. Dazu kam eine intensive mediale Berichterstattung.

Dass die Anlage errichtet und zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund eines Bescheides der Landesregierung Steiermark bauliche Änderungsmaßnahmen umgesetzt wurden, spricht noch nicht für eine Kommunikationsqualität im Sinne der VÖA. Denn die Wiederinbetriebnahme könnte durchgesetzt werden, ohne ein Einverständnis mit den Bewohnern und Bewohnerinnen zu erreichen.

Es ist von Vorteil ein Praxisbeispiel zu analysieren, das zum Zeitpunkt der Untersuchung aktuell ist, um auf stattfindende Prozesse einzugehen und aktuelle Problematiken aufzuzeigen. Zudem dient die Aktualität dazu, die Zweifel und Anliegen der Betroffenen genau und zeitgemäß zu erheben, denn wenn eine Diskussion oder Zweifel schon lange in der Vergangenheit liegen würden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Rezipienten und Rezipientinnen nicht mehr an alles erinnern können oder manche Zweifel und Anliegen rund um das Vorgehen schon „abgekühlt“ sind.

Um den kommunikationswissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen, dienten ein Leitfadeninterview mit Herrn Mag. Trumler, dem Kommunikationsbeauftragten der

Biogasanlage, der Besuch einer Informationsveranstaltung des Betreibers LE Gas GmbH, die Durchsicht 20 relevanter Artikel, welche zusätzlich mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht wurden, und ein Vorgespräch mit Herrn Fiausch, dem Sprecher der Bürgerinitiative, dazu, die Fragen für die Leitfadeninterviews, ausgehend von den Forschungsfragen, zu entwickeln. Anhand der Leitfadeninterviews mit den Betroffenen wird schließlich ein Kategoriensystem unter den bereits vorher festgelegten Hauptkategorien entwickelt, welches die Auswertung des Materials darstellt. Die Kategorien werden zur Beantwortung der Forschungsfragen herangezogen.

7.1 Untersuchungsgegenstand

Diese Arbeit untersucht die verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Biogasanlage in Leoben. Die Rezipienten und Rezipientinnen stehen im Fokus der Untersuchung.

Seit 2007 ist die Biogas- und Gärückstandsgewinnungsanlage ein umstrittenes Thema. Schon während der Testphase 2007 gab es Anrainer- und Anrainerinnenbeschwerden aufgrund starker Geruchsbelästigungen. (vgl. Seebacher 21.12.2007) Informationsveranstaltungen folgten und die Stadtwerke Leoben versuchten, mit den Bewohner und Bewohnerinnen in Kontakt zu treten. Nach Peter Pulm, VP-Gemeinderat, gab es jedoch zu wenig Aufklärungsarbeit:

„Die groß angekündigte Informationsoffensive ist bislang ausgeblieben, die Angst der Anrainer, neuerlich überfahren zu werden, bleibt.“ (Walenta 11.08.2010) Auf diese Vorwürfe reagierte Ronald Schindler, kaufmännischer Direktor der LE Gas GmbH, folgendermaßen:

„Von einer Offensive haben wir nie gesprochen, aber wir haben nun mit Johann Trummler [sic!], einen arrivierten und bekannten Mann eingesetzt, der für die Kommunikation zuständig ist. Er hat seine Arbeit bereits begonnen, nimmt Kontakte in alle Richtungen auf und sammelt Daten. Er wird mit allen sprechen und entsprechende Maßnahmen setzen. Trummler [sic!] gehe wertfrei und offen auf alle zu, damit man auf sachlicher Ebene kommunizieren könne.“ (ebd.)

Mag. Trumler hat im Jahr 2010 mit seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen die Kommunikationsarbeit der Biogasanlage übernommen. Es wurde ein umfassendes Kommunikationskonzept erstellt. Dazu gehörten Gespräche mit Anwohnern und Anwohnerinnen und den Gesellschaftern und Gesellschafterinnen, Infoveranstaltungen,

Bürger- und Bürgerinnenversammlungen und mediale Arbeit. Zudem gab es eine Betriebsbesichtigung für die gesamte Bevölkerung. (vgl. Interview mit Trumler 02.04.2012, Zeile 3ff) Bis dahin wurde die von den Betroffenen kritisierte Informationsqualität als mangelhaft empfunden. (ebd., Zeile 14ff)

Aufgrund der bis dato als unzulänglich empfundenen Informationsarbeit und der Geruchsbelästigung formte sich die Bürgerinitiative „le-benswert“, allen voran Helmut Fiausch. Sie fühlten sich in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt und sind gegen die Anlage aktiv geworden.

Im Jahre 2010 wurde über Anwohner und Anwohnerinnen berichtet, die von einem unangenehmem Dauersummen, einem „Pissoirgeruch zum Erbrechen“ sprachen und wieder eine lebenswerte Umwelt und ein lebenswertes Zuhause ersehnten. Zudem hatten sie die Vertröstungen von Seiten des Betreibers satt. (vgl. Seebacher 01.02.2010) Schließlich wurde der Verdacht geäußert, dass die Geruchsbelästigungen von einer illegalen Verwendung von Tierblut kommen könnten. (vgl. Walenta 17.06.2010) Als sich der Verdacht bestätigte, wurden die beiden Geschäftsführer mit sofortiger Wirkung entlassen, da die Anlage keine Genehmigung für die Verwendung von Tierblut hat.

Die Anlage wurde in Folge seitens des Unabhängigen Verwaltungssenates einer Prüfung unterzogen. Dieser kam zum Urteil, dass die Anlage sofort geschlossen werden musste, da insgesamt fünf von sechs Anlagenteilen nicht bewilligungskonform errichtet wurden. (vgl. Walenta 08.06.2010) Die Anlage wurde schließlich im Juni 2010 stillgelegt und laut Angaben der Anrainer und Anrainerinnen stieg die Lebensqualität seither wieder:

"Seit 16 Monaten dürfen wir das Recht auf Lebensqualität in unseren Heimen wieder mit unseren Familien genießen. In besagtem Zeitraum ist es zu keinerlei Geruchsbelästigungen gekommen." (ebd.)

Seit der Stilllegung wurde geprüft, ob die Anlage wieder in Betrieb genommen werden darf. Der Prüfung folgte Anfang 2012 ein positiver Bescheid: „Der positive Bescheid des Landes für die Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage in Leoben ist da.“ (Walenta 13.01.2012) Der Beschluss besagt, dass die Anlage Bescheid abweichend erbaut wurde und insgesamt fünf geschlossene Anlagenteile nicht Bescheid konform errichtet worden sind. (vgl. Walenta 14.03.2012) Insgesamt umfasst die Beurteilung 300 Seiten und enthält viele Vorgaben für den Betreiber, bedeutet aber auch grünes Licht für eine Wiederinbetriebnahme, was bei den Anrainern und Anrainerinnen auf massivste Widerstände trifft. (vgl. Schöberl/ Walenta 06.02.2012) Auf die Frage warum Anlagenteile falsch gebaut wurden, antwortete der Bürgermeister, der zugleich

Vorsitzender des Reinhaltverbandes ist: „Die Verantwortlichen sind während des Baus gescheiter geworden. Die Anlage, die gebaut wurde, ist qualitätsmäßig höher.“ (Walenta 18.09.2009) Derzeit werden die fünf falsch gebauten Anlagenteile dem Bescheid konform umgebaut und der Betreiber hofft auf einen Regelbetrieb bis Ende 2012.

Es liegt am Betreiber die Vorgaben des Bescheids umzusetzen. Die Aufgabe der LE Gas GmbH wird es sein, die Anlage derart in Betrieb zu nehmen, dass sie stabil läuft. Im Moment erfolgt eine stufenweise Wiederinbetriebnahme. Bis Ende des Jahres will das Unternehmen wieder in Vollbetrieb gehen. Dabei soll im Sinne von Transparenz die Bevölkerung von Leoben über den derzeitigen Stand und die Vorgehensweise informiert werden, erklärt Schindler. (vgl. Walenta 31.01.2012) Die Bürgerinitiative spricht sich dennoch gegen eine Wiederinbetriebnahme aus, denn die Verantwortlichen erklären, dass eine Biogasanlage nicht völlig geruchsfrei geführt werden könne.

Einige Betroffene brachten Berufungen gegen den Bescheid ein und der Unabhängige Verwaltungssenat des Landes Steiermark unterzog diese einer Prüfung. Es wurden jedoch alle Einsprüche abgewiesen und die Bürgerinitiative gab an, weiter zu kämpfen.

7.1.1 Biogasanlage Leoben

Es wurde bereits auf die Anlage und deren Entwicklung eingegangen. An der Stelle sollen noch einmal die wichtigsten Punkte hervorgehoben werden. An der LE Gas GmbH sind der Reinhaltverband und die Stadtgemeinde Leoben beteiligt. Der Reinhaltverband wiederum setzt sich aus der Stadtgemeinde Leoben, der Gemeinde St. Peter Freienstein, der Gemeinde Proleb, der Gemeinde Niklasdorf und der Brauerei Göss zusammen. (vgl. Interview mit Fiausch 12.05.2012, Zeile 292ff) Wie bereits erwähnt sind Ronald Schindler und Michael Resch Geschäftsführer der LE Gas GmbH und Dieter Neger ist Rechtsvertreter des Unternehmens. Herr Mag. Trumler ist für die Kommunikation der Anlage zuständig. Der Betreiber hofft laut Mag. Trumler bis Ende 2012 in den Regelbetrieb gehen zu können. (vgl. Interview mit Trumler 02.04.2012, Zeile 121f) Dabei versichert Herr Mag. Trumler, dass es dem Betreiber um eine 100-prozentige Erfüllung der Auflagen geht und dass die Zustände, die offensichtlich geherrscht haben, nicht mehr auftreten werden und wenn es zu einem Störfall kommen sollte, dieser nicht zum Dauerzustand wird. (vgl. ebd., Zeile 248ff)

7.1.2 Bürgerinitiative „Le-benswert“ - Gegen Lärm und Gestank

Die Bürgerinitiative gegen Lärm und Gestank formierte sich im Jahre 2010 aufgrund massiver Geruchbelästigung ausgehend von der Biogasanlage Leoben. Die Mitglieder der Initiative schrieben Geruchsprotokolle und machten öffentlich auf ihre Situation aufmerksam, indem sie zum Beispiel mit Gasmasken zur Wahl erschienen oder interessierte Personen, auf einer eigens installierten Homepage, über die Biogasanlage informierten. Der „harte Kern“ besteht aus 10 Mitgliedern. Insgesamt gibt es mehrere hundert Unterstützer und Unterstützerinnen. Aufgrund eines positiven Bescheides wurde von einigen Betroffenen und Mitgliedern der Bürgerinitiative Berufungen eingelegt, diese wurden jedoch abgelehnt. Den Aussagen Herrn Fiausch zufolge, dem Sprecher der Bürgerinitiative, werden sie weiterhin gegen die Inbetriebnahme kämpfen, wobei sie bisher nicht davor zurückgeschreckt haben, eigenes Geld in die Hand zu nehmen, um laut Herrn Fiausch für ihr Recht zu kämpfen. Finanzielle Mittel möchte der Sprecher der Bürgerinitiative nicht mehr verwenden, denn es kann nicht sein, „dass du nur mit viel Geld zu deinem Recht kommst, was dein Recht ist.“ (Interview mit Fiausch 12.05.2012, Zeile 984f)

Nachdem der Untersuchungsgegenstand und die zentralen beteiligten Akteure und Akteurinnen erläutert wurden, wird nachfolgend auf das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit eingegangen.

7.2 Erkenntnisinteresse

Es ist eine Tatsache, dass Kommunikation von Unternehmen mit ihren Stakeholdern unumgänglich ist. Soll die Problematik der Biogasanlage gemeinsam mit Anrainern und Anrainerinnen und den Aktivisten und Aktivistinnen der Bürgerinitiative gelöst werden, muss der Betreiber daran interessiert sein, gegenseitige Kommunikation zu betreiben und mit den Betroffenen in Kontakt zu treten, Aufklärungsarbeit zu leisten und auf deren Zweifel und Fragen eingehen. Deshalb wird die Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen, in diesem Fall der genannten Anlage, von immer größerer Bedeutung.

Ziel dieser Arbeit wird unter anderem sein, herauszufinden, inwiefern Zweifel an der Öffentlichkeitsarbeit bestehen. Es soll untersucht werden, ob sich die Betroffenen aktiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben, welche Informationen rezipiert und welche Kontaktmöglichkeiten in Anspruch genommen wurden.

Die Begründungsniveaus der Stakeholder sind ein weiterer Analyseaspekt der Untersuchung, das heißt, aus welchem Grund die Anlage als gerecht oder ungerecht empfunden wird. Um festzustellen auf welcher moralischen Urteilsstufe sich die Betroffenen befinden, wird nach ihrer Einstellung gegenüber der Anlage, der Standortwahl und deren Begründung gefragt. Die moralischen Urteilsstufen wurden bereits im theoretischen Teil der Arbeit erörtert.

Anhand des Fallbeispiels gilt es nun herauszukristallisieren, ob die Betroffenen die Informationsmaßnahmen seitens des Unternehmens als ausreichend oder mangelhaft empfinden. Ob sie Zweifel an der Wahrheit von Aussagen der Verantwortlichen und an den Sachurteilen, an der Legitimität der Standortwahl, den vertretenen Interessen und der Biogasanlage und an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers äußern. Es wird festgelegt, ob die Betroffenen die vom Betreiber zur Verfügung gestellten Informationsmöglichkeiten genutzt haben und ob sie einen themenrelevanten Wissensstand aufweisen.

Aus diesem Erkenntnisziel ergeben sich folgende Forschungsfragen.

7.3 Forschungsfragen und Hauptkategorien

Die Forschungsfragen sind angelehnt an die Fragen zur PR-Evaluation nach den Kriterien der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit und leiten diese Untersuchung. (vgl. Burkart 2010, S. 35) Zu den jeweiligen Forschungsfragen wurden Kategorien erstellt, die die Richtung der nachfolgenden Analyse des Textmaterials bestimmen. Sie sind zum besseren Verständnis und aufgrund der umfangreichen Anzahl an Forschungsfragen nach der jeweiligen Forschungsfrage angeführt. Eine weitere Kategorienbildung ist aufgrund der gewählten qualitativen Methode keineswegs ausgeschlossen.

Das Kategoriensystem selbst stellt schließlich das Ergebnis der Untersuchung dar. (vgl. Mayring 2008, S. 44) Die Operationalisierung ist im Kapitel 7 angeführt.

Informationsphase

Objektive Welt: (Was? Sachverhalte)

Forschungsfrage 1: Wurden die relevanten Sachverhalte über die Biogasanlage Leoben vom Unternehmen beziehungsweise der beauftragten Kommunikationsagentur dargestellt?

Kategorie: Relevante Sachverhalte (Betreiber)

Forschungsfrage 2: Welche relevanten Sachverhalte über die Biogasanlage Leoben wurden in den regionalen Medien kommuniziert?

Kategorie: Relevante Sachverhalte (Medien)

Forschungsfrage 3: Wie haben die Betroffenen zum ersten Mal von der Biogasanlage Kenntnis genommen?

Kategorie: Zum ersten Mal von der Biogasanlage erfahren (Betroffene)

Forschungsfrage 4: Verfügen die Befragten über einen themenrelevanten Wissensstand hinsichtlich der Biogasanlage Leoben?

Kategorie: Themenrelevanter Wissensstand (Betroffene)

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Forschungsfrage 5: Wurden Ansprechpersonen der LE Gas GmbH kommuniziert?

Kategorie: Ansprechpersonen (Unternehmen)

Forschungsfrage 6: Wurden Ansprechpersonen der LE Gas GmbH medial kommuniziert?

Kategorie: Ansprechpersonen (Medien)

Forschungsfrage 7: Inwieweit sind den Betroffenen Ansprechpersonen bekannt?

Kategorie: Kenntnis von Ansprechpersonen (Betroffene)

Soziale Welt(Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 8: Wurden die Ziele des Unternehmens hinsichtlich der Biogasanlage kommuniziert und begründet?

Kategorie: Ziele und Begründung des Unternehmens (LE Gas GmbH)

Forschungsfrage 9: Über welche Ziele und Begründungen des Unternehmens hinsichtlich der Biogasanlage wurde in den Medien berichtet?

Kategorie: Ziele und Begründungen des Unternehmens (Medien)

Forschungsfrage 10: Kennen die Befragten die Ziele der LE Gas GmbH hinsichtlich der Biogasanlage und deren Begründungen und besteht gegebenenfalls Rechtfertigungsbedarf?

Kategorie: Kenntnis der Ziele und Begründungen (Betroffene)

Diskussionsphase

Objektive Welt: (Was?/ Sachverhalte)

Forschungsfrage 11: Hat der Betreiber eine Auseinandersetzung zu dem Thema Biogasanlage ermöglicht?

Kategorie: Auseinandersetzungen ermöglicht (Betreiber)

Forschungsfrage 12: Haben sich diese Auseinandersetzungen medial niedergeschlagen?

Kategorie: Mediale Berichterstattung über die Auseinandersetzung (Medien)

Forschungsfrage 13: Existieren in der medialen Berichterstattung Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten?

Kategorie: Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten (Medien)

Forschungsfrage 14: Haben die Betroffenen an Informationsveranstaltungen oder Bürger- und Bürgerinnenversammlungen teilgenommen?

Kategorie: Partizipation an Informationsveranstaltungen oder Bürger- und Bürgerinnenversammlungen (Betroffene)

Forschungsfrage 15: Haben sich die Anwohner und Anwohnerinnen der Standortgemeinde aktiv mit den Fragen und Informationen rund um die Biogasanlage auseinandergesetzt

Kategorie: Aktive Auseinandersetzung (Betroffene)

Forschungsfrage 16: Existieren seitens der Teilöffentlichkeiten Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten?

Kategorie: Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten (Betroffene)

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Forschungsfrage 17: Welches Unternehmensimage über die LE Gas GmbH und die Biogasanlage wurde medial entworfen?

Kategorie: Unternehmensimage der LE Gas GmbH (Medien)

Forschungsfrage 18: Bestehen innerhalb der medialen Berichterstattung Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes?

Kategorie: Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes (Medien)

Forschungsfrage 19: Über welches Image verfügt die LE Gas GmbH und die Biogasanlage Leoben bei den Befragten?

Kategorie: Image der LE Gas GmbH und Biogasanlage (Betroffene)

Forschungsfrage 20: Bestehen bei den Betroffenen Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes? (Betroffene)

Kategorie: Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, an dem Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes - Zweifel an GA Wahrhaftigkeit (Betroffene)

Soziale Welt (Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 21: Existieren in der medialen Berichterstattung Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben?

Kategorie: Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben (Medien)

Forschungsfrage 22: Existieren bei den Betroffenen Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben?

Kategorie: Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben (Betroffene)

Forschungsfrage 23: Wie werden diese Zweifel von den Betroffenen begründet, auf welcher moralischen Urteilsstufe können die Betroffenen eingeordnet werden? (Begründung der Zweifel an GA „Richtigkeit“)

Diskursphase:

Objektive Welt: (Was?/ Sachverhalte)

Forschungsfrage 24: Wurden Sachurteile, wie der Bescheid oder Gutachten von Experten und Expertinnen, als Beweis für angezweifelte Fakten angeboten und wurde darüber medial berichtet?

Kategorie: Wahrheitsbeweise (Betreiber, Medien)

Forschungsfrage 25: Kennen die Betroffenen diese Wahrheitsbeweise, wie den Bescheid?

Kategorie: Kenntnis von Wahrheitsbeweisen

Forschungsfrage 26: Existieren seitens der Berichterstattung Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile?

Kategorie: Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile (Medien)

Forschungsfrage 27: Existieren seitens der Betroffenen Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile wie dem Bescheid?

Kategorie: Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile (Betroffene)

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Forschungsfrage 28: Wird die Unternehmenskommunikation der LE Gas GmbH medial thematisiert und wie wird die Qualität der Unternehmenskommunikation beschrieben?

Kategorie: Unternehmenskommunikation (Medien)

Kategorie: Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation (Medien)

Forschungsfrage 29: Wie wird die Unternehmenskommunikation der LE Gas GmbH bei den Betroffenen wahrgenommen?

Kategorie: Wahrnehmung der Unternehmenskommunikation (Betroffene)

Kategorie: Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation (Betroffene)

Soziale Welt: (Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 30: Existieren seitens der Berichterstattung Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen, folglich an den Werturteilen des Unternehmens, deren Begründungen und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl?

Kategorie: Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen (Medien)

Kategorie: Zweifel an Legitimität der Standortwahl (Medien)

Forschungsfrage 31: Empfinden die Betroffenen die Interessen der LE Gas GmbH als angemessen oder bestehen Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen, folglich an den Werturteilen des Unternehmens, und deren Begründungen und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl?

Kategorie: Zweifel an Legitimität der vertretenen Interessen und deren Begründungen (Betroffene)

Kategorie: Zweifel an Legitimität der Standortwahl/ Zweifel an GA „Richtigkeit“ (Betroffene)

Forschungsfrage 32: Äußern die Betroffenen negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit oder ihr Wohlbefinden, ausgehend von der Biogasanlage?

Kategorie: Negative Auswirkungen auf Gesundheit und/ oder Wohlbefinden (Betroffene)

Situationsdefinition:

Objektive Welt: (Was?/ Sachverhalte)

Forschungsfrage 33: Inwieweit existiert Einverständnis bezüglich der Sachurteile über die Biogasanlage bei den Betroffenen und dem Unternehmen?

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Forschungsfrage 34: In welchem Ausmaß existiert Einverständnis bezüglich der Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens?

Forschungsfrage 35: Kann damit gerechnet werden, da ein positiver Bescheid für eine Wiederinbetriebnahme erfolgte, dass die Betroffenen eine Wiederinbetriebnahme akzeptieren?

Kategorie: Akzeptanz der Wiederinbetriebnahme (Betroffene)

Soziale Welt: (Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 36: Inwieweit existiert Einverständnis bei den Betroffenen und dem Unternehmen bezüglich der Ziele und Werturteile des Unternehmens?

Um die Forschungsfragen beantworten zu können, werden die Begriffe der Forschungsfragen und der daraus entstandenen Kategorien operationalisiert, das heißt, sie werden messbar gemacht. Die Operationalisierung im Kapitel 7.4.3 angeführt.

7.4 Untersuchungsdesign

An dieser Stelle wird auf die Datengenerierung, das problemzentrierte Interview und die Datenauswertung durch die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring eingegangen. Der Analyse werden die Transkriptionen der Interviews mit den Betroffenen, 20 ausgewählte Artikel rund um die Medienberichterstattung der Anlage, das Pressematerial und die Transkription des Interviews mit dem Kommunikationsbeauftragten der Anlage unterzogen.

Um den themenrelevanten Wissensstand der Betroffenen festzulegen, wurden ihnen nach dem Interview zwei Tabellen vorgelegt, auf welchen sie die Möglichkeit hatten, Behauptungen als richtig, falsch oder weiß nicht zu bewerten.

7.4.1 Untersuchungsmethode

Nach Brosius und Koschel beschreiben qualitative Methoden ein komplexes Phänomen in seiner ganzen Breite. Man ist nicht an einfachen Prozentaussagen interessiert, sondern an individuellen, detaillierten Begründungen einzelner Menschen. Quantitative Methoden erlauben reduzierte Aussagen über eine große Population, qualitative hingegen detaillierte Aussagen über wenige Menschen und sie liefern tiefe Ergebnisse. (vgl. Brosius/ Koschel 2005, S. 19) Lamnek sieht das Prinzip der Offenheit als einen wesentlichen Teil qualitativer Sozialforschung. Dabei arbeitet qualitative Forschung grundsätzlich im Gegensatz zu quantitativer Sozialforschung nicht hypothesenprüfend, sondern hypothesengenerierend. Es geht um eine ausführliche Erkundung des Forschungsfeldes, der Wahrnehmungstrichter wird weitgehend offen gehalten, um auch unerwartete, instruktivere Informationen zu erhalten. (vgl. Lamnek 2005, S. 21) Da die Zweifel der Rezipienten und Rezipientinnen im Mittelpunkt der Untersuchung stehen, wurde als Befragungsinstrument eine qualitative Methode gewählt, um den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung offen zu äußern, ein tiefes, detailliertes Ergebnis zu erzielen und auch Perspektiven abseits gestellter Antwortkategorien zu eruieren.

Wie bereits angesprochen, standen die Interviews im Vordergrund der Untersuchung, wobei auf das problemzentrierte Interview zur Datenerhebung zurückgegriffen wurde.

7.4.2 Problemzentrierte Interviews

Zur Datengewinnung wurde das problemzentrierte Interview gewählt, denn es

„(...) eignet sich hervorragend für eine theoriegeleitete Forschung, da es keinen rein explorativen Charakter hat, sondern die Aspekte der vorrangigen Problemanalyse in das Interview Eingang findet. Überall dort also, wo schon einiges über den Gegenstand bekannt ist, überall dort, wo dezidiertere, spezifischere Fragestellungen im Vordergrund stehen, bietet sich diese Methode an.“ (Mayring 1999, S. 52)

Bei der methodologischen Vorgehensweise des problemzentrierten Interviews wird

„(...) die streng induktive Vorgehensweise ohne Prädetermination durch den Forscher im narrativen Interview beim problemzentrierten Interview mittels einer Kombination aus Induktion und Deduktion mit der Chance auf Modifikation der theoretischen Konzepte des Forschers abgelöst.“ (Lamnek 2005, S. 364)

Der Vorteil des Interviews ist, dass es trotz des Leitfadens einem offenen Gespräch ähnlich ist.

„Das Interview läßt den Befragten möglichst frei zu Wort kommen, um einem offenen Gespräch nahezukommen. Es ist aber zentriert auf eine bestimmte Problemstellung, die der Interviewer einführt, auf die er immer wieder zurückkommt. Die Problemstellung wurde vom Interviewer bereits vorher analysiert; er hat bestimmte Aspekte erarbeitet, die in einem Interviewleitfaden zusammengestellt sind und im Gesprächsverlauf von ihm angesprochen werden.“ (Mayring 1999, S. 50)

Der Unterschied zum narrativen Interview besteht darin, dass sich der Forscher, die Forscherin nicht ohne jegliches theoretisch-wissenschaftliches Vorverständnis in die Erhebungsphase begibt. Der Wissenschaftler, die Wissenschaftlerin bereitet sich durch verschiedene Methoden, wie Gespräche mit Experten und Expertinnen oder durch Literaturstudium auf die Untersuchung vor. (vgl. Lamnek 2005, S. 364)

Dabei ist wichtig, dass sich die Interviewten ernstgenommen und nicht ausgehört fühlen. Wird an gesellschaftlichen Problemen angesetzt und ist die Befragung offen und möglichst gleichberechtigt ist der Forschungsprozess meist ehrlicher, genauer und offener als bei einem Fragebogen. (vgl. ebd., S. 51)

Die Grundgedanken, die sich auf diese Form Interview, beziehen sind folgende:

- „Das Problemzentrierte Interview wählt den sprachlichen Zugang, um seine Fragestellung auf dem Hintergrund subjektiver Bedeutungen, vom Subjekt selbst formuliert, zu eruieren.

- Dazu soll eine Vertrauenssituation zwischen Interview und Interviewten entstehen.
- Die Forschung setzt an konkreten gesellschaftlichen Problemen an, deren objektive Seite vorher analysiert wird.
- Die Interviewten werden zwar durch den Interviewleitfaden auf bestimmte Fragestellungen hingeleitet, sollen aber offen, ohne Antwortvorgaben, darauf reagieren.“ (Mayring 1999, S. 51)

Durch diese Grundgedanken ist schon viel über den Ablauf des problemzentrierten Interviews gesagt. Dabei müssen die Formulierung und die Analyse des Problems immer am Anfang stehen, denn daraus werden die zentralen Aspekte für den Leitfaden zusammengestellt. Die Gespräche bestehen im Wesentlichen aus drei Teilen:

- Sondierungsfragen sind allgemein gehaltene Einstiegsfragen in die Thematik um zu eruieren, welche subjektive Bedeutung das Thema für die Person hat.
- Leitfadenfragen sind die wesentlichen Fragestellungen des Interviewleitfadens.
- Ad-hoc-Fragen sind spontan formulierte Fragen, die immer dann gestellt werden, wenn man im Interview auf Aspekte stößt, die nicht im Leitfaden verzeichnet sind, die aber für die Themenstellung oder für die Erhaltung des Gesprächs wichtig sind. (vgl. ebd., S. 52)

Daraus ergibt sich folgendes Ablaufmodell.

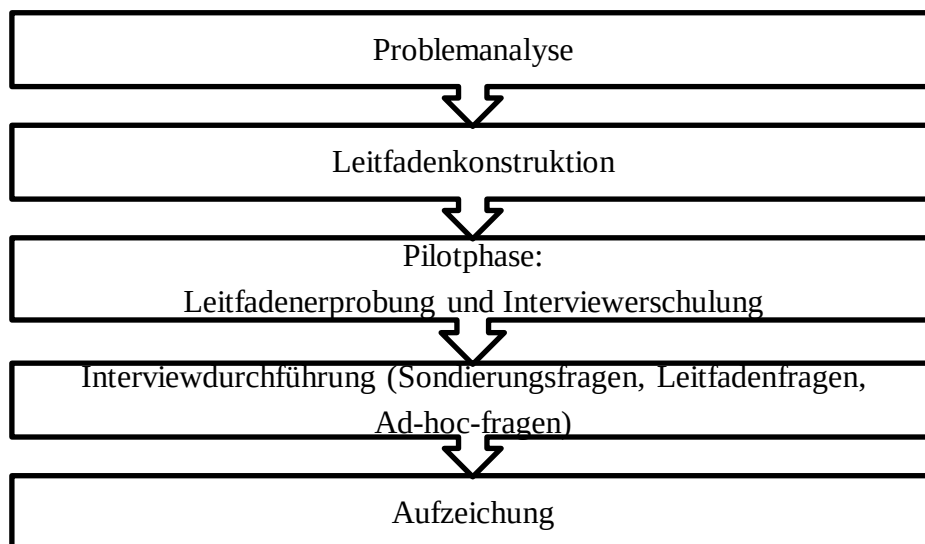


Abbildung 13: „Ablaufmodell des problemzentrierten Interviews“

(Quelle: Mayring 1999, S. 53)

Auch Lamnek erachtet einen Leitfaden als wichtig für das problemzentrierte Interview. „Ein Leitfaden für das Interview ist zulässig, um alle dem Forscher wichtig erscheinenden Themenbereiche abzudecken und fehlende nachzufragen.“ (Lamnek 2005, S. 368) In Kapitel 7.4.3 werden anschließend die zentralen Begriffe der Forschungsfragen definiert und operationalisiert.

7.4.3 Operationalisierung

Nach Atteslander versteht man unter Operationalisierung

„(...) die Schritte der Zuordnung von empirisch erfassbaren, zu beobachtenden oder zu erfragenden Indikatoren zu einem theoretischen Begriff. Durch Operationalisierung werden Messungen der durch einen Begriff bezeichneten empirischen Erscheinung möglich.“ (Atteslander 2010, S. 46)

Lamnek empfiehlt nach Möglichkeit die Einbeziehung mehrere Indikatoren. (vgl. Lamnek 2005, S. 131) Dabei ist es ebenso unbestreitbar, „(...) dass es mit den Operationalisierungen nie vollständig gelingen wird, einen theoretischen Begriff mit dem empirischen Phänomen, das dieser bezeichnet, deckungsgleich zu machen.“ (ebd., S. 132) Dabei geht er einen Schritt weiter: „Die beste Operationalisierung ist keine, weil die Stoßrichtung falsch ist: Nicht von der Theorie über die Operationalisierung zur Empirie sollte die Forschung ablaufen, sondern von der sozialen Realität zur Theorie.“ (ebd., S. 134) Dennoch sollen die zentralen Begriffe der Forschungsfragen beziehungsweise Kategorien mittels Definitionen und Indikatoren beschrieben werden, um sie nachvollziehbar zu machen. Die Ausführungen greifen oftmals ineinander und dürfen nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sofern sie die gleichen Variablen betrachten. Zentrale Begrifflichkeiten, die bereits im theoretischen Teil der Arbeit vorgestellt wurden, wie die Funktion einer Biogasanlage oder die Erörterung der moralischen Urteilsstufen, liegen einzelnen Forschungsfragen und Kategorien bereits zu Grunde. Daher werden Ankerbeispiele angeführt und von einer abermaligen Definition wird meist abgesehen. Die prototypischen Indikatoren und Ankerbeispiele wurden nach dem Vorgespräch mit Herrn Fiausch und der Durchsicht der Artikel bei der Erstellung des Leitfadens entworfen. Weitere Ankerbeispiele und detaillierte Ausführungen sind im Anhang unter dem Kategorienschema ersichtlich, um die Kategorien voneinander abzugrenzen.

Die paraphrasierten und generalisierten Feststellungen des Materials werden schließlich im Kategoriensystem angeführt, welches das Abbild des Materials darstellt.

Ad 1: Relevante Sachverhalte (Betreiber)

Zu den relevanten Sachverhalten zählen die Bekanntgabe von Zahlen, Daten und Fakten des Projektes (vgl. Burkart 2010, S. 27) bzw. der Biogasanlage. Dazu gehören unter anderem die beteiligten Unternehmen wie der Reinhaltverband und die Stadtgemeinde Leoben, Baumaßnahmen und Änderungen, Zeitpunkt der Schließung der Anlage, und getätigte Investitionen. Auflagen des Bescheides fallen unter die Kategorie der Wahrheitsbeweise. Unter diesem Punkt werden in der Untersuchung alle Sachverhalte, die die Biogasanlage betreffen berücksichtigt, welche im Pressematerial beziehungsweise in dem für diese Untersuchung geführten Interview mit dem Kommunikationsbeauftragten kommuniziert wurden. Zu den Sachverhalten zählen des Weiteren technische Sachverhalte, wie dass Teile der Anlage nicht Bescheid konform errichtet wurden oder welche Optimierungsmaßnahmen momentan von statten gehen. Zudem fallen unter diese Kategorie relevante Personen, sofern sie nicht in Kategorie 5, die Ansprechpersonen, einbezogen werden. In dieser Kategorie werden sie dann berücksichtigt, wenn sie nicht dezidiert als Kontakt- oder Ansprechperson für die Betroffenen angeführt werden, beispielsweise „Herr Schindler ist Geschäftsführer der LE Gas GmbH“. Ferner werden unter diesem Punkt ausschließlich Personen angeführt, deren Funktion auch klar hervorgeht. Beispielsweise wurde Herr Univ. Prof. Dr. Lehner von der Montanuniversität als Gesprächspartner für die Medien bei einer Pressekonferenz angeführt. Er wird nicht berücksichtigt, da daraus noch keine Funktion für die Biogasanlage hervorgeht. Wenn jemand eine neue Funktion im Unternehmen übernommen hat, wird ausschließlich die aktuell angeführte berücksichtigt. In der Operationalisierung von Kategorie 2 werden weitere Aspekte erläutert.

Ad 2: Relevante Sachverhalte (Medien)

In diese Kategorie fallen alle medial kommunizierten relevanten Sachverhalte. Welche Sachverhalte hier berücksichtigt werden, wurde in Kategorie 1 beschrieben. Politische Vorgänge rund um die Biogasanlage, wie jegliche Anträge von Parteien werden nicht berücksichtigt. Ältere Informationen wie die Kategorie „Verfahren zur Wiederinbetriebnahme aufgenommen“ wurden gestrichen, da ein positiver Bescheid zur Wiederinbetriebnahme bereits erfolgt. Ältere Informationen werden nach eingehender Prüfung ausschließlich dann in die Analyse miteinbezogen, wenn sie für die Chronologie

des Ablaufs wichtig sind, wie der Schließungszeitpunkt der Anlage oder auch die Gründe der Schließung. Darüber hinaus wird der Sachverhalt des Widerstandes als relevant erachtet als auch Beschwerden der Bevölkerung. Die Bürgerinitiative findet in einer induktiv gebildeten Kategorie Platz. Etwaige Wahrheitsbeweise findet man in der eigens dafür gebildeten Kategorie. Zudem wird hier der Umstand eines nicht geruchsfreien Betriebes miteinbezogen.

Ad 3: Zum ersten Mal von der Biogasanlage erfahren (Betroffene)

Mit dieser Frage soll geklärt werden, wie die Anwohner und Anwohnerinnen zum ersten Mal Kenntnis von der Biogasanlage genommen haben. Dazu werden unter anderem Aussagen wie „selbst gesehen“, „von Nachbarn erfahren“, „von Verwandten/ Freunden erfahren“, „in der Zeitung gelesen“, „bin vom Betreiber informiert worden“ zur Auswertung herangezogen.

Ad 4: Themenrelevanter Wissensstand (Betroffene)

Der Wissensstand über relevante Sachverhalte wurde mit einer Tabelle, welche von den Befragten ausgefüllt wurde, analysiert. Diese ist im Anhang ersichtlich. Mit der Sondierungsfrage wurden die Betroffenen aufgefordert zu erzählen, was sie über die Biogasanlage wissen. Deshalb zählt vor dem Hintergrund des Modells der VÖA der Wissensstand über Biogasanlagen im Allgemeinen, die Biogasanlage Leoben, technische Daten und Unternehmensdaten der LE Gas GmbH und deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hierzu. Ankerbeispiele lauten „wurde 2007 in Betrieb genommen“, „wurde 2010 wieder geschlossen“, „Naturgas wird aus organischen Abfällen erzeugt“, „momentan werden Anlagenteile umgebaut“, „wurde Bescheid abweichend erbaut“, „es wird ein Monitoring-System zur Überwachung der Anlage geben“ wurden berücksichtigt. Feststellungen zu der Zuständigkeit von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen lauten „Ronald Schindler ist kaufmännischer Geschäftsführer der LE Gas GmbH“. Dazu gehört nicht die Kenntnis von Ansprechpersonen, diese werden in einer weiteren Kategorie erhoben. Gewertet werden genannte Personen und ihre Funktionen innerhalb des Unternehmens.

Ad 5: Ansprechpersonen (Betreiber)

Die Presstexte und die Transkription des Interviews mit dem Kommunikationsbeauftragten der LE Gas GmbH, Herrn Mag. Trumler, werden hinsichtlich Ansprechpersonen analysiert an die sich die Anwohner und Anwohnerinnen wenden können. Dazu gehören Kontaktpersonen des Unternehmens als auch der

zuständigen Landesbehörde. Als Ansprechpersonen für Betroffene gelten sie, wenn sie klar als solche kommuniziert wurden, dazu zählen Indikatoren wie „Ansprechperson“, Kontaktperson“ oder Aussagen wie „Kontaktperson für Betroffene ist Herr Schindler“ oder „an Herrn Schindler konnten sich die Anrainer und Anrainerinnen wenden“. Ehemalige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als Ansprechpersonen werden nicht berücksichtigt. Personen, die für Rückfragen der Journalisten und Journalistinnen oder Medien im Allgemeinen zur Verfügung stehen, werden in dieser Kategorie nicht berücksichtigt.

Ad 6: Ansprechpersonen (Medien)

Die Artikel werden hinsichtlich Ansprechpersonen analysiert. Die Aspekte wurden in der Operationalisierung von Kategorie 5 erörtert.

Ad 7: Kenntnis von Ansprechpersonen (Betroffene)

Grundlegende Faktoren wurden bereits in Kategorie 6 erläutert. Ankerbeispiele lauten: „Herr Schindler ist kaufmännischer Geschäftsführer“, „Herr Trumler ist Ansprechperson und für die Kommunikation zuständig“. Hierzu zählen aber auch Feststellungen wie „keine Ansprechpersonen bekannt“ da sie einen wesentlichen Beitrag zur Bewertung der Unternehmenskommunikation leisten. Ehemalige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als bekannte Ansprechpersonen werden nicht berücksichtigt.

Ad 8: Ziele und Begründungen des Unternehmens (Betreiber)

Es sind Ziele gemeint, die das Unternehmen mit der Wiederinbetriebnahme oder des Betriebes der Biogasanlage verfolgt. Dazu zählen wirtschaftliche Intentionen, wie das der gewonnene Strom in das Stromnetz von Leoben eingespeist werden kann, sowie das Interesse an einer nachhaltigen Energiegewinnung. Begründungen meinen hier Werturteile seitens des Unternehmens.

„Werturteile sind nicht im klassisch-naturwissenschaftlichen Sinn begründbar. Sie sind im jeweiligen gesellschaftlichen Normenkontext verankert bzw. resultieren letztlich auf moralischen Regeln bzw. ethischen Prinzipien.“ (Burkart 2010, S. 31) Hier sind also keine Sachurteile, wie Experten- und Expertinnenurteile oder die Meinungen von Sachverständigen gemeint, sondern die Begründungen der LE Gas GmbH die Biogasanlage zu betreiben.

Ad 9: Ziele und Begründungen des Unternehmens (Medien)

Die Operationalisierung entnimmt man den Kategorien 8 und 10.

Ad 10: Kenntnis der Ziele und Begründungen (Betroffene)

Kategorie 8 enthält bereits wesentliche Aspekte der Operationalisierung der Forschungsfrage beziehungsweise Kategorie 10. Weiters zählen Aussagen wie „wollen Ende des Jahres wieder in Vollbetrieb gehen“, „wollen Biogas für Autos und die Stadt Leoben erzeugen“.

Ad 11: Auseinandersetzungen ermöglicht (Betreiber)

Zu den Faktoren zählen Indikatoren wie das Angebot von Informationsveranstaltungen, die Kontaktaufnahme über persönliche und telefonische Gespräche und das Einrichten einer Homepage um Informationen abzurufen.

Ad 12: Mediale Berichterstattung über die Auseinandersetzung (Medien)

Hierzu zählt die mediale Berichterstattung über das Angebot einer Auseinandersetzung welche in der Operationalisierung der Kategorie 11 beschrieben wurde.

Ad 13: Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten (Medien)

„Zweifel am Geltungsanspruch der Wahrheit von Aussagen lässt sich an folgenden (prototypischen) Feststellungen demonstrieren: ‚Der Befund des Gutachters X ist falsch‘ oder ‚Die Angaben über das für die kommenden Jahre benötigte Deponievolumen stimmen nicht‘.“ (ebd., S. 30)

Hier werden Zweifel an den vom Betreiber präsentierten Fakten untersucht. Zweifel an Sachurteilen, wie dem Bescheid oder Gutachten von Fachleuten, entnimmt man der Operationalisierung zu Zweifel an Sachurteilen. Ankerbeispiele sind in der Operationalisierung von Kategorie 16 ersichtlich.

Ad 14: Partizipation an Informationsveranstaltungen oder Bürger- und Bürgerinnenversammlungen (Betroffene)

Es wird nach der Partizipation an gebotenen Informationsveranstaltungen oder Bürger- und Bürgerinnenversammlungen gefragt.

Ad 15: Aktive Auseinandersetzung (Betroffene)

Zur aktiven Auseinandersetzung gehören Faktoren wie „Zeitungsartikel gelesen“ und „im Internet über die Anlage informiert“.

Ad 16: Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten (Betroffene)

Eine Definition wurde bereits in der Erläuterung der Kategorie 13 unternommen. Beispiele sind „präsentierte Fakten von LE Gas GmbH/des Betreibers sind erfunden“, „Fakten stimmen nicht“ und „Fakten sind falsch“.

Ad 17: Unternehmensimage der LE Gas GmbH (Medien)

„Ein Unternehmensimage ist ein gegenüber der objektiven Realität vereinfachtes, dabei aber immer noch komplexes dynamisches System von Vorstellungen und Bewertungen, das aus der Begegnung und wechselseitigen Abhängigkeit von Individuum, Gesellschaft und dem Produkt- oder Dienstleistungsangebot in seiner objektiven, imagemäßigen und werblichen Gestalt entsteht. Firmenimages sind ganzheitliche, mehrdimensionale, verfestigte, die objektive Realität vereinfachende, kognitive Schemata. Sie sind immer das Resultat der Wechselwirkungen von individueller Biographie, inner- und außerbetrieblicher Kommunikationsrealität und –strategien sowie den realen Produkt- und Dienstleistungsangeboten. Die mit einem Unternehmen in Verbindung gebrachten Vorstellungen, Erwartungen, Gefühle, Hoffnungen, Befürchtungen, Qualitätsvorstellungen, Bewertungen etc. sowie Meinungen über Anwendungsmöglichkeiten und Techniken, stellen die Konkretisierung eines Firmenbildes dar. Ein Unternehmensimage ist also die vereinfachte psychologische Bewältigung eines Unternehmens auf der Basis einer emotional verankerten, ganzheitlichen, dabei aber mehrdimensionalen stereotypen Formel.“ (Bergler 2008, S. 328)

Mit dieser Frage wird untersucht, welches Bild die Medien über den Betreiber und die Biogasanlage vermittelt haben. Indikatoren wie „Biogasanlage ist eine schlechte Idee gewesen“ „Unternehmen ist sympathisch/ unsympathisch“ werden berücksichtigt. Es werden Eigenschaftswörter zur Analyse herangezogen, die das Unternehmen und die Anlage beschreiben. Wobei das Unternehmensimage stark in andere Kategorien greift wie in Zweifel an Vertrauenswürdigkeit oder an Legitimität der vertretenen Interessen. Weitere Beschreibungen findet man in der Ausführung zu ad 19.

Ad 18: Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes - Zweifel an GA Wahrhaftigkeit (Medien)

Hier wird nach Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes gefragt.

„Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Kommunikatoren äußern sich in Sätzen wie ‚Die Deponieplaner verheimlichen uns relevante Sachverhalte‘ oder: ‚Die Verantwortlichen lassen uns nur zum Schein mitbestimmen, in Wirklichkeit ist alles längst beschlossen‘.“ (Burkart 2010, S. 30)

Prototypische Feststellungen findet man unter ad 20.

Ad 19: Image der LE Gas GmbH und Biogasanlage (Betroffene)

Die grundlegenden Aspekte wurden bereits in der Operationalisierung der Kategorie 17 diskutiert. Feststellungen der Betroffenen könnten folgendermaßen lauten „Biogasanlage ist eine gute/ schlechte Idee gewesen“, „Betreiber ist nicht kompetent“.

Ad 20: Zweifel an Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, an dem Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes - Zweifel an GA Wahrhaftigkeit (Betroffene)

Die grundlegenden Faktoren wurden bereits in Kategorie 18 erläutert. Des Weiteren zählen hier potentielle Umschreibungen der Betroffenen wie „der Betreiber hat uns belogen“ und „Schindler hat uns immer belogen“.

Ad 21: Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben (Medien)

Burkart definiert die Zweifel an der Legitimität eines Projektes oder Vorgehens folgendermaßen.

„Zweifel an der Legitimität des Vorhabens manifestieren sich in Äußerungen wie ‚Das Verbrennen von Abfällen ist eine bessere Lösung als das Deponieren‘ oder: ‚Die Wahl des Deponie-Standortes in diesem touristischen Hoffungsgebiet ist ungerecht‘.“ (Burkart 2010, S. 30)

Ausführungen findet man der Operationalisierung zu ad 22.

Ad 22: Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben (Betroffene)

Der Grundstein der Operationalisierung wurde bereits in Kategorie 21 gelegt. Bei den Betroffenen könnten zusätzlich Äußerungen wie „so hätte man nicht handeln sollen“, „mit der Anlage pfeift man auf unsere Bedürfnisse/ Anliegen“. Angst um die Gesundheit und die Beeinträchtigung der Lebensqualität implizieren Zweifel an der Legitimität und werden an dieser Stelle miteinbezogen da darüber auch in den Medien berichtet wurde. Die negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Betroffenen, welche zum Zeitpunkt des Betriebes stattgefunden haben und im Interview geäußert wurden, werden in einer weiteren Kategorie erhoben.

Ad 23: Moralische Urteilsstufen (Betroffene)

Die moralischen Urteilsstufen wurden bereits im Kapitel 4.5 erörtert. Mit dieser Frage soll geklärt werden, warum die Betroffenen für oder gegen die Anlage sind.

Folgendermaßen könnte die Einteilung der Befragten aussehen:

Bin dagegen

- weil die Anlage ohnehin bisher zu viel gekostet hat/ weil sie meine Lebensqualität beeinträchtigt (Stufe 1)
- weil man das nicht gegen meinen/ unseren Willen machen kann (Stufe 2)
- weil der Bescheid nicht alle Aspekte behandelt hat und der Bau der Anlage nicht rechters/ gerecht ist (Stufe 3)
- weil der Bau der Biogasanlage gezeigt hat, dass die Rechte der Leobener Bürger und Bürgerinnen übergangen werden/ zeigt, dass man selbst in einer Demokratie nichts zu sagen hat (Stufe 4)

Bin dafür

- wenn genügend wirtschaftlicher Nutzen erzielt wird und Arbeitsplätze geschaffen werden (Stufe 1)
- wenn sich ihre Nachbarn und der Gemeinderat auch für die Anlage aussprechen (Stufe 2)
- weil der Bau/ der Bescheid einer solchen Anlage dem Gesetz entspricht (Stufe 3)
- weil im Sinne der Demokratie entschieden wurde/ es wichtig ist, einen Beitrag zur Demokratie durch die Herstellung nachhaltiger Energien zu leisten (Stufe 4)

Ad 24 : Wahrheitsbeweise (Betreiber, Medien)

Zu den Wahrheitsbeweisen zählen Gutachten von Experten und Expertinnen, dazu gehört einschlägiges Fachpersonal sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Sachverständige, beauftragte Prüfer und Prüferinnen des Landes Steiermark und Gutachter und Gutachterinnen sowie die erstellten Bescheide des Landes Steiermark und des UVS. Ältere Informationen über den Bescheid wie „Bescheid kommt im Sommer“ werden nicht berücksichtigt, da Bescheid bereits erteilt wurde.

Ad 25: Kenntnis von Wahrheitsbeweisen (Betroffene)

Mit der Frage soll geklärt werden, ob der Bescheid und andere Gutachten den Betroffenen bekannt ist. Feststellungen könnten wie folgt lauten: „Kenne den Bescheid“ und „kenne die Gutachten der Experten und Expertinnen“. In der Operationalisierung von Kategorie 24 wurden die wesentlichen Faktoren bereits erläutert.

Ad 26: Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile (Medien)

Die wesentlichen Aspekte entnimmt man den Beschreibungen der Kategorien 13 und 16 und den Anführungen zu ad 27.

Ad 27: Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile (Betroffene)

Wie in Kategorie 26 entnimmt man die wesentlichen Aspekte den Beschreibungen der Kategorien 13 und 16 angepasst an Zweifel an Gutachten und Sachurteile. Weitere Aussagen könnten wie folgt lauten: „Der Bescheid stimmt so nicht“, „die Gutachten stimmen so nicht“.

Ad 28: Unternehmenskommunikation (Medien)

Hier wird der Frage nachgegangen, ob und wie die Unternehmenskommunikation medial thematisiert wurde. Es schließt Indikatoren ein, die die Kommunikation beschreiben, wie zum Beispiel „es gab keine Kommunikation“, „eine offene Kommunikation“, „die Kommunikation war transparent“.

Ad 28a: Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation (Medien)

Mit dieser Frage wird analysiert, ob es seitens der Medien Zweifel an der Unternehmenskommunikation gab. In Kategorie 29 und 29a werden die grundlegenden Faktoren beschrieben.

Ad 29: Wahrnehmung der Unternehmenskommunikation (Betroffene)

Die Wahrnehmung der Unternehmenskommunikation bezieht sich auf Feststellungen die implizieren, dass es eine/ keine Kommunikation gegeben hat, dass sie nichts von einer Kommunikation wussten oder noch nie von einer Informationsveranstaltung gehört haben, da die Wahrnehmung des Angebots einzelner Veranstaltungen in die Auswertung dieser Kategorie miteinbezogen wird. Da der Reinhaltverband und damit die Gemeinde an der LE Gas GmbH beteiligt sind, werden Wahrnehmungen die sich auf das Umweltamt beziehen miteinbezogen.

Ad 29a: Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation (Betroffene)

Die Frage untersucht wie die Unternehmenskommunikation seitens der Betroffenen wahrgenommen wird und könnte sich in folgenden prototypischen Feststellungen äußern: „Ich finde die Kommunikation gut“, „Kommunikation war schlecht“. „Kommunikation war in Ordnung“. Betrachtet werden hier Eigenschaftswörter die die Kommunikation des Betreibers beschreiben. Zu dieser Kategorie zählen auch Feststellungen, wenn die Befragten der Meinung sind, dass es keine Kommunikation gegeben hat.

Soziale Welt: (Warum?/ Gründe)

Ad 30: Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen (Medien)

Ad 30a: Zweifel an der Legitimität der Standortwahl (Medien)

Die wesentlichen Aspekte entnimmt man den Hauptkategorien 31 und 31a.

Ad 31: Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen und deren Begründungen (Betroffene)

Es wird nach der Legitimität der vertretenen Interessen und den Begründungen der LE Gas GmbH gefragt. Da der Bürgermeister als Obmann des Reinhaltverbandes am Unternehmen beteiligt ist, werden Zweifel an seinen vertretenen Interessen miteinbezogen. Potentielle Äußerungen könnten sein: „Dass das Unternehmen die Anlage wieder in Betrieb nehmen will ist nicht legitim“ und „Ziele der LE Gas GmbH sind nicht legitim“.

Ad 31a: Zweifel an der Legitimität der Standortwahl - Zweifel am GA „Richtigkeit“ (Betroffene)

Zweifel an der Legitimität der Standortwahl könnten sich in folgenden Feststellungen niederschlagen: „Wie kann man neben einem Pflegeheim/ Kindergarten eine Biogasanlage bauen“ und „die Standortwahl ist eine Frechheit“.

Ad 32: Negative Auswirkungen auf Gesundheit und/ oder Wohlbefinden (Betroffene)

Die Frage versucht zu klären, ob es laut den Rezipienten und Rezipientinnen während dem Betrieb der Anlage zu negativen Auswirkungen auf ihre Gesundheit oder ihr Wohlbefinden gekommen ist und/ oder ob sie langfristige Auswirkungen befürchten. Hier wird vor allem auf die Lebensqualität der Betroffenen eingegangen. Ankerbeispiele lauten: „Habe Kopfschmerzen“ und „Übelkeit durch Geruchsbelästigung“.

Situationsdefinition:

Objektive Welt: (Was?/ Sachverhalte)

Ad 33: Die Forschungsfrage versucht zu erläutern, inwieweit ein Einverständnis bezugnehmend auf die Sachurteile zwischen Unternehmen und Betroffenen besteht. Das heißt, inwiefern sich die beiden Gruppen über die Richtlinien des Bescheides einig sind und inwieweit sie ihn als gemeinsame Handlungsgrundlage akzeptieren.

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Ad 34: Hier wird untersucht, ob ein Konsens bei der Beurteilung der Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens besteht. Zur Beurteilung werden die Ergebnisse der Auswertung herangezogen und zusammengefasst.

Ad 35: Akzeptanz der Wiederinbetriebnahme (Betroffene)

An dieser Stelle wird herausgefiltert, ob die Betroffenen eine Wiederinbetriebnahme akzeptieren. Ankerbeispiele lauten: „Wenn Auflagen eingehalten werden, werde ich es akzeptieren“ und „unter keinen Umständen werde ich Wiederinbetriebnahme akzeptieren“.

Soziale Welt: (Warum?/ Gründe)

Ad 36: Die Forschungsfrage fragt nach dem Grad des Einverständnisses zwischen Betroffenen und Unternehmen bezüglich der Ziele und Werturteile des Unternehmens, also ob ein Konsens auf der Ebene dieser Punkte besteht.

Mit diesen Operationalisierungen wurde festgelegt, welche Textstellen der Interviews in die Analyse miteinbezogen werden. Im Sinne eines qualitativen Anspruches kann jedoch erst im Forschungsfeld die Gesamtheit des Materials verstanden werden. Die prototypischen Indikatoren geben lediglich die Richtung der Untersuchung an, daher werden weitere relevante Textstellen in die Auswertung miteinbezogen.

7.4.4 Datenauswertung: Qualitative Inhaltsanalyse

Zur Datenauswertung des Materials wurde die Qualitative Inhaltsanalyse gewählt. „Ziel der Inhaltsanalyse ist, darin besteht Übereinstimmung, die Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von *Kommunikation* stammt.“ (Mayring 2008, S. 11)

Eine allgemein gültige Definition zu finden ist schier unmöglich, Mayring legt aber die Ansprüche einer Inhaltsanalyse fest, sie will

„*Kommunikation* analysieren;
fixierte Kommunikation analysieren;
dabei *systematisch* vorgehen;
das heißt *regelgeleitet* vorgehen;
das heißt auch *theoriegeleitet* vorgehen;
mit dem Ziel, *Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation* zu ziehen.“ (ebd., S. 13)

Dabei legt Mayring fest, was das Besondere an der sozialwissenschaftlichen Inhaltsanalyse ist und wie sie sich von anderen Methoden unterscheidet.

1. Eine Inhaltsanalyse will Kommunikation analysieren, die in Form von Sprache, Musik, Bilder und ähnlichem zum Gegenstand gemacht werden kann.
2. Die Inhaltsanalyse arbeitet mit symbolischem Material wie Texten, Bildern oder Noten. Dabei muss die Kommunikation in irgendeiner Form protokolliert vorliegen. Gegenstand der Analyse ist fixierte Kommunikation.
3. Eine Inhaltsanalyse arbeitet nicht mit freier Interpretation, sondern geht systematisch vor.
4. Dieses Vorgehen äußert sich darin, dass die Analyse nach bestimmten Regeln erfolgt beziehungsweise erfolgen soll. Dies ermöglicht eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Überprüfung durch andere, um sozialwissenschaftlichen Methodenstandards zu genügen.
5. Eine gute Inhaltsanalyse geht theoriegeleitet vor, das vorliegende Material wird unter eine theoretisch ausgewiesene Fragestellung analysiert. Zudem dient der relevante Theoriehintergrund als Interpretationsrahmen.
6. Die Inhaltsanalyse will das Material schließlich nicht nur für sich, sondern als Teil des Kommunikationsprozesses analysieren und durch Aussagen über das zu analysierende Material Rückschlüsse auf relevante Aspekte der Kommunikation ziehen. (vgl. ebd., S. 12f)

Aufgabe der qualitativen Inhaltsanalyse ist es, hypothesenfindend zu arbeiten und zur Theoriebildung beizutragen. Grundsätzlich kann man mit der Methode auch hypothesenprüfend arbeiten, denn ein einziger Fall kann eine Allaussage bereits widerlegen, falsifizieren. Meist ist es jedoch das Vorrecht quantitativer Methoden Hypothesen zu prüfen. Schlussendlich soll das Datenmaterial bei qualitativen Analysen nach bestimmten, empirisch und theoretisch sinnvoll erscheinenden Gesichtspunkten geordnet werden, um das erhobene Material beschreiben zu können, wobei sich die qualitative Analyse eher an Einzelfällen orientiert. (vgl. ebd., S. 20ff)

Mayring hat ein Modell erstellt, welches den Ablauf einer Inhaltsanalyse darstellt, wobei eingangs das Ausgangsmaterial bestimmt wird. (vgl. ebd., S. 46) Man geht nach Mayring wie folgt vor:

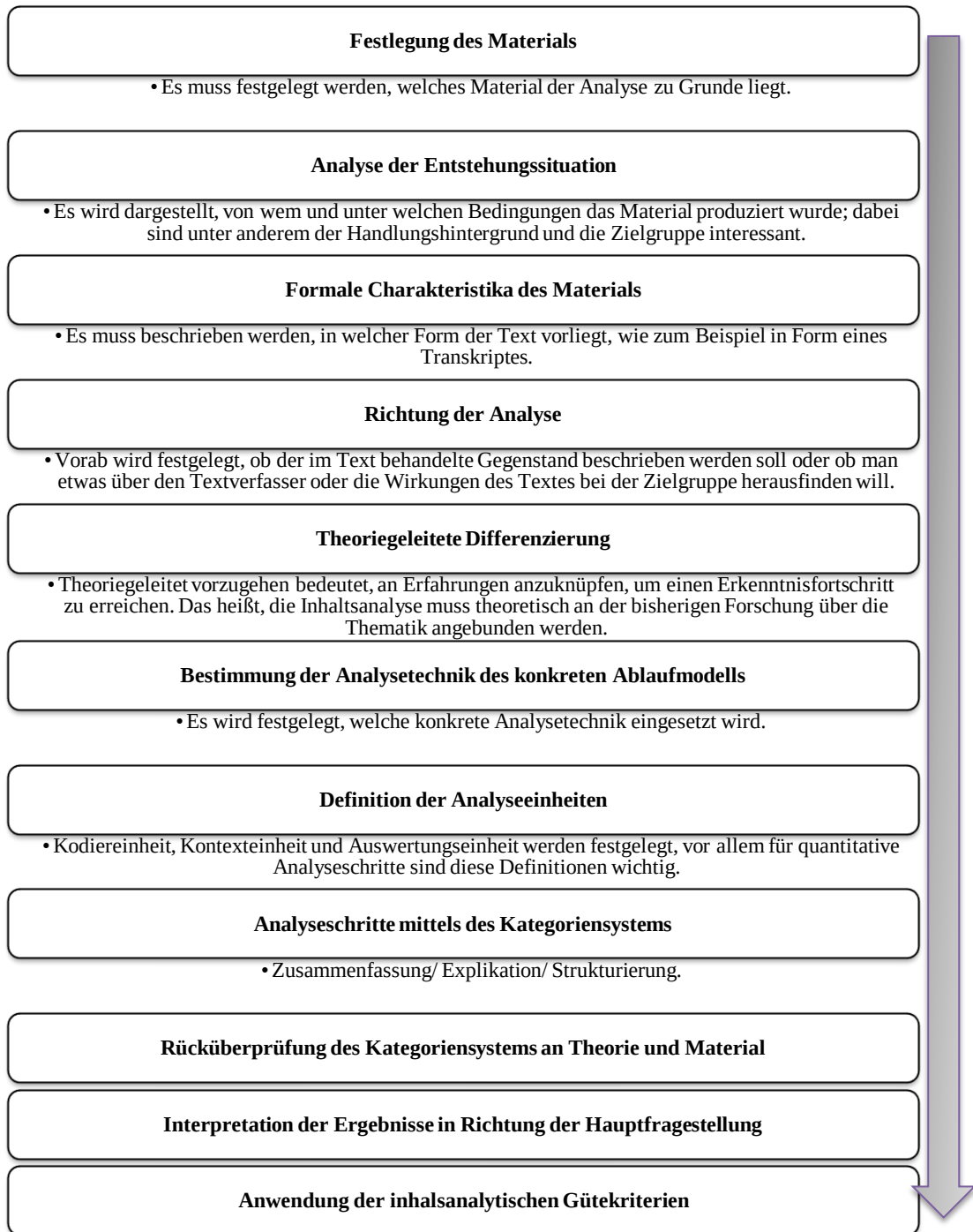


Abbildung 14: Inhaltsanalytisches Ablaufmodell nach Mayring

(Quelle: vgl. Mayring 2008, S.47ff)

Mayring unterscheidet dabei drei Grundformen des Interpretierens: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung:

„*Zusammenfassung*: Ziel der Analyse ist es, das Material so zu reduzieren, daß die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen

Strukturierung: Ziel der Analyse ist es, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen.“ (ebd., S. 58)

„Grundprinzip einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse ist nun, daß die jeweilige Abstraktionsebene der Zusammenfassung genau festgelegt wird, auf die das Material durch Einsatz der Makrooperatoren transformiert wird. Diese Abstraktionsebene kann nun schrittweise verallgemeinert werden; die Zusammenfassung wird immer abstrakter.“ (ebd., S. 59)

```
graph TD
    A[Ein Schritt bei großen Mengen] --- B[1. Schritt]
    A --- C[2. Schritt]
    A --- D[3. Schritt]
    A --- E[4. Schritt]
    F[Ein Schritt bei kleinen Mengen] --- G[5. Schritt]
    F --- H[6. Schritt]
    F --- I[7. Schritt]
```

Ein Schritt bei großen Mengen

1. Schritt
 - Bestimmung der Analyseeinheit
2. Schritt
 - Paraphrasierung der inhaltstragenden Textstellen (Z 1-Regeln)
3. Schritt
 - Bestimmung des angestrebten Abstraktionsniveaus
 - Generalisierung der Paraphrasen unter diesem Abstraktionsniveau
 - (Z 2-Regeln)
4. Schritt
 - 1. Reduktion durch Selektion, Streichen bedeutungsgleicher Paraphrasen (Z 3-Regeln)
5. Schritt
 - 2. Reduktion durch Bündelung, Konstruktion, Integration von Paraphrasen auf dem angestrebten Abstraktionsniveau (Z 4-Regeln)
6. Schritt
 - Zusammenstellung der neuen Aussagen als Kategoriensystem
7. Schritt
 - Rückprüfung des zusammenfassenden Kategoriensystems am Ausgangsmaterial

Ein Schritt bei kleinen Mengen

(Quelle: Mayring 2008, S. 60)

Schließlich müssen folgende Regeln beachtet werden:

- „Z1: *Paraphrasierung*
- Z1.1 Streiche alle nicht (oder wenig) inhaltstragenden Textbestandteile wie ausschmückende, wiederholende, verdeutlichende Wendungen!
- Z1.2 Übersetze die inhaltstragenden Textstellen auf eine einheitliche Sprachebene!
- Z1.3 Transformiere sie auf eine grammatikalische Kurzform!
- Z2: *Generalisierung auf das Abstraktionsniveau*
- Z2.1 Generalisiere die Gegenstände der Paraphrasen auf die definierte Abstraktionsebene, so daß die alten Gegenstände in den neu formulierten impliziert sind!
- Z2.2 Generalisiere die Satzaussagen (Prädikate) auf die gleiche Weise!
- Z2.3 Belasse die Paraphrasen, die über dem Abstraktionsniveau liegen!
- Z 2.4 Nimm theoretische Vorannahmen bei Zweifelsfällen zuhilfe!
- Z3: *Erste Reduktion*
- Z3.1 Streiche bedeutungsgleiche Paraphrasen innerhalb der Auswertungseinheiten!
- Z3.2 Streiche Paraphrasen, die auf dem neuen Abstraktionsniveau nicht als wesentlich inhaltstragend erachtet werden!
- Z3.3 Übernehme die Paraphrasen, die weiterhin als zentral inhaltstragend erachtet werden (Selektion)!
- Z3.4 Nimm theoretische Vorannahmen bei Zweifelsfällen zuhilfe!
- Z4: *Zweite Reduktion*
- Z4.1 Fasse Paraphrasen mit gleichem (ähnlichem) Gegenstand und ähnlicher Aussage zu einer Paraphrase (Bündelung) zusammen!
- Z4.2 Fasse Paraphrasen mit mehreren Aussagen zu einem Gegenstand zusammen (Konstruktion/ Integration)!
- Z4.3 Fasse Paraphrasen mit gleichem (ähnlichem) Gegenstand und verschiedener Aussage zu einer Paraphrase zusammen (Konstruktion/ Integration)!
- Z4.4 Nimm theoretische Vorannahmen bei Zweifelsfällen zuhilfe!“
(ebd., S. 62)

Die Reduzierung des Materials zielt schlussendlich auf die Bildung eines Kategoriensystems ab, welches im Zentrum der qualitativen Inhaltsanalyse steht. Dies wird in einem Wechselverhältnis von Theorie und dem Material entwickelt. (vgl. ebd., S. 53) Es werden Aspekte der strukturierenden Inhaltsanalyse in die Auswertung miteinbezogen, da mit der zusammenfassenden Inhaltsanalyse das Abbild des Grundmaterials sichergestellt und das Material mit der Strukturierung auf bestimmte Aspekte hin untersucht werden sollte. (vgl. ebd., S. 58) Dazu wurden vorab Hauptkategorien definiert und Ankerbeispiele angeführt. (vgl. ebd., S. 83) Um die

Wiedergabe des Gesamtbildes nicht zu gefährden, wurde dies als Richtung der Analyse angesehen und nicht als starrer Maßstab.

7.4.5 Transkriptionsregeln

Um das Material auswerten zu können, müssen die Gespräche transkribiert werden:

„Wenn gesprochene Sprache, beispielsweise aus Interviews oder Gruppendiskussionen, in eine schriftliche Fassung gebracht wird, so nennt man dies Transkription. Für eine ausführliche Auswertung ist die Herstellung von Transkripten zwar aufwendig, aber doch unabdingbar.“ (Mayring 1999, S. 68 f)

Um intersubjektivität und Verständlichkeit zu gewährleisten, werden die Interviews in normales Schriftdeutsch übertragen, da Dialektik und Sprachfärbungen in der Arbeit nicht von Bedeutung sind. Die inhaltlichen Zusammenhänge und Aussagen stehen im Vordergrund.

Oft muss man sich stärker vom gesprochenen Wort entfernen, um mehr Lesbarkeit zu erreichen. Dabei ist die Übertragung in normales Schriftdeutsch eine weit verbreitete Protokolltechnik, dies kommt vor allem dann in Frage wenn inhaltlich-thematische Aspekte im Vordergrund der Untersuchung stehen. Satzbaufehler werden bei der angewendeten Technik behoben, zugleich wird der Dialekt bereinigt und der Stil geglättet. (vgl. ebd., S. 70) Die Transkription geschieht nach bekannten Transkriptionsregeln, folgende wurden für die vorliegende Arbeit übernommen:

- (3) Anzahl der Sekunden zeigt, wie lange die Pause dauert
- nein Betonung
- nein** laut gesprochen (in Relation zur üblichen Lautstärke des Sprechers, der Sprecherin)
- ? deutliche Frageintonation
- (doch) Unsicherheit bei der Transkription, schwer verständliche Äußerungen
- () unverständliche Äußerungen, die Länge der angegeben Sekunden entspricht der Dauer der unverständlichen Äußerung
- ((hustet)) Kommentar/ Anmerkung zu parasprachlichen Ereignissen
- @ja @ lachend gesprochen
- @(3)@ lacht 3 Sekunden

(vgl. Bohnsack 2003, S. 235 & vgl. Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2008, S. 166)

Die Transkriptionen der Interviews werden durchnummeriert, um die Anonymität der Personen zu wahren.

7.4.6 Ablaufmodell der vorliegenden Untersuchung

In Anbetracht der vorliegenden Untersuchung lässt sich nun folgendes Ablaufmodell beschreiben. (nach Mayring 2008, S. 47ff)

1. Festlegung des Materials: Aus den 15 geführten Interviews (Transkripten) mit unmittelbaren Betroffenen der Biogasanlage Leoben wurden jene Textstellen ausgewählt, die ausdrücklich zur Beantwortung der Forschungsfragen dienen und sich mit dem Forschungsgegenstand auseinandersetzen.

„Nicht alle Interviewprotokolle werden komplett inhaltsanalytisch ausgewertet, sondern nur Ausschnitte, die sich auf den Gegenstand der Forschungsfrage beziehen. Es werden nur die Textstellen ausgewählt, in denen sich der Interviewpartner explizit und bewusst zum Gegenstand der Forschungsfrage äußert.“ (Lamnek 2005, S. 518)

Die relevanten Textstellen der Transkriptionen, Pressetexte und Artikel mit vorher festgelegten Hauptkategorien analysiert. Die Auswahl der Befragten kann jedoch nicht als repräsentativ gelten, da dazu eine größere Anzahl an Betroffenen befragt werden müsste. Im Sinne einer qualitativen Untersuchung war es jedoch zielführend in die „Tiefe“ zu gehen, daher waren 15 Interviews ausreichend. Den Betroffenen wurden zusätzlich Tabellen vorgelegt. Sie wurden angehalten, Aussagen mit richtig, falsch oder weiß nicht zu bewerten. Die Auswertung der Tabelle wurde folgendermaßen festgelegt:

Aussagen richtig beantwortet	Bewertung des themenrelevanten Wissensstandes
0-14	nicht ausreichend
15-22	angemessen
23-28	hoch

Abbildung 16: Bewertung des themenrelevanten Wissensstandes

(Quelle: eigene Darstellung)

Wenn 0-14 Fragen falsch beantwortet wurden, gilt der Wissensstand in dieser Arbeit als nicht ausreichend, da es sich bei den Befragten um unmittelbar Betroffene handelt

und es ist davon auszugehen, dass sie sich eingehend mit dem Thema beschäftigt haben. Zudem waren die Befragten gleich bereit am Interview teilzunehmen, das impliziert des Weiteren eine intensive Beschäftigung mit dem Thema. Wurden 13-22 Fragen richtig beantwortet gilt der Wissensstand als angemessen, bei 23-28 richtig beantworteten Fragen als hoch. Die Tabelle dient vorwiegend dazu, um festzustellen, ob die Rezipienten und Rezipientinnen wesentliche Fakten rund um den Betreiber, dessen zuständige Personen und Sachverhalte zum Thema Biogas kennen. Zudem soll festgestellt werden, ob Personen mit unterschiedlichem Wissensstand andere Zweifel oder Begründungen äußern. Die Grundlagen für die Erstellung der Tabelle findet man in dieser Arbeit. Unter Kapitel 6 wurden Fakten zum Thema Biogas angeführt beziehungsweise in der Erläuterung des Untersuchungsgegenstandes dienten hauptsächlich Artikel regionaler Medien dazu, um relevante Sachverhalte zu erklären. Bei der Erstellung der Tabelle wurden die Sachverhalte, welche in den regionalen Artikeln angeführt wurden, als angemessen erachtet, da davon ausgegangen wurde, dass sich Betroffene mit relevanten Artikeln zum Thema eingehend beschäftigten. Die Tabellen sind im Anhang angeführt, die richtigen Aussagen wurden für die Arbeit fett hervorgehoben.

Zudem werden 20 ausgewählte Artikel analysiert. Zur Bestimmung des Analysematerials wurde die Suchfunktion der E-Paper Anwendung der Woche und Kleinen Zeitung verwendet. Es wurde die Woche Leoben ausgewählt und alle Artikel von Anfang 2010 bis zur Kalenderwoche 19/2010 durchgesehen. Der Fokus liegt hier auf der regionalen Ausgabe, da diese im Raum Leoben veröffentlicht wird. Bei der Kleinen Zeitung wurde innerhalb der E-Paper die Suchfunktion verwendet und das Wort Biogasanlage Leoben eingegeben. Aus den Artikeln wurden jene ausgewählt, die bereits in ihrem Titel beziehungsweise Untertitel die Wörter Biogasanlage Leoben oder Biogas in Zusammenhang mit LE Gas GmbH oder Leoben enthielten, aus diesen wurden schließlich 20 ausgewählt. Leserbriefe und Kommentare von Journalisten und Journalistinnen wurden nicht berücksichtigt. Statements von beteiligten Personen wie dem Betreiber, dem Bürgermeister, dem Sprecher der Bürgerinitiative und Kommentare von Politikerinnen und Politikern wurden in die Untersuchung miteinbezogen. Das Erscheinungsdatum der herangezogenen Artikel erstreckt sich von 2009 bis 11.05.2012, da die Interviews ab 12.05.2012 durchgeführt wurden. Berichte der Zeitungen und Presseaussendungen des Betreibers welche nach dem 11.05.2012 veröffentlicht wurden, wurden nicht berücksichtigt.

2. Analyse der Entstehungssituation: Die Kontaktaufnahme mit den Betroffenen fand telefonisch statt. Die Interviews wurden zwischen 12.05.2012 und 14.06.2012 durchgeführt, 14 im häuslichen Umfeld der Befragten. Ein Interview fand in einem Café statt. Für die Durchführung der Befragung wurde ein Interviewleitfaden herangezogen, der jedoch je nach Gespräch variierte. Der Leitfaden ist im Anhang ersichtlich. Den Probanden und Probandinnen wurde vor dem Interview der Grund des Interviews erklärt, dabei wurde ihnen die Universität und das Institut als auch der Titel der Arbeit genannt und das Thema wurde kurz erörtert. Anschließend wurden sie aufgefordert möglichst frei zu sprechen und sie wurden über die Anonymisierung der Interviews aufgeklärt. Daran hatten einige der Befragten großen Zweifel, nach abermaliger Versicherung konnte den meisten Betroffenen die Angst genommen werden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Interviews waren zwischen 33 und 66 Jahre alt. Das Interview mit Herrn Mag. Trumler, welches zur Analyse herangezogen wird, fand am 02.04.2012 in einem Café in Graz statt.
3. Formale Charakteristika des Materials: Im Fall der vorliegenden Untersuchung wurden die Interviews mit einem Diktiergerät aufgenommen und ins Schriftdeutsch transkribiert. Die Transkription erfolgt nach den Transkriptionsregeln, die bereits angeführt wurden. Die Interviews wurden anonymisiert und von 1-14 nummeriert. Wenn Namen oder Personen in den Befragungen erwähnt wurden, wurden diese durch Buchstaben ersetzt. Zudem wurde ein Interview mit Herrn Mag. Trumler geführt. Es liegt in Form einer Transkription vor. Das Interview mit Herrn Fiausch, dem Sprecher der Bürgerinitiative und Herrn Mag. Trumler, wurden nicht anonymisiert wohl aber die darin vorkommenden Namen, wenn es nicht Personen der Öffentlichkeit waren. Die zu analysierenden Presstexte wurden von der im Namen des Betreibers beauftragten Kommunikationsagentur übermittelt. Das gesamte analysierte Material, welches die Transkriptionen, Artikel und Presseaussendungen umfasst, ist im Anhang ersichtlich.
4. Richtung der Analyse:
- Die Untersuchung ist am Konzept der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit und deren Zweifeltypen ausgerichtet. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Zweifel an den Geltungsansprüchen
- der Wahrheit der präsentierten Sachurteile sowie Daten und Fakten des Betreibers
 - der Wahrhaftigkeit, also die Vertrauenswürdigkeit des Betreibers und des Bürgermeisters als Obmann des Reinhaltverbandes

- der Richtigkeit, also wenn die Legitimität des Verhaltens des Akteurs, der Akteurin aber auch die Legitimität der Biogasanlage in Frage gestellt wird. (vgl. Burkart 2010, S. 30)

Die Empfindungen der Betroffenen gegenüber der Biogasanlage, der Kommunikation des Betreibers und deren Zweifel stehen somit im Mittelpunkt der Arbeit. In den Interviews wurden die Probanden und die Probandinnen dazu angeregt, über die Biogasanlage, den Betreiber und gegebenenfalls über die eben erwähnten Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit, an der Wahrheit von Aussagen, an der Legitimität der Biogasanlage und an den Sachurteilen und Begründungen der Betreiber zu sprechen. Diese Zweifel galt es auch zu begründen, um die sich daraus ergebenden Begründungen in die moralischen Urteilsstufen einordnen zu können. Weiterer Analysefokus ist der themenrelevante Wissensstand der Betroffenen. Die Aspekte gilt es nun mit der Analyse und der anschließenden Interpretation herauszuarbeiten. Zudem wurden 20 ausgewählte Artikel, ausgehend von diesem Hintergrund, analysiert.

5. Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung

Wie bereits in Punkt 4 erläutert, orientiert sich diese Arbeit grundlegend am Konzept der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit. Nach diesem Modell und den Fragen der PR-Evaluation nach Burkart (vgl. ebd., S. 35) wurden die Forschungsfragen, die Hauptkategorien und der Leitfaden für die Interviews erstellt. Die Hauptkategorien sollen verständlich machen, welche Aspekte innerhalb des induktiv, am Material entstandenen Kategoriensystems, analysiert wurden. Der theoretische Hintergrund bildete einen Rahmen der es ermöglichte, Daten und Ergebnisse zu generieren, die unter dem Aspekt der Offenheit zu Stande kamen und andererseits so gebündelt waren, dass sie die essentiellen Faktoren dieser Untersuchung erfüllten.

6. Bestimmung der Analysetechnik und Definition der Analyseeinheiten

Die Analyse erfolgt mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, dabei wurden die Richtlinien der zusammenfassenden Inhaltsanalyse und der Reduktionsregeln angewendet, um die zentralen Ergebnisse herauszuarbeiten. Die Auswertungs- und Kontexteinheit fallen hier zusammen. Im Falle der vorliegenden Untersuchung ist es im ersten Durchgang jedes einzelne Interview beziehungsweise jeder Artikel und im zweiten Durchgang das gesamte Material. Die Transkriptionen der Interviews, die Artikel, die Pressetexte der Kommunikationsagentur und die Transkription des

Interviews wurden jedoch getrennt voneinander analysiert. Die Kodiereinheit ist jede vollständige Aussage über Erlebnisse, Erfahrungen und Bewertungen über die Biogasanlage oder den Betreiber. Das Abstraktionsniveau des ersten Reduktionsdurchganges stellen fallspezifische Äußerungen dar, die bereits wesentliche Äußerungen über die relevanten Aspekte enthalten müssen, welche vorab mit den Hauptkategorien und Operationalisierungen festgelegt wurden. Dazu gehören beispielsweise Äußerungen von Betroffenen über die Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers oder die Erwähnung der Unternehmenskommunikation in einem der analysierten Artikel. Bezugnehmend auf das umfangreiche Material wurden bereits bei der Paraphrasierung bedeutungsgleiche Passagen nicht doppelt angeführt. Paraphrasen, welche keinen direkten Bezug zur Untersuchung aufweisen oder nicht zur Beantwortung der Forschungsfragen dienen wurden hier nicht berücksichtigt. Schließlich wurden einzelne Paraphrasen generalisiert und doppelte oder unwichtige Äußerungen wurden gestrichen. Im letzten Schritt wurden die Äußerungen des gesamten Materials durch Bündelung und Zusammenfassung neu zusammengestellt.

7. Analyseschritte mittels eines Kategoriensystems

Das Kategoriensystem soll schlussendlich ein Abbild des Grundmaterials sein. (vgl. ebd., S. 58) „Diese abstrakten Paraphrasen werden unter Kategorien subsumiert und schließlich zur Kennzeichnung und Beschreibung des Einzelfalls herangezogen.“ (Lamnek 2005, S. 520) Daher werden grundsätzlich die einzelnen Paraphrasen des Kategoriensystems für die Zitation verwendet. Die Technik der Zusammenfassung wurde bereits in Punkt 6 erläutert.

8. Interpretation

Die Kategorien werden schließlich im Sinne der Fragestellung interpretiert. Sofern das möglich ist, im Hinblick auf die eindeutige Zuordnung einzelner Aussagen, werden die Feststellungen der Betroffenen in ihrer Häufigkeit ausgewertet.

Im Kapitel 8 sind die erstellten Kategorien angeführt, welche die Ergebnisse der Auswertung dieser Arbeit darstellen. Es dient im Anschluss daran zur Beantwortung der Forschungsfragen und zu einer Interpretation.

8 AUSWERTUNG

Wie bereits im Ablaufmodell erläutert, wurden 20 Artikel, die Interviews mit den Betroffenen, das Pressematerial des Betreibers und das Interview mit Herrn Mag. Trumler analysiert. Die Hauptkategorien, fett hervorgehoben, wurden vor der Untersuchung bei der Erstellung des Leitfadens erhoben. Das Kategoriensystem und die daraus entwickelten Kategorien wurden induktiv gebildet und stellen das Ergebnis der Untersuchung des Materials dar. Um die Kategorienbildung nachvollziehbar zu gestalten, wird bei jeder Hauptkategorie in Klammer angeführt, welches Material der jeweiligen Teilöffentlichkeiten zur Analyse herangezogen wurde. Steht also in Klammer „Betroffene“, ist damit die Analyse der Interviews mit den Anrainern und Anrainerinnen gemeint. Steht in Klammer „Betreiber“ wird darunter die Untersuchung des Pressematerials und des Interviews mit dem Kommunikationsbeauftragten verstanden und „Medien“ in Klammer meint die analysierten Artikel. Um die intersubjektive Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, befindet sich im Anhang das Kategoriensystem der transkribierten Interviews, welches die Paraphrasen, die Generalisierung und Reduktion beinhaltet. Das Kategoriensystem der Artikel, Presstexte und des Interviews ist bei der Forscherin ersichtlich.

Da in der gesamten Arbeit eine Gendergerechte Schreibweise verwendet wurde, ist das grundsätzlich auch bei der Darstellung der Ergebnisse innerhalb der gebildeten Kategorien und bei der Beantwortung der Forschungsfragen der Fall, wenn man davon ausgehen kann, dass beide Geschlechter gemeint wurden. Nannte jemand das Wort „Anrainer“ kann davon ausgegangen werden, dass Anrainer und Anrainerinnen damit gemeint waren. Sprach jemand von „Dilettanten“ wird das wiederum nicht Gendergerecht formuliert, da in diesem Zusammenhang ausschließlich von Männern gesprochen wurde. Die erwähnten Experten der Montanuniversität und Gesellschafter der LE Gas GmbH werden nicht umformuliert, da man aus dem Material schließen kann, dass damit Männer gemeint wurden. (vgl. u.a. Presseaussendung LE Gas GmbH, 04.02.2011) Wenn im Zweifelsfall nicht überprüft werden konnte ob beide Geschlechter angesprochen wurden, wird eine gerechte Sprache angewendet.

Akademische Titel werden nur dann angeführt, wenn das auch im Material der Fall war.

8.1 Kategorienbildung

Relevante Sachverhalte (Betreiber)

K1: LE Gas GmbH ist Errichter und Betreiber der Biogasanlage Leoben

- neue technische Geschäftsführung

K2: Relevante Personen

- Geschäftsführer der LE Gas GmbH: DI Ronald Schindler, DI Dr. Michal Resch
- Mag. Johann Trumler, projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit
- Dr. Günther Rupp, Verhandlungsleiter der zuständigen Landesbehörde
- Dr. Matthias Konrad, Bürgermeister von Leoben/ Obmann des Reinhaltverbandes
- Dr. Neger, Rechtsvertreter

K3: Technische Sachverhalte

- Fertigstellungsmeldung für Komplettierung und technische Anpassung
- Bestellungen zur Optimierung der Anlage erfolgt
- technische Voraussetzungen für planmäßigen Betrieb gegeben
- Überführung in regulären Betrieb möglich
- Messwerte, Verfahrensabläufe und Kontrollinstanzen vorgeschrieben

K4: Ursprünglich wurde die Anlage vom Land Steiermark genehmigt

K5: Schließung aufgrund

- technischer Unzulänglichkeiten
- Unzulänglichkeiten in der Betriebsführung

K6: Fünf Anlagenteile temporär geschlossen

K7: Einige kritisierte Punkte von Betreiber auf Anregungen der Anrainer und Anrainerinnen geändert

K8: Inbetriebnahme unter Auflagen des Landes Steiermark

- Umfangreiche Kontrollmaßnahmen
- abschalten der Anlage bei Unzulänglichkeiten
- keine Dauerbelästigung
- kritisierte Zustände und Informationen der Bürger und Bürgerinnen in gewissem Ausmaß berücksichtigt

K9: Behörde hat Anrainer- und Anrainerinnenmeinungen im Sinne einer Parteienstellung in das Verfahren übernommen

- Upgrade der Bürger und Bürgerinnen

K10: Widerstände formierten sich

- Geruchbelastung war für Bewohner/ Bewohnerinnen massiv störend

Relevante Sachverhalte (Medien)

K1: Relevante Personen

- LE Gas Geschäftsführer Ronald Schindler und Michael Resch
- Dieter Neger, rechtlicher Vertreter LE Gas
- Günther Rupp, Fachabteilung 13a des Landes Steiermark
- Peter Schurf, Unabhängiger Verwaltungssenat

K2: Widerstand

- Sieben Einsprüche beim Land gegen Bescheid
- aufgrund Belästigung durch Gestank
- massive Beschwerden
- keine Lebensqualität

K3: Sachverhalte Biogasanlage

- auf dem Areal der Kläranlage
- Bescheid abweichende Errichtung bei fünf von sechs Anlagenteilen
- Anlage niedergefahren und konserviert
- Tierblut mögliche Ursache für Gestank
- Betriebsgenehmigung bei Erbringung aller gesetzlicher Vorgaben, Prüfung durch das Land
- bauliche Überprüfung durch Sachverständige
- bisher kein Regelbetrieb, bald betriebsbereit
- Behebung Bescheid abweichender Baumängel
- Optimierungsmaßnahmen
- Kontinuierliche Überwachung der Biogasanlage von unabhängiger Person
- zehn Prozent der Anlage in Betrieb
- sukzessives Hochfahren anderer Teile

K4: Schließung der Biogasanlage

- Juni 2010
- durch Unabhängigen Verwaltungssenat
- Baumängel

K5: Sachverhalte Unternehmen

- LE Gas ist Betreiber und Tochterunternehmen der Stadtwerke Leoben
- zwei Geschäftsführer abberufen

- Strafanzeige gegen LE Gas wegen Verwendung von Tierblut
- Stadtwerke Leoben ein Gesellschafter der LE Gas GmbH

K6: Investitionen und Kosten

- 12 Millionen Euro investiert
- Stillstand kostet 25.000-30.000 Euro monatlich, 50.000 Euro monatlich bei Beginn des Stillstandes
- zwei Kapitalaufstockungen, weitere nicht auszuschließen
- Fremdfinanzierung durch Darlehen
- Gesellschaft keine Mittel außer Stammkapital eingebracht
- Zusicherung der Finanzierung
- finanzielle Probleme
- Bank hat Eigentumsvorbehalt auf Anlagenteile
- Stadt und Reinhaltverband haftet nicht

K7: Bescheid des Landes für Wiederinbetriebnahme liegt vor, nun folgen

- Abarbeitung der Vorschriften, Auflagen
- Information der Behörde bei Fertigstellung
- Funktionsüberprüfungen, keine Abfallübernahme
- Kalttests

K8: Monitoring-System

- Online-Überprüfung der Anlage, des Betriebes durch Behörde
- Betriebsdaten werden zur Verfügung gestellt

K9: Keine gesetzliche Grundlage über erlaubtes Ausmaß des Gestankes

- Richtlinie der Akademie der Wissenschaften
- 8 Prozent im Jahr darf es normal, 3 Prozent ekelerregend stinken
- 6 Minuten über der Geruchsschwelle ist eine Geruchsstunde

K10: Völlig geruchsfreier Betrieb nicht möglich

- dürfen nicht gesundheitsschädigend sein
- Anrainer und Anrainerinnen nicht zu sehr belasten
- werden durch Maßnahmen reduziert

K11: Weitere Vorgehensweise noch unklar

- Prüfung der Rechtsqualität des Bescheides zu den Einsprüchen

K12: Nachbarn haben Anhörungsrecht

K13: Bei Betrieb folgt Prüfung der Wirtschaftlichkeit

Zum ersten Mal von der Biogasanlage erfahren (Betroffene)

- beruflich, potentieller Arbeitgeber
- Nachbarn
- Insiderinformation
- Medien
- Tag der offenen Tür
- Stadtblatt
- Ehemann
- Anschlag bei Stadtgemeinde

Themenrelevanter Wissensstand (Betroffene)

K1: Personen

- Herr DI Schindler, Stadtwerkedirektor, Geschäftsführer Biogasanlage
- Herr Neger, Rechtsanwalt
- Bürgermeister, Obmann des Reinhaltverbandes
- Herr Trumler, Kommunikationsverantwortlicher, Mediator
- Herr Dr. Rupp, Verhandlungsleiter

K2: Biogasanlage

- Verwertung von Mais, Innereinen, Lederspäne, Klärschlamm
- Blut, meiste Ausbeute
- Strom- und Gaserzeugung
- funktioniert nicht geruchsfrei
- Schwefelwasserstoff hochgiftig
- Alternativenergie
- Konsensabweichender Bau
- Abwasserreinigung
- besteht aus 50-60 Prozent Methan, muss herausgewaschen werden
- Juni 2010 durch UVS geschlossen

K3: Unternehmen

- Reinhaltverband und Stadtwerke Leoben beteiligt

K4: Investitionen

- mehrere Millionen Investment
- letztes Jahr negatives Eigenkapital

K5: Überwachung durch Monitoring-System

Ansprechpersonen (Betreiber)

- Geschäftsführer der Biogasanlage Leoben
- Kommunikationsagentur

Ansprechpersonen (Medien)

-

Kenntnis von Ansprechpersonen (Betroffene)

- Herr Schindler
- Herr Rupp
- keine Ansprechperson bekannt

Ziele und Begründung des Unternehmens (Betreiber)**K1: Ziele**

- Wiederinbetriebnahme und Realisierung
- Bescheid gemäßer Betrieb
- Komplettierung und technische Anpassung
- bis Ende 2012 Konsens mit Behörde bezüglich überführenden Regelbetrieb
- 100-prozentige Erfüllung der Auflagen

K2: Begründungen

- abfallwirtschaftlich und energiepolitisch sinnvoll
- Weg zur Wiederinbetriebnahme ist richtig
- doppelte Nutzung von Einrichtungen der Kläranlage; Synergieeffekt
- Biogasanlage möglich unter erträglichen Belastungen für Anrainer und Anrainerinnen

Ziele und Begründungen des Unternehmens (Medien)**K1: Ziele**

- bis Ende des Jahres stabiler Regelbetrieb
- Bescheid gemäße Abwicklung des Betriebes
- jährlich 3,5 Millionen Kubikmeter Biogas erzielen
- Amortisierung in 25 Jahren
- erträgliches Maß an Emissionen
- Fehlervermeidung

K2: Begründungen

- Biogasanlage abfallwirtschaftlich und energiepolitisch sinnvoll
- Weg der Wiederinbetriebnahme ist richtig

Kenntnis der Ziele und Begründungen (Betroffene)

K1: Ziele

- Gaseinspeisung
- energieautark
- Verstromung
- größte Biogasanlage
- Amortisierung in 25 Jahren
- bis Jahresende in Betrieb gehen
- bestens betreiben

K2: Begründungen

- ökologisch, modern
- alternative Energieerzeugung
- Wirtschaftlichkeit
- Verwertung von Klärschlamm, keine Transportkosten
- keine Begründungen bekannt

Auseinandersetzungen ermöglicht (Betreiber)

K1: Projektbegleitende Informationsplattformen

- vier Informationsplattformen
- direkte, persönliche Beantwortung und Diskussion offener Fragen
- Anliegen der Anrainer und Anrainerinnen im Vordergrund
- Klärung von aktuellem Stand, Planungsschritte, groben Zeitablauf bis zur Wiederinbetriebnahme und Entwicklung des Projektes
- Information aus erster Hand für direkt betroffene Anrainer und Anrainerinnen, politische Verantwortungsträger und Verantwortungsträgerinnen und Medien
- begrenzte Teilnehmerzahl
- Nominierung der Vertreter und Vertreterinnen von kritisch eingestellten Bürgern und Bürgerinnen
- mit Probetrieb wieder aktiv aufleben
- Teilnahme von Verantwortlichen der LE Gas und Rechtsvertreter

K2: Zwei Bürger- und Bürgerinnenversammlungen/ Informationsveranstaltungen

K3: Verhandlung zur Wiederinbetriebnahme, geführt von der zuständigen Landesbehörde

- Teilnahme von Medienvertretern und Medienvertreterinnen und nicht geladenen Personen nach Zustimmung der LE Gas Verantwortlichen
- geladene Anrainer und Anrainerinnen brachten Anliegen vor

- Stellungnahme der Verantwortlichen

K4: Persönliche, mehrere Stunden lange Gespräche mit

- Anrainern und Anrainerinnen; sechs bis acht Nachbarn
- Gesellschaftern und Gesellschafterinnen der Biogasanlage
- Kontaktaufnahme erfolgte telefonisch

K5: Angebot einer Betriebsbesichtigung für Gesamtbevölkerung

K6: Kommunikationsmöglichkeiten

- E-Mail
- Telefon

K7: Bürger- und Bürgerinnenorientierte Mitwirkung bei technischen Belangen nicht zielführend

K8: Beantwortung aller Fragen nicht möglich weil

- keine falschen Versprechungen gemacht werden
- neue technische Geschäftsführung installiert wurde
- gewisse Punkte noch nicht beantwortbar waren

Mediale Berichterstattung über die Auseinandersetzung (Medien)

K1: Zwei Informationsveranstaltungen

- Interesse von 70 Bürgern und Bürgerinnen
- Emotionen gingen hoch

K2: Information der Fraktionsobleute des Gemeinderates

K3: Information der Anrainer und Anrainer über den Projektfortschritt

K4: Zweite Informationsplattform

- Information über aktuelle Entwicklung des Projektes
- sachliche Ebene
- Experten der Montanuniversität, Gesellschafter der LE Gas anwesend

K 5: Besichtigung der Anlage

K 6: Bürger- und Bürgerinnenversammlung

- emotional
- sachliche Informationen
- Zukunftsszenarien
- Vergangenheitsbewältigung

K7: Gesprächsangebot von Verantwortlichen

- Einbeziehung der Bürgerinitiative
- Einbindung der Anrainer und Anrainerinnen in Projektabwicklung

- Bereitschaft von Bürgerinitiative konstruktive Gespräche zu führen

Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten (Medien)

- keine klaren Sachverhalte
- Infragestellung des betriebsbereiten Zustandes

Partizipation an Informationsveranstaltungen oder Bürger- und Bürgerinnenversammlungen (Betroffene)

- Ortsaugenschein
- Informationsveranstaltungen
- Bürger- und Bürgerinnenversammlungen
- Anlage angeschaut
- Tag der offenen Tür

Aktive Auseinandersetzung (Betroffene)

K1: Kontaktaufnahme mit Betreiber, Bürgermeister, Gemeinde, Behörde

- per E-Mail
- Telefon
- offene Briefe
- Terminanfrage

K2: Informationssammlung durch

- Zeitungsartikel
- Internet
- Konsultation von Experten und Expertinnen

K3: Interpersonelle Kommunikation mit Nachbarn

Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten (Betroffene)

- Theorie nicht mit Praxis ident
- können nicht 100-prozentig passen
- glauben Daten und Fakten nicht
- stimmen nicht
- Tatsachen verheimlicht
- Trumler, Schindler und Bürgermeister haben keine Ahnung
- Wahrheit verzogen
- erst bei Betrieb zu eruieren
- falsche, unzulängliche Angaben
- Betreiber wusste über Jahre nicht Bescheid
- Glaubwürdigkeit längst vorbei

Unternehmensimage der LE Gas GmbH (Medien)

- LE Gas hat aus Fehlern gelernt
- Gefahr des Konkurses
- finanzieller Schaden
- nicht geschafft, genehmigungsfähige Anlage zu errichten
- Forderung der Kündigung von Schindler
- Dilettanten am Werk
- Imagepolitik

Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes (Medien)

- Wahrheit, Informationen verschwiegen
- keine Garantie, dass es zu keiner Beeinträchtigung der Lebensqualität kommt
- noch nicht alle Mängel der Anlage wurden behoben
- Schindler muss Bescheid gewusst haben
- keine Stellungnahme
- belogen und betrogen
- Vertrauen in Verantwortliche und Politik erschüttert
- Inhalt des Gutachtens Energie Steiermark nicht offen gelegt
- Fakten werden verschwiegen, Bevölkerung im Unklaren gelassen

Image der LE Gas GmbH und Biogasanlage (Betroffene)

K1: Positives Image Biogasanlage

- gute Idee gewesen
- umwelttechnisch sinnvoll

K2: Positives Image Betreiber

- wollte etwas Gutes machen
- Idee gewesen
- viel verbessert
- Beste daraus gemacht, international erkundigt
- Leoben und Bevölkerung liegt Schindler am Herzen
- agiert bei schlechter Luft, will nicht auf Bescheid hinarbeiten

K2: Negatives Image Biogasanlage

- Fehlinvestition von Steuergeld
- kein wirtschaftlicher Nutzen

- in Konkurs
- Drecksschleuder
- nicht nachhaltig

K3 Negatives Image Betreiber

- Fehleinschätzung des Betreibers
- Strom- und Gasschulden
- hingehalten
- leere Versprechungen
- unfähig Anlage zu betreiben
- keine Verbesserung trotz Ingenieuren und Ingenieurinnen
- präpotent
- inkompetent
- anonymer Moloch
- Prestige- und Geldgetrieben
- keine Ahnung
- Dilettanten am Werk
- Rechtsanwalt Ekel von einem Menschen
- Unglück in jeder Dimension
- Berufung auf Bescheid unsympathisch
- unfreundlich
- kein Firmenschild, keine Homepage
- schwer Informationen zu bekommen
- Bürger und Bürgerinnen wurden nicht ernst genommen

Zweifel an Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, an dem Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes - Zweifel an GA Wahrhaftigkeit (Betroffene)

K1: Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers

- psychologische Täuschung
- stalinistische Methoden der Hinhaltetechnik
- leere Versprechungen
- Geschwätz
- Lügen
- Handlanger des Systems
- Vertuschung

- Betrug
- falsche Kennzeichnung in Flächenwidmungsplan

K2: Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Bürgermeisters

- leere Versprechungen
- war nicht ehrlich
- Einschleusung von Parteigenossen und Parteigenossinnen

Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben (Medien)

K1: Betrieb und Planung

- Missstände
- Ablehnung von Anrainern und Anrainerinnen
- Bürgerinitiative fordert Stillstand, Schließung
- Mitglieder führen Kampf weiter
- Gefahr für Anrainer und Anrainerinnen
- Rechtliche Grundlage in Frage gestellt
- stinkende Biogasanlage
- Anlage ist ein Murks
- keine Funktionsgarantie
- Dreckschleuder
- technisch nicht ausgereift
- besser Ende mit Schrecken als Schrecken ohne Ende
- Unmut
- jahrelanges Leiden unter Gestank
- Anlage widerrechtlich mit Tierblut bestickt
- Dilettanten am Werk
- Forderung der Kündigung von Schindler
- Schindluder betrieben
- schlampige Ausführung, mangelhafte Sorgfalt

K2: Angst um Gesundheit, Wohlbefinden

- Gesundheitsgefährdung
- Belastung für Kinder und Bewohner und Bewohnerinnen
- Forderung nach reiner Luft und Lebensqualität
- Beeinträchtigung der Lebensqualität

K3: Zweifel an Wirtschaftlichkeit der Anlage

- Investitionen reine Geldverschwendung

- wirtschaftlich nicht ausgereift

Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben (Betroffene)

K1: Betrieb und Planung

- funktioniert nicht
- Betrieb ohne Gestank nicht möglich
- ohne Genehmigung errichtet
- Auflagen, Vorgaben nicht eingehalten
- schlechtes, durchgängiges Konzept
- Schrecken ohne Ende
- Prototyp
- Problem Biogasanlage
- Drecksschleuder im Siedlungsgebiet
- Flotale in Stadt inakzeptabel

K2: Wirtschaftlicher Faktor

- Fehlinvestition
- Fahrt ins Blaue
- geschäftsstörend
- Ablehnung von Steuergeldinvestition

K3: Immobilien

- Wertverlust

K4: Angst um Gesundheit, Wohlbefinden

- keine Lebensqualität
- massive Belästigungen
- Angst vor krebserregenden Stoffe
- nicht wahrnehmbare Emissionen sehr störend
- Forderung nach reiner Luft und Lebensqualität

Wahrheitsbeweise (Betreiber)

K1: Experten der Montanuniversität Leoben bei zweiter Informationsplattform anwesend

K2: Bescheid des Landes ist Betroffenen zugänglich

- strenge und umfassende Auflagen
- für Betrieb einzuhalten

K3: Informationen über weitere Vorgehensweise nach Vorliegen des Bescheides

Wahrheitsbeweise (Medien)

K1: Bescheid von Fachabteilung des Landes 13a

- Ausstellung erst bei Fertigstellung der baulichen Maßnahmen
- viele Auflagen und Vorschriften für LE Gas GmbH
- grünes Licht für Wiederinbetriebnahme
- keine Einschränkung bei Verarbeitung der Materialien
- Sprecher der Bürgerinitiative muss Zugang zur Anlage haben und bei Störungen informiert werden
- keine Lagerung im Freien
- elf Sachverständigengutachten

K2: Gutachten besagt Betrieb ohne Gestank nicht möglich

- tägliche Belästigung

K3: Anlagen nicht vergleichbar laut Experten und Expertinnen

K4: Experten der Montan Universität Leoben bei zweiter Informationsplattform anwesend

K5: Laut Sachverständigen keine Gesundheitsgefährdung

K6: Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenates zu Einsprüchen gegen Biogasanlage

- alle Einsprüche zurück- oder abgewiesen
- an Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof wenden

K7: Funktionalität der Anlage durch unabhängige Sachverständige bestätigt

K8: Analyse von Biogasanlage durch Energie Steiermark

- mangelhafte Fertigstellung
- bei Ausführung geschlampt
- Personal nicht unterstützt
- organisatorische Mängel

Kenntnis von Wahrheitsbeweisen (Betroffene)

- kenne den Bescheid
- kenne den Bescheid, nicht gelesen
- kenne ihn nicht

Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile (Medien)

- unzulässig
- Ausführungen der Experten und Expertinnen wird wenig Glauben geschenkt

Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile (Betroffene)

- lückenhaft
- fadenscheinig
- nicht die Realität
- keine Berechnungs- oder Erfahrungswerte
- Rechenbeispiele kurios
- einzelne Gutachten können Anlage nicht als Gesamtes verstehen
- Gutachter aus Wikipedia zitiert
- Pseudo-Experten- und Expertinnen haben sich getäuscht
- Gutachten gekauft

Unternehmenskommunikation (Medien)

- Information der Bürger und Bürgerinnen
- transparent
- Kommunikation mit Medien
- Ronald Schinder möchte Bevölkerung informieren
- breite Informationsoffensive
- sachliche Information und Kommunikation
- sensible Wahrnehmungen werden laut Betreiber ernst genommen

K2: Kommunikation von Agentur

- Kommunikationsprofi eingesetzt; Kontaktaufnahme, Gespräche und Maßnahmen
- begleitete andere Projekte professionell

Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation (Medien)

- keine Information von Schindler
- keine öffentliche Diskussion der Biogasanlage nach SPÖ und Bürgermeister Konrad
- bis zur Bürger- und Bürgerinnenversammlung keine Möglichkeit für Anrainer und Anrainerinnen Ärger offiziell zu kommunizieren
- mangelhafte Information
- Informationsoffensive ausgeblieben
- spät aber doch Agentur für Informationsoffensive beauftragt
- Forderung, die Bewohner und Bewohnerinnen transparent, ernsthaft und seriös in Projektabwicklung einzubinden
- keine neuen Fakten

Wahrnehmung der Unternehmenskommunikation (Betroffene)

K1: Schindler gesprächsbereit, bei Unsicherheit erreichbar

K2: Informationsveranstaltung

- Erfahrung gesammelt
- viel Information
- sachliche Diskussion

K3: Keine Erinnerung an Kommunikation

K4: Wort Kommunikation zur Beruhigung

K5: Hüttenbrenner ging von Haus zu Haus

- Hinhalteteknik

K6: Aggressionen aus der Bevölkerung mit Führungen rausgenommen

K7: Bürgermeister

- nicht ansprechbar
- Spannung entstanden
- gedrückt
- durch Siedlung gegangen

K8: Antworten

- per Mail
- Dankeschreiben zu Silvester

K9: Mittel bösartig eingesetzt

Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation (Betroffene)

K1: Keine vernünftigen Informationen

- Informationen von Rezipienten und Rezipientinnen an Betreiber
- Geschwätz
- keine Gesprächsbasis
- Schwachsinn
- unter jeder Kritik
- keine Hotline

K2: Informationsveranstaltung

- kein Informationswert
- nicht ernst genommen
- Theater
- keine neuen Sichtweisen
- keine sachliche Argumentation

K3: Mediator

- umsonst
- zu spät eingesetzt
- Ziel verfehlt

K4: Kommunikation mit Umweltamt

- sinnlos
- Gespräch mit Kanaldeckel

K5: Nicht von Kommunikation sprechen

- wenig Reaktion
- Monolog
- Antworten nicht aussagekräftig
- wenn brisant, dann Informationsveranstaltung
- Informationen nur über Presse
- keine Einladung zu Versammlung, nur Bürgerinitiative
- kontraproduktiv

Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen (Medien)

- Ziel des Betriebes der Stinkanlage ist, finanziellen Schaden zu minimieren
- bessere Verwendung finanzieller Mittel
- Handlungsweisen sind Zumutung für Kinder
- Angst überfahren zu werden bleibt
- Optik ist schief

Zweifel an Legitimität der Standortwahl (Medien)

- Ausbleiben von Pflegeheimbewohnern und-bewohnerinnen
- Einschränkung des umliegenden Schulbetriebes und Kindergartenbetriebes
- Leoben für Bewohner und Bewohnerinnen nicht lebenswert
- geringer Abstand der Anlage zu öffentlichen Einrichtungen und Wohngebieten
- Drecksschleuder im Siedlungsgebiet
- Fehler, Anlage in Wohngebiet zu stellen
- wird an diesem Standort nicht funktionieren
- in 80 Metern Entfernung ist ein Pflegeheim, 192 Meter entfernt ein Kindergarten
- Entfernung von Siedlungsgebiet sollte mindestens 300 Meter betragen, auch Schule liegt näher

Zweifel an Legitimität der vertretenen Interessen und deren Begründungen (Betroffene)

K1: Betrieb unter Vorwand Nutzen für Allgemeinheit

- Schiene alternative Energie
- andere Methoden der Müllentsorgung

K2: Umweltkriminalität

- Geld im Spiel
- wirtschaftlicher Druck
- nicht nachhaltig
- Bereicherung auf Kosten des Steuerzahlers
- Fehlinvestition von Steuergeld
- Prestigeverlust

K3: Politische Fragwürdigkeit

- keiner tut anderem weh
- stecken alle unter einer Decke
- Geld und politisches Gesicht geht vor Menschenrecht und Luftqualität

K4: kein wirtschaftlicher Nutzen

K5: Änderungen sinnlos

K6: Faktum Mensch außer Acht gelassen

- ihnen egal
- unverantwortliches, illegales Handeln
- Handlungsbereitschaft erst bei Todesfällen
- nutzt Gesetz voll aus
- keine Rücksichtnahme auf Schutzbedürftige, Kinder

K7: Bürgermeister wollte sich ein Denkmal setzen

- nicht sozial
- hat sich gedrückt
- keine Wellnessanlage, jeder Stadtteil riecht
- wichtigeres zu tun
- Prestigeverlust
- politisches Imageprojekt

K8: Unverständlich wie Gemeinde es erlauben konnte

- keine Reaktion von Umweltamt

K9: Verbrechen an

- Menschheit
- Umwelt

K10: Gegen Wiederinbetriebnahme

- katastrophal
- falsch
- nicht richtig

K11: Gutachten gekauft

Zweifel an Legitimität der Standortwahl/ Zweifel an GA „Richtigkeit“ (Betroffene)

- Schindluder getrieben
- Verseuchung von Ortsteilen
- Nähe von Kindergarten und Schule egal
- Bau in Wohnanlage ist falsch
- nicht gesetzeskonform
- missglückte Raumplanung

Negative Auswirkungen auf Gesundheit und/ oder Wohlbefinden (Betroffene)

K1: Psychische Auswirkungen

- Beklommenheit
- Reizzustände
- geistige Abwesenheit

K2: Körperliche Auswirkungen

- Schleimhautverätzung
- Nasenbluten
- Ausschläge
- tränende Augen
- Husten
- Würgereiz

K3: Wohlbefinden

- weniger Besuch
- peinlich
- keine Lebensqualität
- Kommunikation in Familie gestört

Akzeptanz der Wiederinbetriebnahme (Betroffene)

- bringt Geld

- Nulltarif positiv
- große Hoffnung
- wirtschaftlich notwendig

Abseits der Hauptkategorien erhobene Kategorien

K1: Ermöglichte Auseinandersetzung durch das Land Steiermark (Betreiber)

- Verhandlung zur Wiederinbetriebnahme am 14. März 2011
- Verhandlungsleiter Dr. Rupp
- Teilnahme von zehn Amtssachverständigen
- ruhige und faire Verhandlung
- Anliegen vorgebracht
- Stellungnahme der Verantwortlichen der LE Gas GmbH
- Behördlicher Ortsaugenschein März 2011

K2: Ermöglichte Auseinandersetzung durch das Land Steiermark (Medien)

- Verhandlungsleiter Dr. Rupp von Fachabteilung 13a der Landesregierung
- Behördenverfahren war sachlich
- Teilnahme von Technikern und Technikerinnen, Gutachtern und Gutachterinnen und Personen, die bei Verhandlung im Jahr 2010 Einwände gebracht hatten; Vertreter und Vertreterinnen der Bürgerinitiative
- Verfahren ist „bearbeitungsfähig“
- Behördlicher Ortsaugenschein im März 2011

K3: Zweifel an Legitimität der Sachurteile (Medien)

- Lizenz zum Stinken
- bringt Bewohner und Bewohnerinnen auf die Palme
- traurig das es stinken darf
- Einsprüche gegen Bescheid
- nicht gefallen lassen
- Entscheidung auf Basis bestehender Gutachten
- reine Papierentscheidung

K4: Bürgerinitiative gegen Lärm und Gestank (Medien)

- 400 Unterschriften
- Helmut Fiausch offizieller Sprecher
- Homepage eingerichtet
- Information von Interessierten
- Investition von Zeit und Geld

- weiterhin gegen die Anlage
- Protestmaßnahmen bei Probetrieb
- ziviler Ungehorsam

K5: Zweifel an der Legitimität des Verhaltens vom Betreiber (Betroffene)

- Herr Neger lacht provokant
- Schindler Politmensch, ignoriert alles
- manipulieren ihre eigenen Berichte
- Gestank mit totem Fuchs begründet
- Trumler auf Seite des Auftraggebers
- reines Biogas abgelassen
- illegale Bestickung mit Tierblut
- keine Nachbarverhandlung
- 100-prozentige Verarschung des Volkes
- Geruchsprotokolle um Betroffene als Lügner, und Lügnerinnen darzustellen
- Geruchswahrnehmung hinuntergespielt
- trotz Auflagen keine Bautätigkeiten
- keine Entschuldigung

K6: Bürgermeister in Aufsichtsrat der Bank und Obmann des Reinhaltverbandes (Betroffene)

- merkwürdige Verstrickung

K7: Zweifel an der Legitimität der Sachurteile (Betroffene)

A: Bescheid des Landes

- Entscheidungen vorher gefallen
- umkopiert
- Immissionen auf Seite des Betreibers
- Papierkorbsache
- Betrieb mit allen Mitteln
- kein Mitspracherecht, wie Diktatur

B: UVS Bescheid

- Affront
- keine neuen Gutachten

K8: Zweifel an der Verständlichkeit des Bescheides (Betroffene)

- komplizierte Darstellung
- Amtsdeutsch

- muss man studiert haben

K9: Grüne Energie positiv

- von fossile Brennstoffe wegkommen
- wirtschaftlich

8.2 Beantwortungen der Forschungsfragen

Mittels der erstellten Kategorien werden anschließend die Forschungsfragen beantwortet. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der Lesbarkeit meist von einer Zitation der einzelnen Textstellen aus dem Kategoriensystem oder den Artikeln abgesehen wurde. Alle entnommenen Passagen sind im Anhang im Kategoriensystem, in den Interviews, im Pressematerial beziehungsweise in den 20 Artikeln zu finden.

Informationsphase

Objektive Welt: (Was? Sachverhalte)

Forschungsfrage 1: Wurden die relevanten Sachverhalte über die Biogasanlage Leoben vom Unternehmen beziehungsweise der beauftragten Kommunikationsagentur dargestellt?

Die in Kategorie „Relevante Sachverhalte“ (Betreiber) dargelegten Fakten enthalten alle wesentlichen, an die Medien kommunizierten Daten und Gegebenheiten des Unternehmens beziehungsweise der Biogasanlage. Es wurden zum Teil relevante Sachverhalte über die Biogasanlage wie das Betreiberunternehmen und relevante Personen dargestellt, diese Informationen waren jedoch allgemein gehalten. Spezifische Unternehmensdaten über die LE Gas GmbH und Sachverhalte wie die Offenlegung von finanziellen Daten, detaillierte technische Sachverhalte und am Unternehmen beteiligte Verbände fehlten in den Presstexten. Es wurde thematisiert, dass es Projektbeteiligte gibt, diese wurden jedoch nicht genannt. Im Gegensatz dazu wurden einige relevante Personen namhaft gemacht wie DI Schindler und Dr. Resch als Geschäftsführer der LE Gas GmbH, Dr. Neger als Rechtsvertreter, Mag. Trumler als Kommunikationsbeauftragter der projektbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit, Dr. Rupp als Verhandlungsleiter der zuständigen Landesbehörde und Dr. Konrad als Bürgermeister und Obmann des Reinhalteverbandes. Des Weiteren wurde der Gegenstand der Schließung, Fehler des Unternehmens in der Betriebsführung oder technische Unzulänglichkeiten und der aktuelle Stand der Wiederinbetriebnahme erläutert, diese Darlegung wird als positiv im Sinne der VÖA verstanden. Laut Herrn Mag. Trumler haben die Anrainer und Anrainerinnen ein Upgrade erfahren, denn deren Meinungen wurde im Verfahren der Behörde so behandelt, als hätten sie Parteienstellung. (vgl. Interview mit Herrn Trumler 02.04.2012, Zeile 59ff)

Es wurden ausreichend viele Gesprächspartner für die Medien zur Verfügung gestellt, diese gelten jedoch nicht als Ansprechpersonen für die Betroffene, welche in

Forschungsfrage 5 erörtert werden. Es wäre in jedem Fall zu empfehlen gewesen, einen detaillierteren Einblick in die Unternehmensdaten, die technischen Sachverhalte und Unzulänglichkeiten zu gewähren und die Projektbeteiligten zu nennen.

Forschungsfrage 2: Welche relevanten Sachverhalte über die Biogasanlage Leoben wurden in den regionalen Medien kommuniziert?

Zu den relevanten Sachverhalten die kommuniziert wurden, gehören Informationen über Verantwortliche wie die Geschäftsführer der LE Gas, Günther Rupp von der Fachabteilung 13a des Landes Steiermark oder Peter Schurf vom UVS. Interessant ist, dass der Bürgermeister von Leoben Herr Konrad zwar als solcher in den untersuchten Artikeln namhaft gemacht wurde, jedoch nicht als Obmann des Reinhaltverbandes. Dies ist ein relevanter Sachverhalt und hätte unbedingt erwähnt werden müssen. In den Artikeln wurde darüber berichtet, dass die Stadtwerke ein Gesellschafter der LE Gas sind beziehungsweise die LE Gas GmbH ein Tochterunternehmen ist. Über die Tatsache, dass der Reinhaltverband an der LE Gas GmbH beteiligt ist, wurde nicht informiert.

Die Berichterstattung über die Sachverhalte, die Biogasanlage Leoben betreffend, war allgemein gehalten, das heißt, es wurden zentrale Begrifflichkeiten und Zusammenhänge dargestellt, von einer detaillierten, vor allem technischen, Beschreibung kann aber nicht gesprochen werden: Die Anlage wurde auf dem Areal der Kläranlage, fünf Anlageteile wurden Bescheid abweichend errichtet, zum Zeitpunkt der Untersuchung waren zehn Prozent der Anlage in Betrieb und es wurde über ein sukzessives Hochfahren berichtet. Detaillierte technische Informationen umfassten die Überprüfung durch das Monitoring-System oder die technische Optimierung der Anlage durch Absaug- und Filteranlagen, andere Informationen fehlten, wie zum Beispiel welche Anlageteile Bescheid abweichend erbaut wurden oder die genaue Beschreibung der Funktionsweise der Anlage. Informationen über Kosten und Investitionen wurden ausreichend dargestellt. Aus den Berichten ging auch klar hervor, dass erst bei Inbetriebnahme eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit erfolgen kann. Die Vorgehensweise über die momentanen Optimierungsmaßnahmen wurden erläutert, im Gegensatz dazu wurde bekannt gegeben, dass die weitere Vorgehensweise unklar ist, da der Betreiber erst die Rechtsqualität des Bescheides, die Einsprüche betreffend, abwarten muss. Momentan ist das Unternehmen nach eigenen Angaben damit beschäftigt, die Auflagen des Bescheides abzuarbeiten. Interessant ist, dass auch in den Artikeln die Meinungen der Anrainer und Anrainerinnen klar als Anhörrecht deklariert wurden und nicht wie von Herrn Mag. Trumler erläutert, im Sinne einer Parteienstellung aufgenommen wurden. Aus den Artikeln geht dezidiert

hervor, dass weiterhin ein geruchsfreier Betrieb nicht möglich ist. Bezugnehmend auf die abfallwirtschaftliche Verwendung, die Funktionsweise einer Biogasanlage, die detaillierte Beschreibung der Verbesserungsmaßnahmen und die Beteiligungsverhältnisse besteht in jedem Fall Informationsbedarf.

Forschungsfrage 3: Wie haben die Betroffenen zum ersten Mal von der Biogasanlage Kenntnis genommen?

Fünf Befragte haben durch Nachbarn von der Biogasanlage erfahren. Eine Person nahm im beruflichen Umfeld von der Anlage Kenntnis, da die Anlage ein potentieller Arbeitsplatz für die Person gewesen wäre. Andere Quellen waren Insiderinformationen, genau genommen durch einen Segelfreund (1 Person), die Medien (1 Person), durch einen Tag der offenen Tür (1 Person), das Stadtblatt (1 Person), den Ehemann (1 Person) und durch einen Anschlag bei der Stadtgemeinde (1 Person). Durch die Kenntnisnahme geht hervor, dass die Betroffenen nur in einem Fall durch den Betreiber von der Anlage erfahren haben, das lässt auf eine mangelnde Informationstätigkeit schließen.

Forschungsfrage 4: Verfügen die Befragten über einen themenrelevanten Wissensstand hinsichtlich der Biogasanlage Leoben?

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen verfügen durchschnittlich über einen angemessenen Wissensstand, der Mittelwert liegt bei 21,5 richtigen Antworten. Drei Personen konnten 27 Feststellungen richtig beantworten. Eine Person weist mit 13 richtigen Antworten keinen angemessenen Wissensstand im Sinne der definierten Kategorien auf. Diese gab zu Beginn des Interviews an, nicht viel zu wissen und konnte auch keine Ansprechpersonen und technischen Daten nennen. Zudem gab die Person an, von den Bescheiden zwar gehört zu haben, sie aber nicht zu kennen.

Fünf Befragte gaben am Anfang des Interviews an, relativ viel beziehungsweise gut Bescheid zu wissen, teilweise besser als der Betreiber selber. Die Rezipienten und Rezipientinnen weisen auch einen hohen Wissensstand auf. Interessant ist, dass sich zwei Personen nicht sicher waren, ob strahlende oder hochgiftige Abfälle in eine Biogasanlage kommen und kreuzten „weiß nicht“ an. Eine weitere notierte „hoffe nicht“ auf der Tabelle und eine andere kreuzte „ja“ an, war sich also sicher, dass strahlende Abfälle in die Biogasanlage kommen. Diese Person war sich auch nicht sicher, ob Atommüll in einer Biogasanlage zwischengelagert wird und nutzte die Option „weiß nicht“ im Antwortfeld. Das impliziert Unsicherheit bei einem kleinen Teil der Befragten.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen wussten im Interview meist gut über die Sachverhalte einer Biogasanlage betreffend Bescheid, beispielsweise welche Stoffe zum

Einsatz kommen oder das Strom und Gas erzeugt werden. Vier Interviewpartner und Interviewpartnerinnen äußerten sich des Weiteren sehr genau über die Investitionen und erläuterten die Vorgänge der Biogasanlage so detailliert, dass sie nicht in dem Umfang dargestellt werden können.

Den meisten Betroffenen war bekannt, dass die LE Gas GmbH das Betreiberunternehmen ist. Alle Rezipienten und Rezipientinnen konnten zumindest eine relevante Person nennen, meistens wurde Herr DI Schindler genannt, wobei Herr Dr. Resch, einer der beiden Geschäftsführer der LE Gas GmbH, nicht erwähnt wurde. Es besteht in jedem Fall Aufklärungsbedarf bei den Beteiligungsverhältnissen des Reinhalteverbandes und der Stadtwerke, und zuständigen Personen, da nicht alle geläufig waren.

Für viele ist es ein sehr emotionales Thema, deshalb konzentrierten sich einige nicht auf die Nennung von Daten und Fakten, sondern nutzten die Situation, um ihre Meinung zu äußern.

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Forschungsfrage 5: Wurden Ansprechpersonen der LE Gas GmbH kommuniziert?

In den Presstexten wurden keine Ansprechpersonen für die Betroffenen namhaft gemacht. Aus dem Interview mit Herrn Mag. Trumler ging hervor, dass Herr DI Schindler und die Kommunikationsagentur von Herrn Mag. Trumler Ansprechpersonen für die Anrainer und Anrainerinnen sind. (vgl. Interview mit Trumler, 02.04.2012, Zeile 27ff)

Forschungsfrage 6: Wurden Ansprechpersonen der LE Gas GmbH medial kommuniziert?

In den Medien wurde darüber berichtet, dass es ein Gesprächsangebot von den Verantwortlichen gibt und dass Herr Mag. Trumler Kontakt mit Anrainern und Anrainerinnen und anderen Stakeholdern aufgenommen hat. Klar als Ansprechperson ging jedoch niemand aus den untersuchten Artikeln hervor.

Forschungsfrage 7: Inwieweit sind den Betroffenen Ansprechpersonen bekannt?

Den Teilnehmern und Teilnehmerinnen sind kaum Ansprechpersonen bekannt. In einem Interview wurden Herr Schindler und eine Person vom Umweltbüro in Graz als Ansprechperson genannt. Eine weitere nannte Herrn Rupp vom der zuständigen Landesbehörde. Den anderen 13 Befragten ist keine Ansprechperson bekannt. Dies kann damit in Zusammenhang gebracht werden, da auch in den untersuchten Artikeln keine Ansprechpersonen hervorgingen.

Soziale Welt (Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 8: Wurden die Ziele des Unternehmens hinsichtlich der Biogasanlage kommuniziert und begründet?

Die Ziele der LE Gas GmbH sind, die Anlage bis Ende 2012 in Konsens mit der Behörde, in einen Regelbetrieb überzuführen. Dazu gehört die Komplettierung und technische Anpassung unter 100-prozentiger Erfüllung der Auflagen. Begründet wird das Projekt und die Wiederinbetriebnahme, dass sie abfallwirtschaftlich und energiepolitisch sinnvoll ist und dass der Weg zur Wiederinbetriebnahme richtig ist. Im Interview mit Herrn Mag. Trumler kristallisierte sich heraus, dass dem Betreiber zufolge Einrichtungen der Kläranlage doppelt genutzt werden können und man aufgrund der bestehenden Kläranlage der Meinung war, dass dort eine Biogasanlage unter erträglichen Belastungen für die Anrainer und Anrainerinnen möglich sei. (vgl. Interview mit Herrn Trumler, 02.04.2012, Zeile 121ff)

Die Bekanntgabe der Ziele wird als ausreichend erachtet, jedoch hätte der Betreiber mehr Werturteile äußern sollen, angesichts des massiven Widerstandes.

Forschungsfrage 9: Über welche Ziele und Begründungen des Unternehmens hinsichtlich der Biogasanlage wurde in den Medien berichtet?

Medial wurde über folgende Ziele berichtet: Der Betreiber möchte bis Ende 2012 in einen stabilen Regelbetrieb überführen und der Betrieb soll Bescheid gemäß erfolgen. Das Ziel ist, dass sich die Anlage in 25 Jahren amortisiert hat und es wird ein erträgliches Maß an Emissionen angestrebt. In den Artikeln wurde die Biogasanlage damit begründet, dass sie abfallwirtschaftlich und energiepolitisch sinnvoll und der Weg der Wiederinbetriebnahme richtig ist. Diese Begründungen sind ident mit den Begründungen des Betreibers aus den Pressetexten.

Forschungsfrage 10: Kennen die Befragten die Ziele der LE Gas GmbH hinsichtlich der Biogasanlage und deren Begründungen und besteht gegebenenfalls Rechtfertigungsbedarf?

14 Befragte wussten über zumindest ein Ziel beziehungsweise eine Begründung Bescheid. In einem Interview wurde angeführt, dass man die größte Biogasanlage bauen wollte. Zudem wurde der Faktor der alternativen Energieerzeugung von sieben Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen genannt. Eine Person gab an, das Ziel des Betreibers ist, die Anlage bestmöglich zu betreiben. Zwei Teilnehmende nannten das Ziel der Wirtschaftlichkeit und eine das Ziel der Amortisierung in 25 Jahren. Zwei Personen meinten, die Begründung sei, mit Strom- beziehungsweise Gaserzeugung energieautark

zu werden. Eine Person, welche der Anlage gegenüber positiv eingestellt ist, gab an, das Ziel des Betreibers ist es, die Anlage bestens zu betreiben. (vgl. Kategoriensystem, Nr. 53) Darüber hinaus wussten drei Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen darüber Bescheid, dass die Verantwortlichen bis zum Jahresende wieder in Betrieb gehen wollen. Zudem war die Begründung der Standortwahl mit der Kläranlage und der Verwertung des Klärschlammes einigen Befragten bekannt.

Einer Person, mit angemessenem Wissensstand, waren keine Gründe und Ziele bekannt. Zusammenfassend kann man sagen, dass in den Interviews viele unterschiedliche Ziele genannt worden sind und dem Großteil der Rezipienten und Rezipientinnen zumindest ein Ziel bekannt war. In jedem Fall besteht Rechtfertigungsbedarf bei den Zielen und Begründungen seitens des Betreibers der LE Gas GmbH, da nur drei Personen Bescheid wussten, dass der Betreiber bis Jahresende wieder in Betrieb gehen will und der Faktor der alternativen Energieerzeugung beziehungsweise „energiepolitisch sinnvollen“ Anlage nicht allen Befragten bekannt war.

Diskussionsphase

Objektive Welt: (Was?/ Sachverhalte)

Forschungsfrage 11: Hat der Betreiber eine Auseinandersetzung zu dem Thema Biogasanlage ermöglicht?

Der Betreiber hat im Herbst 2010 die Kommunikationsagentur von Mag. Trumler beauftragt, Informationsarbeit zu leisten, das bis zu dem Zeitpunkt von den Anrainern und Anrainerinnen nach den Angaben von Herrn Mag. Trumler als Mangel empfunden wurde. (vgl. Interview mit Herrn Mag. Trumler, 02.04.2012, Zeile 3ff) Seit diesem Zeitpunkt wurde den Betroffenen eine Auseinandersetzung mit dem Thema mittels vier Projektbegleitenden Informationsplattformen ermöglicht, wo die Anliegen der Bewohner und Bewohnerinnen im Vordergrund stehen. Direkt Betroffene, Medien, Politiker und Politikerinnen bekamen dort Informationen aus erster Hand über den Projektfortschritt. Bei den Plattformen konnten Anwohner und Anwohnerinnen Vertreter und Vertreterinnen nominieren, die an der Plattform teilnehmen konnten. Die Anzahl lag zwischen 10 und 12 Personen. Dies wurde auch bis zum doppelten des Angebotes genutzt. (vgl. ebd., Zeile 79ff) Neben den nominierten Personen haben auch die Verantwortlichen der LE Gas und der Rechtsvertreter teilgenommen. Sie wird mit dem Probetrieb wieder aktiv aufleben. Des Weiteren wurden bisher zwei Bürger- und Bürgerinnenversammlungen/ Informationsveranstaltungen angeboten. Bei der ersten Veranstaltung wurden mehr als 3500 Haushalte, bei der zweiten 4500 Haushalte

eingeladen. Nach Angaben des Betreibers sind bei der ersten 50 und bei der zweiten zwischen 60 und 70 Personen erschienen. (vgl. ebd., Zeile 76ff & Zeile 8) Des Weiteren wurde von der Behörde eine Verhandlung zur Wiederinbetriebnahme geführt, bei der Medienvertreter und Medienvertreterinnen und nicht geladene Personen nach Zustimmung der LE Gas Verantwortlichen teilnehmen durften. Dort brachten Anrainer und Anrainerinnen ihre Anliegen vor und die Verantwortlichen konnten mit Stellungnahmen reagieren. Ferner gab es persönlich, mehrere Stunden lange Gespräche mit Gesellschaftern der Biogasanlage und mit sechs bis acht Nachbarn, die in unmittelbarer Umgebung der Anlage wohnen. Die Kontaktaufnahme mit den Betroffenen erfolgte telefonisch. (vgl. ebd., Zeile 18ff) Zudem gab es ein Angebot der Betriebsbesichtigung für die Gesamtbevölkerung. Bei einer Informationsveranstaltung wurden einige Fragen von Betroffenen nicht beantwortet, dies wurde mit folgenden Argumenten begründet: Man wollte keine falschen Versprechungen machen, es wurde eine neue technische Geschäftsführung installiert und gewisse Punkte konnten zu dem Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden. (vgl. ebd., Zeile 167ff) Überdies wurden Kommunikationsmöglichkeiten per Mail und per Telefon eingerichtet, um auch spontan reagieren zu können. (vgl. ebd., Zeile 34f) Auf die Frage nach einer aktiven Miteinbeziehung von Anrainern und Anrainerinnen wurde angegeben, dass sie informiert wurden, dass aber eine bürger- und bürgerinnenorientierte Mitwirkung bei technischen Belangen nicht zielführend ist, da die Anlage selbst für Fachleute sehr komplex ist. Dennoch sind in geringem Ausmaß Vorschläge gekommen und kritisierte Zustände wurden vom Betreiber mitaufgenommen und von der Behörde teilweise berücksichtigt. (vgl. ebd., Zeile 51ff) Nach Angaben des Betreibers und Herrn Mag. Trumler wurde seit 2010 mit den beschriebenen Maßnahmen eine Auseinandersetzung zum Thema ermöglicht.

Forschungsfrage 12: Haben sich diese Auseinandersetzungen medial niedergeschlagen?

Medienberichten zu Folge hat es zwei Informationsveranstaltungen gegeben. Bei der letzten zeigten 70 Bürger und Bürgerinnen ihr Interesse. Des Weiteren gab es Informationen für die Fraktionsobleute des Gemeinderates und Anrainer und Anrainerinnen wurden über den Projektfortschritt informiert. Darüber hinaus waren bei der zweiten Informationsplattform Experten der Montanuniversität Leoben und Gesellschafter und Gesellschafterinnen anwesend, um die Bürger und Bürgerinnen aufzuklären. Es wurde über eine Besichtigung der Anlage und über eine Bürger- und

Bürgerinnenversammlung im Jahr 2010 berichtet, die einerseits sehr emotional war, andererseits wurden sachliche Informationen dargestellt und Zukunftsszenarien besprochen. Diese diente vorwiegend zur Vergangenheitsbewältigung, da die Betroffenen bei dieser Veranstaltung zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, ihrem Ärger über die letzten fünf Jahre Luft zu machen. (vgl. Walenta, 20.10.2010) Zudem wurde über ein Gesprächsangebot von den Verantwortlichen berichtet, welche die Bürgerinitiative und Anwohner und Anwohnerinnen in die Projektabwicklung miteinbinden wollen. Es gab es keine Berichterstattung über die Möglichkeit der Kontaktaufnahme per Mail oder per Telefon. Abschließend kann man sagen, dass sich die Auseinandersetzungen medial niedergeschlagen haben, einige Informationen haben in der Berichterstattung jedoch gefehlt, beispielsweise wie sich die Informationsversammlungen von den Informationsplattformen unterscheiden.

Forschungsfrage 13: Existieren in der medialen Berichterstattung Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten?

Es wurden in den 20 untersuchten Artikeln folgende Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten erhoben: Einerseits wurde in einem Bericht darüber berichtet, dass es keine klaren Sachverhalte bezüglich der Biogasanlage gibt. In einem weiteren Bericht wurde der betriebsbereite Zustand der Biogasanlage angezweifelt.

Forschungsfrage 14: Haben die Betroffenen an Informationsveranstaltungen oder Bürger- und Bürgerinnenversammlungen teilgenommen?

Alle Betroffenen haben an den Informationsveranstaltungen und zum Teil am Ortsaugenschein, der Bürger- und Bürgerinnenversammlung oder an einem Tag der offenen Tür teilgenommen. Dies impliziert eine intensive Partizipation an den gebotenen Veranstaltungen. Dennoch erachten die meisten die Veranstaltungen als sinnlos, auf diesen Umstand wird näher bei der Forschungsfrage nach den „Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation“ eingegangen.

Forschungsfrage 15: Haben sich die Anwohner und Anwohnerinnen der Standortgemeinde aktiv mit den Fragen und Informationen rund um die Biogasanlage auseinandergesetzt?

Die Befragten haben sich zum Großteil, 14 Personen, sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Dazu zählt die Kontaktaufnahme mit dem Betreiber, dem Bürgermeister, der Gemeinde oder der Behörde per E-Mail, Telefonanrufen oder offenen Briefen. Die Recherche erfolgte über Zeitungsartikel, das Internet oder Kontaktaufnahme mit externen Experten und Expertinnen. Zudem stellte die interpersonelle Kommunikation mit den

Nachbarn einen sehr wichtigen Faktor für die Betroffenen dar. Eine Person gab an, dass sie sich die Anlage aus Interesse sehr gerne angeschaut hätte, bis dato aber keine Rückmeldung von Herrn Schindler erhalten hatte. Eine andere gab an, sich kaum mit dem Thema zu beschäftigen, aber relevante Artikel zu lesen.

Forschungsfrage 16: Existieren seitens der Teilöffentlichkeiten Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten?

Bei 13 Betroffenen existieren massive und grundlegende Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Fakten. Das begründet sich in Aussagen, dass die Theorie nicht mit der Praxis ident ist und die Daten nicht 100-prozentig passen können. Nach den Betroffenen können die Verantwortlichen die Daten nicht wissen beziehungsweise einige Probanden und Probandinnen waren der Meinung, dass die Fakten nicht stimmen. Es wurden Tatsachen verheimlicht und eine Person erachtet die Gutachten als gekauft. Laut einigen Rezipienten und Rezipientinnen wurde die Wahrheit verzogen und die Daten und Fakten werden erst bei Betrieb zu eruieren sein. Des Weiteren hat es falsche und unzulängliche Angaben gegeben, wie dass das veranstaltete Go-Cart Rennen mit Biogas betrieben wurde. Das stellte sich danach als Lüge heraus. Weitere Zweifel an der Wahrheit der Daten und Fakten äußerten sich in den Interviews, dass die Einlieferung in das Gasnetz unmöglich sei, das die vom Betreiber gelieferten 78.000 Norm Kubik Meter Gas nicht stimmen, Gas nach Angaben des Betreibers bereits geliefert wurde obwohl es keine Gasleitung gab (vgl. ebd., Nr. 253, 254) und das die Output Rechnungen des Unternehmens falsch sind (vgl. ebd., Nr. 534). Einige Betroffene gaben an, dass die Verantwortlichen über Jahre nicht Bescheid wussten und keine Ahnung haben. Außerdem sei die Glaubwürdigkeit der Mitwirkenden längst verloren gegangen.

Die Aussagen implizieren grundlegende Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Fakten und es bedarf einer schnellen Handlungsbereitschaft seitens des Betreibers, das gestörte Einverständnis wiederherzustellen, da auf der Ebene der zu thematisierenden Sachverhalte kein Konsens über den Wahrheitsgehalt der Daten und Fakten besteht.

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Forschungsfrage 17: Welches Unternehmensimage über die LE Gas GmbH und die Biogasanlage wurde medial entworfen?

In den Artikeln wurde darüber berichtet, dass die LE Gas GmbH nach der Meinung von einem politischen Verantwortungsträger aus ihren Fehlern gelernt hat. Dennoch ist die Gefahr des Konkurses gegeben und ein finanzieller Schaden ist bereits erfolgt, was sich negativ auf das Image der LE Gas auswirkt. Des Weiteren wurden Meinungen laut, dass

es der Betreiber bisher nicht geschafft hat, eine genehmigungsfähige Anlage zu errichten und Dilettanten am Werk gewesen seien. Zudem besteht in einem Artikel die Forderung der Kündigung von DI Schindler, dem Geschäftsführer der LE Gas GmbH. (vgl. Woche Leoben 22.07.2010, S. 2) In einem weiteren Artikel ist von Imagepolitik die Rede die mit der Einbindung von Anrainern und Anrainerinnen durchgesetzt werden sollte. (vgl. Woche Leoben 19.08.2010, S. 2) Zusammengefasst kann gesagt werden, dass über die LE Gas GmbH medial ein eher schlechtes Image entworfen wurde.

Forschungsfrage 18: Bestehen innerhalb der medialen Berichterstattung Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes?

In den Medien beziehungsweise bei den zu Wort gekommenen Stakeholdern bestehen Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Verantwortlichen. Diese äußern sich folgendermaßen: Die Verantwortlichen haben die Wahrheit verschwiegen und es gab keine Garantie, dass es zu keiner Beeinträchtigung der Lebensqualität kommt. Es wurden Bedenken laut, dass noch nicht alle Mängel der Anlage vom Betreiber behoben wurden. Zudem wurde der Zweifel geäußert, dass Ronald Schindler Bescheid gewusst haben muss und dass er Informationen verschwiegen hat. Zudem wurde kritisiert, dass es keine Stellungnahme von Verantwortlichen gegeben hat, was als Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit gewertet wird, da man es als nicht vertrauensfördernd betrachten kann, wenn relevante Sachverhalte nicht offen gelegt werden. Manche Bürger und Bürgerinnen fühlten sich belogen und betrogen und das Vertrauen in Verantwortliche und Politik wurde als erschüttert beschrieben. Des Weiteren wurde angezweifelt, dass der Inhalt des Gutachtens Energie Steiermark nicht offen gelegt wurde und Fakten verschwiegen wurden, daher die Bevölkerung im Unklaren gelassen wurde. Resümierend kann man sagen, dass grundlegende Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH und dessen Geschäftsführer bestehen. In den untersuchten Artikeln wurden keine direkten Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Obmanns des Reinhaltverbandes festgestellt, da zwar in einem Artikel, wie bereits erläutert, dass Vertrauen in die Politik erschüttert ist, aber der Bürgermeister selbst wurde in diesem Zusammenhang nicht thematisiert.

Forschungsfrage 19: Über welches Image verfügt die LE Gas GmbH und die Biogasanlage Leoben bei den Befragten?

Obwohl beinahe alle Befragten angegeben haben, dass die Biogasanlage eine gute Idee gewesen wäre, weist das Projekt und der Betreiber bei 13 Rezipienten und Rezipientinnen

ein äußerst schlechtes Image auf. Es war eine Fehlinvestition von Steuergeld und es gäbe keinen wirtschaftlichen Nutzen, zudem gab eine Person an, die Anlage sei ohnehin bereits in Konkurs. Die Anlage wurde als Drecksschleuder und als nicht nachhaltig bezeichnet. Dem Betreiber wird eine Fehleinschätzung vorgeworfen, er hätte darauf hinweisen müssen, dass der Betrieb an dem Standort nicht möglich ist. (vgl. Kategoriensystem, Nr. 447) Darüber hinaus hätte das Unternehmen Strom- und Gasschulden, die Betroffenen mit leeren Versprechungen hingehalten, sei unfähig, die Anlage zu betreiben und es wird trotz Ingenieuren und Ingenieurinnen keine Verbesserung geben. Der Betreiber wurde als präpotent, inkompetent, ein anonymer Moloch und Prestige- und Geldgetriebenen beschrieben und die Dilettanten die dort am Werk sind, haben keine Ahnung. Ronald Schindler wurde von einer Person als unmenschlich wahrgenommen und der Rechtsanwalt wurde als Ekel von einem Menschen bezeichnet. Darüber hinaus wurden die Verantwortlichen als Unglück in jeder Dimension und unfreundlich beschrieben und die Berufung auf den Bescheid wurde als unsympathisch wahrgenommen. In einem Interview wurde es als sehr merkwürdig umschrieben, dass es kein Firmenschild und keine Homepage gegeben hat und mehrere Betroffene merkten an, dass es generell schwer gewesen ist, Informationen über den Betreiber zu bekommen. Außerdem wurden die Bürger und Bürgerinnen den Betroffenen nach nicht ernst genommen. Im Gegensatz dazu wurde das Projekt von einer Person als umwelttechnisch sinnvoll erachtet und das Unternehmen wollte etwas Gutes machen. Ronald Schindler hat viel verbessert, das Beste daraus gemacht und sich international erkundigt. Die Person ist der Meinung, dass Leoben und deren Bevölkerung Ronald Schindler am Herzen liegt und dass er bei schlechter Luft aktiv werden würde und nicht auf Bescheid hinarbeitet. Eine andere äußerte, dass er den Betreiber zu wenig kenne, um über ihn urteilen zu können.

Man kann also festgehalten, dass das Unternehmensimage und das Image der Biogasanlage bei der Mehrheit der Befragten äußerst negativ behaftet sind. Einen weiteren Einblick in das Image geben natürlich die Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit und die Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen, da sie das Bild vom Projekt und der LE Gas GmbH zusätzlich beschreiben.

Forschungsfrage 20: Bestehen bei den Betroffenen Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und dem Bürgermeister als Obmann des beteiligten Reinhaltverbandes?

Bei 13 Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen bestehen massive Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers. In einer Befragung wurden die Handlungsweisen

als psychologische Täuschung interpretiert, um den Bürger, die Bürgerin ruhig zu stellen und es sind stalinistische Methoden der Hinhalteteknik eingesetzt worden. Die Verantwortlichen wurden als Handlanger des Systems bezeichnet und den Teilnehmenden zufolge wurden leere Versprechungen gemacht, dies wurde aber vor allem in Zusammenhang mit den Handlungsweisen des Bürgermeisters erwähnt. Die Vorgehensweise des Unternehmens wurde als Geschwätz zur Beruhigung der Bürger und Bürgerinnen bezeichnet, die Lügen seien hirnschreiend und auch das Land wurde belogen, zudem lügen sich die Betreiber inzwischen selber an. Johann Trumler wollte nicht, dass die Wahrheit ans Tageslicht kommt, der Betreiber hat vieles vertuscht und Stoffbilanzen gefälscht. Den Interviewteilnehmern und Interviewteilnehmerinnen zufolge ist es eine Vertuschung unter dem Schutzmantel der Kläranlage und der Betreiber hat bisher sehr viel abgestritten. Eine Person vertraut dem Betreiber zwar und baut auf das Ehrenwort des Geschäftsführers, aktiv zu werden wenn es wieder stinkt, gab im Interview jedoch an, die Betroffenen seien nicht richtig informiert worden. Diese Person äußerte wie 12 weitere massive Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Bürgermeisters. Die Bewohner und Bewohnerinnen waren der Meinung, der Bürgermeister hat leere Versprechungen gemacht, Informationen verschwiegen, verdreht und war nicht ehrlich. Außerdem wurde die Biogasanlage in Flächenwidmungsplänen als Nah- und Erholungsgebiet und der Kindergarten als Hutweide gekennzeichnet. Daher wussten einige Betroffene beim Hauskauf nicht über die Existenz der Biogasanlage Bescheid. In einem Gespräch wurden weder Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers noch am Bürgermeister geäußert. Man kann also festhalten, dass beinahe alle Betroffenen massive Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers und des Bürgermeisters aufweisen.

Soziale Welt (Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 21: Existieren in der medialen Berichterstattung Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben?

Es existieren in der medialen Berichterstattung massive Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben. Das äußert sich zunächst in dem Umstand, dass sich massive Widerstände gegen die Biogasanlage formierten und das Projekt bei Anrainern und Anrainerinnen auf Ablehnung stößt, das impliziert Zweifel an der Legitimität. Die Zweifel äußern sich auch darin, dass die Bürgerinitiative angab, den Kampf weiterzuführen und eine Forderung nach reiner Luft und Lebensqualität bestand, die bei dem Betrieb nicht gegeben war. Darüber hinaus wurde die Vorgehensweise als

„Schindluder“ bezeichnet und in einer Analyse von der Energie Steiermark wurden die Ausführungen als schlampig bezeichnet und das nicht mit entsprechender Sorgfalt gearbeitet wurde. Ferner kamen in den Berichten Personen zu Wort, die der Meinung waren, dass Dilettanten am Werk sind. Überdies bestehen in den Berichten seitens Anrainer und Anrainerinnen und politischen Verantwortungsträgern und -trägerinnen Sorgen um Gesundheit und Wohlbefinden. Es ist von Gesundheitsgefährdung die Rede und die Anlage wird als Belastung für Kinder und die Bevölkerung bezeichnet. Außerdem wurden Zweifel an Wirtschaftlichkeit der Biogasanlage geäußert und Forderungen nach dem Stillstand wurden laut. Die massiven Zweifel an der Legitimität werden ferner durch eine widerrechtliche Bestückung der Anlage mit Tierblut begründet. Obendrein wurde in den Artikeln über Missstände in Zusammenhang mit dem Projekt berichtet und das sie eine Gefahr für die Anrainer und Anrainerinnen darstellt. Die Biogasanlage wurde als „Murks“, „Drecksschleuder“, „stinkende Biogasanlage“ und Belastung für Bewohner und Bewohnerinnen bezeichnet. Ihre rechtliche Grundlage wurde in Frage gestellt, Investitionen seien reine Geldverschwendung und es gäbe keine Funktionsgarantie. Zudem sei sie weder technisch noch wirtschaftlich ausgereift, erzeugt Unmut und ein Ende mit Schrecken sei besser als ein Schrecken ohne Ende. Zusammenfassend kann man sagen, dass in der medialen Berichterstattung grundlegende Zweifel an der Legitimität an der Biogasanlage seitens der Artikel, zitierten Bürgern und Bürgerinnen oder politischen Verantwortungsträgern und -trägerinnen bestehen.

Forschungsfrage 22: Existieren bei den Betroffenen Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben?

Grundsätzlich halten 14 Betroffene die Biogasanlage an sich für eine gute Idee, um grüne Energie zu erzeugen. Da aber aufgrund der Standortwahl eine massive Gestanks- und Lärmbelästigung für die Anrainer und Anrainerinnen entstanden ist, entwickelten sich bei 14 Befragten grundlegende Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben. Die Biogasanlage wird als Beispiel bezeichnet, wie es nicht ablaufen sollte, sie funktioniert technisch und wirtschaftlich nicht und ein rentabler Betrieb ist ohne Gestank nicht möglich. Das Konzept ist schlecht und nicht durchgängig und man sei am Grenzpunkt des Erträglichen. Die Anlage wurde Befragungen zufolge ohne Genehmigung errichtet und als eine Fehlinvestition von Steuergeldern bezeichnet, eine neuerliche Investition wurde abgelehnt. Die Auflagen wurden nicht eingehalten und die Vorgaben nicht erfüllt, es hat zum Beispiel keine Blitzschutz- und Notstromanlage und keinen Schutz gegen das Grundwasser gegeben und trotz nicht vorhandenem Konsens und beinahe

Gesundheitsgefährdung wurde eine Genehmigung erteilt. Eine Person bezeichnete die Anlage als eine Fahrt ins Blaue, eine weitere als Schrecken ohne Ende. Zudem sind sich mehrere Befragte sicher, die Anlage ist ein Prototyp und es gebe nichts Vergleichbares in einem Wohngebiet. Man steht dem Problem Biogasanlage gegenüber. Der massivste Zweifel besteht darin, dass man die Biogasanlage mitten im Siedlungsgebiet gebaut hat und man nun mit einer Drecksschleuder leben muss. Es ist nicht legitim, dass es zu Gebührenerhöhungen gekommen ist und man schlussendlich Gestank ertragen muss. Die Anlage wurde als geschäftsstörend und unzumutbar bezeichnet und die Immobilien haben einen massiven Wertverlust erfahren. Die Häuser werden demnach nicht mehr verkauft, sondern verschenkt. Einige Betroffene wussten beim Hauskauf nicht über die Biogasanlage Bescheid, da sie im Grundstückwidmungsplan nicht als solche gekennzeichnet wurde. In mehreren Interviews bestand Unsicherheit über krankheits- und krebserregende Stoffe und eine Person könnte Krebs von ihrem Kind nicht verantworten und sieht sich gezwungen, Leoben zu verlassen, sollte die Anlage wieder in Betrieb gehen. Zudem wurden nicht wahrnehmbare Emissionen von einer Person als sehr störend empfunden. Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren sich einig, dass es beim Betrieb keine Lebensqualität aufgrund massiver Belästigungen gegeben hat. Ein Drittel der Interviewpartner und Interviewpartnerinnen gaben an, wegzuziehen, sollte die Anlage noch einmal in Betrieb gehen.

Darüber hinaus äußerten mehrere Betroffene ihre Bedenken über die Umbaumaßnahmen, denn eine Verbesserung wurde bezweifelt. Demzufolge lässt sich festhalten, dass kein Konsens bezüglich der Rechtmäßigkeit der Biogasanlage besteht.

Forschungsfrage 23: Wie werden diese Zweifel von den Betroffenen begründet, auf welcher moralischen Urteilsstufe können die Betroffenen eingeordnet werden? (Begründung der Zweifel an GA „Richtigkeit“)

In einem Interview wurde die Inbetriebnahme aus wirtschaftlichen Gründen unterstützt und aus dem Grund, weil damit erneuerbare Energie erzeugt wird, denn die Energie müsse schließlich woher kommen. (vgl. Kategoriensystem, Zeile 22) Der Begründung nach urteilt die Person auf Stufe 4, weil damit im Sinne der Demokratie gehandelt wird.

Zwei Teilnehmende sprachen sich für die Wiederinbetriebnahme aus wirtschaftlichen Gründen aus, unter der Voraussetzung, dass es zu keiner massiven Gestanksbelästigung kommt und urteilten auf Stufe 1.

Die anderen 12 Interviewsteilnehmer und Interviewsteilnehmerinnen empfanden die Inbetriebnahme als falsch und haben sich dagegen ausgesprochen, weil sie ihre

Lebensqualität beeinträchtigt und massive Belästigungen impliziert. Einige dieser Befragten fühlen sich in ihren Rechten übergangen und stellen die Demokratie in Frage, dennoch begründeten sie ihre Ablehnung mit den einhergehenden Belästigungen und urteilen daher auf Stufe 1, da eine Minimierung des Schadens entscheidend ist. (vgl. Burkart 1993, S. 99f)

Bezieht man die Beurteilung der Legitimität der Standortwahl mit ein, stellt sich heraus, dass alle Betroffenen auf Stufe 1 urteilen. Die Standortwahl wurde von jedem und jeder als ungerecht empfunden, da sie sich mitten im Wohngebiet befindet und die Luft in Leoben ohnehin genug belastet ist. Es ist auf Unverständnis gestoßen, wie man es erlauben konnte, eine Biogasanlage, die Belästigungen hervorruft, neben einem Kindergarten, einem Pflegeheim und der Schule zu bauen.

Diskursphase:

Objektive Welt: (Was?/ Sachverhalte)

Forschungsfrage 24: Wurden Sachurteile, wie der Bescheid oder Gutachten von Experten und Expertinnen, als Beweis für angezweifelte Fakten angeboten und wurde darüber medial berichtet?

Bei der zweiten Informationsplattform waren Experten der Montanuniversität Leoben anwesend, um Fragen der Anrainer und Anrainerinnen zu beantworten. Der Bescheid des Landes ist nach Angaben von Herrn Mag. Trumler allen Betroffenen zugänglich. Des Weiteren wurden Informationen über die weitere Vorgehensweise nach Vorliegen des Bescheides angeboten. In einem Presstext wurde auch eine Prüfung des Betriebskonzeptes durch die zuständige Fachabteilung des Landes Steiermark im Jahr 2010 erwähnt, dies wird jedoch noch nicht als Wahrheitsbeweis angesehen.

In den Medien wurde über den Bescheid von Fachabteilung des Landes 13a berichtet und dass eine Ausstellung erst bei Fertigstellung der baulichen Maßnahmen erfolgt. Dennoch erfolgt der positive Bescheid und enthält viele Auflagen und Vorschriften für die LE Gas, zudem Optimierungsmaßnahmen. Dies ist ein widersprüchlicher Sachverhalt.

Werden diese Auflagen erfüllt, bedeutet den Medienberichten zufolge der Bescheid grünes Licht für eine Wiederinbetriebnahme. Der Bericht stellt keine Einschränkung bei der Verarbeitung der Materialien dar. Dem Sprecher der Bürgerinitiative muss Zugang zur Anlage gewährt werden und er muss bei Störungen informiert werden. Des Weiteren darf es zu keiner Lagerung im Freien kommen und der Bescheid begründet sich nach Medienberichten aus elf Sachverständigengutachten. Zudem besagt das Gutachten, dass ein Betrieb ohne Gestank nicht möglich sei. Weitere Sachurteile beinhalteten, dass

Anlagen laut Experten und Expertinnen nicht vergleichbar sind. Auch in den Medienartikeln wurde über die Anwesenheit der Fachleute der Montan Universität Leoben bei der 2. Informationsplattform berichtet. Laut Sachverständigen besteht keine Gesundheitsgefährdung und die Funktionalität wurde von unabhängigen Sachverständigen bestätigt. Darüber hinaus erfolgte im Jahr 2010 eine Analyse der Biogasanlage durch die Energie Steiermark. Diese ergab eine mangelhafte Fertigstellung, schlampige Ausführung und organisatorische Mängel.

Es wurde über den aktuellen Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenates berichtet, bei dem alle Einsprüche gegen den Bescheid des Landes und eine Wiederinbetriebnahme zurück- oder abgewiesen wurden. Dem Medienbericht zufolge können sich die Betroffenen nun an den Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof wenden.

Man kann demnach festhalten, dass Sachurteile wie der Bescheid oder Urteile von Sachverständigen vom Betreiber angeboten wurden und dass es zu einer medialen Berichterstattung über die Sachurteile gekommen ist.

Forschungsfrage 25: Kennen die Betroffenen diese Wahrheitsbeweise, wie den Bescheid?

13 Betroffene kennen den Bescheid, sowohl den Bericht des Landes, als auch das Sachurteil des UVS. Eine Person kennt die Gutachten, hat sie aber nicht gelesen, und einer weiteren sind sie nicht bekannt.

Forschungsfrage 26: Existieren seitens der Berichterstattung Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile?

Es wurden kaum Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile in den 20 analysierten Artikeln verzeichnet. In einem Bericht wurde der Bescheid als unzulässig bezeichnet und in einem weiteren Artikel wurde den Ausführungen der Experten und Expertinnen wenig Glauben geschenkt.

Forschungsfrage 27: Existieren seitens der Betroffenen Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile wie dem Bescheid?

Sechs Interviewpartner und Interviewpartnerinnen hatten Zweifel an der Wahrheit des Bescheides vom Land. Dies äußerte sich, indem er als lückenhaft, fadenscheinig und nicht der Realität entsprechend bezeichnet wurde. Bei den Daten handelte es sich um keine Berechnungs- oder Erfahrungswerte. Des Weiteren wurden die Rechenbeispiele des Landes in einem Interview als kurios verstanden. In einem weiteren Gespräch wurde der Zweifel geäußert, dass einzelne Gutachten eine Anlage nicht als Gesamtes verstehen können. Fünf weitere Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen hatten keine Zweifel

an der Wahrheit des Gutachtens, zwei konnten nicht darüber urteilen und insgesamt drei äußerten Zweifel an der Verständlichkeit des Berichts, er wurde als Amtsdeutsch, schwer verständlich und komplizierte Darstellung bezeichnet, denn man braucht ihn nur mehr so gestalten, dass ihn keiner mehr liest. Acht Anrainer und Anrainerinnen zweifeln in den Gesprächen an der Legitimität des Bescheides, Entscheidungen seien vorher gefallen, der Betrieb sei nun mit allen Mitteln möglich und es darf nun laut Bescheid stinken, der Betreiber habe nun das Recht zu stinken. Der Bescheid ist eine Papierkorbsache und wird nicht akzeptiert. Die Legitimität des Sachurteils vom UVS, die Einsprüche betreffend, wurde von zwei Personen angezweifelt. Eine Person bezeichnete ihn als Affront, eine weitere zweifelte ihn an, da keine neuen Gutachten gemacht wurden und stellte die Frage, wo die Sachverständigen hingeschaut haben.

Außerdem wurden von acht Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen, fünf davon äußerten Zweifel an der Wahrheit des Bescheides, Zweifel an anderen Wahrheitsbeweisen wie Gutachten von Fachleuten, dass die Anlage nicht gesundheitsgefährdend ist, geäußert. In einem Interview wurde erzählt, dass ein Gutachter aus Wikipedia zitiert hat (vgl. Kategoriensystem, Nr. 504), was nicht für eine wahrheitsgemäße Darstellung von Fakten spricht und man dem Gutachter daher kaum glauben kann. Eine Person bezeichnete die Fachleute als „Pseudo-Experten und Expertinnen“ und anderen Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen zufolge haben sich die Fachmänner und Fachfrauen getäuscht, davon ausgehend wird den präsentierten Daten nicht geglaubt. In einem Interview wurde der Verdacht geäußert, dass die Gutachten gekauft wurden.

Forschungsfrage 28: Wird die Unternehmenskommunikation der LE Gas GmbH medial thematisiert und wie wird die Qualität der Unternehmenskommunikation beschrieben?

Die Medienberichterstattung über die Unternehmenskommunikation beinhaltete Berichte über Informationsveranstaltungen, im Sinne von mehr Transparenz und dass Bürger und Bürgerinnen informiert wurden. Es wurde über die Kommunikation des Betreibers mit den Medien berichtet und dass es eine breite Informationsoffensive gab. Sachliche Informationen und sensible Wahrnehmungen wurden laut Betreiber ernst genommen. Darüber hinaus wurde in zwei Artikeln die Beauftragung von Johann Trumler und seiner Kommunikationsagentur thematisiert. Er als Profi für Kommunikation bezeichnet, der auch schon andere Projekte professionell begleitete und die Kontaktaufnahme in alle Richtungen wurde kommuniziert. Weiters gab es in den Medienartikeln Zweifel an der

Qualität der Unternehmenskommunikation, die sich wie folgt äußerten: Es gab keine Information von Schindler, es sollte nach SPÖ und Bürgermeister Konrad zu keiner öffentliche Diskussion der Biogasanlage kommen, bis zur Bürger- und Bürgerinnenversammlung gab es keine Möglichkeit für Anrainer und Anrainerinnen Ärger offiziell zu kommunizieren. Die Information wurde in einem Artikel als mangelhaft bezeichnet und dass keine neuen Fakten präsentiert wurden, wurde als mangelhaft empfunden. (vgl. Woche Leoben 19.08.2010, S. 2) Die Informationsoffensive ist ausgeblieben und spät aber doch hat man eine Agentur für eine Informationsoffensive beauftragt. Zudem wurde die Forderung nach einer transparenten, ernsthaften und seriösen Einbindung in die Projektabwicklung geäußert.

Interessant ist, dass in älteren Medienartikeln mehr Zweifel an der Unternehmenskommunikation geäußert wurden als in Medienartikeln aus dem Jahr 2012. Der Betreiber wurde in aktuellen Berichten eher in Zusammenhang mit Transparenz gebracht. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Unternehmenskommunikation positiv als auch negativ thematisiert wurde, es wurde aber eine Tendenz zur einer positiveren Berichterstattung über die Qualität der Unternehmenskommunikation seit Beginn 2012 verzeichnet.

Forschungsfrage 29: Wie wird die Unternehmenskommunikation der LE Gas GmbH bei den Betroffenen wahrgenommen?

Eine Person, welche den Betreiber als vertrauenswürdig empfand und einen hohen themenrelevanten Wissensstand aufweist, nahm die Kommunikation positiv wahr, hatte Erfahrung und viele Informationen bei den Informationsveranstaltungen sammeln können, hält Herrn Schindler für gesprächsbereit und bei Unsicherheit erreichbar. Es hat eine sachliche Diskussion gegeben. Von den anderen 14 Teilnehmern und Teilnehmerinnen wurde die Unternehmenskommunikation äußerst negativ empfunden. Von diesen 14 Rezipienten und Rezipientinnen gab die Person mit nicht ausreichendem Wissensstand zwar an, sich nicht an eine Kommunikation erinnern zu können, empfand den Betreiber jedoch bei den Veranstaltungen als gelangweilt. Des Weiteren gaben die Bewohner und Bewohnerinnen an, dass man nicht von Kommunikation sprechen konnte. Es gab wenig Reaktion seitens der Verantwortlichen, die Kommunikation des Unternehmens wurde als Monolog bezeichnet, die Antworten waren nicht aussagekräftig und erst wenn es brisant wurde, wurde eine Informationsveranstaltung abgehalten. Die meisten Informationen bekamen sie nur über Presse und eine Person gab an, dass es keine Einladung zur Versammlung gegeben hat und nur die Bürgerinitiative eingeladen wurde.

Darüber hinaus wurde die Unternehmenskommunikation als kontraproduktiv bezeichnet, Bürger und Bürgerinnen wurden nicht richtig informiert, es gab keine vernünftigen Informationen, sie waren mangelhaft. Das Wort Kommunikation sei zur Beruhigung verwendet worden. Als Beschwerden auftauchten, ging Herr Hüttenbrenner von Haus zu Haus, dies wurde in einem Gespräch als Hinhalteteknik interpretiert. Er hat auch Führungen angeboten, um damit nach der Meinung dieser Person, Aggressionen aus der Bevölkerung rauszunehmen. Der Bürgermeister wurde als nicht ansprechbar wahrgenommen, er hat sich gedrückt und dadurch sind Spannungen entstanden. Seitens des Unternehmens gab es zwar Antworten per E-Mail, die Kommunikation wird jedoch grundlegend als Schwachsinn, sinnlos und Geschwätz bezeichnet. Zudem wurden Kommunikationsmittel böse eingesetzt und Informationen gingen eher von den Betroffenen an den Betreiber. Es gab keine Gesprächsbasis und die Kommunikation war unter jeder Kritik. Einige Betroffene empfanden eine fehlende Hotline zur Kontaktaufnahme oder bei Beschwerden als sehr störend. Die Informationsveranstaltungen wurden als Theater bezeichnet, sie hatten keinen Informationswert, es gab keine sachliche Diskussion und die Bürger und Bürgerinnen haben sich nicht ernst genommen gefühlt. Das Grinsen der Betreiber bei den Veranstaltungen wurde von einer Person mittlerweile ignoriert. Einige Befragte gaben an, dass der Betreiber zwar in den Medien behauptete, dass er die Bevölkerung informiert, dass aber dann nicht tat. Meist reagierte er nur auf Kommunikationsaktivitäten der Bürgerinitiative. (vgl. Interview mit Fiausch 12.05.2012, Zeile 233ff)

Eine Person bewertete die Kommunikation auf einer Skala von 0-5 mit minus 3. Der eingesetzte Kommunikationsexperte und Mediator Herr Trumler wurde einigen Befragten zu Folge zu spät eingesetzt, gießt Öl ins Feuer, war umsonst, habe sein Ziel verfehlt zwischen den Parteien zu vermitteln und eine Person war der Meinung, er hat gegen die Bürger und Bürgerinnen gearbeitet und war ohnehin auf der Seite Auftraggebers. Diese Äußerungen stellen auch Zweifel an der Legitimität des Verhaltens dar.

In einem Interview wurde jedoch darauf hingewiesen, dass er wahrscheinlich nicht so handeln konnte oder durfte wie er wollte. (vgl. Kategoriensystem, Nr. 106) Die Kommunikation mit dem Umweltamt wurde als sinnlos bezeichnet und es bestand die Ansicht, dass ein Gespräch mit einem Kanaldeckel den gleichen Effekt gehabt hätte. Resümierend lässt sich festhalten, dass die Kommunikation des Betreibers in den Gesprächen als äußerst negativ empfunden wurde.

Soziale Welt: (Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 30: Existieren seitens der Berichterstattung Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen, folglich an den Werturteilen des Unternehmens, deren Begründungen und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl?

In der Berichterstattung existieren Zweifel an den vertretenen Interessen, vor allem an dem Ziel, die Anlage wieder in Betrieb zu nehmen. Es sei das Ziel der Inbetriebnahme der Stinkanlage, finanziellen Schaden zu minimieren und es gäbe eine bessere Verwendung finanzieller Mittel. Die Handlungsweisen des Betreibers sind eine Zumutung für Kinder und die Angst bei den Betroffenen, überfahren zu werden, bleibt. Des Weiteren wird die Optik des Betreibers als schief bezeichnet. Dezidiert wurden jedoch in den Medien keine Werturteile angezweifelt, sondern die Vorgehensweise allgemein. An der Legitimität der Standortwahl bestehen in den Medien massive Zweifel. Es ist von einem Ausbleiben von Pflegeheimbewohnern und -bewohnerinnen, Einschränkung des umliegenden Schulbetriebes und Kindergartenbetriebes, zu geringen Abstand der Anlage zu öffentlichen Einrichtungen und Wohngebiet und einer Drecksschleuder im Siedlungsgebiet zu lesen. Leoben ist für Anrainer und Anrainerinnen nicht mehr lebenswert und es war ein Fehler, die Anlage in ein Wohngebiet zu stellen. Die Anlage wird an diesem Standort nicht funktionieren. Es ist kritisiert worden, dass die Biogasanlage in 80 Metern Entfernung zu einem Pflegeheim und in 192 Metern Entfernung zu einem Kindergarten gebaut wurde. Nach Angaben der Betroffenen in den Artikeln sollte die Entfernung zu einem Siedlungsgebiet mindestens 300 Meter betragen, auch die Schule liegt näher.

Somit kann man festhalten, dass sowohl Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen und massive Zweifel an der Legitimität der Standortwahl bestehen.

Forschungsfrage 31: Empfinden die Betroffenen die Interessen der LE Gas GmbH als angemessen oder bestehen Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen, folglich an den Werturteilen des Unternehmens, und deren Begründungen und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl?

Grundsätzlich haben 14 Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen die Biogasanlage anfangs für eine gute Idee gehalten und betonten auch im Interview, dass sie nicht gegen Biogasanlagen im Allgemeinen sind. In einem Interview wurde jedoch die Meinung vertreten, dass die Biogasanlage nicht nachhaltig ist. Mehrere Betroffene verstehen auch die Sichtweise des Betreibers, dass er wieder in Betrieb gehen möchte, dennoch sprechen

sich 12 Teilnehmer und Teilnehmerinnen gegen die Wiederinbetriebnahme aus, obwohl zwei der 12 Personen auf eine Kompromisslösung hoffen, bei der alle zufrieden sind. Eine Person unterstützt die Wiederinbetriebnahme aus Gründen der nachhaltigen Energieerzeugung, zwei weitere Personen aus wirtschaftlichen Aspekten. An dieser Stelle kann also festgehalten werden, dass es grundsätzliche Zweifel an der Legitimität der Interessen gibt, da der Betreiber bis Jahresende in Betrieb gehen möchte und die Mehrheit der Betroffenen es als katastrophal, nicht richtig und falsch empfindet und sich dagegen ausspricht. Die Ablehnung geht von der massiven Geruchsbelästigung und der Beeinträchtigung der Lebensqualität aus. Des Weiteren wurden von den Teilnehmenden unterschiedliche Begründungen und Ausführungen der Zweifel geäußert, die folgendermaßen lauten. Der Betrieb laufe unter dem Vorwand für den Nutzen für die Allgemeinheit, es war von der Schiene alternative Energie die Rede und es gäbe auch andere Methoden der Müllentsorgung. Ein wesentlicher Faktor stellte illegale und kriminelle Machenschaften dar, es wurde von Umweltkriminalität gesprochen, denn es sei viel Geld im Spiel, deshalb herrscht ein wirtschaftlicher Druck.

Ein paar Beteiligte haben sich auf Kosten des Steuerzahlers bereichert und es ist zu einer Fehlinvestition von Steuergeld gekommen. Die Wiederinbetriebnahme wird von den Mitwirkenden nur deshalb angestrebt, um keinen Prestigeverlust zu erleiden. Außerdem ist die Vorgehensweise politisch fragwürdig, denn keiner tut den anderen weh und es stecken alle unter eine Decke. Geld und das politische Gesicht geht vor Menschenrecht und Luft- beziehungsweise Lebensqualität. Man kann aus der Anlage ohnehin keinen wirtschaftlichen Nutzen ziehen. Mehrere Rezipienten und Rezipientinnen fanden es als sehr schade beziehungsweise als störend, dass sich die Verantwortlichen bisher für ihre vorangegangenen Fehler und Unwahrheiten nicht entschuldigt haben, dies steht einer vernünftigen Zusammenarbeit im Weg. Darüber hinaus seien die Änderungen sinnlos, da die Anlage nicht ohne Betrieb funktionieren wird, da sie auch in anderen Ländern nicht geruchsfrei arbeiten. Einige Anrainer und Anrainerinnen glaubten ohnehin, dass der Betreiber keine Änderungen trotz Auflagen des Landes vornimmt. Beim Bau beziehungsweise Betrieb ist der Faktum Mensch außer Acht gelassen worden, die Bewohner und Bewohnerinnen sind ihnen egal und er hat unverantwortlich und illegal gehandelt, indem die Anlage mit Tierblut bestickt und Chemikalien und Komponenten heimlich verwendet wurden. Außerdem äußerten zwei Betroffene, dass es erst eine Handlungsbereitschaft bei Todesfällen, hervorgerufen durch krebs- oder krankheitserregende Stoffe, geben wird. Der Betreiber wird das Gesetz beziehungsweise

den Bescheid voll ausnutzen und darf bis zu einem gewissen Ausmaß stinken. Die Vorgehensweise sei ein Verbrechen an der Menschheit und an der Umwelt. Es hat bisher keine Rücksichtnahme auf Schutzbedürftige oder Kinder gegeben. Lediglich eine Person war sich sicher, dass der Betreiber nicht dem Bescheid nach handeln und die Anlage bestmöglich betreiben wird.

Insgesamt 14 Teilnehmer und Teilnehmerinnen äußerten darüber hinaus massive Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen beziehungsweise allgemeinen Handlungsweisen und Äußerungen des Bürgermeisters. Der Bürgermeister wollte sich ein Denkmal setzen, er sei nicht sozial und hat sich gedrückt. Er hatte den Bürgern und Bürgerinnen beim Eintreten von Belästigungen die Schließung versprochen und nicht eingehalten. Einige Betroffene erzählten, dass der Bürgermeister einmal mit dem Gemeinderat durch die Siedlung gegangen ist und sich nach den Problemen erkundigte. Darauf antwortete er, dass er schließlich keine Wellnessanlage gebaut habe, jeder Stadtteil riecht und die Betroffenen haben es auszuhalten. (vgl. ebd., Nr. 354/450/379) Außerdem wurde in einem Interview erläutert, der Bürgermeister habe nach eigenen Aussagen wichtigeres zu tun, als zu den Informationsveranstaltungen zu erscheinen. Es wurde als nicht richtig empfunden, dass es wichtiger sei, nach Brüssel zu fliegen, um ein Bierfass anzuschlagen als an den Diskussionen teilzunehmen. (vgl. Interview mit Herrn Fiausch 12.05.2012, Zeile 536ff) Bei einer Veranstaltung habe der Bürgermeister geschrien, dass die Bewohner und Bewohnerinnen die Anlage doch selber betreiben und tun sollen was sie wollen. (vgl. Kategoriensystem, Nr. 464) Es wurde als seltsame und merkwürdige Verstrickung empfunden, dass der Bürgermeister im Aufsichtsrat der Bank sitzt, die viel Geld für die Biogasanlage zur Verfügung stellte und er Obmann des Reinhaltverbandes ist. Die Biogasanlage ist außerdem einigen Betroffenen zu Folge ein politisches Imageprojekt, um das Image des Bürgermeisters zu seinem Abgang aufzupolieren. Andere wiederum erklärten, die Vorgehensweise sei politisch fragwürdig. Alle Interviewpartner und Interviewpartnerinnen äußerten Zweifel an der Legitimität der Standortwahl. Bei der Standortwahl wurde Schindluder getrieben und sie wird als katastrophal bezeichnet. Dadurch geschieht eine Verseuchung von Ortsteilen und dass sich in unmittelbarer Umgebung ein Kindergarten und eine Schule befinden scheint den Verantwortlichen egal zu sein. Es ist den Betroffenen unverständlich, wie man die Anlage mitten in ein Wohngebiet bauen konnte und sie finden es schlichtweg falsch. Der Abstand zum Siedlungsgebiet ist nicht gesetzeskonform und es hat eine missglückte Raumplanung stattgefunden. Der Betreiber hätte den Standort prüfen müssen und sagen sollen, dass es

an dem Standort nicht möglich ist die Biogasanlage zu betreiben. (vgl. ebd., Nr. 447) Man kann festhalten, dass grundlegende Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen, vor allem an der Wiederinbetriebnahme, und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl bestehen.

Forschungsfrage 32: Äußern die Betroffenen negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit oder ihr Wohlbefinden, ausgehend von der Biogasanlage?

Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen konnten sich an Auswirkungen auf ihre Gesundheit und/ oder auf ihr Wohlbefinden erinnern. Dies äußerte sich, indem sie nicht mehr vor die Tür gehen wollten oder nicht mehr durchschlafen konnten. Bekommenheit, Reizzustände, Nasenbluten, Würgereiz, Schleimhautverätzung, vermehrter Husten und tränende Augen waren die Folge des Betriebes. Laut den Betroffenen haben Ärzte ein vermehrtes Nasenbluten verzeichnet. Es bestanden bei einigen Betroffenen zudem verstärkt Ängste vor krebserregenden Stoffen und Lungenstörungen, hier besteht in jedem Fall Aufklärungsbedarf seitens des Betreibers. Die Kommunikation innerhalb der Familie wurde als beeinträchtigt wahrgenommen und es war für einige Betroffene eine massive psychische Belastung. Zudem war es peinlich aufgrund des Geruchs Besuch zu empfangen. Eine Person erzählte, dass weniger Besuch gekommen ist. Diese Beeinträchtigungen implizieren Zweifel an der Richtigkeit der Biogasanlage, da die Betroffenen es nicht als legitim empfindet, aufgrund einer Wiederinbetriebnahme jeglichen Beeinträchtigungen ausgesetzt zu sein.

Situationsdefinition:

Objektive Welt: (Was?/ Sachverhalte)

Forschungsfrage 33: Inwieweit existiert Einverständnis bezüglich der Sachurteile über die Biogasanlage bei den Betroffenen und dem Unternehmen?

Es existiert nur zum Teil ein Einverständnis bezüglich der Sachurteile über die Biogasanlage. Sechs Betroffene zweifeln die Wahrheit des Bescheides vom Land an, acht zweifeln an der Legitimität des Gutachtens und zwei Personen zusätzlich an der Legitimität des Bescheides vom UVS. Herrn Trumler zu Folge, dem Kommunikationsbeauftragten des Unternehmens, wird der Bescheid die Richtschnur sein, an der sich alle zu orientieren haben. (vgl. Interview mit Herrn Trumler 02.04.2012, Zeile 175ff) Die Bewohner und Bewohnerinnen sind jedoch nicht gewillt die „Lizenz zum Stinken“ zu akzeptieren und werden auf eine mögliche Inbetriebnahme mit Straßensperren, Anzeigen und weiteren Protestaktionen reagieren. Das heißt, man kann

nicht von einem Konsens sprechen, da 12 Betroffene die Wiederinbetriebnahme trotz positivem Wahrheitsbeweis ablehnen.

Subjektive Welt: (Wer?/ Unternehmen, Personen)

Forschungsfrage 34: In welchem Ausmaß existiert Einverständnis bezüglich der Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens?

Betrachtet man die Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens existiert keineswegs ein Einverständnis, da 14 Betroffene den Betreiber für nicht vertrauenswürdig gehalten haben und massive Zweifel geäußert wurden. Zudem wurde auch in der Medienberichterstattung, als externer Stakeholder des Unternehmens, Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit geäußert. Die Bewohner und Bewohnerinnen fühlten sich hintergangen, belogen und betrogen und die Glaubwürdigkeit war längst nicht mehr gegeben. Zudem wurden grundlegende Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Bürgermeisters geäußert. Hier besteht rascher und intensiver Handlungsbedarf, um die massiv gestörte Basis langsam wieder aufzubauen. Dazu gehört ein Dialog, der vom Betreiber initiiert werden muss, auf Grundlage ehrlicher und wahrheitsgemäßer Informationen, welche bislang von den Befragten angezweifelt wurden.

Forschungsfrage 35: Kann damit gerechnet werden, da ein positiver Bescheid für eine Wiederinbetriebnahme erfolgte, dass die Betroffenen eine Wiederinbetriebnahme akzeptieren?

Es kann nicht damit gerechnet werden, dass die Mehrheit der Betroffenen eine Wiederinbetriebnahme akzeptiert, da sich 12 Befragte dagegen aussprechen. Lediglich drei Personen sind dafür. Zwei sprechen sich aus wirtschaftlichen Gründen dafür aus. Für die andere ist einerseits der wirtschaftliche Faktor wesentlich, auch ein Betrieb zum Nulltarif wird positiv erachtet, damit nicht das Ganze Steuergeld verloren geht, aber vor allem der Faktor der nachhaltigen Energiegewinnung ist zentral. Bei der Person besteht große Hoffnung. Die Befürworter unterstützen die Anlage jedoch nur dann, wenn sie nicht mehr so starke Geruchsbelästigungen hervorruft. Von den 12 Personen die sich gegen die Wiederinbetriebnahme aussprechen, könnten sich 2 Personen vorstellen eine Wiederinbetriebnahme zu akzeptieren, wenn es zu keinen Geruchsbelästigungen mehr kommen würde und zwei wenn eine Hotline installiert werden würde.

Der positive Bescheid hat keine wahrnehmbare Auswirkung auf die Akzeptanz der Wiederinbetriebnahme ergeben.

Soziale Welt: (Warum?/ Gründe)

Forschungsfrage 36: Inwieweit existiert Einverständnis bei den Betroffenen und dem Unternehmen bezüglich der Ziele und Werturteile des Unternehmens?

Grundsätzlich halten 14 der Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit der Anlage Strom und Gas zu erzeugen für eine gute Idee, da sie zur nachhaltigen Energiegewinnung beiträgt. Hier kann man von einem Einverständnis bezüglich der Werturteile sprechen. In einem Gespräch wurde die Anlage als nicht nachhaltig bezeichnet. Daher existiert kein Einverständnis bei dem Werturteil der energiepolitisch sinnvollen Anlage. Die Befürworter empfinden die Werturteile des Betreibers energiepolitisch zu agieren beziehungsweise aus wirtschaftlichen Gründen als sinnvoll, bei diesen Personen besteht ein Einverständnis hinsichtlich der Ziele des Unternehmens, wieder in Betrieb zu gehen. 12 Gesprächsteilnehmer und Gesprächsteilnehmerinnen sprechen sich jedoch aufgrund der Standortwahl gegen das Ziel der Verantwortlichen aus, die Anlage bis Jahresende wieder in Betrieb zu nehmen. Daher kann festgehalten werden, dass bei der Mehrheit der Betroffenen und dem Betreiber bezugnehmend auf das wesentliche Ziel wieder in Betrieb zu gehen, kein Einverständnis existiert.

8.2.1 Generierte Hypothesen

Aus der Analyse des Materials konnten folgende Hypothesen generiert werden:

- Wenn die Anrainer und Anrainerinnen Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers äußern, dann zweifeln sie an der Legitimität seines Verhaltens.
- Wenn die Betroffenen an der Legitimität des Verhaltens vom Bürgermeister zweifeln, dann zweifeln sie an seiner Vertrauenswürdigkeit.
- Wenn die Betroffenen an der Legitimität der Biogasanlage zweifeln, dann zweifeln sie an der Legitimität der Standortwahl.
- Wenn sich die Betroffenen aufgrund von Geruchsbelästigungen durch die Biogasanlage eingeschränkt fühlen, dann zweifeln sie an der Legitimität der Standortwahl.
- Zweifeln die Betroffenen an der Legitimität der Standortwahl, dann urteilen sie auf Urteilsstufe eins.
- Wenn der Betreiber Partizipationsmöglichkeiten zur aktiven Auseinandersetzung anbietet, dann werden diese von den Bewohnern und Bewohnerinnen genutzt.

Die Hypothesen könnten in einer quantitativen Erhebung geprüft werden.

8.3 Teilöffentlichkeiten

Wie in Kapitel 4.5 erläutert wurde, werden die Probanden und Probandinnen nach dem Modell der Teilöffentlichkeiten nach Grundig und Hunt klassifiziert. Das Modell wurde im erwähnten Abschnitt erläutert.

Alle Befragten zählen zur aktiven Teilöffentlichkeit da alle drei Variablen auf sie zutreffen, sie empfinden eine hohe subjektiv wahrgenommene Betroffenheit, haben ein hohes Problembewußtsein und ein niedriges Restriktionsempfinden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen empfinden die Biogasanlage als Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität und sehen sie ausgehend von der Standortwahl als Problem. Die Betroffenen sind gewillt, mittels Protestaktionen gegen die Biogasanlage vorzugehen, sollte sie wieder Geruchsbelästigungen hervorrufen. Diese Protestaktionen könnten Demonstrationen, Straßensperren und Anzeigen umfassen. Herr Fiausch gab an, die Anlage persönlich zu kontrollieren und seine Runden in der Anlage zu drehen. (vgl. Interview mit Herrn Fiausch, 12.05.2012, Zeile 817f)

Zwölf Befragte sehen sich als Unterstützer und Unterstützerinnen der Bürgerinitiative, darunter der Sprecher der Bürgerinitiative, Herr Fiausch. Zwei Personen sehen sich nicht als Mitglieder, gehen aber bei Protestaktionen mit. Eine Person, welche die Wiederinbetriebnahme befürwortet, sieht sich zwar nicht als Mitglied, kündigte aber Protestaktionen bei andauernden Belästigungen durch den Betrieb der Anlage an.

9 ZUSAMMENFASSUNG UND RESÜMEE

Die PR-Evaluation nach den VÖA-Kriterien von Burkart hat diese Untersuchung geleitet. Dabei wurde der Fokus vor allem auf bestehende Zweifel an der Wahrheit von präsentierten Daten und Fakten, Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Verantwortlichen und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl, der Biogasanlage und den vertretenen Interessen seitens der Betroffenen gelegt. Die Analyse des Fallbeispiels hat gezeigt, dass man nicht von einem ungestörten Verständigungsprozess sprechen kann da massive Zweifel an den Geltungsansprüchen bestehen. Aus der Untersuchung der Interviews geht hervor, dass die Ziele der VÖA nicht erreicht wurden, da kein Einverständnis zwischen dem Betreiber und den relevanten Teilöffentlichkeiten erreicht wurde.

Man kann sich jedoch nicht von einer Konsens-Illusion leiten lassen, sondern ein erfolgreicher Verständigungsprozess gilt als elementare Voraussetzung eine einvernehmliche Lösung zu erreichen. (vgl. Burkart 1993, S. 11ff) Das ist in dem Fall nicht gegeben. Betrachtet man die drei Kommunikationsebenen nach Burkart, lässt sich folgendes Ergebnis festhalten. (vgl. Burkart 2010, S. 25)

Auf der Ebene der zu thematisierenden Sachverhalte wurde einerseits Konsens darüber erlangt, was unter der Sache zu verstehen ist. Der Wahrheitsgehalt der Behauptungen ist jedoch keineswegs unumstritten, denn es bestehen grundlegende Zweifel an der Wahrheit der thematisierenden Gegenstände (objektive Welt). Auf der Ebene der involvierten Kommunikatoren konnte aufgezeigt werden, dass kaum Ansprechpersonen genannt werden konnten. Es wurden zwar seitens des Betreibers Ansprechpersonen bekanntgegeben, darüber hinaus kam es jedoch zu keiner medialen Erwähnung. Zudem besteht in 14 von 15 Interviews Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers (subjektive Welt). Auf der Ebene der vertretenen Interessen wurden die Ziele vom Betreiber und von den regionalen Medien thematisiert, zum Teil wussten die Betroffenen darüber Bescheid. Es besteht jedoch bei der Mehrheit der Befragten kein Konsens über die Legitimität der Interessen, die Anlage wieder in Betrieb zu nehmen und bei allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen bestehen massive Zweifel an der Legitimität der Standortwahl (soziale Welt).

Bei der Beantwortung der Forschungsfragen wurde auf die Legitimität der vertreten Interessen eingegangen. An dieser Stelle sollen zusätzlich Zweifel an der Legitimität bisheriger Verhaltensweisen des Betreibers thematisiert werden, da massive Zweifel

geäußert wurden. Es wurde von den Betroffenen als nicht legitim empfunden, dass der Rechtsanwalt bei Veranstaltungen provokant lacht und der Betreiber nachweislich seine eigenen Berichte, wie beispielweise Radiointerviews, manipuliert. Man echauffierte sich darüber, dass der Gestank mit einem toten Fuchs begründet wurde, dass Geruchswahrnehmungen hinuntergespielt wurden und das Geruchsprotokolle nicht dazu verwendet wurden, um den Betrieb zu verbessern oder Störfälle zu eruieren, sondern um die Betroffenen als Lügner und Lügnerinnen darzustellen. Die Montage eines Pfeil, der der Überprüfung diene, ob die Biogasanlage stinkt, wurde als sinnlos und Schwachsinn wahrgenommen. Eine Person meinte, die Verantwortlichen haben Gutachten gekauft. Das wird sowohl als Zweifel an der Wahrheit präsentierter Fakten als auch als Zweifel an der Legitimität des Verhaltens gewertet. Die Betroffenen fühlten sich vom Betreiber nicht ernst genommen, Herr Fiausch brachte es auf den Punkt und fasste zusammen, dass „die 100-prozentige Verarschung des Volkes“ stattgefunden hat. (Interview mit Herrn Fiausch, Zeile 125f) Die Betroffenen fühlten sich vom Bürgermeister im Stich gelassen, eine Person fühlte sich sogar bedroht. In einem Interview wurde geäußert, dass Schindler ein Politmensch sei, dem alles egal ist. Des Weiteren wurden auch Zweifel an der Legitimität des Verhaltens von Herrn Mag. Trumler geäußert, welche bei der Beantwortung der Forschungsfrage über die Qualität der Unternehmenskommunikation angeführt wurden. Demzufolge bestehen grundlegende Zweifel an der Legitimität des Verhaltens der Verantwortlichen Personen.

Betrachtet man die einzelnen Phasen der VÖA, um die Ergebnisse der Analyse zusammenfassend darzustellen, geht folgendes hervor.

In der Informationsphase geht es darum, die relevanten Teilöffentlichkeiten über Sachverhalte das Unternehmen betreffend, die mit einer Biogasanlage relevanten Zusammenhänge und die Legitimität des Vorhabens zu beleuchten. Es wurden grundsätzliche Informationen über aktuelle Vorgänge und das Unternehmen wie relevante Personen des Unternehmens präsentiert, Auskünfte über die Beteiligungsverhältnisse des Reinhalteverbandes oder die Stadtwerke Leoben wurden nicht angeführt. Die Betroffenen weisen durchschnittlich einen angemessenen Wissensstand auf. Es ist zu einer medialen Thematisierung der relevanten Sachverhalte gekommen, diese war aber allgemein gehalten und nannte wenig detaillierte Zusammenhänge. Diese wären in jedem Fall hilfreich für ein besseres Verständnis der Betroffenen gewesen. Dabei hätte der Betreiber mehr Informationen zur Verfügung stellen müssen. Ziele wurden vom Betreiber thematisiert, jedoch sind angesichts der bestehenden Ablehnung der Anrainer und

Anrainerinnen sehr wenige Argumente zur Rechtfertigung der gewählten Abfallverwertung und der Standortwahl dargelegt worden. In der medialen Berichterstattung wurden die Ziele zum Teil erwähnt, angesichts des Widerstandes kann man den medialen Niederschlag nicht als angemessen bezeichnen. Das könnte auch ein Grund dafür sein, dass sich nicht alle Betroffenen an Ziele beziehungsweise Gründe für den Bau beziehungsweise die Wiederinbetriebnahme erinnern konnten. Zudem äußern 13 der 15 Teilnehmer und Teilnehmerinnen grundlegende Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen. Es besteht massiver Rechtfertigungsbedarf bezüglich der Begründung der Standortwahl, der Abfallverwertung mittels einer Biogasanlage beziehungsweise der Energiegewinnung. Darüber hinaus wurden den Betroffenen zu Folge die Konsequenzen, die für die Bevölkerung entstanden sind, verheimlicht. Im Sinne der VÖA gilt es transparent zu handeln, daher hätten alle relevanten Fakten präsentiert werden müssen und man hat dementsprechend nicht im Sinne der VÖA gehandelt. Darüber hinaus war den Betroffenen nicht klar, dass ihre Anliegen in das Verfahren aufgenommen wurden, als hätten sie eine Parteienstellung. Nach Trumler hatten sie ein „Upgrade“ erfahren. (vgl. Interview mit Trumler 02.04.2012, Zeile 69ff)

In den Pressetexten und Artikeln gingen keine Ansprechpersonen für die Betroffenen hervor. Im Interview mit Herrn Trumler wurden die Kommunikationsagentur und Herr Schindler genannt. 14 Probanden und Probandinnen konnten keine aktuelle Kontaktperson des Unternehmens nennen und äußerten Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation. Aufgrund der massiven Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen und da bei der Mehrheit keine Ansprechpersonen bekannt waren, kann man lediglich von einem Teilerfolg in der Informationsphase sprechen.

Erfolg in der Diskussionsphase bedeutet, dass das Unternehmen einen Dialog herstellt und sich kritisierten Punkten gegenüber nicht verschlossen zeigt. (vgl. Burkart 2010, S. 29) Es sind Experten und Expertinnen bei einer Informationsveranstaltung zu Wort gekommen. Einem Betroffenen zu Folge haben diese aber etwas nicht zum Thema passendes präsentiert. (vgl. Kategoriensystem, Zeile 484) In einem Pressetext und einem Artikel wurde über ein Gutachten der Energie Steiermark berichtet. Es wurde eine Diskussion zu den strittigen Themen mittels Informationsveranstaltungen und Informationsplattformen ermöglicht, diese wurden von den Betroffenen mehrheitlich als sinnlos und zeitverschwendend erachtet. Es gab keine Homepage, die eine aktive und direkte Auseinandersetzung ermöglicht hätte und 14 Betroffenen war keine konkrete Ansprechperson des Unternehmens bekannt und das Unternehmensimage ist überwiegend

negativ. Die Geltungsansprüche werden angezweifelt, daher kann man trotz der gebotenen Diskussionsmöglichkeiten nur von einem Teilerfolg in der Diskussionsphase sprechen.

Wie bereits in Kapitel 4 erläutert wurde, werden Diskurse geführt, um ein gestörtes Einverständnis wiederherzustellen. (vgl. Burkart 2010, S. 20)

Betrachtet man die Diskursphase lässt sich zusammenfassend festhalten, dass Ziele und Werturteile vom Betreiber präsentiert wurden und es wurde in den untersuchten Artikeln darüber berichtet. Die Mehrheit der Anrainer und Anrainerinnen wusste über das Werturteil der energiepolitisch sinnvollen Anlage Bescheid. Jedoch waren nicht allen Rezipienten und Rezipientinnen die konkreten Werturteile klar. Da massive Zweifel am Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit, also Vertrauenswürdigkeit der Verantwortlichen bestehen, hätte der Betreiber Handlungen setzen müssen, die das Vertrauen wieder aufbauen. Den Interviews zufolge haben die Mitwirkenden gegensätzlich gearbeitet und nicht im Sinne der VÖA gehandelt, denn sie haben laut den Interviewteilnehmern und Interviewteilnehmerinnen gelogen, betrogen und Informationen verheimlicht. Es existieren massive Zweifel an den Geltungsansprüchen und angesichts dessen ist der Betreiber seiner Rechtfertigung von Interessen und Zielen und der Präsentation von Wahrheitsbeweisen nicht gänzlich nachgekommen. Da weder auf der Ebene der Sachurteile, noch auf der Ebene der Werturteile ein Einverständnis erreicht werden konnte, kann man nicht von einem Erfolg in der Diskursphase sprechen.

Mittels der Situationsphase lässt sich nun festhalten, da massive Zweifel an den Geltungsansprüchen der Wahrheit, Wahrhaftigkeit und an der Legitimität der vertretenen Interessen geäußert wurden, vor allem die Anlage auf Kosten der Bewohner und Bewohnerinnen wieder in Betrieb zu nehmen, dass mit den betroffenen Anrainern und Anrainerinnen kein Einverständnis erzielt wurde. Zum Teil besteht auch Unsicherheit bei einem kleinen Teil der Interviewteilnehmer und Interviewteilnehmerinnen ob die Anlage Atommüll oder hochgiftige Abfälle lagert. Darauf sollte in jedem Fall reagiert werden.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen hätten sich gewünscht, in die Planung der Biogasanlage und Eruierung der Probleme miteingebunden zu werden. Sie hätten es sich vorstellen können, mit den Geruchsprotokollen dabei zu helfen, die Anlage zu optimieren. Den Betroffenen zu Folge wurden diese aber dazu verwendet, die Anrainer und Anrainerinnen als Lügner und Lügnerinnen darzustellen. Demnach hat der Betreiber sein Ziel verfehlt, gemäß dem Erreichen eines Einverständnisses zu handeln.

Zwei Personen, die sich grundsätzlich gegen die Wiederinbetriebnahme aussprechen, könnten sich vorstellen, dass sie zustimmen, wenn eine Hotline eingerichtet wird an die man sich bei Geruchsbelästigungen wenden könnte. Grundsätzlich sprechen sich jedoch auch die Befürworter und jene, die sich eine Wiederinbetriebnahme eventuell vorstellen könnten, gegen die Wiederinbetriebnahme aus, wenn es wieder zu einer massiven Beeinträchtigung der Lebensqualität kommt und die Teilnehmer und Teilnehmerinnen gaben an, darauf mit Protestmaßnahmen zu reagieren.

Betrachtet man nun diese Wünsche sollte der Betreiber in erster Instanz eine Hotline einrichten, um einen Dialog mit der relevanten Teilöffentlichkeit zu ermöglichen. Zudem wäre die Installation einer Homepage zu empfehlen, um den Bewohnern und Bewohnerinnen eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema zu erleichtern. Die Informationsveranstaltungen und -plattformen sollten in jedem Fall beibehalten werden, um eine direkte Kommunikation mit Interessierten und Gegnern und Gegnerinnen zu ermöglichen. Es ist wichtig, relevante Fakten wie die Beteiligungsverhältnisse klar zu stellen und Informationen transparent zu gestalten und vor allem alle relevanten Informationen zugänglich zu machen. Zudem sollten angesichts der bestehenden Zweifel an der Legitimität der Betreiber bemüht sein, verstärkt Werturteile zu kommunizieren und die Betroffenen zur aktiven Mitarbeit aufgerufen werden, um sie in die aktuellen Vorgänge miteinzubeziehen. Des Weiteren sollten die Verantwortlichen auf die in dieser Arbeit thematisierten Ängste, wie die Furcht vor krebserregenden Stoffen, eingehen.

Aus der Untersuchung geht klar hervor, dass kein Einverständnis erreicht werden konnte und man nicht von einem erfolgreichen Verständigungsprozess sprechen kann. Dennoch sollte der Betreiber nicht ausschließlich seine Interessen fokussieren sondern an einem Dialog im Sinne der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit interessiert sein, um einem Einverständnis näherzukommen und die Konsensbereitschaft seitens der Betroffenen zu erhöhen. Dann besteht vielleicht die Chance auf eine einvernehmliche Lösung des Konfliktes.

10 LITERATURVERZEICHNIS

- Atteslander, Peter (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung. 11., neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Beck, Kurt (2011): Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung – Neue Chancen für die Demokratie. In: Beck, Kurt/ Ziekow, Jan. Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 21-30.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Benoit, William L. (2000): Another visit to the theory of image restoration strategies. In: Communication Quarterly, 48:1. S. 40-43.
- Benoit, William L. (1997): Image repair discourse and crisis communication. In: Public Relations Review, 23:2. S. 177-186.
- Bentele, Günter (2008): Objektivität und Glaubwürdigkeit: Medienrealität rekonstruiert. Hrsg. und eingeleitet von Wehmeier, Stefan/ Nothhaft, Howard/ Seidenglanz, René. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bohnsack, Ralf (2003): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 5. Auflage. Opladen: Leske+Budrich.
- Berg-Schlosser, Dirk/ Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.) (1999): Perspektiven der Demokratie. Probleme und Chancen im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.
- Bergler, Reinhold (2008): Identität und Image. In: Bentele, Günter/ Fröhlich, Romy/ Szyszka, Peter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Mit Lexikon. 2., korrigierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 321-334.
- Burkart, Roland (2010): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit. In: Hömberg/ Walter, Hahn/ Daniela, Schaffer/ Timon B. (Hrsg.): Kommunikation und Verständigung. Theorie – Empirie – Praxis. Festschrift für Roland Burkart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 17-38.

- Burkart, Roland (1998.): Von verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit zum diskursiven Journalismus. In: Duchkowitsch, Wolfgang/ Hausjell, Fritz/ Hömberg, Walter/ Kutsch, Arnulf/ Neverla, Irene (Hrsg.): Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Festschrift für Wolfgang R. Langenbucher zum 60. Geburtstag. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 163-172.
- Burkart, Roland (1996): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit: Der Dialog als PR-Konzeption. In: Bentele, Günter/ Steinmann, Horst/ Zerfaß, Ansgar. Dialogorientierte Unternehmenskommunikation. Grundlagen – Praxiserfahrungen – Perspektiven. Serie Öffentlichkeitsarbeit/ Public Relations und Kommunikationsmanagement. Band 4. Berlin: Vistas. S. 245-271.
- Burkart, Roland (1995): Erfolg und Erfolgskontrolle in der Öffentlichkeitsarbeit: eine Antwort auf kommunikationstheoretische Grundlagen. In: Baerns, Barbara (Hrsg.): PR-Erfolgskontrolle. Messen und Bewerten in der Öffentlichkeitsarbeit. Verfahren, Strategien, Beispiele. Frankfurt am Main: IMK. S. 71-84.
- Burkart Roland (1993): Public Relations als Konfliktmanagement: Ein Konzept für verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Untersucht am Beispiel der Planung von Sonderabfalldeponien in Niederösterreich. Studienreihe Konfliktforschung, Bd. 7. Hrsg.: Anton Pelinka; Christian Haerpfer. Unter Mitarbeit von Sabine Probst. Wien: Wilhelm Braumüller Verlag.
- Caillouet, H. Rachel/ Watkins A. Myria (1996): Impression Management Strategies Employees Use When Discussing Their Organization's Public Image. In: Journal of Public Relations Research, 8:4. Publisher: Lawrence Erlbaum Associates. S. 211-227.
- Cameron, G. T. /Pang, A./ Jin, Y. (2008): Contingency theory: Strategic management of conflict. In: T. L. Hansen-Horn/ B. D. Neff (Eds.). Public relations: From theory to practice. Boston: Pearson. S. 134-157.
- Cloudman, Reghan/ Hallahan, Kirk. (2006): Crisis communications preparedness among U.S. organizations: Activities and assessments by public relations practitioners. In: Public Relations Review, 32. S. 367-376.
- Coombs, W. T. (1999): Ongoing crisis communication: Planning, managing and responding. Thousand Oaks: Sage.

- Dewey, John (1927): *The Public and its Problems*. Chicago: Swallow.
- Ditges, Florian/ Höbel, Peter/ Hofmann, Thorsten (2008): *Krisen-Kommunikation*. Konstanz: UVK.
- Ebert, Theodor (a) (1982): Pazifismus und Ökologiebewegung. Notizen einer Vortragsreise. In: Ebert, Theodor. *Gewaltfreie Aktion und Bürgerinitiativen*. Frankfurt am Main: Deutsches Pax-Christi-Sekretariat. Nr. 20. S. 25-47.
- Ebert, Theodor (b) (1982): Ziviler Ungehorsam aus politischer Verantwortung. Gewaltfreier Widerstand von Bürgerinitiativen gegen großindustrielle Anlagen. In: Ebert, Theodor. *Gewaltfreie Aktion und Bürgerinitiativen*. Frankfurt am Main: Deutsches Pax-Christi-Sekretariat. Nr. 20. S. 48-62.
- Ebert, Theodor (c) (1982): Bürgerinitiativen und gewaltfreie Konfliktaustragung. In: Ebert, Theodor. *Gewaltfreie Aktion und Bürgerinitiativen*. Frankfurt am Main: Deutsches Pax-Christi-Sekretariat. Nr. 20. S. 8-24.
- Fraas, Claudia/ Meier, Stefan/ Pentzold, Christian (2012): *Online-Kommunikation. Grundlagen, Praxisfelder, Methoden*. München: Oldenbourg Verlag.
- Gassert, Kathrin (2003): *Risikokommunikation von Unternehmen. Modelle und Strategien am Beispiel gentechnisch veränderter Lebensmittel*. Dissertation. Universität Lüneburg. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Glasl, Friedrich (1992): *Konfliktmanagement. Ein Handbuch zur Diagnose und Behandlung von Konflikten für Organisationen und ihre Berater*. Freies Geistesleben. 3. Auflage. Stuttgart. Bern: Paul Haupt.
- Grabill, Jeffrey T./ Simmons, W. Michele (1998): Toward a critical rhetoric of risk communication: Producing citizens and the role of technical communicators. In: *Technical Communication Quarterly*, 7:4. S. 415-441.
- Grunig, James E./ Hunt, Todd (1984): *Managing Public Relations*. New York: Holt, Rinehart and Winston.
- Güttersberger, Axel (2011): "David" gegen "Goliath". Eine Untersuchung der Kommunikationsstrategien zweier Akteure im PR-Konflikt. Hamburg: Diplomica.

- Habermas, Jürgen (1999): Moralbewußstein und kommunikatives Handeln. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1984): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Haffner, Sebastian (1984): Die neue Sensibilität des Bürgers. In: Guggenberger, Bernd/ Kempf, Udo (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. 2., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 83-95.
- Heath, Robert L. (1997): Strategic issues management: Organizations and public policy challenge. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Heath, Robert L./ Palenchar, Michael J. (2002): Another Part of the Risk Communication Model: Analysis of Communication Processes and Message Content. In: Journal of Public Relations Research, 14:2. S. 127-158.
- Heath, Robert L./ Palenchar, Michael J. (2000): Community Relations and Risk Communication: A Longitudinal Study of the Impact of Emergency Response Messages. In: Journal of Public Relations Research, 12:2. S. 131-161.
- Holladay, Sherry J. (2009): 'Crisis Communication Strategies in the Media Coverage of Chemical Accidents'. In: Journal of Public Relations Research, 21:2. S. 208-217.
- Holtzhausen, Derina R./ Roberts, Glen F. (2009): 'An Investigation into the Role of Image Repair Theory in Strategic Conflict Management'. In: Journal of Public Relations Research, 21:2. S. 165-186.
- Jarren, Otfried/ Donges, Patrick (2011): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 3., grundlegend überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jungermann, Helmut/ Rohrman, Bernd/ Wiedemann, Peter M. (1990): Risiko-Konzepte, Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Band 3. Jülich: Forschungszentrum Jülich GmbH. S. 345-368.

- Kersten, Astrid (2005): Crisis as usual: Organizational dysfunction and public relations. In: Public Relations Review, 31. S. 544-549.
- Kersting, Norbert (2008): Innovative Partizipation. Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In: Kersting, Norbert. Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 11-39.
- Kißler, Leo (1999): Qualifizierung der Demokratie durch politische Öffentlichkeit: Organisationen und Verfahren. In: Berg-Schlosser, Dirk/ Giegel, Hans-Joachim (Hrsg.): Perspektiven der Demokratie. Probleme und Chancen im Zeitalter der Globalisierung. Campus Verlag. Frankfurt am Main/ New York. S. 134-176.
- Kleger, Heinz (1993): Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie. Frankfurt/ New York: Campus Verlag.
- Kohlberg, Lawrence (1996): Die Psychologie der Moralentwicklung. Hrsg. von Althof, Wolfgang unter Mitarbeit von Noam, Gil/ Oser, Fritz. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Kohlberg, Lawrence (1981): Essays on Moral Development. Volume I. San Francisco: Harper & Row.
- Kunczik, Michael (2002): Public Relations. Konzepte und Theorien. 4. Auflage. Köln/ Weimar/ Wien: Böhlau Verlag.
- Kunczik, Michael/ Heintzel, Alexander/ Zipfel, Astrid (1995): Krisen-PR. Unternehmensstrategien im umweltsensiblen Bereich. Public Relations. Band 2. Köln/ Weimar/ Wien: Böhlau Verlag.
- Kumpf, Ute (2011): Mehr direkte Demokratie wagen! In: Beck, Kurt/ Ziekow, Jan. Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 15-20.
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4., vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim/ Basel: Beltz Verlag.
- Luhmann, Niklas (1989): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 3., durchgesehene Auflage. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Luhmann, Niklas (1991): Soziologie des Risikos. Berlin/ New York: Walter de Gruyter.

- Luhmann, Niklas (1990): Soziologische Aufklärung. 5. Konstruktivistische Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mayring, Phillip (1999): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. 4. Auflage. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Mayring, Phillip (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 10., neu ausgestattete Auflage. Weinheim/ Basel: Beltz Verlag.
- Miller, Max (2006): Dissens. Zur Theorie diskursiven und systemischen Lernens. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Münch, Richard (1991): Dialektik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Plocharczyk, Leah (2006): On Organizational Conflict: Reaping the Benefits of Effective Conflict Management. In: Journal of Access Services, 4:1-2. S. 85-120.
- Renn, Ortwin (1989): Risikowahrnehmung - Psychologische Determinanten bei der intuitiven Erfassung und Bewertung von technischen Risiken. In: Hosemann, Gerhard (Hrsg.): Risiko in der Industriegesellschaft: Analyse, Vorsorge, Akzeptanz. Erlangen: Universitätsbund Erlangen. S. 167-192.
- Renn, Ortwin/ Zwick, Michael M. (1997): Risiko- und Technikakzeptanz. Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt« des 13. Deutschen Bundestages (Hrsg.): Konzept Nachhaltigkeit. Berlin/ Heidelberg: Springer-Verlag.
- Rohrmann, Bernd (1990): Akteure der Risikokommunikation. In: Jungermann, Helmut/ Rohrmann, Bernd/ Wiedemann, Peter M. Risiko-Konzepte, Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Band 3. Jülich: Forschungszentrum Jülich GmbH. S. 329-344.
- Roth, Roland (2011): Durch Beteiligung zur Bürgerdemokratie. In: Beck, Kurt/ Ziekow, Jan. Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 45-55.
- Przyborski, Aglaja/ Wohlrab-Sahr, Monika (2008): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg Verlag.

- Ruhrmann, Georg (2008): Risikokommunikation und Konflikt. In: Bentele, Günter/ Fröhlich, Romy/ Szyska, Peter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. 2. korrigierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 524-535.
- Ruhrmann, Georg (1996): Öffentlichkeit, Medien und Wissenschaft. Was leistet Risikokommunikation? Düsseldorfer Medienwissenschaftliche Vorträge. Hrsg. von Süßmuth, Hans. Bonn: ZV Zeitungs-Verlag Service.
- Schenk, Michael (1982): Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen. Empirische Untersuchungen zur interpersonellen Kommunikation und politischen Meinungsbildung. Tübingen: Mohr.
- Schwarz, Andreas (2010): Krisen-PR aus der Sicht der Stakeholder. Der Einfluss von Ursachen- und Verantwortungszuschreibungen auf die Reputation von Organisationen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schwarz, Andreas/ Pforr, Franziska (2011): The crisis communication preparedness of nonprofit organizations: The case of German interest groups. In: Public Relations Review, 37. S. 68-70.
- Sheldon, Catherine A./ Sallot, Lynne M. (2008): Image Repair in Politics: Testing Effects of Communication Strategy and Performance History in a Faux Pas, Journal of Public Relations Research, 21:1. S. 25-50.
- Shin, Jae-Hwa/ Cheng, I-Huei/ Jin, Yan/ Cameron, Glen T. (2005): Going head to head: Content analysis of high profile conflicts as played out in the press. In: Public Relations Review, 31. S. 399-406.
- Steffani, Winfried (1984): Bürgerinitiativen und Gemeinwohl. In: Guggenberger, Bernd/ Kempf, Udo (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. 2., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 57-82.
- Szameitat, Dietrich (2003): Public Relations in Unternehmen. Ein Praxis-Leitfaden für die Öffentlichkeitsarbeit. Berlin/ Heidelberg/ New York: Springer Verlag.
- Uth, Hans Joachim (1990): Risiko-Kommunikation: Chemie. In: Jungermann, Helmut/ Rohrmann, Bernd/ Wiedemann, Peter M. Risiko-Konzepte, Risiko-Konzepte,

Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Band 3. Jülich: Forschungszentrum Jülich GmbH. S. 59-148.

Vogel, Volker (2008): Die „PR-Nanny“. Norderstedt: Books on Demand.

Wiedemann, Peter (2010): Vorsorgeprinzip und Risikoängste. Zur Risikowahrnehmung des Mobilfunks. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wiedemann, Peter M. (1990): Strategien der Risiko-Kommunikation und ihre Probleme. In: Jungermann, Helmut/ Rohrman, Bernd/ Wiedemann, Peter M. Risiko-Konzepte, Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Band 3. Jülich: Forschungszentrum Jülich GmbH. S. 345-368.

Wiedemann, Peter M./ Rohrman, Bernd/ Jungermann, Helmut (1990): Das Forschungsgebiet „Risiko-Kommunikation“. In: Jungermann, Helmut/ Rohrman, Bernd/ Wiedemann, Peter M. Risiko-Konzepte, Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation. Band 3. Wiesbaden: Forschungszentrum Jülich GmbH. S. 1-10.

Onlinequellen

- AKVorrat (12.12.2011): Keine Vorratsdatenspeicherung in Österreich! In: <http://akvorrat.at/> [Stand: 15.02.2012]
- Bürgerinitiative Österreich (28.05.2010): Vision. In: <http://www.biö.at/?q=node/6>. [Stand: 15.02.2012]
- Biogas-Netzeinspeisung (15.07.2008): Biogas-Netzeinspeisung. In: <http://www.biogas-netzeinspeisung.at/technische-planung/biogasnutzung-netzeinspeisung/index.html> [Stand: 05.04.2012]
- Biomasseverband OÖ (o.J.): FAQ Biogas. In: http://www.biomasseverband-ooe.at/cms/front_content.php?idcat=97 [Stand: 05.07.2012]
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (02.2006): Nachhaltig Wirtschaften. Forschungsforum. Biogas-Netzeinspeisung in Österreich. Analysen der technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen sowie Pilotprojekte im Rahme von „Energiesysteme der Zukunft“. In: http://www.nachhaltigwirtschaften.at/nw_pdf/fofo/fofo2_06_de.pdf [Stand: 05.07.2012]
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2012): Technische Grundlage für die Beurteilung von Biogasanlagen - 2012. In: <http://www.bmwfj.gv.at/Unternehmen/gewerbetechnik/Documents/TG%20Biogasanlage.pdf> [Stand: 05.07.2012]
- Deutsche Energie Agentur (12.07.2012): Aufbau einer Biogasanlage. In: <http://www.thema-energie.de/energie-erzeugen/erneuerbare-energien/biomasse/biogas/aufbau-einer-biogasanlage.html> [Stand: 04.07.2012]
- Eder, Michael/ Kirchweger, Stefan (01.2011): Aufbereitung & Analyse von Daten aus dem Arbeitskreis Biogas zu kosten bestehender Biogasanlagen. Universität für Bodenkultur. Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Institut für Agrar- und Forstökonomie. In: http://www.wiso.boku.ac.at/fileadmin//H73/H733/pub/Biogas/2011_Studie_Biogas_NOE_2010_.pdf [Stand: 10.07.2012]

Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (a) (o.J.): Energieträger Biogas. In: http://www.gaswaerme.at/bbg/themen/index_html?uid=2653 [Stand: 05.07.2012]

Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (b) (o.J.): Verwendung. In: http://www.gaswaerme.at/bbg/themen/index_html?uid=2665 [Stand: 05.07.2012]

Klima:aktiv (04.02.2011): Biogas in Österreich. In: <http://www.klimaaktiv.at/article/archive/13807/> [Stand:12.07.2012]

Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (16.04.2004): Grundlagen Biogas. Wie funktioniert eine Biogasanlage auf dem Bauernhof? In: <http://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/technik/biogas/grundlagen/index.htm> [Stand: 10.07.2012]

Natural Energy Power (o.J.): Neue Wege zur Energie. Aufbau einer Biogasanlage. In: <http://www.nep-group.com/text/funktion-von-biogas/aufbau-einer-biogasanlage.html> [Stand: 04.07.2012]

Ökostrombericht 2010 (2010): E-Control. Bericht der Energie-Control GmbH gemäß § 25 Abs. 1 Ökostromgesetz. In: <http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/oeko-energie/dokumente/pdfs/ecg-oekostrombericht-%202010.pdf> [Stand: 12.07.2012]

Ökostrombericht 2011 (2011): Bericht der Energie-Control Austria gemäß § 25 Abs 1 Ökostromgesetz. In: http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/oeko-energie/dokumente/pdfs/eca_oekostrombericht%202011.pdf [Stand: 05.07.2012]

Schöberl, Andreas/ Walenta, Andrea (06.02.2012): Biogas lässt Emotionen erneut kochen. In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2941028/biogas-laesst-emotionen-erneut-kochen.story> [Stand: 05.04.2012]

Seebacher, Andrea (21.12.2007) Gasanlage ohne Gestank? In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/684869/index.do> [Stand: 05.04.2012]

- Seebacher, Andrea (01.02.2010): "Wir wollen wieder ein lebenswertes Zuhause". In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2282592/wollen-wieder-ein-lebenswertes-zuhause.story> [Stand: 05.04.2012]
- Tragner, F./ Lins, S./ Hornbachner, D./ Kryvoruchko, V./ Konrad, G./ Bomatter, A. (2008): Biogas Branchenmonitor. Erhebung von Wirtschaftsdaten und Trends zu Biogas in Österreich. Berichte aus Energie- und Umweltforschung. Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. In: http://www.nachhaltigwirtschaften.at/edz_pdf/0841_biogasmonitor.pdf [Stand: 05.07.2012]
- Walenta, Andrea (18.09.2009): Keine Lebensqualität wegen Gestank. In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2136854/geduld-anrainer-nun-zu-ende.story> [Stand: 05.04.2012]
- Walenta, Andrea (08.06.2010): Behörde dreht Biogasanlage das Gas ab. In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2369935/biogasanlage-leoben-muss-sofort-schliessen.story> [Stand: 05.07.2012]
- Walenta, Andrea (17.06.2010): "Bereit, Auskunft zu erteilen". In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2376604/bereit-auskunft-zu-erteilen.story> [Stand: 05.04.2012]
- Walenta, Andrea (11.08.2010): Biogasanlage: Kommunikation soll auf sachliche Ebene führen. In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2442102/biogasanlage-kommunikation-soll-sachliche-ebene-fuehren.story> [Stand:] (30.03.2012)
- Walenta, Andrea (13.01.2012): Biogas: Bescheid des Landes ist da. In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2922001/biogas-bescheid-des-landes-da.story> [Stand: 20.03.2012]
- Walenta, Andrea (31.01.2012): Biogas: Die Anrainer erheben Einwände. In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2935979/biogas-anrainer-erheben-einwaende.story> [Stand: 20.03.2012]
- Walenta, Andrea (14.03.2012): Biogasanlage Leoben: Experten sind weiter am Zug. In: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2698992/biogasanlage-leoben-experten-sind-weiter-zug.story> [Stand: 30.03.2012]

Zeichnemit (o.J.): BürgerInneninitiative: Stoppt die Vorratsdatenspeicherung! In:
<https://zeichnemit.at/> [Stand: 15.02.2012]

11 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<i>Abbildung 1: „Image Restoration Strategies“</i>	25
<i>Abbildung 2: „Geltungsansprüche und Diskurstypen nach der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas)“</i>	41
<i>Abbildung 3: „Ziele einer verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit“</i>	44
<i>Abbildung 4: „PR-Evaluation nach VÖA-Kriterien“</i>	51
<i>Abbildung 5: „Phasen verständigungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit“</i>	52
<i>Abbildung 6: „Characteristics of Four Models of Public Relations“</i>	53
<i>Abbildung 7: „Zentrale Partizipationstypen“</i>	66
<i>Abbildung 8: Funktionsprinzip einer Biogasanlage</i>	74
<i>Abbildung 9: „Biogaszusammensetzung“</i>	76
<i>Abbildung 10: „Entwicklung anerkannter Biogas-Anlagen vom 4. Quartal 2001 – 4. Quartal 2010“</i>	77
<i>Abbildung 11: „Anerkannte Biogas-Anlagen per Ende 2010“</i>	78
<i>Abbildung 12: „Jährlicher Zuwachs der Biogasverträge (Anlagenerrichtungsjahr) in MW“</i>	79
<i>Abbildung 13: „Ablaufmodell des problemzentrierten Interviews“</i>	98
<i>Abbildung 14: Inhaltsanalytisches Ablaufmodell nach Mayring</i>	111
<i>Abbildung 15: „Ablaufmodell zusammenfassender Inhaltsanalyse“</i>	112
<i>Abbildung 16: Bewertung des themenrelevanten Wissensstandes</i>	115

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

<u>ebd.</u>	<u>ebenda</u>
<u>f</u>	<u>folgende</u>
<u>ff</u>	<u>fort folgende</u>
<u>vgl.</u>	<u>Vergleiche!</u>
<u>et al.</u>	<u>und andere</u>
<u>kW</u>	<u>Kilowatt</u>
<u>kWh</u>	<u>Kilowattstunde</u>
<u>GW</u>	<u>Gigawatt</u>
<u>MW</u>	<u>Megawatt</u>
<u>BHKW</u>	<u>Blockheizkraftwerk</u>
<u>BI</u>	<u>Bürgerinitiative</u>
<u>VÖA</u>	<u>Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit</u>
<u>UVS</u>	<u>Unabhängiger Verwaltungssenat</u>

Leitfaden

Forschungsfragen	Kategorie	Ankerbeispiele	Initialfragen	Nachfrage (nicht von sich aus angesprochen)
1. Verfügen die Befragten über einen themenrelevanten Wissensstand hinsichtlich der Biogasanlage Leoben?	Themenrelevanter Wissensstand	- Wurde 2007 in Betrieb genommen - 2010 wieder geschlossen - Aufgrund Anrainer- und Anrainerinnenbeschwerden - massive Geruchsbelästigung - Naturgas wird aus organischen Abfällen erzeugt - Reinhalteverband ist an LE Gas GmbH beteiligt - Momentan werden Anlagenteile umgebaut - Wurde Bescheid abweichend erbaut - Stadtgemeinde ist an LE Gas GmbH beteiligt - Es wird ein Monitoring-System zur Überwachung der Anlage geben	Zu Beginn würde mich interessieren, was Sie über die Biogasanlage wissen? Also was können Sie mir denn über die Biogasanlage erzählen?	Wann wurde die Anlage denn in Betrieb genommen? Wann und warum wurde sie denn wieder geschlossen? Was wird denn dort produziert? Haben Sie sich schon vor dem Betrieb der Anlage mit dem Thema beschäftigt? Was hat eigentlich der Reinhalteverband mit der LE Gas GmbH zu tun? Was ist denn eigentlich dieses Monitoring System?
2. Wie haben die Betroffenen zum ersten Mal von der Biogasanlage Kenntnis genommen?	Zum ersten Mal von der Biogasanlage erfahren	- Selbst gesehen - Von Nachbarn erfahren - Von Verwandten/ Freunden, Freundinnen erfahren - In Zeitung gelesen	Können Sie sich noch erinnern, wie Sie zum ersten Mal von der Biogasanlage erfahren haben?	

		-Vom Betreiber informiert worden		
3. Haben sich die Anwohner und Anwohnerinnen der Standortgemeinde aktiv mit den Fragen und Informationen rund um die Biogasanlage auseinandergesetzt?	Aktive Auseinandersetzung	-Zeitungsartikel gelesen -Im Internet über die Anlage informiert -Im Internet über Biogasanlagen informiert -Betreiber kontaktiert -Geruchsprotokolle geschrieben, -mit Nachbarn gesprochen, - die Stadtgemeinde kontaktiert -mit Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen gesprochen -Ansprechpersonen kontaktiert		Haben Sie sich sonst auf irgendeine Art und Weise über die Anlage informiert? Haben Sie zum Beispiel Zeitungsartikel gelesen? Haben Sie den Kontakt mit dem Betreiber gesucht?
4. Inwieweit wissen die Betroffenen über das Unternehmen LE Gas GmbH Bescheid und sind ihnen Ansprechpersonen bekannt?	Wissenstand über die LE Gas GmbH und Ansprechpersonen	-Herr Schindler ist kaufmännischer Geschäftsführer -Herr Trumler ist Ansprechperson, für Kommunikation zuständig -Keine Ansprechperson bekannt -Herr Neger für Rechtliche Fragen zuständig -Herr Rupp von der Fachabteilung 13a der Landesregierung ist Verhandlungsleiter -Bürgermeister ist Obmann des Reinhalteverbandes -Bürgermeister war nicht für Fragen	Was können Sie mir über den Betreiber der Biogasanlage erzählen? An wen können Sie sich denn innerhalb der LE Gas GmbH bei Fragen zur Biogasanlage wenden?	Gab es bei der Landesregierung eine Ansprechperson? Kennen Sie Herrn Rupp? Und der Bürgermeister, wie steht er zur Biogasanlage und hat er sich um Anliegen gekümmert?

		zuständig		
5. Bestehen bei den Betroffenen Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und dem Bürgermeister als Obmann des Reinhalteverbandes?	Zweifel an Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, an dem Geschäftsführer und an dem Bürgermeister (Zweifel an GA Wahrhaftigkeit)	-Der Betreiber hat uns belogen -Schindler hat uns immer belogen -Der Betreiber wollte/ will uns nur hinters Licht führen -Der Bürgermeister war nicht ehrlich -Betreiber hatte Täuschungsabsichten -Ich halte sie nicht für glaubwürdig -Wenn die den Mund aufmachen, dann lügen sie (meinen sie nicht was sie sagen) -Verweigern die Realität -Wollen alles vertuschen -Stecken alle unter einer Decke -War Täuschung übelster Art		Wie würden Sie denn den Betreiber und die Mitarbeiter beschreiben? Meinen Sie, dass der Betreiber Vertrauenswürdig ist? Und der Bürgermeister als Obmann des Reinhalteverbandes, wie stehen Sie zu ihm?
6. Kennen die Befragten die Ziele der LE Gas GmbH hinsichtlich der Biogasanlage und deren Begründungen und besteht gegebenenfalls Rechtfertigungsbedarf?	Ziele und Begründungen der LE Gas GmbH	-Wollen Ende des Jahres wieder in Vollbetrieb gehen -Wollen Biogas für Autos und die Stadt Leoben erzeugen -Wirtschaftlicher Nutzen für ihr Unternehmen -Wirtschaftlicher Nutzen für Leoben -Wollen Defizite wegmachen -Keine Gründe bekannt	Hat der Betreiber Gründe für den Bau und Betrieb der Biogasanlage genannt?	Wissen Sie, warum die Biogasanlage gebaut wurde beziehungsweise geplant ist, dass sie wieder in Betrieb genommen wird? Zweifeln Sie diese Begründungen an?

7. Empfinden die Betroffenen die Interessen der LE Gas GmbH als angemessen oder bestehen Zweifel an der Legitimität der vertretenen Interessen, folglich an den Werturteilen des Unternehmens, und deren Begründungen und Zweifel an der Legitimität der Standortwahl?	Zweifel an Legitimität der vertretenen Interessen und Begründungen (Zweifel an GA „Richtigkeit“ der Werturteile) Zweifel an Legitimität der Standortwahl (Zweifel an GA „Richtigkeit“ der Standortwahl)	-Das Unternehmen die Anlage wieder in Betrieb nehmen will ist nicht legitim -Ziele der LE Gas GmbH sind nicht legitim -So hätte man nicht handeln sollen -Begründungen sind nicht angemessen -Es gab keine Begründungen, sind sie uns schuldig geblieben -Hätten sich anders verhalten können -Wie kann man neben einem Pflegeheim/ Kindergarten eine Biogasanlage bauen -Kläranlage zu nutzen rechtfertigt Biogasanlage nicht -Standortwahl ist eine Frechheit -Ist nicht legitim -Standortwahl war nicht richtig		Wie denken Sie denn darüber, dass der Betreiber die Anlage wieder in Betrieb nehmen will? Zweifeln Sie an den Begründungen und Argumenten des Betreibers? Wissen Sie, warum die Biogasanlage denn an diesem Standort, in Lerchenfeld, gebaut wurde? Die Standortwahl wird damit begründet, dass dort eine Kläranlage war und Teile genutzt werden konnten. Was halten Sie denn von der Standortwahl? Hätte die Anlage auch an einem anderen Standort gebaut werden können?
8. Äußern die Betroffenen negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit oder ihr Wohlbefinden, ausgehend von der Biogasanlage?	Negative Auswirkungen auf Gesundheit und/ oder Wohlbefinden	-Habe Kopfschmerzen -Hatte Schwierigkeiten schwanger zu werden -Übelkeit durch Geruchsbelästigung -Man kann sich hier nicht mehr wohlfühlen -Überlegen wegzuziehen		Können Sie sich noch an Auswirkungen auf Ihr Wohlbefinden oder Ihre Gesundheit betreffend erinnern, als die Biogasanlage voll in Betrieb war? Und wie schaut das zur Zeit aus?

		-Wollte nicht mehr rausgehen -Es war peinlich Besuch zu empfangen		
9. Haben die Betroffenen an Informationsveranstaltungen oder Bürger- und Bürgerinnenversammlungen teilgenommen?	Partizipation an Informationsveranstaltung und/oder Bürger- und Bürgerinnenversammlung	-Nichts davon gewusst -Nicht informiert worden -Die Informationsveranstaltung(en) habe ich besucht -War bei der Bürger- und Bürgerinnenversammlung -Von einer Bürger- und Bürgerinnenversammlung habe ich nie etwas gehört -Hat mir neue Sichtweisen eröffnet	In welcher Form hat der Betreiber mit Ihnen und den anderen Betroffenen kommuniziert?	Kennen Sie die Informationsveranstaltungen? Waren Sie denn bei einer Informationsveranstaltung? Hat Ihnen diese Veranstaltung andere Sichtweisen eröffnet? Hatten sie das Gefühl ernst genommen zu werden?
10. Wie wird die Unternehmenskommunikation der LE Gas GmbH bei den Betroffenen wahrgenommen?	Wahrnehmung der Unternehmenskommunikation	-Es gab keine Kommunikation -Zur Kommunikation kann ich nichts sagen -Informationsveranstaltung hat mir Sichtweisen geöffnet		Nochmal zur Kommunikation der Betreiber. Was können Sie mir denn noch über die Kommunikation des Betreibers erzählen?
11. Existieren bei den Betroffenen Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation?	Zweifel an Qualität der Unternehmenskommunikation	-Kommunikation war schlecht -Bei der Informationsveranstaltung bin ich nicht ernst genommen worden -Haben unsere Fragen nicht beantwortet -Haben uns belächelt		Wie bewerten Sie die Kommunikation des Betreibers? Was hätte LE Gas GmbH Ihrer Meinung nach bei der Kommunikation anders machen können? Was hätten Sie sich gewünscht?

		-Hätte mir mehr Informationen gewünscht -Keine Transparenz -Es wurde offen mit uns geredet -Kommunikation hat nur die Sichtweisen des Betreibers verteidigt -Kommunikation war gut, keine Verbesserungsvorschläge		
12. Existieren seitens der Teilöffentlichkeiten Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten?	Zweifel an Wahrheit der Daten und Fakten	-Präsentierten Fakten von LE Gas GmbH/ des Betreibers sind erfunden -Fakten Stimmen nicht -Fakten sind falsch -Das ist doch alles ganz anders -Alles was der Betreiber sagt ist unwahr	Wie denken Sie über die Daten und Fakten und Gutachten die der Betreiber präsentiert hat wie zum Beispiel dass die Anlage nicht gesundheitsschädigend ist?	Schenken Sie den Daten und Fakten Glauben? Und Urteile der Experten und Sachverständigen, wie denken Sie über diese Urteile? Meinen Sie, dass sie der Wahrheit entsprechen?
13. Über welches Image verfügt die LE Gas GmbH und die Biogasanlage Leoben bei den Befragten?	Image der LE Gas GmbH und Biogasanlage bei Betroffenen	-ist ein gutes/ schlechtes Unternehmen -Biogasanlage ist eine schlechte Idee gewesen -Betreiber kümmert sich nicht um Bewohner und Bewohnerinnen -Betreiber ist nicht kompetent -LE Gas ist ein tolles Unternehmen -Unternehmen hat viel für uns getan -Unternehmen ist sympathisch/ unsympathisch		Wie stehen Sie zur Biogasanlage und dem Betreiber? Wie würden Sie die LE Gas GmbH beschreiben?

		--Biogasanlage könnte viel Geld bringen		
14. Existieren bei den Betroffenen Zweifel an Legitimität der Biogasanlage Leoben?	Zweifel an Legitimität der Biogasanlage Leoben (Zweifel am GA „Richtigkeit“)	-Mit der Anlage pfeift man auf unsere Bedürfnisse/Anliegen -Bau der Anlage war nicht richtig -Das war/ ist nicht angemessen -Die Biogasanlage ist völlig nutzlos -Hätte nicht gebaut werden sollen		Empfinden Sie die Wiedereinbetriebnahme der Biogasanlage als richtig?
15. Wie werden diese Zweifel von den Betroffenen begründet, auf welcher moralischen Urteilsstufe können die Betroffenen eingeordnet werden?	Moralische Urteilsstufen (Begründung der Zweifel an Standortwahl, GA „Richtigkeit“)	Bin dagegen -weil die Anlage ohnehin bisher zu viel gekostet hat (Stufe 1) -weil man das nicht gegen meinen/ unseren Willen machen kann (Stufe 2) -weil der Bescheid nicht alle Aspekte behandelt hat und der Bau der Anlage nicht rechtens/gerecht ist (Stufe 3) -weil der Bau der Biogasanlage gezeigt hat, dass Rechte der Leobener Bürger übergangen werden/ zeigt, dass man selbst in einer Demokratie nichts zu sagen hat (Stufe 4) Bin dafür -wenn genügend wirtschaftlicher Nutzen erzielt wird und Arbeitsplätze geschaffen werden (Stufe 1)		Nun liegt ja der Bescheid vor, dass Änderungen an der Anlage vorgenommen werden müssen damit sie wieder voll in Betrieb genommen werden darf. Finden Sie es in Ordnung, dass die Anlage wieder betrieben wird wenn diese Verbesserungsmaßnahmen Bescheid konform umgesetzt werden? Wieso sind Sie gegen (für) die Anlage? Also eher aus wirtschaftlichen Gründen oder weil ihre Nachbarn auch dagegen sind oder weil der Bescheid Ihrer Meinung nach nicht rechtens ist?

		-wenn sich Ihre Nachbarn und der Gemeinderat auch für die Anlage aussprechen (Stufe 2) -weil der Bau/ der Bescheid einer solchen Anlage dem Gesetz entspricht (Stufe 3) -weil im Sinne der Demokratie entschieden wurde/ es wichtig ist, einen Beitrag zur Demokratie durch die Herstellung Nachhaltiger Energien zu leisten (Stufe 4)		
16. Kennen die Betroffenen diese Wahrheitsbeweise wie den Bescheid?	Kenntnis von Wahrheitsbeweisen	-Kenne den Bescheid -Habe den Bescheid gelesen -Kenne Bescheid nicht -Kenne den Bescheid, aber nicht gelesen		Was können Sie mir über den Bescheid erzählen?
17. Existieren seitens der Betroffenen Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile wie dem Bescheid?	Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile	-Der Bescheid stimmt so nicht -Das ist doch alles ganz anders -Bescheid ist nicht rechtmäßig -Die Zahlen des Bescheides sind falsch -Die Daten im Bescheid gibt es nicht		Was halten Sie vom Bescheid? Stimmen denn der Bescheid und die Vorgaben Ihrer Meinung nach oder zweifeln Sie am Bescheid?
18. Kann damit gerechnet werden, da	Akzeptanz der Wiederinbetriebnahme	-Wenn Auflagen eingehalten werden, werde ich es akzeptieren		Nun erfolgte ja ein positiver Bescheid, der besagt das die Anlage wieder betrieben

ein positiver Bescheid für eine Wiederinbetriebnahme erfolgte, dass die Betroffenen eine Wiederinbetriebnahme akzeptieren?		-Unter keinen Umständen werde ich Wiederinbetriebnahme akzeptieren -Werde weiterhin dagegen vorgehen (Beschwerden, Berufung) -Wenn es nicht stinkt, werde ich es akzeptieren -Es ist eine Frechheit, dass die Anlage gebaut wurde, werde sie nicht akzeptieren		werden darf wenn Anlagenteile umgebaut werden. Wenn alles umgebaut wurde und nach dem Bescheid gehandelt wird, finden Sie dass die Anlage dann betrieben werden darf? Unter welchen Umständen würden Sie einer Wiederinbetriebnahme zustimmen?
19. Teilöffentlichkeiten		-Berufung gegen Bescheid eingereicht -Mitglied der Bürgerinitiative -Nichts unternommen -Beschwert über die Anlage -Mitglied der BI -jetzt kann man nichts mehr machen	Haben Sie etwas unternommen, um gegen die Anlage oder die Wiederinbetriebnahme vorzugehen oder zu protestieren?	Wenn ja, was? Sind Sie Mitglied der Bürgerinitiative?

Prüfung des Themenrelevanten Wissensstandes

Die folgenden Tabellen dienen zur Überprüfung des Themenrelevanten Wissensstandes. Die ersten beiden Tabellen beinhalten Fragen zu relevanten Personen, die medial kommuniziert wurde sowie Fragen zum Bescheid und der zuständigen Behörde. Die letzte Tabelle beinhaltet Fragen zu Biogasanlagen im Allgemeinen. Die Tabelle wurde den Betroffenen nach dem Interview vorgelegt. Die als richtig zu beantwortenden Fragen sind fett hervorgehoben.

1. Günther Rupp von der Landesregierung ist als Verhandlungsleiter für die Anlage zuständig	richtig	falsch	weiß nicht
2. Ronald Schindler ist kaufmännischer Geschäftsführer der LEGas	richtig	falsch	weiß nicht
3. Michael Resch ist der Jurist der LE Gas	richtig	falsch	weiß nicht
4. Mag. Trumler ist für die Kommunikation rund um die Biogasanlage zuständig	richtig	falsch	weiß nicht
5. Dieter Neger ist Sachverständiger und begutachtet die Biogasanlage	richtig	falsch	weiß nicht
6. Der Bürgermeister der Stadt Leoben ist Obmann des Reinhaltverbandes	richtig	falsch	weiß nicht
7. Einwände seitens der Betroffenen werden vom Unabhängigen Verwaltungssenat behandelt	richtig	falsch	weiß nicht
8. Dieser Verwaltungssenat heißt kurz HS	richtig	falsch	weiß nicht
9. Die Steiermärkische Landesregierung ist auch für Fragen rund um die Anlage zuständig	richtig	falsch	weiß nicht
10. Die Biogasanlage Leoben wurde 2001 in Betrieb genommen	richtig	falsch	weiß nicht
11. Die Anlage wurde Bescheid abweichend erbaut	richtig	falsch	weiß nicht
12. Insgesamt sind 10 geschlossene Anlagenteile nicht Bescheid konform errichtet worden	richtig	falsch	weiß nicht
13. Es wurden bereits mehr als 2 Millionen Euro in die Anlage investiert	richtig	falsch	weiß nicht

14. Die Anlage steht seit Juni 2010 still	richtig	falsch	weiß nicht
15. Die Biogasanlage Leoben wurde mit Tierblut beschickt	richtig	falsch	weiß nicht
16. Die Biogasanlage ist für die Verwendung des Tierblutes gebaut worden daher ist die Verwendung von Tierblut rechtlich gesehen richtig	richtig	falsch	weiß nicht
17. Betreiber der Anlage ist die LE Gas GmbH	richtig	falsch	weiß nicht
18. An der LE-Gas GmbH sind der Reinhaltverband Leoben und die Stadtgemeinde Leoben beteiligt	richtig	falsch	weiß nicht
19. Es wird ein Monitoring-System geben, das der Behörde eine Online-Überprüfung der Anlage und des Betriebs ermöglichen soll	richtig	falsch	weiß nicht
20. Der Bescheid wurde von der Universität Graz erstellt	richtig	falsch	weiß nicht

21. Biogas kann unter keinen Umständen in das Erdgasnetz eingespeist werden	richtig	falsch	weiß nicht
22. Über einen Generator wird Abwärme erzeugt	richtig	falsch	weiß nicht
23. Biogas kann in Strom umgewandelt werden.	richtig	falsch	weiß nicht
24. Biogas wird häufig als brennbares Gas zum Antrieb für Motoren genutzt	richtig	falsch	weiß nicht
25. Biogas ist ein aus Biomasse hergestelltes Gas	richtig	falsch	weiß nicht
26. Mögliche Herkunftsquellen sind unter anderem: Tierische Exkremente aus der Landwirtschaft wie Gülle oder Landwirtschaftliche Stoffe wie Gräser	richtig	falsch	weiß nicht
27. In Biogasanlagen kommen hochgiftige und strahlende Abfälle	richtig	falsch	weiß nicht
28. In einer Biogasanlage wird Atommüll zwischengelagert	richtig	falsch	weiß nicht

Kategorienschema

Da das Material mit der zusammenfassenden Inhaltsanalyse und mit Elementen der strukturierenden Inhaltsanalyse analysiert wurde, werden nachfolgend einige Beispiele angeführt, um die Kategorien voneinander abzugrenzen. Die Ankerbeispiele wurden vor der Analyse nach dem Besuch einer Informationsveranstaltung des Betreibers und einem Gespräch mit dem Sprecher der Bürgerinitiative entworfen, zum Teil wurden Ankerbeispiele des Materials eingefügt. Die zusammengefassten Aussagen der Interviews sind im Kategoriensystem und bei der Beantwortung der Forschungsfragen ersichtlich.

Kategorie	Definition und Abgrenzung	Ankerbeispiele/ Indikatoren
Relevante Sachverhalte	Mit dieser Kategorie wird nach den relevanten Sachverhalten gefragt. Darunter fallen das Jahr der Inbetriebnahme und das Jahr der Schließung. Relevante Personen werden in dieser Kategorie untersucht. Des Weiteren werden in diese Kategorie Aspekte des Widerstandes mitaufgenommen, wenn sie die Wiederinbetriebnahme betreffen, das heißt, in Form der Einsprüche gegen den Bescheid. Sachverhalte die Biogasanlage betreffend werden in hier analysiert wie beispielsweise die Standortbeschreibung, aktuelle Vorgehensweise wie Bautätigkeiten, Erteilung der Betriebsgenehmigung und Aspekte die das Betreiberunternehmen betreffen wie das Geschäftsführer abberufen wurden und es eine Strafanzeige gegen die Geschäftsführung gegeben hat. Zudem werden die Beteiligung anderer Unternehmen/ Verbände	2007 in Betrieb gegangen, 2010 geschlossen, LE Gas GmbH ist der Betreiber, Reinhaltverband und Stadtwerke beteiligt; DI Schindler und Dr. Resch sind Geschäftsführer, Mag. Trumler ist Kommunikationsbeauftragter, Dr. Neger ist Rechtvertreter; Dr. Konrad ist Bürgermeister und Obmann des Reinhaltverbandes; Optimierungsmaßnahmen, Abarbeitung der Vorschriften; kritisierte Punkte von Betreiber auf Anregungen der Anrainerinnen und Anrainer geändert, Schließungsgründe, Auflagen des Landes für Wiederinbetriebnahme; Widerstand: Einsprüche gegen Bescheid; Sachverhalte Biogasanlage: auf Areal der Kläranlage, Bautätigkeiten, sukzessives Hochfahren. Beschwerden: über großen Gestank

	und Investitionen und Kosten und das Monitoring-System in diese Kategorie aufgenommen. Das Anhörrecht der Nachbarn, die weitere Vorgehensweise und die Prüfung der Wirtschaftlichkeit werden in dieser Kategorie analysiert. Darüber hinaus wird der „nicht geruchsfreie Betrieb“ in diese Kategorie aufgenommen und Beschwerden, die mit dem Betrieb einhergehen fließen in diese Kategorie ein.	
Zum ersten Mal von der Biogasanlage erfahren	siehe Operationalisierung	siehe Operationalisierung
Themenrelevanter Wissensstand	Hierunter fällt die Kenntnis der relevanten Sachverhalte, welche in den Medien und vom Betreiber kommuniziert wurden als auch Aspekte die den Ablauf des Betriebs einer Biogasanlage betreffen. Der Themenrelevante Wissensstand wurde zusätzlich mit einer Tabelle erhoben.	Personen: Herr Trumler ist Kommunikationsbeauftragter/ Mediator, Herr Neger ist Jurist der Anlage, Herr Resch ist technischer Beauftragter und Herr Konrad ist Bürgermeister der Stadt Leoben und Obmann des Reinhaltverbandes. Biogasanlage: Verwertung von Mais, Lederspänen, im Jahr 2010 geschlossen, Strom- und Gaserzeugung (vgl. Relevante Sachverhalte)

Ansprechpersonen	Das medial vermittelte Gesprächsangebot der Verantwortlichen wird nicht in die Analyse mitaufgenommen, da daraus nicht dezidiert Ansprechpersonen hervorgehen. Ebenso das Trumler mit Betroffenen Kontakt aufgenommen hat.	Ronald Schindler und Herr Resch als Geschäftsführer der LE Gas GmbH, Herr Trumler als Kommunikationsbeauftragter, Herr Neger als Jurist der Anlage, Herr Konrad als Bürgermeister der Stadt Leoben und Obmann des Reinhalteverbandes.
Kenntnis von Ansprechpersonen	siehe Operationalisierung	keine Ansprechperson bekannt, Herr Neger ist für rechtliche Fragen zuständig, Herr Rupp von der Fachabteilung 13a der Landesregierung ist Verhandlungsleiter, Bürgermeister ist Obmann des Reinhalteverbandes, Bürgermeister war nicht für Fragen zuständig, keine Ansprechpersonen bekannt
Ziele und Begründungen des Unternehmens	siehe Operationalisierung	Bis Jahresbetrieb in Regelbetrieb gehen, Vorgaben des Landes abarbeiten; Energiepolitisch und abfallwirtschaftlich sinnvoll, Nutzung der Kläranlage
Kenntnis der Ziele und Begründungen	Innerhalb dieser Kategorie soll die Kenntnis der Ziele und Begründungen analysiert werden. Darunter fallen auch Gründe, die von den Betreiber und Medien genannten abweichen und wenn jemand keine Kenntnis von Begründungen hatte.	ökologisch, modern, größte Biogasanlage, wirtschaftlicher Nutzen für ihr Unternehmen, wirtschaftlicher Nutzen für Leoben, wollen Defizite wegmachen, wollen alternative Energie erzeugen und wollen nachhaltig handeln
Auseinandersetzung ermöglicht	Darunter fällt das Angebot von Informationsveranstaltungen, Bürgerbüros und die	Projektbegleitende Informationsplattformen, Bürgerversammlungen;

	Kontaktaufnahme mit Betroffenen, die Beschreibung einer Bürger- und Bürgerinnenorientierten Mitwirkung und die nähere Beschreibung von Diskussionsrunden als auch die allgemeine Gesprächsangebot von den Verantwortlichen. Des Weiteren wird die Erläuterung, warum Fragen nicht beantwortet wurden, mitaufgenommen. Die Verhandlung zur Wiederinbetriebnahme wurde in der Kategorie berücksichtigt, da die Verantwortlichen einer Teilnahme von Bürgern und Bürgerinnen zugestimmt haben.	Beantwortung nicht aller Fragen möglich. Besichtigung der Anlage, Information der Anrainer und Anrainerinnen über Projektfortschritt
Mediale Berichterstattung über die Auseinandersetzung	Diese Kategorie untersucht, inwiefern die Medien über die ermöglichte Auseinandersetzung berichtet hat	Betreiber hat Informationsveranstaltung angeboten, es gab Bürger- und Bürgerinnenversammlung, Besichtigung der Anlage, Kontaktaufnahme per Mail/ Telefon
Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten	siehe Operationalisierung	das ist doch alles ganz anders, alles was der Betreiber sagt ist unwahr, glaube die Daten nicht, haben keine Ahnung, wissen nicht was sie sagen, sind nicht mehr glaubwürdig
Partizipation an Informationsveranstaltungen oder Bürgerversammlungen	siehe Operationalisierung	war bei einer Informationsveranstaltung, habe die Bürger- und Bürgerinnenversammlung besucht, hab mir die Anlage angeschaut
Aktive Auseinandersetzung	siehe Operationalisierung	im Internet über Biogasanlagen informiert, Betreiber kontaktiert, Geruchsprotokolle geschrieben, mit

		Nachbarn gesprochen, die Stadtgemeinde kontaktiert, mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gesprochen, Ansprechpersonen kontaktiert, Experten und Expertinnen kontaktiert
Unternehmensimage der LE Gas GmbH/ Image der LE Gas GmbH und Biogasanlage	siehe Operationalisierung	unfähig Anlage zu betreiben, nicht wirtschaftlich, ist ein gutes/schlechtes Unternehmen, wirtschaftlich sinnvoll/ nicht sinnvoll, schlecht/ gut für Leoben, Betreiber kümmert sich nicht um uns, LE Gas ist ein tolles Unternehmen, Unternehmen hat viel für uns getan, Biogasanlage könnte viel Geld bringen
Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, dessen Geschäftsführer und an dem Bürgermeister als Vorstand des beteiligten Reinhaltverbandes	siehe Operationalisierung	der Betreiber wollte/ will uns nur hinters Licht führen, der Bürgermeister war nicht ehrlich, Betreiber hatte Täuschungsabsichten, ich halte sie nicht für glaubwürdig, wenn die den Mund aufmachen, dann lügen sie (meinen sie nicht was sie sagen), verweigern die Realität, wollen alles vertuschen, stecken alle unter einer Decke, war Täuschung übelster Art; es gibt weder ein Firmenschild, noch eine Homepage, psychologische Täuschung
Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben	siehe Operationalisierung	Bau der Anlage war nicht richtig, das war/ ist nicht angemessen, die Biogasanlage ist völlig nutzlos, hätte nicht gebaut werden sollen, dass das Unternehmen die Anlage

		wieder in Betrieb nehmen will ist nicht legitim, Ziele der LE Gas GmbH sind nicht legitim, so etwas tut man nicht, so etwas macht man nicht, das Betreiben der Anlage ist nicht angemessen, Missstände, Gefahr für Bevölkerung, es gibt keine Funktionsgarantie, ist eine Belastung
Wahrheitsbeweise	siehe Operationalisierung	Informationen über Bescheid, Experten und Expertinnen bei Informationsveranstaltung anwesend, Bescheid ist Betroffenen zugänglich, Gutachten besagt, dass Betrieb ohne Gestank nicht möglich ist, Einsprüche zu Bescheid von UVS abgelehnt
Kenntnis von Wahrheitsbeweisen	siehe Operationalisierung	habe den Bescheid gelesen, kenne den Bescheid, aber nicht gelesen, kenne den Bescheid nicht, kenne keine Gutachten
Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile	siehe Operationalisierung	das ist doch alles ganz anders, Bescheid ist nicht rechtmäßig, die Zahlen des Bescheides sind falsch, die Daten im Bescheid gibt es nicht
Unternehmenskommunikation	siehe Operationalisierung	siehe Operationalisierung
Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation	siehe Operationalisierung	die Kommunikation war zu spät, man hat uns nicht zugehört, das war ein Monolog, Trumler hat sein Ziel verfehlt, das wäre sein Geschäft, hat Trumler nicht gut gemacht, es gab keine Kommunikation
Zweifel an der Legitimität der	siehe Operationalisierung	Begründungen sind nicht angemessen, es gab keine

vertretenen Interessen und deren Begründungen		Begründungen, sind sie unschuldig geblieben, hätten sich anders verhalten können, so hätte man nicht handeln sollen
Zweifel an der Legitimität der Standortwahl	siehe Operationalisierung	Kläranlage zu nutzen rechtfertigt Biogasanlage nicht, ist nicht legitim, die Standortwahl war nicht richtig, mit der Standortwahl pfeift man auf unsere Bedürfnisse, wegen der Standortwahl haben wir keine Lebensqualität mehr, bin gegen die Anlage wegen des Standortes, Drecksschleuder im Siedlungsgebiet
Negative Auswirkungen auf Gesundheit und/ oder Wohlbefinden	Wie in der Operationalisierung bereits erläutert wurde, werden bei dieser Kategorie negative Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bewohner und Bewohnerinnen erläutert.	man kann sich hier nicht mehr wohlfühlen, wir überlegen wegzuziehen, ich wollte nicht mehr rausgehen und es war peinlich Besuch zu empfangen
Akzeptanz der Wiederinbetriebnahme	siehe Operationalisierung	werde weiterhin dagegen vorgehen (Beschwerden, Berufung), wenn es nicht stinkt, werde ich es akzeptieren, es ist eine Frechheit, dass die Anlage gebaut wurde, werde sie nicht akzeptieren

Interview mit Herrn Mag. Trumler

Datum: 02.04.2012

Dauer des Interviews: 23:59

Teilnehmende Person: Herr Mag. Trumler, Kommunikationsbeauftragter der LE Gas GmbH (folglich T)

Forscherin folglich mit Yf gekennzeichnet.

1 Yf: Erzählen Sie mir bitte von den bisherigen Informationstätigkeiten des Betreibers
2 beziehungsweise Ihrer Agentur im Auftrag des Betreibers.

3 T: Wir haben also seit 2010 die Kommunikationsarbeit für das Projekt der Biogasanlage
4 Leoben übernommen und haben dann versucht, aufgrund stark anschwellender
5 Diskussionen, ein umfassendes Kommunikationskonzept zu realisieren. Was wir dann
6 auch gemacht haben. Wir haben dann als erstes persönliche Gespräche mit den Anrainern
7 geführt und mit allen Gesellschaftern der Biogasanlage GmbH, eine
8 Informationsveranstaltung für mehr als 3500 Haushalte angeboten und auch
9 dementsprechende Begleitung durch mediale Arbeit und zusätzlich haben wir auch noch
10 der Gesamtbevölkerung eine Betriebsbesichtigung angeboten und als Kernpunkt haben
11 wir eine Informationsveranstaltung für die direkt betroffenen Anrainer installiert, die auch
12 bis heute vorgeführt wird, um jenen, die direkt von der Anlage berührt sind und wo sich
13 auch Widerstände formiert haben, die Möglichkeit zu geben, Informationen aus erster
14 Hand zu bekommen. Bis dorthin haben die Anrainer und Anrainerinnen das als Mangel
15 empfunden, dass sie nicht rechtzeitig oder vielleicht nicht umfassend oder ausreichend
16 informiert wurden.

17 Yf: Und wie sah die Kontaktaufnahme bei den persönlichen Gesprächen aus?

18 T: Die Kontaktaufnahme hat telefonisch stattgefunden und dann hat es Vorgespräche
19 gegeben, auf persönlicher Ebene und speziell mit der formierten Gruppe habe ich dann
20 ein persönliches Gespräch geführt. Eine Gruppe mit so sechs bis acht Nachbarn, eine
21 mehrere Stunden lange Information aber persönliche Information.

22 Yf: Und wurden Pressetexte ausgesendet?

23 T: Die Presse wurde laufend informiert und Pressetexte wurden ausgesendet. Wir haben
24 auch Pressegespräche gemacht wo die Presse dazu eingeladen wurde.

25 Yf: Jetzt hätte ich noch einige Fragen zu den Kontaktmöglichkeiten. Wurden
26 Ansprechpersonen deklariert an die sich die Betroffenen wenden konnten?

27 T: Wir haben zwei Ansprechpartner namhaft gemacht, das eine ist der Geschäftsführer
28 der Biogasanlage Leoben und wir als Kommunikationsagentur waren auch und sind nach
29 wie vor Ansprechpartner für diverse Anfragen und Informationen.

30 Yf: Wurde auch so etwas wie ein Bürgerbüro eingerichtet?

31 T: Bürgerbüro im eigentlichen Sinn gab es nicht, machen wir des Öfteren. In dem Fall ist
32 das Projekt schon so weit fortgeschritten gewesen, das es ein nicht notwendiger Aufwand
33 gewesen wäre, hier auch ein Bürgerbüro einzurichten. Aber wie gesagt die
34 Kommunikationsmöglichkeiten E-Mail und per Telefon, um dann auch spontan reagieren
35 zu können, wurden eingerichtet.

36 Yf: Im Sinne der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit ist es so, dass man auf
37 ein Einverständnis zwischen Betreiber und Bürger, Betroffene abzielt. Gab es die
38 Intention einer aktiven Mitwirkung oder Miteinbeziehung der Betroffenen in die
39 Planung?

40 T: Es war auch hier die Ausnahme, die aktive Mitwirkung war zum Zeitpunkt wie wir
41 beauftragt wurden, da waren bereits Fakten auf dem Tisch und ein mehrjähriger
42 Probetrieb ist schon gelaufen, so, dass also bauliche Aktivitäten schon Fakten waren.
43 Es gab aber dann eine Schließung der Anlage aufgrund gewisser Unzulänglichkeiten. Ab
44 diesem Zeitpunkt haben wir dann aktiv gearbeitet, auch mit den Neuauflagen, mit den
45 gewerblichen und mit den Auflagen der Behörde und auch bei der Behördenverhandlung
46 haben wir also versucht die Leute so zu informieren, dass sie also wirklich beim zweiten
47 Durchgang also nach der Schließung und bis zum Einlangen eines positiven Bescheides
48 die Leute informiert werden konnten.

49 Yf: Und aktiv Miteinbezogen in die Umsetzung der Änderungen?

50 T: Sie wurden informiert, es sind auch Vorschläge gekommen aber allerdings in geringem
51 Ausmaß, da muss ich dazu sagen, weil das auch für Fachleute eine komplexe Anlage ist,
52 so dass eine Bürgerorientierte Mitwirkung bei technischen Belangen sozusagen nicht
53 zielführend ist. Das wurde angeboten und Informationen der Bürger wurden
54 mithineingenommen, es wurden kritisierte Zustände berücksichtigt und wurden auch von
55 der Behörde und vom Betreiber mitaufgenommen im zweiten Behördenverfahren und
56 dementsprechend wurden sie entweder von der Behörde gewürdigt oder dementsprechend
57 nicht gewürdigt aber da ist der Bürgeranteil bereits enthalten gewesen. Die Bürger, und
58 das war auch auf unser Drängen hin, hatten Parteienstellung, wie wohl sie de facto aus
59 gesetzlichen Gründen keine Parteienstellung hatten sondern nur Anhörungsrecht, aber es
60 wurden ihre Einwände so behandelt, als würden sie eine Parteienstellung haben. Das war

61 sozusagen ein Upgrade der Stellung der Bürgerinitiative oder der Bürger, die sich
62 konzentrierenden Bürger.

63 Yf: Man kann also sagen, es gab die Absicht mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen?

64 T: Es war ursprünglich die Absicht und ist dann auch so realisiert worden bis zum
65 heutigen Tag. Wir haben also eine offensive und transparente Vorgehensweise und was
66 also jetzt seit zwei Jahren den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Anlage betrifft.
67 Es wurden also die Bürger immer informiert wenn auch nicht alle Maßnahmen der
68 Behörde das Wohlwollen der Bürgerinitiative findet.

69 Yf: Und in den Medien konnte man lesen, wie Sie auch gesagt haben, hat es auch
70 Bürgerversammlungen gegeben. Wie viele waren das?

71 T: Ja, wir haben also zwei große Bürgerversammlungen gemacht: Groß in dem Sinn, es
72 waren also einmal 50 und einmal in etwa 70 Besucher und Besucherinnen da obwohl wir
73 beim zweiten Mal sogar auch noch Nachbargemeinden eingeladen haben, also wir haben
74 da 4500 Haushalte eingeladen und von denen sind dann so in etwa 60 oder 70 Personen
75 gekommen.

76 Yf: Und ich habe in der Medien gelesen, dass Informationen für die Bürgerinitiative und
77 Bürgerversammlungen für Interessierte und diese Informationsplattform getrennt
78 abgehalten worden sind. Welche Intention stand hier dahinter?

79 T: Ja, also die Intention ist eine sehr klare. Ein Arbeits- und Diskussionsforum ist nur
80 möglich mit einer gewissen, begrenzten Teilnehmerzahl die wir so zwischen 12 und 15
81 Personen einschätzen wobei die kritisch der Anlage eingestellten Bürger ihre Vertreter
82 nominieren konnten und das auch bis zum doppelten des Angebotes, der angebotenen
83 Personenzahl genutzt wurde. Aber wir haben das auch nicht als Problem gesehen. Es ist
84 unmöglich mit der gesamten Bevölkerung permanent und direkt zu kommunizieren. Und
85 das hat uns auch die wichtige Teilnahme der 50 beziehungsweise 70 Personen, wo dann
86 grob gerechnet 4500 Haushalte mit zweieinhalb Personen, sind in etwa 10.000 12.000
87 eingeladene Personen, wovon in etwa 0,5 Prozent anwesend waren. Das gibt mir das
88 Zeichen, dass das ein sehr, (2) sehr wichtiges Thema ist für einen begrenzten Teil der
89 Anrainer und Anrainerinnen.

90 Yf: Und abgesehen von der Bürgerversammlung gab es ja diese Informationsplattform?

91 T: Ja es gibt eine Informationsplattform die für die direkt berührten Anrainerinnen und
92 Anrainer eingerichtet wurde und die auch heute noch lebt und aktiv ist und mit dem
93 Probetrieb dann wieder aktiv aufleben wird weil in der Zwischenzeit ohne Betrieb
94 technische Maßnahmen innerhalb der Anlage getroffen wurden.

95 Yf: Wie sieht diese Informationsplattform aus?

96 T: Das ist eine direkte und persönliche. Wir setzen in unserer Arbeit sehr viel auf direkte
97 Information und Kommunikation. Das ist wie gesagt eine Einrichtung bestehend aus
98 einmal mehr, einmal weniger 12 Personen von den Anrainerinnen und Anrainern. Daran
99 nehmen auch die Verantwortlichen der LE Gas Teil, auch der Juristische Berater und
100 Rechtsvertreter so dass man alle Punkte und auch Techniker, so dass man alle Fragen
101 direkt und persönlich beantworten kann.

102 Yf: Und von diesen Informationsplattformen gibt es insgesamt vier?

103 T: Es waren bis dato vier Informationsplattformen.

104 Yf: Jetzt gibt es ja den Bescheid, dass gewisse Sachen geändert werden müssen. Ist der
105 Bescheid allen Betroffenen zugänglich?

106 T: Der Bescheid ist aufgrund der Aufwertung, der nicht vorgesehenen Aufwertung der
107 Anrainerinnen und Anrainer ganz in unserem Sinne von der Kommunikation her, hat die
108 Behörde auch dieser Gruppe den Bescheid zur Verfügung gestellt und die hat ihn sowie
109 das betreibende Unternehmen.

110 Yf: Die wichtigsten Änderungen sind, dass fünf Anlagenteile geändert werden müssen.

111 T: Ja es waren also fünf Anlagenteile die aus unterschiedlichsten Gründen von der
112 Behörde geschlossen wurden, temporär geschlossen wurden und unter gewissen Auflagen
113 und Adaptionen und nachträglichen juridischen Änderungen ist es jetzt nach weiteren
114 Auflagen möglich, in einen regulären Betrieb überzuführen. Was also jetzt gerade
115 passieren wird und technische Adaptionen und in der zweiten Jahreshälfte bis Ende 2012
116 hoffen die Betreiber, dass sie dort einen Konsens mit der Behörde finden was also den
117 Regelbetrieb, den überführenden Regelbetrieb, betrifft.

118 Yf: Es ist ja so, dass vielen Anrainern die Standortwahl ein Dorn im Auge ist. Wie stehen
119 Sie dazu beziehungsweise der Betreiber? Hält dieser die Standortwahl für legitim?

120 T: Zur Standortwahl kann ich relativ wenig sagen weil wir erst einige Jahre nach
121 Baubeginn der LE Gas Biogasanlage beauftragt wurden. Die Standortwahl wurde so
122 begründet, dass dort bereits eine Kläranlage ist, dass dort einige Einrichtungen doppelt
123 genutzt werden können und das Synergieeffekte hat und dass eine Kläranlage
124 bekanntermaßen schon eine Geruchsbelastung mit sich bringt, in einem gewissen Ausmaß
125 und einem gesetzlichen Rahmen, so dass man dort gefunden hat, dort würde eine
126 Biogasanlage auch möglich sein unter erträglichen Belastungen für die Anrainer und die
127 Bevölkerung.

128 Yf: Wie bereits hat die verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit das Ziel des
129 Einverständnisses zwischen Unternehmen und Betroffenen. Gibt es eine
130 Kompromissbereitschaft seitens des Betreibers das man gewisse Sachen ändert oder
131 orientiert sich der Betreiber an den Auflagen der Behörde?

132 T: Also es hat sich hier eine Mischform herauskristallisiert. Es sind einige kritisierte
133 Punkte von dem Betreiber geändert worden auf Anregungen der Anrainerinnen und
134 Anrainer, dann aber auch ganz klar auf Vorschreiben der Behörde und Vorgaben der
135 Behörde die ja auch wie gesagt die Anrainermeinungen sozusagen als Parteienstellung
136 übernommen haben in das Verfahren, diese dementsprechend gewürdigt hat und diese
137 dann in einem gewissen Ausmaß berücksichtigt hat und es dementsprechende Vorgaben
138 und Vorlagen für die LE Gas gibt, die es jetzt umzusetzen gilt oder die bereits umgesetzt
139 wurden.

140 Yf: Das heißt, man kann von einer Kompromissbereitschaft sprechen?

141 T: Nein, es ist also eine, zumindest seitdem wir das Projekt in der Öffentlichkeitsarbeit
142 vertreten, gibt es eine Kompromissbereitschaft, auch eine offene Informationspolitik von
143 der ich gehört habe, das sie vorher nicht in diesem Ausmaß da war und das auch ein stark
144 kritisierten Punkt war.

145 YF: Nach Aussagen der LE Gas will das Unternehmen alle Auflagen erfüllen und die
146 Bürgerinitiative spricht sich ja für eine Abschaltung der Anlage aus. Gibt es ihrer
147 Meinung nach die Möglichkeit einen Einverständnisses, das man sagt, sie werden sich
148 einigen?

149 T: Es scheint also nicht einfach zu sein. Also wir von der Kommunikation werden nicht
150 von dem Weg abrücken ein bestmögliches Ergebnis zu erzielen für beide Seiten, für die
151 LE Gas und auch für die die Anrainerinnen und Anrainer wobei also in Streitfällen oder
152 in diskussionswürdigen Punkten sicher der neu aufgestellte Bescheid das Maß der Dinge
153 sein wird. (4)

154 Yf: In einem Artikel habe ich gelesen, dass bei der Infoveranstaltung im Februar einige
155 Fragen nicht beantwortet wurden beziehungsweise nur zum Teil. Was steckt da dahinter?
156 Warum wurden die Fragen nicht oder nur zum Teil beantwortet?

157 T: Es wurden jene Informationen und Antworten gegeben, die zu dem Zeitpunkt möglich
158 waren. Nicht möglich sind Dinge wie, wann der Betrieb beginnen wird oder wie ein
159 schrittweises Hochfahren der Anlage sein wird weil das also auch Dinge sind (2), weil es
160 ist auch eine neue technische Geschäftsführung installiert bei der LE Gas, das ist eine
161 sehr professionelle, die aber keine falschen Versprechungen machen will sondern mit den

162 Experten, mit den Fachleuten und Mitarbeitern ein schrittweises und kontinuierliches
163 Hochfahren ermöglichen will, deswegen waren also gewisse Punkte zu dem Zeitpunkt
164 nicht ausreichend zu beantworten.

165 Yf: Noch eine Frage zur Kompromissbereitschaft. Wird die Anlage auch ohne
166 Einverständnis der Bürger wieder betrieben?

167 T: Es wäre blauäugig zu behaupten, dass die Chancen auf eine 100 prozentige Einigung
168 gegeben sind. Das ist also ein sehr ((langwieriges)) Projekt wo sich einiger Ärger über die
169 Jahre aufgestaut hat. Basis und Richtschnur werden die strengen und umfassenden
170 Auflagen des Landes Steiermark sein und sind für den Betrieb einzuhalten. Und das wird
171 also die Richtschnur sein, an der sich alle zu orientieren haben. Weil das die Behörde ist,
172 die Messwerte und Verfahrensabläufe und Kontrollinstanzen also diese umfassenden
173 vorgeschrieben hat und für den laufenden Betrieb wird das Land Steiermark sehr darauf
174 achten, dass das eingehalten wird und das wird aber auch von allen zu akzeptieren sein.
175 Das ist sozusagen die dritte Instanz, also wenn ich zwei Partner, Anrainer und Betreiber
176 nehme, wird also im Zweifelsfall das Land mit seinen Vorgaben die Einhaltung
177 überprüfen. Um ein Beispiel zu nennen, wenn es erlaubt ist 50 Km/h zu fahren und
178 Anrainer in einer Straße möchten, das nur 30 Km/h gefahren wird, dann ist das ein
179 legitimer Wunsch aber solange 50 gilt kann ich 50 fahren. Wenn ich stark genug bin oder
180 initiativ genug bin kann ich also über den Gesetzgeber versuchen eine 30 Km/h Regelung
181 zu treffen und dann gilt dort 30.

182 Yf: Und in einem Artikel der Kleinen Zeitung vom 14.03. wurden Sie zitiert indem Sie
183 von einer fairen Verhandlung gesprochen haben. Wie hat diese ausgesehen bei der
184 Informationsveranstaltung, Bürgerversammlung?

185 T: Die faire Verhandlung betrifft die Verhandlung des Landes Steiermark mit den
186 Betroffenen die ganztätig bis so lange am Abend gedauert hat, die auf einer fairen und
187 sachlichen Basis abgelaufen ist. Sowohl von der Verhandlungsführung des Landes
188 Steiermark als auch von den Anrainerinnen und Anrainern die dort dabei waren und auch
189 von den Vertretern der LE Gas. Es war ein allgemeiner Tenor, dass das in einer so guten
190 und ruhigen und sachlichen Atmosphäre abgelaufen ist.

191 YF: Und es hat sich eben herauskristallisiert das Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der
192 Betreiber besteht. Woran könnte das liegen und wird daran gearbeitet, dass man das
193 Vertrauen wiederherstellt?

194 T: Es wird massiv und intensiv von allen Beteiligten daran gearbeitet, das Vertrauen
195 aufrechtzuerhalten, teilweise zu stärken. Das Vertrauen war beeinträchtigt durch langes

196 Bemühen der Anlagenbetreiber so gut wie möglich und so schnell wie möglich in Betrieb
197 zu setzen wobei aber einige technische Vorraussetzungen dem gegenüber gestanden sind.
198 So wurde, ist meine Interpretation der Vergangenheit bevor wir aktiv waren, sehr viel auf
199 die lange Bank geschoben und das kann von den Betroffenen nicht immer als
200 vertrauensbildend genommen werden.

201 Yf: Und ich habe in dem Artikel gelesen, dass es auch Zweifel an den wahrheitsgemäßen
202 Aussagen der Betreiber gibt. Zum Beispiel man glaubt nicht, dass bestimmte Sachen neu
203 gebaut werden oder geändert werden. Gibt es da auch Strategien das Wiederherstellen
204 sollen?

205 T: Also aus meiner Erfahrung von vielen Großprojekten kann ich also guten Gewissens
206 auf das Reich der Fabel verweisen. Das Land Steiermark hat ursprünglich diese Anlage
207 genehmigt. Das Land Steiermark hat aufgrund technischer Unzulänglichkeiten und auch
208 in der Betriebsführung die Anlage dann geschlossen und unter gewissen Auflagen
209 ermöglicht es das Land Steiermark die Anlage wieder in Betrieb zu nehmen. Und das
210 wird also in einem sehr hohen Ausmaß, und das ist die größte Garantie und
211 Gewährleistung für die Anrainer, man wird mit höchster Akribie und umfangreichen
212 Kontrollmaßnahmen auch just in time darauf achten, dass es also zu keinen
213 Unzulänglichkeiten mehr kommt und wenn es aus welchen Gründen auch immer dazu
214 kommen sollte, dass sofort reagiert wird indem die Anlage eben abgeschaltet wird.

215 Yf: Vielleicht können Sie mir auch dazu etwas sagen. Der Bürgermeister gerät auch
216 immer mehr in Zweifel bei so manchem Anwohner. Wie können Sie sich das erklären? In
217 Medienberichten konnte man das lesen.

218 T: Wir haben Kontakt mit dem Bürgermeister teilweise um unser
219 Kommunikationskonzept vorzustellen. Es ist ja nicht nur Bürgermeister sondern ich
220 glaube auch Obmann des Reinhaltverbandes und damit auch stärker involviert. Warum
221 und wieso und welche Äußerungen vom Bürgermeister als nicht wahrheitsgemäß und
222 zweifelnd angenommen werden kann ich nicht beurteilen. Das läuft auf einer politischen
223 Ebene, das haben wir auch immer gemerkt, wir versuchen das immer abzublocken für
224 unsere Informationsplattform, wir sind nicht der Gemeinderat und politische
225 Diskussionen sollen im Gemeinderat stattfinden. Dort gehören sie hin, dort sind auch die
226 gewählten Vertreter. In der Informationsplattform wollen wir die Anliegen der
227 Anrainerinnen und Anrainer in den Vordergrund stellen.

228 Yf: Und es ist ja so das der Gestank und der Lärm das schlimmste für die Anwohner bis
229 jetzt waren. Wie sehen Sie die bisherigen Auswirkungen für die Anwohner der Anlage?

230 T: Da kann ich auch nicht definitiv antworten weil wir zu einem Zeitpunkt beauftragt
231 wurden, wo die Anlage bereits im Stillstand war. Aus den durchaus auch glaubhaften
232 Äußerungen der Anrainerinnen war die Geruchsbelästigung massiv störend. Von Lärm ist
233 eher sekundär, von meiner Wahrnehmung her.

234 Yf: Das heißt der Betreiber wirkt jetzt dagegen indem das er die Auflagen umsetzt, um
235 dann dem Geruch entgegen zu wirken.

236 T: Also es geht um eine 100 prozentige Erfüllung der sehr umfassenden Auflagen der
237 Behörde und mit dem ist berechnete Hoffnung verbunden, dass also die Zustände die
238 offensichtlich geherrscht haben geruchsmäßig nicht mehr auftreten können und wenn sie
239 wieder auftreten nur noch kurz sind wie bei einem Störfall und das die Anlage sofort
240 abgeschaltet wird, dass eine Dauerbelästigung nicht stattfinden wird und kann.

241 Yf: Danke für das Gespräch.

Interview mit Herrn Fiausch

Datum: 12.05.2012

Dauer des Interviews: 2:01:33

Teilnehmende Person: Herr Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative (folglich I1)

Forscherin folglich mit Yf gekennzeichnet.

1 Yf: Zu Beginn würde mich interessieren, was Sie denn so über die Biogasanlage
2 wissen?

3 I1: Also da ich der Sprecher der Bürgerinitiative bin, weiß ziemlich viel über die
4 Biogasanlage oder am meisten. Was für mich unverständlich ist, wie man so eine
5 Anlage bei der die Betreiber nicht wissen, was sie kann (.) dorthin baut. Weil nach
6 Aussage des Geschäftsführers, des Herrn Schindler, seitens der Stadtwerke, auf
7 meine Frage hin, was sie kann, war die Antwort: Ja das weiß man nicht, man muss
8 sie erst langsam hochfahren. Also ich habe natürlich gesagt wir wissen was sie kann,
9 das ist eine Katastrophe. Das ist unzumutbar hier überhaupt in der Nähe zu leben
10 oder sonst irgendetwas weil er unvorstellbar ist. Man muss sich vorstellen, es handelt
11 sich dabei nicht um einen ländlichen Gestank. Bei einer Jauche sagt man ok, das ist
12 ländlich, das kennt man, damit ist man aufgewachsen und das gehört einfach zum
13 normalen Kreislauf dazu aber da reden wir von übelsten Gerüchen. Das ist
14 Schwefelwasserstoff was auch bereits in ein-prozentiger Konstellation hochgiftig ist,
15 weil dieses Biogas enthält eigentlich nur so sechzig Prozent reines Methangas und
16 das Ganze muss erst gewaschen werden aufwendig, und, und, und. Also der ganze
17 Prozess, dass man zu so einem Gas kommt, ist eigentlich gar nicht so ohne. Man ist
18 ja draufgekommen, auf der ganzen Welt bald kann man sagen, in Deutschland gibt es
19 ja sehr viele Biogasanlagen, dass es keine einzige gibt die Wirtschaftlich arbeiten
20 kann. Die gibt es nicht. In Österreich stehen im Moment, ich kann es nicht genau
21 sagen, 14 an zum Verkauf. Die Hypo Alpe Adria hat bereits fünf Millionen Euro in
22 den Sand gesetzt mit Biogasanlagen Beteiligungen, ist alles nachzulesen. Also die
23 sind jetzt Hände weg von dem Ganzen. Also wir sind jetzt draufgekommen, möchte
24 jetzt aber eines noch dazu sagen (2) das ich, also ich war ja in einem Energie Betrieb
25 beschäftigt, dass ich weiß wie es aussieht mit der Energie. Und das

26 Alternativenenergie, wo auch die Biogasanlage dazugehört, nichts Schlechtes ist. Weil
27 irgendwann muss man sich Gedanken machen, wie ich zu Energie komme. Nur es ist
28 dann sinnvoll, wenn es wirtschaftlich ist. Und es ist bei diesen Anlagen bei weitem
29 nicht der Fall. In Leoben glaubt man vielleicht man hat das Rad neu erfunden und da
30 bringt man es zusammen aber sie haben mir bereits das Gegenteil bewiesen, denn es
31 geht nicht. Und aufgrund der Bescheide von den Sachverständigen seitens des
32 Landes steht auch drinnen im Bescheid, schwarz auf weiß, dass es stinken wird und
33 wo es stinken wird, das heißt wieder genau in unserem Gebiet, da wird es stinken
34 und es ist auch nachgewiesen es geht nicht ohne Gestank. Was aber noch mehr
35 traurig ist, dass das Ganze auf Grundlagen kursiert, das es stinken darf. (2) Es gibt da
36 von der Akademie der Wissenschaften so Richtlinien und an die hat man sich
37 gehalten. Acht Prozent der Jahresstunden darf es normal stinken, da reden wir von
38 720 Stunden und ekelerregend drei Prozent und drei Prozent bedeutet täglich eine
39 dreiviertel Stunde. Und jetzt frage ich mich, wem ist das zumutbar? Weil selbst wenn
40 die ganzen Experten sagen es ist nicht gesundheitsgefährdend kann ich mir das nicht
41 vorstellen, weil das was wir herüberbekommen haben ist keine Luft. Das ist wenn
42 man ein Bier drei Tage stehen lässt, da ist nichts drin, keine Würze, kein Geschmack
43 gar nichts, tot. Das ist einfach tot. Man muss sich vorstellen, der Biofilter alleine
44 unten ist ausgelegt für 50.000 Kubikmeter, das bläst der hinaus in der Stunde. Einer,
45 also insgesamt wenn man alle Anlagenteile zusammenrechnet, kommen wir auf eine
46 Belastung von 23 Millionen Geruchseinheiten. Das ist alles errechnet, das bedeutet,
47 dass man das mit der 23 Millionen fachen Zahl verdünnen muss das Ganze, das es 50
48 Prozent der Probanden, weil es gibt keine Messinstrumente das man Gestank messen
49 kann, das geht nur mit der Nase, das geht nicht anders. Also bei 50 Prozent, wenn
50 also zehn Probanden sind und fünf davon sagen, man riecht jetzt nichts mehr, dann
51 kommt man zu dieser Zahl und das ist ein Wahnsinn. Also die Belastungen sind so
52 riesengroß und unser Gebiet ist ein Kessel und es stinkt über Kilometer bis in die
53 Stadt, bis dort sind es 1,6 Kilometer und auch dort hat man den Gestank schon
54 festgestellt und wir sitzen genau mitten drin. Und das ist das Unverantwortliche der
55 Betreiber, der Verantwortlichen so etwas mitten in eine Wohnanlage zu setzen,
56 dagegen wehren wir uns. Wie gesagt, wir sind nicht gegen Alternativenenergie. Aber
57 man kommt mit Alternativenenergie noch nicht soweit. Weil selbst mit Windrädern, die

58 sind nicht schön in der Gegend, hast du eine wunderschöne Alm und dann steht dort
59 eine Partie Windräder, ist nicht schön, ist grausam. Und schön ist auch nicht wenn
60 man sagt, diese ganzen Photovoltaik, diese tausende Quadratmeter Glasflächen in der
61 Wiese, ja, das ist optisch nicht schön aber ich werde dadurch in meiner
62 Lebensqualität nicht beeinträchtigt, das ich sage mein Recht auf reine Luft ist
63 beeinträchtigt. So wie es da hier bei dieser Biogasanlage ist. Wie gesagt, wir führen
64 da jetzt schon einen Kampf über Jahre, Gott sei Dank erfolgreich, weil seit Juni 2010
65 wurde die Anlage geschlossen über den UVS, über das Land. Der Grund war, dass
66 man selbst dort so dilettantisch vorgegangen ist, dass man nicht einmal
67 Konsensmäßig gebaut hat. Das was vorgeschrieben wurde ist nicht einmal annähernd
68 gemacht worden. Aufgrund dessen mussten die das zusperren und seit Juni reden
69 mich immer wieder Leute an oder rufen mich an uns sagen: hoffentlich bleibt das so,
70 weil sie wieder etwas lesen in der Zeitung oder es rührt sich wieder was. Dann sagen
71 sie: bitteschön Herr Fiausch schauen Sie das es so bleibt, weil es ist so schön. Und
72 das frage ich mich, **wie kommen wir als anständige Bürger dazu, dass wir so um**
73 **unser Recht laufen müssen?** Selbst finanzielle Mittel in die Hand nehmen müssen,
74 weil wir bekommen von nirgendwo Geld her und haben schon zig tausende Euro von
75 unserer eigenen Geldtasche investiert. Und das sehe ich wieder absolut nicht ein,
76 dass ich für mein Recht zahlen muss, weil wenn ich das irgendeinem karitativen
77 Zweck zur Verfügung stelle, ist mir das lieber. Also für so etwas so viel Geld in die
78 Hand zu nehmen, wo wieder nur Rechtsanwälte und andere davon leben. Also für
79 uns alle gibt es nur eines, nie wieder Biogasanlage, weil der Beweis liegt jetzt auf der
80 Hand, seit Juni 2010, dass es die Biogasanlage ist ,weil die sind ja hergegangen und
81 haben Biogasanlage und Kläranlage so vermischt, das man gar nicht mehr sagen
82 konnte, was ist jetzt Biogasanlage und was ist Kläranlage. Und auf eine Frage hin,
83 wie der Verhandlungsleiter, Herr Dr. Rupp gefragt hat wer, wen, was. Ja ca. 50 %. Ja
84 Moment, der Gestank hat kein Mascherl, wer stinkt jetzt? Na wir wissen aus den
85 Jahren vorher, da hat es nie Beschwerden gegeben, ab und zu vielleicht wenn ein
86 technisches Gebrechen war. Das hat aber auf einer Hand Platz dass es da gerochen
87 hat. Aber da rede ich wirklich von übelstem Gestank, weil da kann man sich nicht
88 verdrücken. Selbst wenn wir draußen im Freien sitzen und die Wolken kommen
89 daher und meistens hat man im Sommer die Fenster auch offen und dann hast du den

90 Gestank herinnen. Das brennt sich in die Nase hinein, das ist grausam. Wie
91 verwesende Leichen. Vor allem die Stoffe die die dort unten hineingeworfen haben,
92 das ist ja nicht so, dass da rein nur Biogene Stoffe sprich Mais, Hechselgut oder sonst
93 was zur Vergärung kommt oder zur Gaserzeugung herangezogen wird, sondern da
94 kommen die übelsten Sachen hinein wie zum Beispiel Lederspäne, Flotatschleime,
95 das sind die kompletten Innereien der Tiere, Gedärme, alles was man sich vorstellen
96 kann, was überbleibt bei der Biodieselerzeugung (Glycerin), Molkereiabfälle und
97 dann natürlich auch verbotenerweise haben sie hunderte Tonnen Blut
98 hineingeschmissen aber kein gesundes Blut, da gibt es ja verschiedene Klassen. Da
99 gibt es drei Klassen, das gute Blut kommt in die Lebensmittelindustrie und da ist
100 eher das Schlechte hingekommen weil das ja 100 Prozent Eiweiß ist und damit
101 bekommt man am meisten heraus. Wenn ich jetzt eine Anlage habe und ich sage, ich
102 besticke das immer mit dem gleichen Stoff, dann habe ich Werte. Und dort fahren sie
103 pausenlos und der Dreck wird da unten hineingeworfen. Alleine wenn der seinen
104 Deckel aufmacht und durchgehen, das halten Sie nicht aus hier heroben. Der muss ja
105 schon mit offenem Deckel fahren, sonst gärt ihm das im Sommer und der Deckel
106 geht in die Luft. Wenn sie dahinter fahren, brechen sie zusammen, das geht nicht.
107 Wie gesagt, solche Stoffe werden dort unten hineingeworfen. Jetzt werden die auch
108 nicht einmal von einem Wirkungsgrad ausgehen, dass man sagt, ich habe immer das
109 gleiche hineingetan. Ich kann dann sagen, wenn ich immer das hineinwerfe
110 bekomme ich immer das heraus. Aufgrund dieser Vermischung ist das ja ständig
111 anders. Die werden diese Anlage nie in den Griff bekommen. Aber wie gesagt, es
112 gibt keine Biogasanlage die funktioniert. Alleine, wenn man sich im Internet schlau
113 macht, in Deutschland gibt es, ich weiß nicht wie viele Biogaskraftwerke, aber es
114 gibt überall dazu auch eine Bürgerinitiative wegen dem Gestank. Aber dort reden wir
115 eigentlich nur von Biogasanlagen, Bio beziehend auf Mais und andere Sachen.
116 Aber nicht diese wilden Stoffe, die dort unten zur Anwendung gelangen. Und es ist
117 auch klar, dass ich bei solchen Sachen mehr herausbekomme. Bei so und so viel
118 Prozent Eiweiß weiß ich das ist brutal und Blut ist 100 Prozent Eiweiß und das hat
119 den besten Wirkungsgrad gehabt und das haben sie aber illegaler Weise verwendet,
120 das habe ich Ihnen nachgewiesen. So schaut es dort unten aus, deswegen sage ich,
121 wir werden alles daran setzen, dass diese Anlage nie und nicht mehr in Betrieb geht,

122 weil alleine die ganzen Lügen der Betreiber, das ist Hirnschreiend was die dort für
123 Geschichten aufbereitet haben wenn wir uns beschwert haben das es stinkt, vom
124 toten Fuchs haben sie geredet, von der Eisenbahn, obwohl ja jeder bis zum
125 Bürgermeister hin gewusst hat was Schuld ist. Da hat die 100 Prozentige
126 Verarschung des Volkes stattgefunden. Und die Lügen bis zum Schluss, sogar heute
127 noch wird da nur gelogen und nie die Wahrheit gesagt. Es ist grausam mit einem
128 Wort. (2) Und da fährt der Zug drüber. (2) Da gibt es nichts mehr. Nein, es ist
129 sagenhaft. Weil es sind ja viele tausende Betroffene. Es ist ja nicht so das nur wir uns
130 beschweren in der Lierwaldgasse, die sagen zwar immer wir regen uns nur auf,
131 stimmt aber nicht, weil die Leute rufen von Lerchenfeld, von der Innenstadt drinnen,
132 von überall an, von ganz unten also von weiten Punkten entfernt. Aber wir sind halt
133 mitten drin, weil die Nachbarn wohnen nur knapp achtzig Meter entfernt, nur die
134 Mur ist dazwischen. Und das brutalste ist, null Rücksicht genommen wurde auf ein
135 Pflegeheim dort drüben wo schutzbedürftige Menschen drinnen sind, denen es eh
136 nicht gar so gut geht, gesundheitlich, luftmäßig und, und, und. Denen hat man einen
137 ((Biofilterrechenhaus)) vor die Nase gesetzt. Der hört jetzt aufgrund des Niveaus
138 drüben mit dem Kamin auf, das heißt, es zieht direkt super hin. Das ist alles egal,
139 dort hinten, ein Kindergarten, ein öffentliches Gebäude, eine Schule. Die Direktorin
140 hat sich beschwert, hat einen Brief an den Bürgermeistes geschrieben wo sie darauf
141 hinweist was ist. Nach langer Zeit haben auch alle Lehrer unterschrieben, wie sie
142 sich verhalten sollen. Weil so haben sie die Fenster zumachen müssen oder wenn sie
143 auf der Schulwiese waren, da sind die Kinder genauso hinein. Aber die Dame drüben
144 kann politisch nichts machen weil sie Gemeindeangestellte ist. Oben schaut es
145 wieder anders aus, die Schule ist Landesebene, die haben sich sehr wohl etwas sagen
146 getraut. Aber nach einer Zeit haben Sie einen Brief zurückbekommen vom
147 Bürgermeister sie sollen sich nicht aufregen, es sei nicht gesundheitsgefährdend. Nur
148 selbst wenn man sagt nur Gestank, sicher wird man nicht sterben dran. Wenn Sie
149 jetzt rund um die Uhr Jauche riechen oder einen Schweinestall, nicht? Es gibt ja viele
150 üble Gerüche, nur Biogas, das tut wild weh. Nur man giftet sich den ganzen Tag,
151 wenn immer die Wolken kommen, man kann draußen nicht sitzen wo wir vorher
152 immer gesessen sind. Es geht nicht. Ja und wie gesagt, laut Brief soll das nicht sein,
153 dass das gesundheitsgefährdend ist aber es geht schwer auf die Psyche muss ich

154 sagen und wenn Sie in der Nacht munter werden und so wie jetzt die Fenster offen
155 sind ist man munter geworden. Das hat so gestunken, das halten Sie nicht aus. Und
156 dann machen Sie das Fenster zu und dann sitzen Sie im Gestank. Dann ist es mit dem
157 Schlaf vorbei und was ist, man ärgert sich wieder über das Ganze und dann kommt
158 es am Tag daher. Das geht auf die Psyche, man wird da krank. Ich habe schon ein
159 paar kennengelernt, eine Dame da unten in der Proleber Straße, die ist fertig. Die hat
160 wildeste Ausschläge wenn sie nur anfangt zu riechen und, und, und. Geht auf die
161 Schleimhäute. Ist nachgewiesen, die Kinder hier waren ständig krank. Da sind zwei
162 und hier sind zwei aber seit Juni ist eine Ruhe. (2) Weil es sehr wohl
163 Schleimhautreizungen hervorruft. Aber anscheinend muss irgendetwas tödlich sein
164 das man sagt, ja ok, das können wir jetzt wirklich nicht tun. Das Parfum 4711 riecht
165 nicht schlecht, nein das kennen Sie nicht, oder das Chanel Nr. 5, das riecht nicht
166 schlecht aber wenn Sie rund um die Uhr Chanel Nr. 5 oder Joop oder wie das alles
167 heißt riechen (.) sagen Sie auch, nein das reicht mir jetzt, ich will jetzt etwas anderes
168 riechen. Da rede ich jetzt aber von Düften, das ist aber wildester Gestank was da
169 daherkommt (2). Ja.

170 Yf: Und können Sie sich noch erinnern, wie Sie zum ersten Mal von der
171 Biogasanlage erfahren haben?

172 I1: Daran kann ich mich schon noch erinnern. Ich habe das aber auch nur quasi durch
173 Insiderinformationen erfahren. Von meinem Segelfreund der mit war, der hat gesagt,
174 wenn das kommt dann könnt ihr euch anhalten. Weil vorher waren nur sogenannte
175 Vorversuche, wo man geschaut hat, wie sich das verhält. Und dann, wie gesagt, sind
176 sie volle Kanne drüber gefahren. Da haben sie gesagt wir haben jetzt das größte
177 Biokraftwerk von Österreich eröffnet. Alles Lug und Betrug, weil die bis heute noch
178 nichts eingeliefert haben. Gesagt haben sie eine Million Norm Kubik Meter Gas wird
179 in das öffentliche Netz eingespeist. Auf meine Frage hin unten, hat er gesagt 78.000.
180 Ja, laut ((Schrieb)) sollen es aber drei Millionen sein, naja da fehlt ein bisschen was.
181 (2) Und die 78.000 stimmen auch nicht. Da habe ich mich schon schlau gemacht, gar
182 nichts ist geliefert worden. Weil die haben ja schon gesagt, sie liefern jetzt unten
183 obwohl es noch gar keine Gasleitung hin gegeben hat. Das habe ich ihnen alles
184 nachgewiesen. Die haben keine Leitung hin gehabt. (2) Wenn sie zu viel Gas gehabt
185 haben, hat die Fackel gebrannt Tag und Nacht was verboten ist. Nur im strengsten

186 Notfall darf abgefackelt werden. Aber Information, dass ich wieder zurückkomme,
187 hat es keine gegeben. Für das Volk, keine. Es hat nur unter den Oberen, was weiß
188 ich, eine Präsentation des Projektes stattgefunden, das Datum kann ich jetzt nicht
189 sagen, ich muss nur nachschauen in den Unterlagen, ich hab mir da eh alles
190 nachträglich besorgt, wo das Projekt vorgestellt wurde und zuerst gesprochen wurde
191 von sechs Millionen Investment und jetzt sind sie auf 14-15 Millionen, mehr als das
192 doppelte und hat noch nie funktioniert. Weil die haben sogar unten Stromschulden
193 und Gasschulden gehabt aber wenn ich eh selber so viel Gas erzeuge, wie geht sich
194 das aus? Dann kann ich keine Strom- und keine Gasschulden haben. Das negative
195 Eigenkapital ist voriges Jahr auf 1,4 Millionen gewesen, nein wie sie gefahren sind
196 teilweise, das ist irre. Aber Informationen für die Anrainer null, überhaupt nichts, gar
197 nichts. Das ist so, die haben das, was natürlich für sie ein Vorteil ist, so hingedreht,
198 dass das Ganze unter der Ader Abwasserreinigung läuft, sprich Kläranlage, und für
199 so etwas hat man keine Parteieinstellung, als Nachbar. Das heißt, dass Sie jetzt
200 geladen werden müssen wenn Sie in der Zone liegen, ich glaube es sind unter dreißig
201 Meter. Wenn sich dort etwas abspielt, dann muss ein Nachbar geladen werden. (2)
202 Das perverse, wenn der dort drüben ((Deutet zu seinem Nachbarn)) jetzt einen Anbau
203 machen will und bei der Bauverhandlung jemand sagt er ist nicht einverstanden,
204 kann sein das er es nicht machen kann. Aber so etwas da unten kann man einfach so
205 hinbauen? Ohne einen Nachbarn zu informieren oder sonst etwas? Wie gesagt, keine
206 Parteienstellung, sondern nur ein Anhörrecht. Das heißt, Sie können hingehen und
207 Ihre Sorgen und Ängste deponieren aber es ist nicht, wie soll ich sagen, gesetzlich
208 das jetzt darauf Rücksicht genommen werden wird. Und so war es jetzt auch bei uns
209 eigentlich. Weil die haben das ja tunlichst vermieden, dass ich zu keiner
210 Verhandlung oder Präsentation oder sonst irgendetwas komme. Aber wie gesagt, ich
211 habe immer gewusst wenn eine ist und war dort und habe ihnen dann ein bisschen
212 eingeheizt, nicht? Weil sonst wäre es mir nicht so gelungen, dass ich
213 zusammenbringe, dass sie jetzt schon zwei Jahre steht. Weil da reden wir von keiner
214 Leberkäsemmel um 2,10 Euro sondern da reden wir schon von 15 Millionen Euro.
215 Und wenn man das jetzt in echtes Geld wie ich gerne sage umrechnet, dann sind das
216 200 Millionen Schilling und dann kann man sich vorstellen, das ist nicht wenig Geld,
217 ich würde fast sagen in den Sand gesetzt, weil es schaut nicht gar so gut aus, also wie

218 soll sie laufen? Ist ja alles kaputt, die haben ja nicht mal Geld damit sie etwas neu
219 bauen können oder nicht einmal vom Bescheid den sie bekommen haben sind die
220 Sachen erfüllt. Also von einer Wiederinbetriebnahme ist das ja weit weg. Gott sei
221 Dank steht das in dem Bescheid auch drin, dass dem Sprecher der Bürgerinitiative
222 jederzeit Zugang gewährt werden muss, ihn jederzeit hineinlassen müssen, dass er
223 bei jeder Störung sofort informiert werden muss, das haben sie alles in den Bescheid
224 hineingeschrieben. Das Land ist auch nur belogen worden von denen. Die sind ja
225 schon verrückt geworden dort unten. (2) Der Herr Rupp zum Beispiel, der ist dann
226 aber ein Programm gefahren mit denen, er hat gesagt, das ist ja unerhört, das ist eine
227 Frechheit, packen wir zusammen und fahren wir. Und Gott sei Dank haben wir den
228 Dr. Rupp der wirklich sehr (2) wie soll ich sagen, auf uns auch sehr Rücksicht
229 nimmt. (2) Nein aber wie gesagt, wie es jetzt weitergeht kann man eh nur abwarten.
230 Der Schindler selber weiß es nicht. Information selber, wir haben seinerzeit ein
231 Protokoll von dem Herrn Trumler bekommen, von der letzten nicht mehr, von der
232 vorletzten nicht mehr, nichts mehr. Schicken sie auch nichts mehr aus. Aber dann
233 sehr wohl in den Medien verbreiten, die werden eh alle informiert. Stimmt nicht,
234 stimmt alles nicht. Das machen sie notgedrungener Weise, wenn wir etwas
235 hineingegeben haben, dann ist von ihnen halt auch etwas gekommen. Weil sie halt
236 mussten aber jetzt nicht einmal mehr das. Von der letzten hat es gar nichts mehr
237 gegeben. Also es ist (2) wir können nur hoffen, dass es den Bach hinuntergeht, es ist
238 zwar viel Geld dahinter, das ist ein Wahnsinn, weil das hätte man auch anders
239 einsetzen können. Das Werksbad sperren sie zu obwohl das auch damit
240 zusammenhängt, dass kein Geld mehr da ist. Das ist ja kein Wunder. Das müsste für
241 die Stadtgemeinde ein Pappenstiel sein ob man dort eine Chloranlage einbaut, das
242 kann es nicht sein. Aber nur aufgrund der Wahnsinnschulden von dort unten, das ist
243 ja nicht das Einzige, es ist der Kanal teurer geworden, das Wasser ist teurer
244 geworden aber es wird nichts investiert. Weder in das Kanalnetz, in das Wassernetz.
245 Und so geht es quer durch den Krautgarten durch. Und das Bad, das kann man ja
246 nicht mal sagen weil der Bürgermeister hat gesagt: Ja Moment, wir sperren es nicht
247 zu, wir sperren es gar nicht auf. Das ist ja eine Frechheit. Gott sei Dank haben sich
248 die Bürger da auf die Straße gestellt, da ist es eh rund gegangen und jetzt haben sie
249 gerade drin in der Stadt alles gesperrt habe ich gehört, also Gott sei Dank sieht man,

250 dass wenn die Leute die mehr mit etwas zufrieden sind auch auf die Straße gehen
251 weil das kann man sich nicht gefallen lassen auf Dauer. Und gerade so etwas, was
252 der Erholung dient, das ist ja ein schönes Bad oder? Ruhig, hergerichtet, alles in
253 Edelstahlbecken, vor sechs Jahren wurde alles hergerichtet. Und das sind alles Lügen
254 weil jetzt schreiben sie von 600.000. Wie kann das jetzt schon so kaputt sein? Mit
255 dem Geld kann ich ein neues Bad bauen. Alles nur Lügen. Jetzt will er es um einen
256 Euro dem Ehtreiber verkaufen, einem privaten und steht auch heute Gott sei Dank
257 klasse in der Zeitung, wo auch ein jeder sagt, ist eh klar dann kann er sich klasse
258 abputzen und sagen: ich habe das nicht zugesperrt, ich habe eh geschaut, dass ihr
259 euer Bad habt. Da ist jetzt ein privater, geht zu dem. Ich kenne ja das Spiel. Weil
260 müssen Sie sich vorstellen, es sind ja alleine hier drei betroffene Gemeinderäte hier.
261 Die wohnen alle hier, alle von der roten Fraktion. Mit einem rede ich oft und der gibt
262 mir oft Recht: Super machst du das, tu weiter, tu weiter. Freilich, sage ich dann, und
263 du hebst immer deine Hand bei der Gemeinderatssitzung, ich meine, bist du
264 wahnsinnig? Ja weißt, ich muss ja, sagt er dann. Ist klasse jetzt seit Juni 2010,
265 bekommen wir wieder Luft nicht? Ja ist schon klasse. Da könntest du zuschlagen,
266 wirklich. Weil das kann es ja nicht sein, die lügen sich selber an. Die sitzen selber in
267 der Gestank Wolke und nur weil sie der Partei angehören und Leoben hat eine SPÖ
268 Mehrheit jetzt fahren sie da überall drüber, nicht? Und bevor die auftreten gegen den
269 Bürgermeister und sagen, obwohl es der Bürgermeister eh selber auch weiß, der weiß
270 es eh das es furchtbar stinkt. Er hat es eh selber gerochen. Im Rathaus drinnen haben
271 die Leute gesagt, Gott sei Dank können wir jetzt wieder das Fenster aufmachen. War
272 ich drinnen bei einem, vor einem Monat oder zwei. Und sagt, mein Gott, jetzt lerne
273 ich Sie einmal persönlich kennen, steht auf und gibt mir die Hand. Ja ist schon
274 klasse, wenn man wieder das Fenster aufmachen kann. (4) Also jedenfalls
275 Kommunikation an die Anrainer, an das Volk gleich null. Hat es nie gegeben. Viele
276 Sachen die gelaufen sind haben die Leute durch mich oder durch unsere Initiative in
277 den Medien erfahren. Oder eben bei einem persönlichen Gespräch, weil was glauben
278 Sie, wenn ich irgendwo gehe, ich traue mich wirklich schon bald nicht mehr in die
279 Stadt hinein. Wenn ich mehr Zeit habe ist mir das eh egal. Weil da sehe ich, dass die
280 Leute das honorieren, dass das ankommt und die Leute sich den Kopf zerbrechen
281 und auch die Taxifahrer bleiben stehen und sagen: Super, Klasse. Schauen Sie bitte,

282 schauen Sie bitte. Weil sie jetzt wieder gelesen hat in der Zeitung. Da sieht man
283 schon, das sind Leute die sind vorher nie in Erscheinung getreten. Die sich
284 zurücklehnen weil sie sehen, aha einer macht eh etwas. Nicht? Der nächste redet
285 mich beim Interspar an ob es ein Konto gibt, weil er würde gerne etwas spenden,
286 weil ihm taugt das auch so, dass es nicht mehr stinkt. (2)

287 Yf: Was können Sie mir denn über den Betreiber der Anlage erzählen, also über die
288 LE Gas GmbH? Und über die Ansprechpersonen?

289 I1: Ja die Betreiber, da schaut es so aus, diese Biogasanlage ist ja nicht in privaten
290 Händen sondern die Biogasanlage wurde vorher von drei Betreibern betrieben, es
291 waren also drei Teilhaber drauf. Das war zu 55 Prozent der Rheinhalteverband
292 Leoben. Der Rheinhalteverband setzt sich zusammen aus der Gemeinde Leoben,
293 dann ist die Brauerei Göss dabei, dann die Gemeinde St. Peter Freienstein, die
294 Gemeinde Proleb und die Gemeinde Niklasdorf. Die sind also in den 55 % verankert
295 gewesen. Und dann war also der Rest mit 22,5 % die Stadtwerke Leoben, wobei dort
296 wieder die Kommune drüber ist, über die Stadtwerke und dann war 22,5 % ein
297 Privater beteiligt, eine gewisse Firma UMS. Der Herr Huber ist dort der Eigentümer,
298 das war der übelste Bruder bei dem Ganzen. Weil der hat den ganzen Dreck
299 herangekarrt. Der hat in ganz Österreich mit Dumpingpreisen den Markt
300 zusammengeschlagen weil er alles da hinunter bringen wollte und dabei fest kassiert
301 hat. Da unten keine Vorschriften mehr eingehalten hat, die Lagerzeit nicht oder
302 Verweildauer in den Faultürmen. Ins technische möchte ich jetzt gar nicht gehen weil
303 sonst dauert es zu lange. Der ist jetzt aber wie gesagt (2) weg. Jetzt sind seine 22,5
304 Prozent, das sind 11,25 Prozent zu die 55 Prozent vom Rheinhalteverband
305 dazugekommen, jetzt haben die 66,25 Prozent und den Rest dazu zu den
306 Stadtwerken. Das heißt, das jetzt außer den anteiligen Prozents der Kommunen von
307 rund um und der Brauerei der Rest kann man sagen, alles die Stadtgemeinde Leoben
308 drüber ist. Die ist aber eine eigene Körperschaft und das sind quasi die Betreiber
309 dieser Biogas-Kläranlage. Das ist ja vermischt. Die Biogasanlage hätte (2) 400
310 Kubikmeter Gas haben die Faultürme in der Stunde erzeugt. Maximal wären 600
311 möglich gewesen. Da wären dann aber sogar die Ratten vor dem Gestank
312 davongelaufen. Aber wenn ich mir so denke, dass die Mikrogasturbinen hinten fast
313 500 Kubikmeter brauchen und die laufen zur Stromerzeugung. Die Gärrestrocknung,

314 das heißt, was überbleibt, wo sie getrocknet werden, kommt ja meistens in die
315 Zementindustrie aber dass die das Verbrennen können darf nur mehr eine gewisse
316 Restfeuchtigkeit drinnen sein sonst geht es nicht. Jetzt haben die da unten, in dem
317 großen grünen Turm der dort unten steht, eine Thermalölerhitzung, das heißt, dort
318 muss Öl mit viel Energie erhitzt werden damit das Ganze auf eine gewisse
319 Feuchtigkeit herunter getrocknet werden kann. Die braucht 100 Kubikmeter in der
320 Stunde, jetzt sind wir schon auf 600. (3) Und dann gibt es zugleich einen
321 Liefervertrag, der war aber auch schon einmal höher, ich kann es Ihnen aber wirklich
322 nicht genau sagen, ich bilde mir ein 400 Kubikmeter die Stunde, das haben sie aber
323 schon herunter gesetzt auf 250 Kubikmeter, da gibt es einen Liefervertrag mit der
324 Energie Steiermark, das heißt, dass ist das, was ins Netz geliefert werden sollte Zu
325 diesem Zweck musste die Energie Steiermark eine sogenannte Gaswaschanlage
326 bauen. Da wird das Biogas, weil da sind ja nur ca. 50-60 % Methan drinnen, also
327 irrsinnig Schwefelhaltig, muss mit reinem Sauerstoff herausgewaschen werden. Dass
328 man das überhaupt einliefern kann in das Gasnetz, also in die Thermen und so, weil
329 die gehen nur mit 100 Prozentigen Erdgas also sprich Methan, also das ist ein Ding
330 der Unmöglichkeit, das geht nicht. Jetzt sind ja schon ihre eigenen
331 ((Mittelgasturbinen)) und andere Sachen schon kaputt gegangen weil die Dilettanten
332 dort für Erdgas bestellt haben. Wenn ich jetzt das Ganze zusammenrechne sind wir ja
333 schon auf dem doppeltem was das überhaupt erzeugen kann. Die haben die Anlage
334 total überfahren weil da ja nichts eingehalten worden ist. Wenn die jetzt wirklich
335 nach Vorschrift fahren müssen und die werden jetzt mit Monitoring überwacht, ist ja
336 auch vorgeschrieben worden, das heißt, dass Land muss jederzeit Zugriff haben auf
337 die Werte und, und, und, erzeugen die nicht einmal die Hälfte. Also da sind wir bei
338 200 Kubikmeter, also da sind wir wohl weit, weit weg. Das ist das, wo ich unten
339 gesagt habe, da brauche ich keinen Taschenrechner dazu. Hat aber keiner gesagt das
340 stimmt nicht. @2@. Deswegen sage ich, das ist einfach irre, das ist ein Verbrechen,
341 das die da unten gemacht haben. Erstens mal an der Menschheit, an den Bewohnern,
342 an den Betroffenen und zweitens wirtschaftlich. Nicht? Und selbst der Stillstand dort
343 unten kostet denen 50.000 im Monat. Wenn die 50 zugeben können Sie gleich
344 nochmal die Hälfte dazugeben. Ja ein bisschen was geben wir zu damit es nicht so
345 blöd aussieht. (2)

346 Yf: Und Ansprechpersonen, haben Sie sich an irgendjemanden wenden können bei
347 Beschwerden oder Fragen?

348 I1: Naja, also bei uns auf der Gemeinde gibt es ja ein Umweltamt wo man sich
349 beschwert hat und dorthin angerufen hat aber man hat das Gespräch mit einem
350 Kanaldeckel auch führen können weil der Effekt also das Ziel war das gleiche. Keine
351 Antwort oder Lüge oder sonst irgendwas. Beschwer (2) unmittelbar waren sowieso
352 nur Betreiber also die LE Gas und die Stadtgemeinde Leoben aber da sind wir jetzt
353 immer bei demselben Eigentümer. Deswegen ist da nie etwas weitergegangen.
354 Unsere Beschwerden haben sich dann in weiterer Folge an das Land gewendet und
355 die haben das wirklich ernst genommen, die sind öfter mal raufgefahren und haben
356 sich das angehört. Und dann, wie man auf schön steirisch sagt, die Kacke am Kochen
357 war, wie es nicht mehr gegangen ist, haben sie den Trumler eingeschaltet. Den
358 haben Sie ja auch schon kennengelernt. Der Trumler hat gar nichts gewusst. Der ist
359 bei mir draußen in der Laube gesessen, bis zwei, drei in der Früh und ich habe ihm
360 alles erzählt, wie es aussieht. Nur hat der sein Ziel weit verfehlt, weil den Auftrag
361 den er gehabt hätte, zwischen uns etwas herzustellen, da ist er weit daneben der Herr
362 Trumler. Der war eindeutig nur auf der Seite des Auftraggebers, mit dem sind wir am
363 Schluss schon zusammengewachsen. (2) Weil nicht mal er wollte, dass die Wahrheit
364 an das Tageslicht kommt. Weil das eine mal wo der Klärmeister die Wahrheit gesagt
365 hat, wo sie den ganzen Tank abgelassen haben, reines Biogas, da war hier
366 Sendepause im ganzen Gebiet. Da sind die Leute so auf der Straße herumgegangen
367 ((Hält sich die Hand vor die Nase und Mund)). Das war nicht zum Aushalten. Das
368 haben die selbst dort abgestritten. Der wollte die Wahrheit dort sagen vor dem Land
369 und der Schindler ist vorgekommen und ((Macht eine drohende Geste mit Gesicht
370 und geballten Fäusten)) und der ist hinter mir gestanden. Also der hat mir in die
371 Augen geschaut, also so blöd sind die. Dann hat der weitergeredet, weil der lässt sich
372 nichts sagen, weil die sind ja auch froh, dass der Dreckhaufen unten steht weil da
373 kann man ja kaum arbeiten dort unten. Und dann ist der Trumler nach vorgekommen
374 und hat so getan ((Macht eine Geste mit ausgestrecktem Zeigefinger und schüttelt
375 den Kopf)). Ich habe dann vor versammelter Mannschaft gesagt: Wenn Blicke jetzt
376 töten könnten dann wäre jetzt einer kaputt, entweder ich oder der Herr X. hinter mir.
377 Aber ich glaube die Blicke haben jetzt dem Herrn X. gegolten, weil die Wahrheit

378 vertragst ihr anscheinend nicht. Und dann habe ich ihn draußen nach der Sitzung
379 angesprochen und sagte: Jetzt weiß ich was ich von Ihnen halten kann, Sie wollen ja
380 gar nicht (.), der hat nur die Wahrheit gesagt. Naja, nein so kann man das nicht
381 sehen, hat er dann gesagt. Ich sagte, na hören Sie auf. Der ist für mich gestorben der
382 Trumler. Vermitteln tut der Null, was sein Ureigenes Geschäft wäre. Der ist ja dafür
383 gekommen, dass er zwischen Betreiber und Anrainern vermittelt. Gar nichts. Ich
384 weiß nicht was er Ihnen erzählt hat aber da spielt sich gar nichts ab, überhaupt nichts.
385 Im Gegenteil, ich weiß nicht wie oft wir mit dem zusammenwaren, wie gesagt, die
386 Protokolle hat es auch nicht mehr gegeben. Eine Sekretärin von ihm hat da immer
387 fest mitgeschrieben aber wie gesagt die letzten (2) aber wie gesagt, ich brauche sie
388 auch nicht weil es ist komplett umsonst. Eine Vermittlung in dem Sinn gibt es nicht
389 mehr weil die bis dato nicht wollen, dass die Wahrheit an das Tageslicht kommt. Ich
390 habe ja gefordert beim Bürgermeister, dass nicht wieder der, der auf der Stelle
391 gekündigt wurde wie sie gesehen haben das ich recht habe, da gibt es nur noch
392 Prozesse und Staatsanwalt, die Chefs die da vorher agiert haben, nicht? (5) Jetzt habe
393 ich den Faden verloren. (4) Naja, jetzt weiß ich nicht wie es weitergeht mit dem
394 Trumler, den haben sie auch bei dem Kraftwerk das sie in St. Michael bauen wollen
395 eingeschaltet. Nur wie gesagt, ist da keiner mehr interessiert an dem Ganzen weil er
396 hier nichts mehr herrichten kann. Der Karren ist so festgefahren, bei uns, wirklich.
397 Weil auch weiterhin gelogen wird und keiner die Wahrheit wissen will. (2) Jetzt
398 weiß ich es wieder, es sind immer die Chefs befragt worden und wie sie die dann auf
399 der Stelle gekündigt haben, habe ich die ganze Zeit verlangt, dass endlich die
400 Beschäftigten unten befragt werden und das hat dann der Herr Bürgermeister auch
401 gemacht, der dann vom Betriebsmeister unten die Wahrheit erfahren hat, hat der
402 drinnen so geschrien, dass alle zusammengelaufen sind. Der hatte Schaum vor dem
403 Mund weil er gesehen hat, dass ich Recht habe. Nicht? Und das gleiche habe ich
404 dann verlangt wie das Land da war im Falkensteiner unten. Da hatten wir vorher
405 einen Ortsaugenschein an der Anlage (2) und danach ist es zum Falkensteiner hinein
406 gegangen und dann habe ich unten verlangt vom Land, das nicht wieder die gleichen
407 Aussagen kommen sondern auch Leute von unten. Das habe ich unten schon
408 gefordert und ich habe gesagt, das will ich heute haben weil sonst verlassen wir den
409 Raum nicht mehr, dann versperren wir die Türen drinnen. So geht es nicht weiter, es

410 ist aus mit lustig. Der Herr Rupp hat mir zugestimmt weil wie gesagt, der ist, (2) ich
411 würde nicht sagen auf unserer Seite aber er ist für uns da. Über den Herrn Rupp kann
412 ich wirklich kein schlechtes Wort sagen, das geht in Ordnung. Er hat gesagt, er lässt
413 sich wegen keinem einsperren, wortwörtlich zu mir. Aber ich habe das dann dort
414 unten durchgesetzt, ja es wird jemand kommen. Dann ist der Neger, der
415 Rechtsanwalt hingegangen und hat mit dem Herrn Ing. Hüttenbrenner ein bisschen
416 hin und her geredet. Dort drin hab ich das wieder gefordert und habe gesagt ja den
417 will ich haben, zwei Leute waren unten. Ja Wunschkonzert ist das keines, haben sie
418 gesagt, wir können jetzt keinen wegtun unten. Unten hat es geheißen, es kommt
419 einer. Na gut, habe ich gesagt, wenn keiner kommt, dann geht von euch keiner mehr
420 raus. Dann versperren wir die Türen, ihr könnt die Polizei, die Zeitung, das
421 Fernsehen rufen, alles, uns reicht es, aus. Dann sagte er, naja Wunschkonzert ist es
422 keines, wir können den jetzt nicht einfach abziehen von unten, das geht nicht. Dann
423 sagte ich, hört her, zurzeit sind jetzt sieben Leute unten, wenn jetzt zwei weggehen
424 sind noch immer ein paar unten. Entweder ist das eurer Aufmerksamkeit entgangen
425 oder ihr wisst das gar nicht, ihr wisst ja fast gar nichts was ich schon draufgekommen
426 bin, ab Freitagnachmittag läuft die Anlage komplett alleine und die geht voll weiter.
427 Ich glaube, dass sie dann mit fünf auch weitergeht. Oder nicht? Aha, dann sind sie
428 wieder angestanden, der Herr Fiausch hat Recht. Ja also wie gesagt, eine
429 Wunschsendung ist es nicht, haben sie gesagt, es wird einer kommen aber wer das ist
430 wissen sie noch nicht. Also wie tun wir jetzt da, lösen wir jetzt eine Person aus oder
431 was? Nein, nein, es kommt schon einer. Also, die reine LE Gas ist unten mit drei
432 Personen vertreten. Eine Sekretärin, und zwei Arbeiter draußen. Und wer kommt
433 natürlich, ja einer von der LE Gas, nicht vom Rheinhalterverband. Die haben müssen
434 mitarbeiten obwohl die das nichts angegangen ist, sind die eingespannt worden bis
435 zum geht nicht mehr. Da wollten auch schon alle kündigen. Kommt der daher, dann
436 lache ich vor allen und sage: Das hätte ich mir fast denken können, bravo meine
437 Herren, das ist euch gelungen ((Klatscht dreimal in die Hände)). Der Dr. Rupp ist ja
438 nicht blöd, dann sagt er zu dem Herrn Y.: Ich mache Sie darauf aufmerksam, wir
439 sind eine Behörde, sie sprechen hier unter Eid aus. Dann hat der mit den Knien
440 zusammengeschlagen und der hat dann auch die Wahrheit gesagt. Dann ist der Herr
441 Rupp aufgestanden und ist herumgegangen und hat gesagt: Das ist ja unerhört, **das**

442 **ist ja unerhört, eine Frechheit.** Den haben sie auch angelogen und die ganzen
443 Sachverständigen, die dort drauf gestanden sind. Dann sagt er: Wisst ihr was, packen
444 wir zusammen und wir fahren. Das lasse ich mir nicht bieten. Weil sie ihm unten
445 auch etwas anderes gesagt haben und dann hat er von dem die Wahrheit erfahren.
446 Und dann hat er zu denen gesagt, aber in einem anderen Ton, hören Sie, ich komme
447 noch einmal nach Leoben, überlegt euch das gut was ihr tut. Einmal komme ich
448 noch, so ist er mit Trumler, Schindler, Neger abgefahren. Das wird Ihnen der Herr
449 Trumler alles nicht erzählt haben, das ist aber die Wahrheit, das können Sie mir
450 glauben. Wissen Sie wieso ich so weit gekommen bin? Ich habe nie mit unlauteren
451 Mitteln gearbeitet und habe immer die Wahrheit gesagt. Ich habe nie etwas
452 aufgetischt was nicht stimmt. Deswegen sind mir die nirgends angekommen, weil sie
453 mir keinen Gegenbeweis liefern konnten. Die tun eigentlich nur lügen. (4) Nein, also
454 vom Betreiber her, das ist ganz wild. Schindler, alle, die lügen sich ja inzwischen
455 schon selber an. Auch der Trumler, da gehe ich nicht einmal mehr hin. (2) Weil der
456 mit solchen Mittel gearbeitet hat, da haben wir eine Besprechung ausgemacht im
457 Falkensteiner, ob ich da Zeit hätte. Naja lässt sich einrichten aber wenn nicht,
458 schicke ich einen Kollegen aber ich denke ich bin bei Kollektivverhandlungen in
459 Wien draußen. Nein, sagt er, ist eh nicht fix, ich schreibe Ihnen dann eh. Sie
460 bekommen das dann, wann es fix ist. Und die Verhandlungen dauern ja lange, und da
461 hab ich mein Handy auf lautlos gehabt und auf einmal scheint Trumler auf. Dann geh
462 ich hinaus und rede mit ihm und er: **Ja, wo sind sie denn?** Was, wo sind Sie denn?
463 **Ja, wir warten schon seit sechs Uhr da.** Ja sind Sie witzig oder was? Sie haben
464 gesagt, es ist noch nicht fix und das sie mir schreiben damit ich eine Vertretung
465 schicken kann. Aber getan haben Sie es nicht. Dann sage ich, ich habe nichts
466 bekommen von Ihnen, keinen Brief, nichts. **Sicher hab ich das geschickt!** Ja ich hab
467 aber nichts bekommen. Dann müsste man das halt eingeschrieben machen. **Ja**
468 **glauben Sie denn ich habe nichts anderes zu tun als Ihnen einen**
469 **eingeschriebenen Brief zu schicken?** Aber in so einem Ton. Dann hab ich gesagt, ja
470 Moment einmal. Halten Sie sich jetzt mal ein bisschen zurück. Reden wir normal. **Ja**
471 **und außerdem haben Sie ein Mail auch bekommen von mir,** sagte Trumler dann.
472 Ha, Mail, das ist interessant. Wo haben Sie es denn hingeschickt? Ja, da muss ich
473 schauen. Haben Sie das Mail bekommen? Sage ich, keiner von uns hat ein Mail

474 bekommen. Weder ich, noch sonst einer. Und außerdem, wohin wollen Sie mir denn
475 eine Mail hinschicken? Haben Sie meine Mailadresse überhaupt? (2) Weiß ich nicht,
476 da muss ich dir Sekretärin fragen. Haben sie eh keine gehabt. Und dann habe ich sie
477 ihm angesagt und dann haben wir das Mail bekommen. Aber wir haben einen EDV
478 Spezialisten dabei. In null Komma nix hat der das herausgefunden wann das Mail
479 aufgegeben wurde. Nämlich nach unserem Gespräch mit Datum rückdatiert. Nur der
480 hat sofort die Sendezeit herausgefunden und da war sonst nie eine. Und genauso war
481 es, so hat der gearbeitet der Trumler. Also weit weg von einer Kommunikation, dass
482 du sagen kannst, da könnte etwas werden draus, nein gar nichts. Im Gegenteil, der
483 hat noch gegen uns, gegen den Strich gearbeitet. Also Vermittlungsversuche stell ich
484 mir anders vor. Ich war Betriebsratsvorsitzender von vielen Leuten, ich weiß was
485 vermitteln heißt. Der nicht, der muss etwas anderes studiert haben. Oder weiß ich
486 nicht ob das Studium so aufgebaut ist, weiß ich nicht, will ich ihm nicht unterstellen
487 aber darunter stelle ich mir etwas anderes vor. Wenn ich etwas vermitteln will, geh
488 ich das anders an. (4)

489 Yf: Und wie stehen Sie zum Bürgermeister als Obmann des Rheinhalteverbandes?

490 I1: @3@ Folgendes, aufgrund Gesprächen mit dem Bürgermeister in Funktion als
491 Bürgermeister oder Obmann des Rheinhalteverbandes, er ist immer die gleiche
492 Person, bin ich draufgekommen, dass der von dort unten **null** Ahnung hat. Gleich
493 auch wie der Geschäftsführer, der Schindler auch keine Ahnung hat und gehabt hat.
494 Die haben sich dann mit der ganzen Materie mehr befassen müssen, wie ich ihnen so
495 draufgestiegen bin. Da hab ich sie anlaufen lassen, sie konnten mir nie eine Antwort
496 geben, dann sind sie immer wie die Deppen dagestanden. Und beim Schindler war es
497 so, der hat immer fest auswendig gelernt und das hat man ja gemerkt wie er das
498 runter erzählt und dann habe ich ihm solche Fragen gestellt wo keine Antwort
499 drinnen gestanden ist in seinem Ding. Dann ist er natürlich wieder angestanden, der
500 hat nichts gewusst. Und beim Bürgermeister war auch einmal ein Gespräch drinnen
501 und da habe ich gesagt, meine Herren das ist erschreckend, dass Sie als Obmann des
502 Rheinhalteverbandes nichts wissen und dass Sie als Geschäftsführer von da unten
503 auch nichts wissen. Keine Ahnung haben von dem Ganzen. Wortwörtlich habe ich
504 das den beiden ins Gesicht gesagt. Und wenn es soweit war, hat er dann immer den
505 Gleichen hereingeholt. Den er dann fristlos entlassen hat, wie er gesehen hat, dass er

506 ihn immer angelogen hat. Nur ich habe dem Bürgermeister die ganze Zeit gesagt, hol
507 den nicht mehr, der lügt, das stimmt nicht. Wo ich dann bestanden habe drauf, dass
508 er den Meister holt der auch das erste Mal die Wahrheit gesagt hat, wo er dann
509 durchdrehte. Er ist ja für Cholerische Auszucker bekannt. Das wollte er ja bei mir
510 auch gleich machen, bei der ersten Besprechung, hat er geschrien mit mir. Ich habe
511 ihn mir aber angehört, nur das Echo hat er nicht vertragen. Weder der noch der und
512 am wenigsten der Bürgermeister von Leoben hat zu schreien mit mir, da hab ich so
513 geschrien, da hat es die Leute zusammengezogen. Er hat geglaubt, er kann mich
514 damit fertigmachen aber das geht nicht, der Bürgermeister hat da als Obmann des
515 Rheinhalterverbandes zu agieren, Sie wissen eh wie das mit Politiker ist, 17 Ämter
516 und von keinem weiß man etwas. Ich sage, wenn man rein als Bürgermeister tätig ist
517 ok, ich will nicht schimpfen über ihn, er hat viel getan für Leoben. Ich bin nicht der,
518 der nur sich nur aufregt, wirklich nicht. Nur ich muss auch Fehler eingestehen und
519 sagen ja, das habe ich gemacht aber dann muss ich zu den Bürgern halten. Ich habe
520 zu ihm gesagt, Bürgermeister heißt für alle da zu sein und nicht nur für einen Teil.
521 Und dann hat er uns die Brocken hergeworfen, das ist keine Wellnessanlage das da
522 und dass sind die Leute, die zum Flughafen dazu bauen und sich dann über Lärm
523 aufregen. Dann sagte ich, darf ich darauf aufmerksam machen wie lange unsere
524 Häuser da stehen und wann das gebaut worden ist? Kein einziges Haus ist gebaut
525 worden seitdem diese Anlage unten ist. Das liegt Jahre zurück. Da hat es weit und
526 breit, nicht einmal Versuche gegeben, ist hier kein Haus mehr gebaut worden aber er
527 wollte, hat es dann so hingedreht. Der Bürgermeister bekommt halt ein Papier
528 vorgelegt und das schwafelt er runter aber Ahnung hatte er null. Dann hat er es so
529 gemacht, dass wenn wir ihm Fragen stellten, haben wir die Antworten von Herrn
530 Hüttenbrenner zurückbekommen, den er dann ja sofort entlassen hat. Er ist ja auch
531 nie gekommen, letztes Mal war er ja auch nicht da. Wär das nicht gut vom
532 Bürgermeister bei so einer brisanten Situation, dass er da ist? Der hat sich da nicht
533 hinunter getraut weil den haben sie schon einmal verscheucht im Falkensteiner. Wie
534 er da einmal einen Blödsinn erzählt hat, ist er aufgestanden und gegangen, da hat er
535 auch ein paar Buh-Rufe bekommen. Und das hat er nicht vertragen, deshalb ist er
536 auch nicht gekommen. Deshalb sage ich, wichtiger ist, mit einem Fass Bier nach
537 Brüssel zu fliegen und das anzuschlagen als wie zu so einer Veranstaltung zu

538 kommen. Weil der X hat zu ihm gesagt, kommst du heute eh? Sagt er zu ihm, ja
539 glaubst du, ich habe nichts wichtiger zu tun? (2) Er wird die Sache schon ernst
540 nehmen müssen, er ist der Hauptverantwortliche. Und zu den anderen roten
541 Gemeinderäten habe ich auch gesagt, ihr braucht dann nicht sagen, ja der
542 Bürgermeister, der Obmann. Ihr seid die, die bei der Gemeinderatsitzung die Hand
543 hebt. Ich war dabei bei einer Gemeinderatssitzung, nur darf ich nichts sagen, ich bin
544 hinten gesessen. Aber wie weit er sich jetzt noch hineinkniet, im Großen und Ganzen
545 ist er ein Auslaufmodell. Aber noch einmal, in diesen Sachen hat er total versagt. Das
546 Asia Spa, das will ich gar nicht verurteilen, ich war da noch nie unten und habe
547 keinen Cent dazu beigetragen, dass die finanzielle Situation anders sein könnte, viele
548 andere auch nicht, weil es ist ja viel zu teuer unten. (3) Die Sauna-Jahreskarte haben
549 sie ja auch gestrichen, gibt es nicht mehr. Das haben sie auch falsch gemacht weil die
550 jetzt woanders hinfahren. (2) Oder die Aussage voriges Jahr: Die es sich nicht leisten
551 können sollen mit dem Rad in das Proleten Bad nach Donawitz fahren. In das
552 Proletenbad. Donawitz ist ein Ortsteil, da war schon eine wildere Partie zu Hause. Da
553 waren halt eher die urigen Arbeiter zu Hause und weniger Akademiker Anteil oder
554 sonst was. Und heuer sagt er, er sperrt es nicht zu, er sperrt es gar nicht auf. Und
555 damit wollten sie nur die Leute ins Asia Spa hinunterbringen. Nur mit den Preisen
556 geht es nicht. Was ist wenn jetzt einer zwei Kinder hat, vier Personen. Für ein
557 Freibad, da hat es was, wenn ich so viel zahlen muss. (5)

558 Yf: Hat der Betreiber Gründe für den Bau beziehungsweise für die
559 Wiederinbetriebnahme genannt?

560 I1: (2) Gründe für den Bau? Nachdem es ja vorher keine Information gegeben hat, ist
561 dann sehr wohl darauf hingewiesen worden: das ist die Zukunft, wir brauchen das,
562 Alternativenenergie. Ich habe ja vorher schon gesagt, dass ich sicher nicht dagegen bin
563 aber man muss auf gewisse Kriterien Rücksicht nehmen und das nicht in eine
564 Wohnanlage bauen. Wenn das irgendwo in der grünen Wiese steht wo keiner
565 belästigt wird ok. Im Internet habe ich einen Artikel gefunden wo in Deutschland ein
566 Ort mit dem anderen streitet, weil das soweit stinkt, dass der andere Ort geschädigt
567 ist. In jedem Dorf ist die Kläranlage am Anfang oder am Ende nur in Leoben hat man
568 schon vor Jahren die Kläranlage in die Mitte hinein gesetzt. Nur wie gesagt, die
569 Kläranlage hat uns auch nicht so belästigt, da hat es keine Beschwerden gegeben. Ab

570 und zu hat es schon richtig gestunken bei der Kompostierung aber kein Vergleich mit
571 der Biogasanlage. Da war alles andere als ein Honiglecken. (2) Ja, das waren die
572 Gründe, wir brauchen das, nur da waren damals ganz andere Gründe im Spiel weil
573 die drei Herren die es unten nicht mehr gibt haben ja in der Firma eine Firma
574 gegründet. Das heißt, in einer Öffentlichen Angelegenheit, so wie es da unten eine
575 ist, ((5)) und die haben kräftigst mitgeschnitten. Nur ist das nicht wieder der
576 öffentlichen Hand zu Gute gekommen sondern die Herren haben das untereinander
577 aufgeteilt. (4) Ich hab zu ihnen gesagt, das sind ja Mafiosi Kreise wie das läuft und
578 alles verbandelt ist. (4) Das war einmal ein Grund. Die Idee als solches war nicht
579 schlecht, nur passt es dort nicht hin. Wenn Sie was bauen wollen, der Maier, der
580 Huber, dann wird die Dachneigung vorgeschrieben oder Sie sagen, mir gefällt ein
581 blauer Ziegel, nein dürfen sie nicht. Also sie bekommen vorgeschrieben was das
582 Zeug haltet aber da reden wir von einem Familienhaus, das weder stinkt noch einen
583 Lärm macht noch sonst irgendwas. Ja, kann auch alles sein@1@ aber dort unten ist
584 das alles egal? Oder das vertuscht man unter dem Schutzmantel Kläranlage. Ich hab
585 was, das behalte ich aber noch zurück. Ich habe einen Flächenwidmungsplan vom
586 Jahr 2010, das ist der letzte gültige. Das unten ist früher gebaut worden. Dieser
587 Kindergarten dort hinten ist gleich alt wie meine Tochter, die ist jetzt 31 Jahre alt. 31
588 Jahre steht der Kindergarten und der war 2010 noch nicht im Flächenwidmungsplan
589 drinnen, da steht Hutweide. Dieser Gemeinschaftsraum wo Veranstaltungen
590 stattfinden steht fast gleich lange, nicht einmal der ist eingezeichnet. Weder das
591 Pflegeheim dort drüben. Du nach solchen Kriterien schaut dann das Land. Die
592 Nachbarn, die das Haus gekauft haben, schauten auf den Flächenwidmungsplan und
593 haben sich gedacht, ja da ist es schön. Da werden wir sie jetzt auch belangen. (4)
594 Und jetzt hat ein Grazer Büro Anfang April, der macht das schon Jahrelang für
595 Leoben, die Raumordnung neu erstellt, was dann quasi der Flächenwidmungsplan ist.
596 Und was glauben Sie haben die da jetzt gemacht über die Biogasanlage, Kläranlage
597 und den Sportplatz der daneben ist. Das haben Sie als Nah- und Erholungsgebiet
598 eingezeichnet. Da warte ich jetzt noch ab. Einspruchsfrist ist bis 31. Mai, abgesegnet
599 wurde er am 28. März vom Gemeinderat. Sobald der seine Rechtswirksamkeit hat,
600 trete ich auf. Jetzt könnten sie ihn noch ändern. Das ist ein Wahnsinn das Ganze.
601 Aber wir sind jetzt schon so weit, dass sie es beweisen sollen, dass es geht. Das

602 erledigt sich von selber unten, finanziell, weil es nicht geht. Wir bräuchten uns nur
603 mehr zurücklehnen und warten. Haben Sie gehört, wie der Neger gesagt hat, wenn es
604 wirklich stinkt sperren wir zu? @2@ Es stinkt, sonst hätten sie es nicht im Bescheid
605 schon so drinnen. (6)

606 Yf: Was hätten Sie sich denn von der Kommunikation des Betreibers gewünscht?
607 Was hätte der Betreiber anders machen können?

608 I1: Was ich mir gewünscht hätte ist, dass die die Wahrheit sagen. Dass die unsere
609 Beschwerden ernst nehmen, was nie gemacht wurde. Ich bin da unten einmal mit
610 dem Schindler selbst gegangen, dann bin ich um 12.00 nach Hause gekommen. Wir
611 wollten draußen essen aber das war ein Ding der Unmöglichkeit weil es so gestunken
612 hat. Dann habe ich Fuchsteufelswild den Schindler wieder angerufen dass wir uns
613 treffen. Er steht dort und wartet auf mich, da hat es so gestunken. Unten haben sie
614 fast keine Luft bekommen. Herr Fiausch, ich weiß nicht was sie haben? Hier stinkt es
615 nicht. Und da war der Herr X, ist hinter ihm gestanden und hat nur mehr den Kopf
616 geschüttelt. Dann sind wir eine Runde gegangen und je nachdem wo wir gestanden
617 sind hat es bis zum Umfallen gestunken. Dann habe ich gesagt: Und jetzt brauchen
618 Sie nicht sagen, Sie riechen hier auch nichts? Dann grinst er mit ins Gesicht, naja
619 hier könnten wir vielleicht reden drüber. Dann sieht der Klärmeister wie ich meine
620 Hände nach vor gebe, ich wollte ihn in den Dreck hineinschmeißen und er hat so
621 gedeutet ((Schüttelt den Kopf)). Soweit war ich schon. Also nur lügen, nichts ernst
622 nehmen, alles abstreiten. Die haben sogar immer gesagt, ihr seid die Einzigen die
623 sich beschweren. Tausende, aus den verschiedenen Ortsteilen haben sich beschwert.
624 Dazu liegen auch Protokolle auf. Ich habe den Herrn Y. vom Umweltamt einmal
625 gefragt wie viele Beschwerden es gibt. Sind es hundert oder sind es zig tausende?
626 Naja sagt er, das letztere. Aber laut denen sind es nur immer wir. Das heißt, man hat
627 gesehen, das man null ernst genommen wird und nur belogen wird, die können uns
628 nichts mehr erzählen, dass wir ihnen etwas glauben oder sonst was. Normalerweise
629 würde ich gar nicht mehr auf die Veranstaltungen gehen, ich gehe hin aus Anstand
630 und damit sie nicht sagen können, ja der interessiert sich eh nicht dafür. Reden
631 können sie was sie wollen, nachdem sie nicht bei der Wahrheit bleiben. Und mit
632 ihrem Latein am Ende sind, nachdem der Schindler sagt, dass er nicht weiß wie es
633 weitergeht. (4) Aber es hätte auch ganz anders ausschauen können. Wenn man

634 wirklich versucht hätte und gesagt hätte, kommt, suchen wir die Fehler, helft mit.
635 Aber das war alles Augenauswischerei. Da haben sie behauptet die Leute schmeißen
636 Sachen hinter den Zaun oder der Fuchs stinkt. Oder einer soll heimlich tote Tiere vor
637 die Container geschmissen haben aber wissen Sie was dort gelegen ist? Die Felle der
638 Krampusse die die Leute entsorgt haben aber das hat nicht gestunken. Da hab ich
639 angerufen und der hat gesagt, er weiß es eh aber die haben halt wieder eine Ausrede
640 gebraucht. Also wenn wir gesehen hätten, die meinen das wirklich ernst, die arbeiten
641 mit uns zusammen, nehmen uns ernst, hätte es anders ausgeschaut. (2) Sie haben das
642 eh schon gesehen, dass es dort nicht so läuft wie es laufen sollte. Weil selbst der
643 Neger sitzt vorn wie ein geschlagener Hund. Wenn Sie den Schindler fragen,
644 bekommen Sie vom Neger die Antwort. Oder Sie fragen den Techniker bekommen
645 Sie auch vom Juristen die Antwort, die wurden ja alle entmündigt dort unten. Nein
646 aber es hätte wirklich anders ausgeschaut wenn wir gesehen hätten, dass sie uns ernst
647 nehmen und dass sie sich wirklich anstrengen das sie es wegbekommen aber ich habe
648 ja schon die ganzen Gründe aufgezählt. Die Firma ((Ricar)) wo die drei fest
649 mitgeschnitten haben, war am nächsten Tag gelöscht vom Ding. Da ist der
650 Bürgermeister ein Programm gefahren. Das hab ich Ihnen eh erzählt wie ich ihm das
651 hingeschmissen habe vor die Nase, wie ich geglaubt habe er fliegt um. Die haben
652 Urlaub, aber die haben jetzt lange Urlaub. Weil ich habe gesagt: Kennen Sie dir
653 Firma Ricar? Nein kenne ich nicht, und dann fragt er den Schindler, kennst du die
654 Firma Ricar? Nein, kenne ich auch nicht. Dann habe ich gesagt, meine Herren, das
655 ist aber sehr erschreckend, wenn Sie als Obmann die Firma Ricar nicht kennen. Dann
656 habe ich ihnen einen Zettel hingeschmissen: Wenn Sie die Firma Ricar nicht kennen,
657 das da oben ist die Kläranlage, Biogasanlage vielleicht wisst ihr das auch nicht, weil
658 soweit ich sehe wisst ihr ja gar nichts. Und falls sie die auch nicht kennen, schlagen
659 Sie die Seite zwei auf, da sehen Sie drei Mitarbeiter mit Bildern. Der Bürgermeister
660 ist ganz weiß geworden im Gesicht. Am nächsten Tag haben sie dann kommen
661 müssen, da ist alles gestrichen worden aus dem Register. ((10)) Die haben kräftig
662 mitgeschnitten da unten. (2) Ja so ist das gelaufen. (5)

663 Yf: Und hat Ihnen die Infoveranstaltung irgendwelche neuen Sichtweisen eröffnet?

664 I1: Die Frage ist mich schwieriger zu beantworten. Für Leute die nicht so involviert
665 sind in das Ganze und dorthin kommen und Informationen haben wollen und dort

666 etwas hören, da kann es sein, dass sie es glauben oder auch nicht. Die meisten
667 werden es glauben, weil da sitzen vorne vier Herren und die werden das wohl
668 wissen. Nur bei mir ist das so, da ich weiß dass wir immer und ständig nur belogen
669 worden sind, ist für mich eine Infoveranstaltung ein Leerkilometer. was uns betrifft.
670 Für die anderen die hingegen, die glauben das vielleicht, aber für mich hat eine
671 Informationsveranstaltung null Wirkung oder ist komplett umsonst. Ich weiß mehr
672 wie die, die haben viele Sachen von mir erfahren. Hat der Schindler einmal zu mir
673 gesagt, ich weiß nicht woher Sie das alles haben. Ja ich habe mehr Freunde als Sie.
674 Tatsache, wirklich. @Es ist so@. Da kann ich Ihnen jetzt ein Beispiel sagen. Da war
675 ein Interview von mir im Radio, das habe ich jetzt nicht gehört, das soll ganz gut
676 gewesen sein. Aber beim vorletzten Interview haben sie den Schindler gefragt und
677 mich gefragt. In der Früh ist es vollgesendet worden und ich hab dann meine Leute
678 angerufen und gesagt, hört euch das an. Der soll mal einen Rhetorikkurs machen,
679 dass er etwas rausbekommt, weil das ja direkt peinlich ist, dass sie den Bescheid
680 bekommen haben, dass sie anfahren dürfen. Weil er wird jetzt schauen wie es
681 weitergeht. Ja wie gesagt, dann war halt mein Interview. Und dann ruft mich einer an
682 uns sagt, du von dem sagt der Schindler aber nichts. Und dann hab ich es angehört
683 und meine Frau und dann haben sie nur mehr die Hälfte vom Schindler gesendet.
684 Also das wo er gestammelt hat, hat das Radio dann wahrscheinlich rausschneiden
685 müssen und hat es nicht mehr senden dürfen. Aber ich bin ja nicht blöd und hab dort
686 ja auch Freunde und hab dort angerufen und gefragt: Du, da ist heute nicht mehr das
687 gleiche gesendet worden? Du, ich weiß nicht, ich war nicht da, ich schau gleich nach.
688 Sagt er, ja da hast du recht, da steht, Beipack kürzen und, und, und. Dann habe ich
689 ihn bekommen, ich hab das Original da. (2) So arbeiten die. Auch bei einem
690 Werksbad Interview vom Bürgermeister, da ist auch am Vormittag ganz was anderes
691 gesendet worden als am Nachmittag. Die manipulieren dann selber im Nachhinein
692 ihre Berichte. Nachweisbar.(4)

693 Yf: Nun liegt ja der Bescheid vor, dass Änderungen vorgenommen werden müssen,
694 damit die Anlage wieder in Betrieb genommen werden darf. Wenn die Anlage
695 Bescheid konform wieder in Betrieb genommen wird, sind Sie dann für oder gegen
696 eine Wiederinbetriebnahme?

697 I1: Auf jeden Fall gegen eine Wiederinbetriebnahme. Weil wie ich vorher schon
698 erwähnt habe, laut Bescheid, Sie können gerne Einsicht nehmen, wurden ja
699 Luftstrommessungen durchgeführt und, und, und, das gibt es ja alles und da steht
700 eindeutig drinnen, das es stinken wird und wir wissen die Gebiete, weil die wurden
701 eingezeichnet. Ja also ich glaube, da werden wir dagegen sein. Nein also für uns gibt
702 es nur mehr eines, nie mehr Biogasanlage. Weil selbst wenn es nicht gestunken hat,
703 das war keine Luft. Das war so dumpf, da war nichts. (2) So wie jetzt zum Beispiel,
704 jetzt ist es ja schön draußen zu sitzen. Nein, also für uns gibt es nur eines, nie wieder
705 oder einen anderen Standort. Die sollen sie, ich weiß es nicht wo, irgendwo anders
706 aufbauen. Da beim Hafning, Richtung Trofaiach, wollte einer seinen Schweinstall
707 vergrößern. Da hat es schon die nächste Bürgerinitiative gegeben. Dann ein Stück
708 weiter in Trofaiach wollen sie ein Krematorium bauen. Die sagen zum Beispiel, da
709 war ich auch eingeladen, da habe ich geredet, nur damit sie sehen was da wirklich los
710 ist, weil die haben auch eine Bürgerplattform gegründet. Selbst wenn jetzt ein
711 Krematorium nicht stinkt oder nicht so gesundheitsgefährdend ist und pausenlos
712 schauen Sie nur auf Leichenwägen hin und pausenlos raucht es oben rauf, wer war
713 das jetzt, also das hat ja einen psychischen Hintergrund auch. Nur die haben eins
714 sperren müssen weil da gibt es gewisse Richtlinien und da sind die Belastungen
715 ziemlich hoch was Schwermetall anbelangt, das will keiner wahrhaben, und da
716 mussten sie eben eines sperren wegen Dioxinausstoß. Das ist gar nicht so
717 ungefährlich, es darf zum Beispiel in einem gewissen Umkreis von einem
718 Krematorium kein Gemüseladen sein oder kein Geschäft, das sein Gemüse draußen
719 hat. (3) Also ist es dann wirklich so ungefährlich? Und da hat oben dann sehr wohl
720 einer gefragt, ja Moment mal, Gemüse darf dort nicht draußen sein? Ich wohne
721 daneben, mein Garten, meine Obstbäume, die sind ja rund um die Uhr dort. So läuft
722 das, ein jeder will nur Gewinnmaximierung machen. Wir brauchen das Krematorium
723 nicht, wir haben zwei in der Steiermark. Das ist wieder ein politisches Spiel. Das
724 braucht keiner. Dass sich die wehren ist keiner Frage. (2) Da ist überall nur eines
725 dahinter, Geld. Da fragt keiner nach Lebensqualität wie einem geht dort. (2) Unser
726 Häuser zum Beispiel, die sind um 60 % weniger wert. Wer zieht denn hier her? Die
727 wollen jetzt verkaufen weil so narrisch geworden sind. Die X. und Y. sind hier her
728 gezogen weil es eigentlich schön wohnen ist hier, im Grünen. Ich bin hier auf die

729 Welt gekommen, damals war es ja noch ruhiger. Ja und das ist jetzt um so viel
730 weniger wert geworden. Und wie komme jetzt ich dazu, dass ich jetzt hier wegziehen
731 muss weil es stinkt und ich dann nur mehr die Hälfte bekomme? Ich verliere, sagen
732 wir die Hütte ist 200.000 Euro wert und ich bekomme nur mehr 100.000? Ich habe
733 zum Schindler gesagt, ihr bekommt jetzt eine Rechnung wegen der Wertminderung
734 meiner Immobilie. An wen soll ich die richtig, wollen Sie die haben oder der Herr
735 Bürgermeister? Nein, ich werde mich schlau machen hat er gesagt. Vollen ernstes hat
736 er das gesagt, er wird sich schlau machen. Eine Sitzung drauf habe ich ihn gefragt:
737 Und wissen Sie jetzt schon wohin? Ja da müssen Sie den Rechtsweg bestreiten. Soll
738 ich jetzt Prozessführen gegen die, weil mein Grundstück weniger wert ist? So etwas
739 kann man nicht dulden oder? Und rede jetzt nicht nur von meinem alleine sondern
740 von allen rund herum. Ich würde auch nicht zustimmen, wenn die sagen ich
741 bekomme eine Entschädigung. Sagen wir monatlich tausend Euro und dafür muss ich
742 mich deppat riechen? Nein, sicher nicht. Mir ist Lebensqualität lieber als Geld, weil
743 die kann man durch nichts ersetzen. Sogar andere haben gesagt, bitte, schauen Sie.
744 Deswegen gibt es für uns, für alle, nicht nur für mich, nie wieder Biogasanlage
745 Leoben.

746 Yf: Gibt es einen Fall wo sie sagen würden, unter diesen Umständen würden Sie eine
747 Wiederinbetriebnahme zustimmen?

748 I1: Einer Wiederinbetriebnahme würde ich dann zustimmen, wenn wir die Garantie
749 haben, aber Sie waren ja selbst dabei, dass es zu keiner einzigen Belästigung kommt,
750 weder Emission noch Immission. Und das ist ein Ding der Unmöglichkeit, das ist
751 erwiesen, dass es nicht geht. Es wird auch jetzt Biogas erzeugt, das ist auch vorher
752 erzeugt worden. Da gibt es ein kleines WAKW vorne, wo vier Maschinen drinnen
753 waren, da sind immer mehr kaputt geworden, jetzt ist nur mehr eine drin. Da machen
754 sie aber nur ganz wenig Strom, da reden wir von 100 KVA oder was das ist. Da
755 brauchen die zwei Pumpen im Rechenhaus 140 KVA. Da können sie nicht mal die
756 damit betreiben. Aber Strom ist dort unten immer erzeugt worden. Aber ohne
757 Belästigung für uns. Und unter diesen Vorraussetzungen leben wir ohne Belästigung.
758 Gegen das haben wir nichts. Nur dann muss ich nicht so etwas hin bauen, das ist ein
759 Prototyp die bei uns steht, die steht nirgends die Anlage. Das ist das traurige. (4)

760 Yf: Jetzt würde ich nochmal gerne zum Bescheid zurückkommen. So allgemein, was
761 Sie mir darüber erzählen können.

762 I1: Der letzte? Der 300 Seiten lange. Ja es hat vorher schon Bescheid gegeben, ich
763 habe einen ganzen Aktenberg und immer wieder ist in diesen Bescheiden mehr
764 vorgeschrieben worden komischerweise. Das ist ja auch eine Frage die ich mir schön
765 langsam stelle, wo haben die ganzen Sachverständigen des Landes vorher
766 hingeschaut, das habe alles ich aufgeworfen, das war aber deren Aufgabe normal.
767 Die haben ja eigentlich einer Anlage eine Genehmigung erteilt, die ja weit weg von
768 einem Konsens war oder annähernd den Bescheiden entsprochen hat. Bitteschön,
769 vorgeschrieben war der Biofilter mit 50.000, die haben einen gebaut mit 25.000.
770 Reingeschmissen haben sie für 100.000. Der war hin, alles kaputt unten. Es wurde
771 ein falscher Trockner gebaut. Und, und, und. Also, hinten und vorne passt das Ganze
772 nicht. Also wie gesagt, in den Bescheiden hat es dann immer wieder neue Vorgaben
773 gegeben, wobei wir immer weiter vorgestoßen sind Richtung EU zum Beispiel, weil
774 es gibt sehr viele EU Richtlinien. Das Eigenartige ist, oft werden sie angewandt,
775 kommt darauf an wer etwas davon hat aber wenn man schaut, dass der Bürger was
776 davon hat, ist die EU Richtlinie eigentlich weniger wichtig. Wenn man schaut, das
777 Kraftwerk in Voitsberg haben sie auch mit der EU zum Stürzen gebracht. Weil UVP
778 ist dort unten nie gemacht worden. Da haben sie das auch so hin getrickst, UVP
779 brauchst du über 10.000 Jahrestonnen Abfall. Die haben zufälligerweise nur 9.9
780 Tonnen. Was auch in hunderttausend Jahren nicht stimmt. Ja wie gesagt, in den
781 Bescheiden sind immer wieder neue Sachen gekommen und beim letzten sind dann
782 wieder sehr gravierende Sachen gekommen die zu machen sind. Man ist ja dort unten
783 drauf gekommen, dass man, was zwingend vorgeschrieben ist für solche Anlagen,
784 eine Blitzschutzanlage, da gibt es eigene Richtlinien, ((ÖVÄ)) Vorschriften, da war
785 gar keine unten. Der Blitz hat neben, im Sportplatz, eingeschlagen. Leider Gottes, ein
786 bisschen weiter rüber und wir bräuchten da jetzt nicht diskutieren, weil da steht dort
787 unten nichts mehr. Da war nichts vorhanden. Die haben keine Notstromanlage
788 gehabt, keine Feuerlöschanlage, die haben keinen Notfallplan gehabt, die haben gar
789 nichts gehabt. Und das ist jetzt alles im neuen Bescheid vorgeschrieben, angefangen
790 vom Monitoring, also die komplette EDV Überwachung, dass das Land Zugriff hat
791 und schauen können Input, Output, und, und, und. Das muss alles überwacht werden.

792 Also alles wo die vorher gesagt haben, ja das haben wir. Aber da hat keiner geschaut
793 aber nur wenn der Huber sein Haus zur Endbeschau hat, da gehen sie mit dem
794 Meterstab, das ist das Ärgerliche. Dann haben sie eben noch vorgeschrieben,
795 jederzeit Zutritt, Störungsmeldung, dass die ganze Annahmehalle mit einem Spezial
796 Belag ausgestattet werden muss. Da ist ein normaler Boden drinnen, also da ist kein
797 Schutz gegen das Grundwasser vorhanden. Das kostet ein Schweinegeld die riesen
798 Halle mit einem Spezial Belag auszustatten, auch die Wände hoch. Ist nichts
799 gemacht worden inzwischen. Sie dürfen unten zum Beispiel die LKW nicht mehr
800 durchwaschen, darf nicht mehr gemacht werden unten an der Anlage. Da kommt
801 dann eh keiner mehr, weil der Dreck trocknet ihm hinten ein und dann kann er seinen
802 Lastwagen wegschmeißen. Die sind auch damals schon nicht mehr in die Halle
803 gefahren obwohl sie reinfahren hätten müssen, weil es drinnen so gestunken hat. Der
804 hätte mit seinem Lastwagen nicht mehr fahren können, weil es im Führerhaus auch
805 so gestunken hat. Das ist ja arg.

806 Yf: Und was denken Sie über den Bescheid?

807 I1: Naja es ist so, dass sich auch die Herren Sachverständigen mit der Materie
808 auseinandergesetzt haben, weil wir gesucht und geforscht haben und geschaut haben,
809 was alles möglich ist. Ja und dann haben die auch viele Sachen die wir gesagt haben
810 vorgeschrieben. Was mich traurig stimmt, das müssten die Herren Sachverständigen,
811 selber Akademiker und was ihr Beruf ist, wissen, was die alles brauchen. Und wie
812 weit sich die an den Bescheid halten, weil in Betreib nehmen dürfen sie es eh erst,
813 wenn es dem Bescheid entspricht, komplett. Ich kann nur hoffen, dass die
814 Sachverständigen dann nicht aufgrund von Gutachten, von einem „WischWaschi“
815 Schrieb, den er nach Graz geschickt bekommt, ja passt jetzt, ist gemacht. Sondern,
816 dass die unten aufkreuzen und schauen, ob das gemacht wird, worden ist. Ich mache
817 es. Ich gehe meine Runden unten. Ich schaue mir das an und wehe da ist irgendetwas
818 nicht gemacht. Und dann steht die Bude wieder. Und dann wird es für sie immer
819 schwieriger. Weil das sind ja solche Dilettanten, dass es denen egal ist. Die haben ja
820 vorher Berge von Sachen unten im Freien gelagert wo nicht einmal ein Kilo hätte
821 dort sein dürfen.

822 Yf: Und glauben Sie dem Bescheid, also finden Sie der Bescheid ist rechtens oder
823 zweifeln Sie den Bescheid an?

824 I1: Wenn wir jetzt vom Bescheid reden, Fachabteilung 13A, naja anzweifeln. Er wird
825 sicher rechtens sein. Was natürlich schwer nachzuvollziehen ist oder zum
826 Überprüfen für uns, stimmen die ganzen Tonnagen, weil wenn sie das anschauen,
827 wie was, das ist irr. Ich kann nicht sagen, haben die wirklich jetzt 10.000 Tonnen nur
828 von die Lederspäne reingeschmissen, ich weiß das nicht. Im Bescheid steht das alles
829 drinnen und laut Schindler werden sie das alles sicher Bescheid gemäß unten fahren.
830 Diesen Bescheid anzweifeln ist, würde ich sagen, schwer. Teilweise waren sicher
831 Punkte drinnen wo wir gesagt haben ok aber es sind auch immer mehr Auflagen
832 gekommen und den anderen Bescheiden, wo auch immer wir gesucht haben. Und
833 dann haben sie wieder nachgebessert. Das war ein Katz und Maus Spiel. Was wir am
834 Bescheid vielleicht ein bisschen anzweifeln, nicht vielleicht, sondern überhaupt, das
835 ist der vom UVS. Das war bei uns am Land quasi die letzte Instanz, der Unabhängige
836 Verwaltungssenat. Weil ich glaube, dass die das nur vom Schreibtisch aus gemacht
837 haben. Dass keine neuen Gutachten gemacht wurden, das nicht einmal die alten
838 Gutachter, die vom Land, gefragt worden sind. Ich glaube gar nicht. Weil wenn ich
839 etwas anzweifeln, dann brauche ich ein Gegengutachten. Dann müsste der UVS jetzt
840 jemand anders Fragen, nicht die Gleichen. Das ist dasselbe, wenn Sie einen Richter
841 haben und gehen in Berufung und kommen wieder zum gleichen Richter. Da
842 brauchen Sie gar nicht hineingehen und nur sagen geständig, schuldig. Weil welcher
843 Richter lässt sein Urteil dann anzweifeln, nicht? Das Gleiche passiert bei solchen
844 Sachgutachten wie hier, wenn man jetzt eh schon ein Sachgutachten hergibt, ja dann
845 wird es wohl stimmen. Ich muss sagen, dass wir in unserer Runde gute Leute haben,
846 da sind viele Akademiker dabei die studiert haben und von Technik Ahnung haben
847 und da haben wir bei unserer Berufung etwas reingegeben, da haben die ganz schön
848 geknabbert dran aber ist eh gut. Aber den Bescheid von UVS stellen wir sicher in
849 Frage. Weil da ist garantiert kein anderer Gutachter befragt worden. Und wenn der
850 vorige Bescheid stimmt, was sollen die dann anderes herausfinden? Ich kann mir nur
851 ein Bild machen (2) ich habe nie einem alleine geglaubt. (2) Ich habe mich immer
852 abgesichert und mehrere gefragt, das ist so wie der Millionenshow @3@. Aber den
853 UVS Bescheid, vor allem weil sie fünf überhaupt zurückgewiesen haben. Da ist das
854 egal was der da drüben vom Pflegeheim geschrieben hat. Zig Millionen Euro hat der
855 investiert. Wer gibt denn die Leute da noch hin, den Vater oder die Mutter, die es

856 noch schön haben sollen in der letzten Zeit? In ein Gestankloch hinein, das du hin
857 wirst. Da hast du nicht spazieren können dort, da hat es so gestunken. Das sind 79
858 Meter bis dorthin. Das ist geschäftsstörend, ich kann Ihnen die Berufungen lesen
859 lassen, das ist zurückgewiesen worden vom UVS. Der ist zweimal betroffen, als
860 Unternehmer und als Anrainer. Nicht? Ist alles egal. Da frage ich mich beim UVS,
861 wo die da hingeschaut haben. Das zweifeln wir an.

862 Yf: Und haben Sie als Anrainer ein anhörrecht oder eine Parteienstellung?

863 I1: Ja, also wir haben keine Parteienstellung. Daher können wir nur das Verfahren
864 beeinspruchen und da haben wir mit verschiedenen Argumenten das vereinfachte
865 Verfahren beeinsprucht. Das musste man ja anführen, wieso man glaubt. Das heißt
866 ja, die Nachbarn können Tempelhüfen. Und das sehe ich bei so einer Anlage nicht
867 ein. Weil da geht es um was.

868 Yf: Herr Trumler hat im Interview gesagt, dass die Anliegen der Anrainer wie eine
869 Parteistellung in das Verfahren übernommen wurden.

870 I1: ((Schüttelt den Kopf)) Wollen Sie ihn lesen, den Bescheid? @2@ Wir haben ein
871 Anhörrecht. Uns ist das sehr wohl bewusst nachdem wir von Anfang an so
872 übergegangen wurden, weil wie ich in Erfahrung gebracht habe, wie der Eine gesagt
873 hat, hoffentlich kommt der Herr Fiausch nicht, wie die Bauverhandlung drinnen war
874 und er gewusst hat, dass es dann rund geht, ich aber mit dem Bürgermeister einen
875 sehr regen Schriftverkehr geführt habe über das Ganze, hat mir dann einer zugesteckt
876 wann die nächste Verhandlung ist und siehe da, ich war dort. Und dann habe ich dort
877 das erste Mal den Herrn Dr. Rupp kennengelernt und er sagt zu mir, nein ihr habt
878 keine Parteistellung weil das Verfahren ist schon zu weit fortgeschritten, ich hätte
879 gleich meine Einwände machen müssen. Und vor allem hätte ich mich vorher schon
880 dafür stark machen müssen oder mich beschwert haben. Ja, sage ich, Herr Dr. Rupp,
881 ich war der, der mit dem Ganzen angefangen hat. Ich habe ihm die Briefe vom
882 Bürgermeister gezeigt. Dann schaut er sich das an uns sagt: Wieso hat denn den
883 Herrn Fiausch keiner eingeladen? Meine Herren so kann es nicht sein.
884 Selbstverständlich haben Sie, Herr Fiausch, Parteienstellung. So hat das angefangen,
885 die haben alles heimlich gemacht, alles. Aber wie gesagt, man hat da nur das
886 Anhörrecht. Weil sie das Ganze auf Abwasser-Abfallwirtschaft laufen lassen. Wir
887 hätten nie gegen die Kläranlage sein können. Weil in gewissen Sachen gibt es das

888 nicht. Wenn das ein Gewerbe wäre dann schaut die Welt schon wieder ganz anders
889 aus. (4) Ja.

890 Yf: Können Sie mir nochmal zusammenfassen was sie alles unternommen haben, um
891 gegen die Anlage und eine Wiederinbetriebnahme zu protestieren?

892 I1: Was wir bis jetzt gemacht haben oder wie?

893 Yf: Ja was Sie bis jetzt gemacht haben und auch noch machen würden.

894 I1: Also wie gesagt, wir haben geschaut, dass wir jedes Mittel ergreifen können, wir
895 haben geschaut, dass wir eine Inbetriebnahme solange wie möglich hinausziehen
896 können, dann hat sich das Ganze eh finanziell erledigt. Ja und wie gesagt, wir haben
897 nur das Anhörrecht und die hören dann einfach zu ohne das man sich da viel
898 Illusionen macht. Es gibt sehr wohl Entscheidungen, wo man mit dem Anhörrecht
899 auch durchgekommen ist und eben noch einmal zurückkommend auf das
900 Vereinfachte Verfahren. Und da haben wir alles unternommen, sei es auf politischer
901 Ebene, mit diversen Politikern oder der Opposition, dass sich die zusammentun, die
902 sind an und für sich eh auf unserer Seite nur aufgrund der Mehrheit der SPÖ ist das
903 egal, denen fehlen halt zwei Stimmen, haben die anderen mehr, da ist nichts
904 gegangen. Wir haben geschaut, dass wir in den Medien präsent sind, im Radio, es
905 waren diverse private Fernsehbeiträge wo wir Beiträge gebracht haben. Wir haben
906 geschaut, dass wir alle aufklären weil viele haben ja gemeint es stinkt die Mur oder
907 das oder das. Die Leute haben ja immer geglaubt was in der Zeitung gestanden ist,
908 was die anderen Herren hineingegeben haben bis wir ihnen das Gegenteil bewiesen
909 haben wer und was stinkt. Also wir haben alles versucht. Rechtlich sind wir leider
910 Gottes eingeschränkt. Das Recht ist in diesem Fall nicht auf unserer Seite, wie ich
911 auch schon gesagt habe, das ist eine finanzielle Sache. Wenn ich ein Millionär wäre,
912 würde ich mir darüber kein Kopfzerbrechen machen. Wir haben sehr gute
913 Rechtsanwälte, der Herr X. ist ein ganz renommierter was Umwelt und diese Sachen
914 belangt. Der macht auch Vorträge an der Uni. Nur dann sind wir draufgekommen,
915 dass das ein Sack ist. Weil wie es dann um den 300 Seiten Bescheid gegangen ist und
916 um eine Berufung zu machen, sind unsere Damen hinuntergefahren und haben mit
917 ihm geredet. Die Nachbarn hatten ihn als Vertreter und die haben zig tausend Euro
918 bezahlt, privat und das sind keine Millionäre, das sind junge Leute die sich das Haus
919 gekauft haben und haben gefragt ob er das macht. Also ich wäre ausgerastet wenn

920 ich mitgewesen wäre. Ja, sagt er, mach ich, sage ich euch gleich was das kostet, naja
921 300 Euro die Stunde, 50 Stunden brauche ich, nein mehr, auf 15.000 Euro ist er
922 gekommen. Dass er es ja nicht machen muss. Weil dann haben wir
923 weiterrecherchiert und zufällig ist der Herr X. der Anwalt der Stadtwerke Leoben.
924 Der hat nie gesagt ich bin befangen, ich kann das nicht machen. Nur hat er schon
925 7000 Euro von den Nachbarn genommen. Das ist viel Geld. Er macht für die
926 Stadtwerke die ganzen Wasserrechtssachen und, und, und. Und da haben wir eben
927 gesehen wie weit wir bei dem Typen sind. (4) Ja was haben wir alles gemacht, wir
928 haben alles probiert. Uns selber schlau gemacht. Tag und Nacht vor dem Internet
929 gesessen, studiert und gelesen. Etliche Besprechungen mit unserer Runde, bei der
930 Gott sei Dank viele Akademiker dabei sind, die auf der Hochschule arbeiten und
931 wieder Leute kennen. Deswegen sind wir ziemlich weit gekommen. Und was wir
932 weiter machen wenn sie in Betrieb geht und es stinkt, ziviler Ungehorsam heißt das,
933 wir werden die ganzen Einfahrten unten blockieren, damit sie keinen Dreck anliefern
934 können. Alles legal, mit Meldung und Polizei, da unten tun wir uns relativ leicht weil
935 dort stören wir keinen öffentlichen Verkehr. Der Bauer unten hat mir auch
936 zugesichert, der so wild war, er stellt seine Anhänger und Traktoren hin weil der
937 zwischendrin sitzt. Weil der knabbert zurzeit auch dran, da gibt es eine lange
938 Kanalleitung von Proleb herauf, das zählt man zum Reinhaltverband dazu und vor
939 seinem Haus ist eine Entlüftungsstation, der bekommt es volle Kanne, auch zurzeit.
940 (2) Ja das werden wir alles sperren. Ich werde eine Anzeige nach der anderen
941 machen, bis es irgendwann zu blöd wird und machen müssen sie es. Ich werde, und
942 das ist fix, da kann kommen was wolle, täglich meine Runden im Rathaus drehen mit
943 dem übelsten Gestank, das kann mir keiner verwehren. Die verstehen keine andere
944 Sprache. Weil laut Richtlinien darf es acht Prozent normal stinken und drei Prozent
945 ekelerregend, wild oder? Und dann drehe ich halt mit meinen drei Prozent täglich
946 eine dreiviertel Stunde mit dem wildesten Gestank im Rathaus meine Runden. Steht
947 mir zu oder? Ja gleiches Recht für alle oder gilt das nur für uns, dass wir uns deppert
948 riechen können? Wobei ja die, ich sage jetzt mal Lakaien vom Bürgermeister, eh
949 arme Hunde sind aber es müssen bei uns auch alle hineinbeißen, da kann man dann
950 keine Rücksicht nehmen. Wir werden dann in weiterer Folge Straßensperren machen,
951 bei dem Kindergarten und der Schule spielt es sich recht ab. Wir haben Gott sei

952 Dank die Direktorin auf unserer Seite und die Lehrer die unterschrieben haben, die
953 dem Bürgermeister geschrieben haben und dem Landesschulrat und alles. Die sagen,
954 sie können die Schule zudrehen, weil die Kinder diese Luft atmen. Man kommt da
955 am weitesten bei Kindern. Aber denen fällt es ja gar nicht so wild auf. Aber
956 Gesundheit der Kinder, das kommt immer gut an. Nein wir suchen schon, wir haben
957 schon noch ein paar Sachen. Bilanz liegt auch bei der Zeitung auf, da muss ich nur
958 anrufen. (4)

959 Yf: Gibt es irgendetwas was Sie zum Abschluss noch sagen möchten?

960 I1: Nie wieder Biogasanlage Leoben. @2@ Nein, verstehen Sie, da gibt es nichts, da
961 kann der Herr Trumler, die können uns keinen schicken dem wir noch glauben, weil
962 wir jahrelang nur belogen worden sind. Deswegen sind wir so heiß. Weil da nie die
963 Wahrheit im Spiel war. Nur Verarschen und Anlügen. Am Wahltag zum Beispiel,
964 wie die Gemeinderatswahl war, ich weiß es von unten, eine Woche vorher haben die
965 den Auftrag bekommen, die Anlage langsam herunterzufahren. Das geht nicht
966 einfach wie einen Lichtschalter auszuschalten. Das muss ich langsam abbauen, nichts
967 mehr hineintun, und, und, und. In der Nacht zum Wahltag sind die Nachbarn
968 aufgewacht um vier, fünf Uhr in der Früh und schauen was dort für ein Wirbel ist.
969 Da sind Straßenkehrmaschinen gefahren und haben alle geputzt, in der Kläranlage,
970 ein Wahnsinn. Bevor die Wahl war hast du keine Luft bekommen, da haben sie
971 anfahren müssen sonst wäre alles in die Luft geflogen. Da sind wir alle tot wenn die
972 in die Luft fliegt. Und da sieht man was für ein Spiel gespielt wird. Während die
973 Leute zur Wahl gekommen sind, war die Luft halbwegs gut, die hätten müssen die
974 haben, zum Zeitpunkt wie die gekommen sind. Wir sind ja auch mit Gasmasken
975 wählen gegangen. Ist ja Fernsehen und alles dagewesen. (2) Also wie gesagt, für uns
976 gibt es nur eines, aus, gibt es nichts. Die brauchen wir nicht mal eine Summe
977 anbieten und sagen, ich soll eine Ruhe geben. Mein Bruder hat mich letztens gefragt
978 ob ich keine Angst habe. (2) Also wir kämpfen weiter. Das war schon oft, dass
979 welche resigniert haben. (2) Aber ich fädle immer wieder etwas ein. Jetzt haben wir
980 einen Richter auf unserer Seite, der hat sich kostenlos zur Verfügung gestellt, ist ein
981 Rechtsexperte. Da sieht man wieder einen Aufwind. Nur ich selbst, eine jeder hat
982 schon viel Geld investiert in das, bin nicht mehr bereit einen Cent zu zahlen an einen
983 Rechtsanwalt oder sonst was. Weil das kann es nicht sein, das spende ich lieber. Weil

984 es kann nicht sein, dass du nur mit viel Geld zu deinem Recht kommst was dein
985 Recht ist. Das kann nicht sein und für das kämpfen wir halt. Und jetzt haben wir halt
986 auch wieder einen Aufwind bemerkt, ich habe einen Landtagsabgeordneten draußen
987 gehabt und da sind wir lange gesessen und der stellt uns auch Juristen zur Verfügung.
988 Der hat sogar gesagt, sie haben eine Bürgerinitiativen Kasse, da sind jetzt keine
989 Unsummen drinnen aber Sie können sich vorstellen dass er uns einen um 2000 Euro
990 zur Verfügung stellt. Aber sie merken selber, vor allem die Grünen, weil es immer
991 mehr Verbrechen an der Natur gibt. Die waren ja mal ganz anders, für
992 Alternativenenergien aber dann haben sie gesehen, dass das Gegenteil ist. Ja das hat
993 er uns zugesichert und juristische Hilfe, ist schon viel gemacht. Der Richter hat
994 gesagt er liest sich die ganzen Bescheide durch, das habe ich ihm alles geschickt
995 vorgestern. Er hat gesagt, dass er uns sagt, was wir machen soll, ob wir eine Chance
996 haben, damit wir kein Geld rauschmeißen und er macht das für uns kostenlos. Das ist
997 schön. Es zieht schon Kreise. Wo mich die Leute anreden oder wo die Leute sagen
998 mach weiter und viel Glück. (5) Aber ich bin sonst eh immer erreichbar und ich habe
999 sämtliche Unterlagen und sämtliche Bescheide, also wenn Sie was brauchen haben
1000 wir das da. (4)

1001 Yf: Danke und ich danke Ihnen für die Teilnahme am Interview.

Kategoriensystem

Nr.	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
1	man hat gesagt wir machen eine Biogasanlage die man fast in einer Nacht und Nebelaktion ohne Genehmigungen	Biogasanlage ohne Genehmigung errichtet	
2	Dann hat man sie also in Betrieb genommen und dann hat sich herausgestellt, dass sie überhaupt nicht funktioniert	Funktioniert nicht	
3	Also es ist immer auf Defizit gegangen mit der Kosten-Nutzen-Rechnung die man nie ausgleichen hat können.	Kein wirtschaftlicher Nutzen	
4	Also die hat enorm gestunken, dass man die ganzen Anrainer belästigt hat.	Enorme Gestanksbelästigung	
5	mit den Leuten dann Kontakt aufgenommen habe und gefragt habe wie das in Zukunft ausschauen wird.	Kontaktaufnahme mit Betreiber	
6	wurden Ingenieure hergeholt von weiß Gott wo und es hat sich aber trotzdem nicht verbessert	Trotz Ingenieuren keine Verbesserung	
7	Dann habe ich mit ein paar Nachbarn Kontakt aufgenommen und die hätten mich auch sofort in weiterer Folge unterstützt.	Kontaktaufnahme mit Nachbarn	
8	der negative Faktor, das ich jetzt vor Kurzem gehört habe, das man mit dem Gas, das ja ursprünglich geplant ist, das man damit ins ursprüngliche Gasnetz hineinfahrt das man in Leoben hat, das man dort die Stadtgemeinde mit der Biogasanlage dazu speist und eben das Geld dableibt.	Negativ Faktor, Einspeisung von Biogas in das Gasnetz nicht möglich;	
9	Das wäre eine ganz richtige Anschauung. Nur jetzt ist man draufgekommen, dass das gar nicht gehen wird	Gaseinspeisung wäre richtige Anschauung	

10	Naja, ich habe dann mit Graz Kontakt aufgenommen, es gibt sehr wohl eine Ansprechperson, der ist sogar einmal zu mir gekommen, den habe ich dann informiert	Ansprechperson vom Umweltbüro, Graz	Themenrelevanter Wissensstand K1: Personen - Herr DI Schindler, Stadtwerkedirektor, Geschäftsführer Biogasanlage - Herr Neger, Rechtsanwalt - Bürgermeister, Obmann des Reinhaltverbandes - Herr Trumler, Kommunikationsverantwortlicher,
11	Das heißt wir wollten nicht, dass noch einmal Geld in die Hand genommen wird.	Keine Verwendung finanzieller Mittel mehr	
12	Betrieb ohne Gestank nicht möglich sein wird	Betrieb ohne Gestank nicht möglich	
13	Bescheide, wie ich schon gesagt habe, sind positiv zurückgekommen von Graz und von Wien und jetzt geht sie nicht in Betrieb. Also wir wissen nicht wie der letzte Stand jetzt bei der Inbetriebnahme aussieht.	Positiver Bescheid aber kein Betrieb, keine Information über Stand der Dinge	
14	das ist das Umweltbüro. Den Referenten, den anderen, an den Namen kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern aber wie gesagt der war bei mir im Haus	Umweltbüro	
15	Nur wie gesagt der Betreiber, die Stadtwerke Leoben, hat sich nicht abhalten lassen, die haben also weiterinvestiert	Stadtwerke Leoben haben weiterinvestiert	
16	Naja der Betreiber, das ist der Herr Stadtwerke Direktor, der Herr Schindler Ronald, mit dem hat man schon reden können, also da hat man die Aussage bekommen, nach seinem Wissen hat er das nicht so schlecht getroffen	Ronald Schindler war gesprächsbereit Schindler ist Stadtwerkedirektor	
17	nur was mir nicht so gut gefallen hat vom Herrn Schindler, vom Stadtwerkedirektor, das er immer gesagt hat ich berufe mich auf die Bescheide.	Berufung auf Bescheide ist unsympathisch	
18	der Bescheid nicht ganz geschickt erstellt worden, das Land Steiermark erteilt einen Bescheid wo da oben wieder alles passieren darf. Das ist das was uns nicht passt.	Bescheid ungeschickt erstellt	

19	Trotzdem bin ich aber einer, der nochmal sagt sie soll in Betrieb gehen. Dann kostet sie weniger, dann bringt sie wenigstens ein bisschen Geld zurück.	Unterstütze Inbetriebnahme, dann bringt sie Geld	Mediator - Herr Dr. Rupp, Verhandlungsleiter K2: Biogasanlage
20	Wenn sie nicht in dem Rahmen zu betreiben ist und wir mit der Luft weder Probleme haben, dann werden wir natürlich demokratische Mittel in Anspruch nehmen.	Bei Problemen mit Luft folgt Inanspruchnahme demokratischer Mittel	- Verwertung von Mais, Innereinen, Lederspäne, Klärschlamm - Blut, meiste Ausbeute
21	Das war so, dass man zuerst eine Kompostieranlage gebaut hat in Leoben.	Zuerst Kompostieranlage gebaut	- Strom- und Gaserzeugung - funktioniert nicht geruchsfrei
22	man muss irgendetwas probieren sonst kann ich nicht verlangen, dass ich auf den Knopf drückt und es hier drinnen Licht wird. Die Energie muss woher kommen. Das ist schon richtig	Energieerzeugung ist richtig und notwendig	- Schwefelwasserstoff hochgiftig - Alternativenenergie - Konsensabweichender Bau - Abwasserreinigung
23	Der Urgedanke war die Kompostierung, das heißt, da hat man eine Kompostierung gebaut in Leoben, das ist ca. 20 Jahre aus.	Urgedanke war Kompostierung vor 20 Jahren	- 50-60 Prozent Methan, muss herausgewaschen werden
24	Wir haben da Tage gehabt wo es nicht zum Aushalten war.	An manchen Tagen war es nicht auszuhalten	- Juni 2010 durch UVS geschlossen K3: Unternehmen
25	der Betreiber wollte etwas Gutes machen in Leoben das muss ich dazusagen. Vielleicht hatte er nicht die notwendige Erfahrung und es ist danebengegangen.	Betreiber wollte etwas Gutes machen, ist danebengegangen	- Reinhaltverband und Stadtwerke Leoben beteiligt K4: Investitionen
26	der erste Mann in der Stadt der Leoben, der Bürgermeister Konrad, immer versteckt hat. Also wir haben versucht ihn auf den Gestank anzusprechen. Der war nie da, der war nie erreichbar weil man gewusst hat, dass es ihm schön langsam unter den Fingernägeln zum Brennen angefangen hat.	Bürgermeister von Leoben hat sich versteckt und nie erreichbar	- mehrere Millionen Investment - letztes Jahr negatives Eigenkapital K5: Überwachung durch Monitoring-System

27	Der hat sich auch bei jeder Sitzung gedrückt, er hat sich gedrückt mit allen möglichen fadenscheinigen Ausreden. Der war nicht ansprechbar.	Bürgermeister hat sich gedrückt mit fadenscheinigen Ausreden, war nicht ansprechbar	Akzeptanz der Wiederinbetriebnahme - bringt Geld - Nulltarif positiv - große Hoffnung - wirtschaftlich notwendig
28	Bürger nicht richtig informiert hat.	Bürger wurden nicht richtig informiert	
29	Weiter investieren, nochmal Steuergelder in die Hand nehmen und wahrscheinlich wird es eine Fahrt ins Blaue, da bin ich nicht dabei.	Investition von Steuergeldern wird abgelehnt	
30	Ja die Anlage einmal persönlich angeschaut.	Anlage persönlich angeschaut	
31	Und die zweite Variante die es gibt, die man oben auch angestrebt hat, das ist die Verstromung. Das heißt, dass ich mit dem Gas das man mit der Biogasanlage erzeugt einen Motor betreibt (...) und mit dem Gas den Motor betreibe ich einen Generator an und damit wird Strom erzeugt. Aber wie gesagt, das ist eher eine negative Sache, da wird man überhaupt nicht in die schwarzen Zahlen kommen.	Verstromung ist nicht wirtschaftlich	
32	ich hoffe nicht das wir es begraben müssen. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit das wir ein bisschen was zurückbekommen. Als Leobener Bürger muss ich die Auffassung haben weil es letztendlich unser Geld ist, das ein bisschen was rausschaut.	Unterstützung der Inbetriebnahme um Geld zurückzubekommen	
33	Also der jetzige Betreiber der Biogasanlage der hat das ja nicht angefangen, die Verbesserung hat ja jetzt der Herr Schindler inne. Und da muss ich sagen, das ist ihm wieder hoch anzurechnen, weil das ist kein leichter Brocken den er da in die Hand genommen hat	Betreiber hat keine leichte Aufgabe, ist ihm hoch anzurechnen	
34	es ist eine gute Idee gewesen und darum wünsche ich, dass die	Biogasanlage war eine gute Idee, wünsche, das	

	Biogasanlage funktioniert.	sie funktioniert	Kenntnis von Ansprechpersonen - Herr Schindler - Herr Rupp - keine Ansprechperson bekannt
35	hat das riskiert als Nachfolger, verbessert, die Arbeiten sind gemacht worden und wie gesagt jetzt warten wir auf einen positiven Betrieb.	Hat die Anlage verbessert und viel riskiert	
36	Betreiber hat von Informationen keinen schlechten Eindruck gemacht	guten Eindruck bei Informationen	
37	Man hat ihn immer wieder ansprechen können wenn man unsicher war	Bei Unsicherheit war Betreiber erreichbar	
38	Und er hat gesagt er wird das Beste daraus machen und hat die Firmen international angeschrieben die die meiste Erfahrung haben	Betreiber wird das Beste daraus machen, hat sich international erkundigt	
39	er ist wirklich in halb Europa herumgefahren und hat sich das angeschaut, was ist machbar. Also ich muss sagen dem Herrn Direktor Schindler liegt Leoben und die Biogasanlage schon ein bisschen am Herzen weil er hätte es sich auch einfacher machen können.	Leoben liegt Herrn Schindler am Herzen	
40	Jetzt ist die große Hoffnung.	Große Hoffnung	
41	glaube nicht, dass das gesundheitliche Schäden hervorrufen kann weil letztendlich Naturprodukte dort eingesetzt worden sind. Es sind halt Sachen geredet worden, dass der eine gesagt hat, dass ihm schwindelig ist, dann war halt dem anderen Nachbar auch schwindelig. Da habe ich weniger Angst weil da nichts mit Chemie in Verbindung gebracht wurde. Naturprodukte vergasen, ja macht nicht immer eine gute Luft, aber ich glaube nicht, dass da gesundheitliche Schäden zu	Glaube nicht, dass es gesundheitlichen Schäden hervorrufen kann, sind Naturprodukte, keine chemische Verbindung; oft Einbildung;	

	befürchten sind.		Kenntnis der Ziele und Begründungen K1: Ziele - Gaseinspeisung - energieautark - Verstromung - größte Biogasanlage - Amortisierung in 25 Jahren - bis Jahresende in Betrieb gehen - bestens betreiben K2: Begründungen - ökologisch, modern - alternative Energieerzeugung - Wirtschaftlichkeit - Verwertung von Klärschlamm, keine Transportkosten - keine Begründungen bekannt
42	bei der Kläranlage fällt der Rohstoff für die Biogasanlage an. Darum hat man sie auch mehr oder weniger in diesem Bereich bauen müssen. Umso weiter das sie weg ist desto größer werden dann auch wieder die Transportkosten die anfallen. Der Grundgedanke ist ein guter, das heißt, dass ich das Produkt zum Teil der bei der Kläranlage anfällt, der Klärschlamm, da vergasen kann.	Bei Kläranlage fällt Klärschlamm zum Verwerten an, ist sie weiter weg entstehen Transportkosten; guter Grundgedanke	
43	bei der Standortwahl muss ich sagen, da ist Schindluder getrieben worden weil man die Auflagen überhaupt nicht eingehalten hat, beziehungsweise nicht gefragt hat danach. Das Land, die oberste Behörde, sind alle nicht informiert worden. Es wurde auch keine Nachbarverhandlung gemacht, ich bin ja Anrainer, ich hätte ja eingeladen werden müssen.	Bei Standortwahl ist Schindluder getrieben worden, Behörde wurde nicht informiert, keine Nachbarverhandlung, Auflagen wurde nicht eingehalten	
44	Ich muss ein Windrad dulden, ich muss ein Wasserkraftwerk dulden. Was ja Gott sei Dank jetzt ausgebaut wird, weil wir brauchen immer mehr Energie	Alternative Energieerzeugung ist wichtig	
45	Und wenn ich nochmal darauf zurückkomme auf den Herrn Fiausch der ja auch nicht richtig informiert wurde, der sich ja auch die Informationen teilweise über sieben Ecken herholen musste	Herr Fiausch wurde nicht richtig informiert	
46	wir haben vom ersten Mann nicht die richtige Information bekommen.	Falsche Informationen vom Bürgermeister	
47	Durch das ist die Spannung entstanden.	Dadurch Spannung entstanden	

48	Das ist alles Still und Leise passiert.	Tatsachen verheimlicht	Partizipation an Informationsveranstaltungen oder Bürgerversammlungen - Ortsaugenschein - Informationsveranstaltungen - Bürgerversammlungen - Anlage angeschaut - Tag der offenen Tür
49	Die letzte Informationsveranstaltung wo ich also war da habe ich schon eine Erfahrung sammeln können und wie gesagt auch Beruhigung.	Bei Informationsversammlung Erfahrung gesammelt und beruhigt worden	
50	habe ich das letzte Gespräch mit dem Herrn Direktor, mit dem zukünftigen Betreiber der Biogasanlage reden können und da habe ich gesagt, ich hätte gerne wenn es wirklich nicht geht ein Ehrenwort das man etwas unternimmt, das man zurückfährt, nicht wieder stur weiterfährt und die Luft zusammenbringt die nicht zum Aushalten war. Da habe ich eine Zusage von ihm bekommen, das hat mir sehr gut gefallen.	Ehrenwort vom Betreiber, das er etwas unternimmt wenn die Luft nicht auszuhalten ist	
51	Das er da zurückkommt, das ihm die Bürger das doch Wert sind, das er sagt jetzt ist doch alles danebengegangen was vielleicht doch nicht so sein wird, das er dann auf uns Rücksicht nimmt, das hoffe ich schon stark.	Hoffnung das er auf Bürger Rücksicht nimmt	
52	Er wird nicht so stur sein so gut wie ich ihn kenne und das sind doch einige Jahre, das er sagen wird, da steht es auf dem Papier und die Nachbarn sind mir egal. Also das glaube ich wird nicht passieren.	Bürger sind Herrn Schindler nicht egal, beruft sich nicht ausschließlich auf Papier	
53	Und was er mir auch persönlich gesagt hat, das er auf den Bescheid nicht hinarbeiten will den er vom Land bekommen hat. Weil da stehen ihm ja Tür und Tor offen, da darf es ja dreimal am Tag stinken. Das will er bei Gott nicht haben, er will es bestens betreiben, geruchlos natürlich, wenn es geht und wenn das alles wieder daneben geht dann hat er mich schon	Schindler will es bestens betreiben und nicht auf Bescheid hinarbeiten, da würde es dreimal am Tag stinken, wenn es nicht geht lässt er sich etwas einfallen	

	wissen lassen, dann müssen wir uns was einfallen lassen.		Wahrnehmung der Unternehmenskommunikation K1: Schindler gesprächsbereit, bei Unsicherheit erreichbar K2: Informationsveranstaltung - Erfahrung gesammelt - viel Information - sachliche Diskussion K3: Keine Erinnerung an Kommunikation K4: Wort Kommunikation zur Beruhigung K5: Hüttenbrenner ging von Haus zu Haus - Hinhalteteknik K6: Aggressionen aus der Bevölkerung mit Führungen rausnehmen K7: Bürgermeister - nicht ansprechbar - Spannung entstanden - gedrückt - durch Siedlung gegangen K8: Antworten - per Mail - Dankeschreiben zu Silvester
54	Da gab es mal einen Ortsaugenschein, da bin ich hingegegangen	Ortsaugenschein	
55	da durften wir ja Bürgermeister nicht in die Karten schauen bei ihnen	Bürgermeister hat Informationen verschwiegen	
56	der erste Betrieb der Biogasanlage war eine Fahrt ins Blaue mit über 200 Millionen Schilling die der Leobener Steuerzahler zum Zahlen hat, das wissen wir.	Fahrt ins Blaue, Fehlinvestition von 200 Millionen Schilling Steuergeld	
57	Naja soweit ich informiert bin hat man den Herrn Fiausch, weil er natürlich am meisten Druck gemacht hat, nicht richtig informiert.	Herr Fiausch wurde nicht richtig informiert	
58	Also die Position, das Argument von Herrn Fiausch ist vollkommen verständlich, er ist sicher nicht richtig behandelt worden.	Herr Fiausch wurde nicht richtig behandelt	
59	Betreiber hat sehr viel gemacht. Der hat also zwei, drei Bürgerversammlungen gemacht geht nich	Viel Information von Betreiber, zwei bis drei Bürgerversammlungen	
60	Wenn sie funktioniert die Biogasanlage, was wir uns alle wünschen und dann Strom bringt und positiv fährt, wenn sie nur zum Nulltarif fährt dann ist das schon viel wert, dann produzieren wir halt was oben. Wenn wir das Geld wieder zurückgewinnen, das ist noch immer besser als wir müssen sie eben machen mit dem Erdboden.	Wünschen uns, dass Biogasanlage funktioniert und Strom bringt, viel wert wenn sie zum Nulltarif fährt oder Geld bringt, besser als Abschalten.	
61	Daten und Fakten werden erst beim Betrieb nach längerer Zeit genau zu eruieren sein.	Daten und Fakten bei Betrieb zu eruieren	
62	Rechnerisch kann man etwas machen aber die Praxis ist nicht	Theoretische Daten nicht mit Praxis ident	

	immer ident mit dem Theoretischen.		K9: Mittel bösartig eingesetzt Zweifel an der Wahrheit der Sachurteile - lückenhaft - fadenscheinig - nicht die Realität - keine Berechnungs- oder Erfahrungswerte - Rechenbeispiele kurios - einzelne Gutachten können Anlage nicht als Gesamtes verstehen
63	Mais wäre ja wünschenswert, den haben wir aber nicht in der Obersteiermark, den gibt es vermehrt in der Untersteiermark, der hat natürlich eine gewaltige Ausbeute da kann ich das sehr wohl einmal positiv fahren.	Gewaltige Ausbeute bei Mais, möglich positiv zufahren	
64	Also ich glaube nicht, dass da jetzt genau Fakten erstellt werden können die dann 100 Prozentig passen. Man wird etwas angestrebt haben nehme ich an	Fakten können nicht 100 Prozentig passen	
65	Umbauarbeiten sind ja bereits abgeschlossen nach besten Informationen und mit den besten Leuten die man wirklich hat herholen können	Umbauarbeiten nach besten Informationen und Leuten abgeschlossen	
66	Und ich stimme der Anlage jetzt einmal grundsätzlich zu weil sie ja fix und fertig ist.	Zustimmung zu Anlage weil fix und fertig	
67	wenn der Betrieb nicht machbar ist, wenn es dann nicht zum Aushalten ist dann werden wir Schritte setzen müssen.	Gegenmaßnahmen bei Belastung	
68	Ja aus wirtschaftlichen Gründen auf jeden Fall und da muss ich auch sagen wie ich schon gesagt habe, von der Wirtschaft her, wenn ich mehr Energie brauche, dann muss ich mehr erzeugen.	Zustimmung aus wirtschaftlichen Gründen und Energiebedarf	
69	Und das letzte ist eben die Biogasanlage an diesen Standorten wo sie hinpasst das ist halt ein bisschen zum Anzweifeln.	Standort ist anzuzweifeln	
70	Ja der Bescheid ist für mich ein lückenhafter Bescheid und das habe ich auch gesagt, dass ist für mich kein Bescheid, das ist Papierkorb Sache weil so etwas brauche ich nicht ausstellen als höchste Behörde im Lande	Bescheid ist lückenhaft, Papierkorbsache	
71	Betrieb nach dem Bescheid, dann werden in Leoben der Leute	Abwanderung von Bewohner und Bewohnerinnen	

	abwandern	bei Betrieb nach Bescheid	
72	Bescheid ist ja so erstellt worden, dass man die Biogasanlage mit allen Mitteln betreiben kann	Betrieb mit allen Mitteln nach Bescheid	
73	Aber diese Genehmigung, das ist eine fadenscheinige Genehmigung die in unserer Zeit überhaupt nicht passieren darf.	fadenscheinige Genehmigung	
74	Das kann nicht sein vom Gesetz und darum akzeptiere ich den Bescheid überhaupt nicht.	Keine Akzeptanz	
75	Das heißt wir machen das nicht irgendwo aus sondern wir haben eine sachliche Diskussion geführt und ich habe die Leute angesprochen	Sachliche Diskussion mit Betreiber	
76	Naja ich bin nicht einer der protestiert das dann letztendlich auf Kosten des Betreibers geht.	Kein Protest auf Kosten des Betreibers	
77	das haben sie gewusst, dass wir immer mehr Druck machen werden und dann ist es letztendlich zum Stillstand gekommen.	Durch Druck zum Stillstand gekommen	
78	Also wie gesagt das ist alles sehr träge gegangen	Träge Handlungsbereitschaft	
79	Bürgermeister, das er sich nie hat blicken lassen (...)weil er sich nicht mehr rausgesehen hat	Bürgermeister hat sich nicht mehr hinausgesehen	
80	dann werden wir eben zu den demokratischen Mitteln greifen müssen und das ist bereits angedroht	Demokratische Mittel angedroht	
81	letzte Information ist so, dass sie wirklich von den besten Ingenieuren umgebaut wurde	von besten Ingenieuren umgebaut	
82	Betreiber uns versprochen hat, wenn es gar nicht gehen wird dann wird es Konsequenzen von ihrer Seite geben(...)fürchte ich mich dann nicht allzu viel	Vertrauen in Betreiber, dass es Konsequenzen geben wird wenn es nicht geht	

83	beim Kauf nicht gewusst, dass da eine Biogasanlage oder dass es da Probleme gibt	Keine Information über Biogasanlage bei Hauskauf	Zum ersten Mal von der Biogasanlage erfahren - beruflich, potentieller Arbeitgeber - Nachbarn - Insiderinformation - Medien - Tag der offenen Tür
84	Ablauf ist mir relativ gut bekannt wahrscheinlich könnte ich schon als Techniker dort arbeiten	Ablauf gut bekannt, könnte wahrscheinlich als Techniker dort arbeiten	
85	mich am meisten gestört hat die Lärmbelästigung.	Lärmbelästigung massiv störend	
86	Gelsensummen also von der Frequenz her und in der Nacht, das ist unmöglich gewesen.	Wie Gelsensumme, unmöglich gewesen	
87	der Gestank ist eben nach und nach immer schlimmer geworden und das war dann Zeitweise dann wirklich so, dass man nicht mehr draußen sein kann.	Massive Belästigung durch Gestank, massive Einschränkungen	
88	Und so schubweise, natürlich nicht durchgehend weil das wäre unmöglich	Schubweise Belästigung	
89	mehr als die Hälfte aller Tage wirklich eine Geruchsbelastung	Geruchsbelastung mehr als die Hälfte der Tage	
90	haben wir einmal mitprotokolliert	Mitprotokolliert	
91	Monitoring System sicher vernünftig	Monitoring System vernünftig	
92	das muss auch kontrolliert werden vom Land, dass die wirklich Zugriff haben.	Kontrolle und Zugriff vom Land	
93	Ja das war eigentlich Positiv, weil es mich beruflich interessiert hätte, dass war für mich der erste Kontakt zur Biogasanlage	Erster Kontakt war beruflich	
94	Zeitungsartikel und vor allem über das Internet bekommt man sehr viele Informationen über Biogasanlagen heraus.	Information über Zeitungsartikel und Internet	
95	dass das ein Prototyp ist sind wir dann auch darauf gekommen, wirklich mit den Schlachtabfällen, klar dass es massive Geruchsbelästigungen gibt.	Anlage ist ein Prototyp, Verwendung von Schlachtabfälle bedingen Geruchsbelastung	
96	da gibt es nichts Vergleichbares. Zumindest nicht im	Nichts Vergleichbares in besiedeltem Gebiet	

	besiedeltem Gebiet		- Stadtblatt - Ehemann - Anschlag bei Stadtgemeinde
97	Also mit Emails und offenen Briefen. Die Antworten haben immer wochenlang gedauert bis da etwas zurückgekommen ist mit Null Aussagekraft.	Kontakt mit Betreiber durch E-Mails und offene Briefe. Antworten mit Null Aussagekraft dauerten Wochen.	
98	Kontakt im dem Sinn, der war eher einseitig. Wir haben Geruchsprotokolle geschickt und gebeten um Termine und was da los ist aber vom Betreiber ist das relativ wenig zurückgekommen.	Einseitiger Kontakt. Geruchsprotokolle geschickt und um Termine gebeten, wenig Reaktion von Betreiber	
99	Also (3) von Kontakt würde ich da nicht sprechen.	Würde nicht von Kontakt sprechen	
100	Was nur komisch ist, dass weder ein Firmenschild existiert noch irgendeine Hinweistafel. Im Internet gibt es keine Homepage für einen neuen Betrieb, sage ich mal, ist das eher ungewöhnlich.	Ungewöhnlich das kein Firmenschild und keine Homepage gibt	
101	Gemeinde sehr stark beteiligt ist, mittlerweile sich auch die Eigentumsverhältnisse verschoben haben, stimmt hier irgendetwas nicht.	Gemeinde ist stark beteiligt, Eigentumsverhältnisse haben sich verschoben, etwas stimmt nicht	
102	von der Firma selbst ist es sehr schwierig Informationen zu bekommen, vernünftige.	Schwierig von Firma vernünftige Informationen zu bekommen	
103	Ich weiß nur nicht welcher Betrieb sich das leisten könnte 2 Jahre stillstand und dann noch glaubt, und es sind noch Investitionen zu tätigen, und dann noch glauben, dass das wirtschaftlich läuft	2 Jahre Stillstand und Investitionen könnte sich kein Betrieb leisten	
104	Geschäftsführer ist der Herr Diplom Ingenieur Schindler und sonst gibt es eigentlich keinen Kontakt (2) oder Ansprechperson in dem Sinn.	Geschäftsführer ist Herr DI Schindler, sonst keine Ansprechperson	

105	Der Mediator ist ja umsonst gewesen. Er ist zwar zur Beruhigung der Anrainer eingesetzt worden, aber der hat nichts mehr ausrichten können. Der ist sicher zu spät eingesetzt worden	Mediator ist umsonst gewesen, zu spät eingesetzt worden	
106	Also (3) ich würde ihm jetzt nicht die Schuld geben, ich glaube das der nicht so kann wie er will. Oder durfte so wie er will.	Würde ihm nicht die Schuld geben, kann oder darf nicht so wie er will	
107	Bürgermeister möchte ich nichts sagen (...) nein das ist ein unmöglicher Mensch für mich. (2) Wie auch der Herr DI Schindler ich auch menschlich gesehen absolut daneben.	Bürgermeister und Herr Schindler sind menschlich absolut daneben	
108	so mit Menschen oder Bewohnern umzugehen das finde ich absolut nicht in Ordnung.	Umgang mit Bewohnern nicht in Ordnung	
109	irgendwo fehlt mir das Verständnis dafür, dass es da keine Gesprächsbasis geben kann, nicht einmal ein gewisses einlenken oder eine Entschuldigung für Aussagen, es ist ja jetzt aufgekommen, dass Fehler passiert sind, offensichtliche Fehler oder illegale Sachen, da gibt es nichts.	Kein Verständnis, dass es keine Entschuldigung für Fehler und illegale Handlungen gab, daher keine Gesprächsbasis	
110	es geht nur um das durchziehen. Der Bürgermeister will sich ein Denkmal setzen und deshalb wird das durchgezogen.	Bürgermeister will sich Denkmal setzen	
111	Mit den Einsatzstoffen die jetzt hinein geben werden dürfen ist das sicher nicht effizient die ganze Sache.	Mit den Einsatzstoffen ist es nicht effizient	
112	der finanzielle Einsatz ist hoch gewesen, doppelt so hoch wie geplant und mittlerweile 13 Mio. Euro Investitionssumme. Das der das in Betrieb nehmen will ist völlig klar, wirtschaftlich gesehen	Betrieb aus finanziellen Investitionen von 13 Millionen Euro. Inbetriebnahme von Betreiber ist logisch.	
113	Absprung verpasst worden ist. Für ein Ende mit Schrecken.	Jetzt kommt Schrecken ohne Ende, Absprung	

	@(1)@ Anstatt Schrecken ohne Ende so wie es jetzt kommt.	verpasst worden.	
114	Ja legitim wenn es gesetzlich so durchgeht, (.) was sollen wir machen, also dann ist es gesetzlich in Ordnung.	Wiederinbetriebnahme gesetzlich in Ordnung	
115	Aber ich glaube nicht dass das funktioniert. Von der wirtschaftlichen Seite, technisch bin ich auch nicht davon überzeugt, geruchsfrei geht es auch nicht	Glaube nicht, dass es wirtschaftlich, technisch und geruchsfrei funktioniert	
116	Wobei wir nach wie vor sagen, wir sind nicht gegen Biogas sondern gegen den Standort dort.	Nicht gegen Biogas, sondern gegen Standort	
117	weil ja die Kläranlage auf diesem Standort ist, natürlich die Verbindung nicht schlecht.	Verbindung mit Kläranlage nicht schlecht	
118	das sind ja nicht ein paar Häuser sondern das sind ja ganze Ortsteile die da verseucht werden.	Ortsteile werden versucht	
119	Teilweise war es schon so mit gereizten Schleimhäuten, aber ich glaube das war eher von der Deodorierung die da einmal eine Zeit lang gelaufen ist, also chemisch überdüngt den Geruch oder Gestank	Schleimhautreizung durch Deodorierung des Geruchs	
120	hat sehr die Schleimhäute angegriffen, hab nie Nasenbluten und da schon, so ein Zufall, das gibt es nicht, dass das mehrere haben in Leoben. Hausärzte haben ja auch schon eine Häufung festgestellt zu dem Zeitpunkt.	Häufung von Nasenbluten, haben auch Ärzte festgestellt	
121	Ja der Gestank es ist einfach wirklich <u>Ekel erregend</u> .	Gestank ist ekelerregend	
122	Verstehe Reaktion und Beschreibung bei dem Geruchsprotokoll das die von Verbrecher und was weiß ich was da aufgeschrieben wurde	Verständliche Reaktion das Personen von Verbrechen bei Geruchsprotokoll schreiben	
123	ich glaube per Email haben wir Antworten bekommen	Antworten per E-Mail	

124	haben zu Silvester ein Schreiben mit bekommen, dass sie sich bedankten für die gute Zusammenarbeit	Dankesschreiben zu Silvester mit Pralinen	
125	so einen Schwachsinn	Schwachsinn	
126	sonst über die Presse, direkt hat es keinen Kontakt gegeben.	Keinen direkten Kontakt, Informationen über Presse	
127	nach der Schließung sind Informationsveranstaltungen abgehalten worden, wo aber nur von uns oder von den Gegnern Sachen verlangt worden sind oder Informationen gekommen sind, aber vom Betreiber überhaupt keine. Also das hat keinen Informationswert gehabt.	Nach Schließung gab es Informationsveranstaltungen, hatten keinen Informationswert, keine Informationen gekommen	
128	Das war eher so, dass das von uns Informationen an den Betreiber kamen	Informationen von uns an Betreiber	
129	Ist ja eigentlich Sinnlos	Sinnlos	
130	(3) Nein @ (2) @ Hatte nicht das Gefühl ernst genommen zu werden	Nicht das Gefühl ernst genommen zu werden	
131	Das war wie gesagt völlig Sinnlos, die Fronten sind so verhärtet	Sinnlos, Fronten sind verhärtet	
132	Betreiber oder DI Schindler, der nach dem Gesetz vorgeht und sagt, der legt das dann so aus, es darf stinken bis zu einem gewissen Maß und das nutze ich voll aus und ich halte jeden den „Wisch“ unter die Nase wenn es stinkt aber nur so kann man nicht denken. So werden die Fronten weiter verhärtet bleiben.	Betreiber nutzt Gesetz voll aus, Fronten werden verhärtet bleiben	
133	Wenn es von Null bis Fünf geht dann mit Minus Drei.	Bewerte die Kommunikation mit minus 3 wenn es von 0-5 geht	

134	Ganz sicher so lange bekämpfe ich die	bekämpfe die Biogasanlage	Zweifel an Vertrauenswürdigkeit der LE Gas GmbH, an dem Geschäftsführer und an dem Bürgermeister Vorstand des beteiligten Reinhalteverbandes - Zweifel an GA Wahrhaftigkeit K1: Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers - psychologische Täuschung - stalinistische Methoden der Hinhalteteknik - leere Versprechungen - Geschwätz - Lügen - Vertuschung - Betrug - Handlanger des Systems - falsche Kennzeichnung in Flächenwidmungsplan
135	Gewünscht hätte ich mir einen A4 Zettel, wo oben steht, das und das wird gemacht, oder ist gemacht worden und so schaut die Zukunft aus und dass man vielleicht eingebunden wird	A4 Zettel mit Informationen über vergangenen und zukünftigen Vorgänge und Einbindung	
136	dass man wirklich die Anrainer mit einbindet und die ausnützt um eben Daten zu sammeln und das, da kommt nichts.	Wünschenswert wäre Einbindung der Anrainer und Anrainerinnen um Daten zu sammeln	
137	Es wird nur herum gelogen, es gibt bis heute nichts, es gibt weder Bautätigkeiten noch sonst etwas. Das ist von vorne bis hinten nur erstunken und erlogen die ganzen Informationen.	Alles Informationen erstunken und erlogen	
138	wenn das genehmigt ist in der Form und die gesetzliche Lage derzeit so aussieht, das es zu einem gewissen Maß Schadstoffe ausstoßen darf, (.) dann muss man dem Betreiber aus technischer Sicht recht geben.	Aufgrund der Genehmigung muss man Betreiber aus technischer Sicht recht geben	
139	Glauben tu ich es nicht. Ich glaube auch nicht dass die Anlage jetzt verbessert wurde,	Glaube Daten und Fakten des Betreibers nicht	
140	natürlich ist das eine Beeinträchtigung	Beeinträchtigung durch Anlage	
141	Es geht ja nicht nur von Gestank oder von der gesundheitlichen unter Anführungszeichen Beeinträchtigung. Es geht ja auch um die (2) innerhalb der Familie um die Kommunikation.	Kommunikation innerhalb der Familie beeinträchtigt	
142	es könnte ja heute wieder stinken wenn man draußen ist, da war sehr mühsam. Immer damit rechnen zu müssen, dass Geruchswelle und das der Lärm kommt und in der Nacht, wenn man dann nicht durchschlafen kann, dann ist das natürlich, dann wirkt sich das auf die Laune aus.	Belästigungen wirkt sich auf Laune und Durchschlafen aus	
143	Finde ich nicht in Ordnung, dass sie betrieben wird, weil ich	Wiederinbetriebnahme nicht in Ordnung glaube	

	auch nicht glaube, dass die Änderungen großartig etwas bringen werden, aus technischer Sicht.	nicht, dass Änderungen etwas bringen	K2: Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit des Bürgermeisters - leere Versprechungen - war nicht ehrlich - Einschleusung von Parteigenossen und Parteigenossinnen
144	gibt keine Anlage, die geruchsfrei funktioniert.	Gibt keine geruchsfrei funktionierende Anlage	
145	nicht akzeptabel, dass es zu irgendeiner Beeinträchtigung kommt.	Jegliche Beeinträchtigung nicht akzeptabel	
146	Gar keine, weil da der falsche Standort ist, gibt überhaupt kein Zugeständnis in der (.) Sache	Falscher Standort	
147	Bescheid ist sehr umfangreich, aber alles theoretisch, praktisch muss das nicht funktionieren.	Bescheid theoretisch, muss nicht praktisch funktionieren	
148	regelmäßig Emails geschrieben oder Kontakt mit dem Betreiber und der Gemeinde aufgenommen bzw. mit dem Bürgermeister bei jeder möglich Situation. Nur das hat nichts gebracht, da vom Betreiber kein Einlenken oder keine Kontaktaufnahme stattgefunden hat	E-Mails und Kontakt mit Betreiber, Bürgermeister und Gemeinde aufgenommen, nichts gebracht, kein Einlenken oder Kontaktaufnahme von Betreiber	
149	wo es vielleicht etwas gebracht hat, dass wir Behörden aufmerksam gemacht haben auf Missstände und Bluteinsatz von dem verseuchten Tierblut	Haben Behörden aufmerksam gemacht	
150	Das will ich mir nicht anmaßen, den anzuzweifeln	Maße mir nicht an, Bescheid anzuzweifeln	
151	Für die einzelnen Gutachten, es ist schwierig die Anlage als Gesamtes zu verstehen, das wird auch nicht möglich sein	Nicht möglich für einzelne Gutachten, Anlage als Gesamtes zu verstehen	
152	Mein Wissen hält sich in Grenzen. (2) Also rein technisch, weiß ich nicht viel.	Wissen hält sich in Grenzen	
153	Grundsätzlich waren wir alle dafür. Weil wir ja alle miteinander ein bisschen grün denken müssen.	Grundsätzlich waren wir dafür, muss grün denken	
154	aus den Medien	Aus Medien erfahren	

155	Zeitungsartikel und im Internet gelesen	Mit Zeitungsartikel und im Internet erkundigt	Image der LE Gas GmbH und Biogasanlage K1: Positives Image Biogasanlage - gute Idee gewesen - umwelttechnisch sinnvoll K2: Positives Image Betreiber - wollte etwas Gutes machen - Idee gewesen - viel verbessert - Beste daraus gemacht, international erkundigt - Leoben und Bevölkerung liegt Schindler am Herzen - agiert bei schlechter Luft, will nicht auf Bescheid hinarbeiten K2: Negatives Image Biogasanlage - Fehlinvestition von Steuergeld - kein Wirtschaftlicher Nutzen
156	wir haben ja keinen Kontakt zu den anderen Betroffenen im Großen und Ganzen gehabt sondern nur zu den Nachbarn, die sich alle beschwert haben natürlich	Kontakt zu anderen Nachbarn, die sich beschwerten	
157	dann haben wir eben versucht Ansprechpersonen zu finden. Das Umweltamt der Gemeinde Leoben ist eigentlich nur dazu da, dass man diese Dinge plant und nicht in Angriff nimmt	Versucht Ansprechpersonen zu finden, Umweltamt der Gemeinde nimmt das nicht in Angriff	
158	Alle Beschwerden werden da irgendwo verbraten, also da geht nichts weiter. Das wird nicht ernst genommen.	Beschwerden nicht ernst genommen	
159	Da ist dann dieser Dr. Hüttenbrenner, der ja inzwischen gekündigt worden ist, von Haus zu Haus gegangen und hat das Ganze.	Dr. Hüttenbrenner ging von Haus zu Haus	
160	dass es scheußlich gestunken hat immer wieder und zwar so, dass die Lebensqualität wirklich beeinträchtigt war steht außer Frage	Lebensqualität war beeinträchtigt	
161	Umgang mit Bürger ist wirklich erwähnenswert wenn man eine Illusion hat in einer Demokratie zu wohnen und sich eigentlich in einem rein und kleinen totalitären Staat sich wieder findet, mit stalinistischen Methoden der Hinhalteteknik.	Illusion in Demokratie zu wohnen, findet sich in totalitären Staat mit stalinistischen Methoden der Hinhalteteknik wieder	
162	Dieser Dr. Hüttenbrenner war psychologisch nicht ungeschickt. Er ist dann irgendwann wie es nicht mehr gegangen ist, mit Bögen gekommen, die wir ausfüllen müssen das ist ganz wichtig.	psychologische Täuschung	
163	Kommunikation als Hinhalteteknik.	Kommunikation als Hinhalteteknik	
164	Er hat Kommunikation angeboten und zwar in dem Sinn, wir	Durch Kommunikation und durch Aufforderung	

	sollen immer eintragen genau die Stunden wo es besonders stinkt, mittel stinkt, Datum und der brave Bürger ist wieder ruhig gestellt worden über zig Monate.	einzutragen wann es stinkt wurde der brave Bürger, die brave Bürgerin ruhig gestellt, über Monate	- in Konkurs - Drecksschleuder - nicht nachhaltig
165	das war psychologisch ganz geschickt, für einfache Leute zumindest, immer wieder Führungen veranstaltet. Aggressionen raus genommen aus der Bürgerschaft und jeder hat das Gefühl gehabt, das es einen Prozess hat	Durch Führungen Aggressionen aus der Bürgerschaft rausgenommen, hatte das Gefühl das Prozess stattfindet	K3 Negatives Image Betreiber - Fehleinschätzung des Betreibers - Strom- und Gasschulden - hingehalten - leere Versprechungen - unfähig Anlage zu betreiben - keine Verbesserung trotz Ingenieuren - präpotent - inkompetent - anonymer Moloch - Prestige- und Geldgetrieben - keine Ahnung - Dilettanten am Werk - Rechtsanwalt Ekel von einem Menschen - Unglück in jeder Dimension - Berufung auf Bescheid unsympathisch - unfreundlich - kein Firmenschild, keine Homepage
166	Das sind kriminelle Machenschaften und das wirklich Interessante ist, wie der sehr umtriebige Herr Fiausch und andere Bürger ja wirklich gewarnt haben, was da alles passiert, mit Tierblut und Schlachtvieh usw.	Bürger haben vor kriminellen Machenschaften gewarnt	
167	Also diese Mafiosi Umweltkriminalität ist da, obwohl die Bürger angefangen haben misstrauisch zu werden und zu warnen ist das weitergegangen also es dürfte sehr viel Geld mitgespielt haben.	Mafiosi Umweltkriminalität, viel Geld im Spiel	
168	das Wort Kommunikation ist sehr oft gefallen. Hat man oft verwendet um den Bürger zu beruhigen.	Wort Kommunikation oft gefallen um Bürger zu beruhigen	
169	Der Bürgermeister ganz weit im Hintergrund, einmal mit seiner Frau durchspaziert und sagte: was wollen die Leute es ist ja nicht so schlimm. Typischer Stil von ihm.	Bürgermeister meinte, ist ja nicht so schlimm, typischer Stil von ihm	
170	neben den mangelnden baulichen Verhältnissen, auch diese kriminellen Machenschaften, das Umweltamt noch immer nicht reagiert hat.	Mangelnde Bauverhältnisse und kriminelle Machenschaften, dennoch keine Reaktion von Umweltamt	
171	der Direktor der Stadtwerke, der natürlich angesprochen worden ist, natürlich informiert worden ist von den Bürgern,	Direktor der Stadtwerke wusste über Jahre nicht Bescheid	

	von nichts was gewusst hat. Über Jahre nichts gewusst hat was da los war.		- schwer Informationen zu bekommen - Bürger und Bürgerinnen nicht ernst genommen
172	Eigentlich normal überall ein Grund zum gekündigt zu werden oder zurückzutreten, dass läuft durch wie in einem stalinistischem System.	Eigentlich Grund gekündigt zu werden, stalinistisches System	
173	Bürger kommt ganz schwer zu seinem Recht.	Bürger und Bürgerin kommt schwer zu seinem, ihrem Recht	
174	Es hieß auch zwischendurch immer Kommunikation, informieren, neuen Führungen	Rede von Kommunikation, Information und neuen Führungen	
175	Und da sind wir einfach hingehalten worden und immer wieder neue Versprechungen	Wurden hingehalten mit neuen Versprechungen	
176	Auch voriges Mal, Kommunikation sagen sie und Versammlung aber die Leute werden ja gar nicht eingeladen oder informiert. Das ist nur der kleine Kreis der Bürgerinitiative der Bescheid weiß und dann anruft.	Leute werden nicht eingeladen oder informiert, nur Bürgerinitiative weiß Bescheid und ruft an	
177	Bei diesen Versammlungen werden auch Parteigenossen eingeschleust, die dann laut und stark sagen, ich weiß nicht was sie haben aber es stinkt ja nicht so	Einschleusung von Parteigenossen und sagen, ich weiß nicht was ihr habt, es stinkt nicht so	
178	ziemlichen Ekel von einem Menschen als Rechtsanwalt der Biogasanlage	Rechtsanwalt der Biogasanlage ist Ekel von einem Menschen	
179	das ist ja weit weg von jeder sachlichen Argumentation.	Keine sachliche Argumentation	
180	Dann wollte man noch die Bürger unglaublich machen	Wollte Bürger, Bürgerin unglaublich machen	
181	Gab keine Hotline gegeben zur Kommunikation.	Keine Hotline	
182	Es sind Wellen gekommen, nicht verwunderlich am Wochenende am ärgsten, wo man überhaupt niemanden	Gestank in Wellen, am Wochenende am ärgsten, keine Kontaktmöglichkeit	

	anrufen hat können.		
183	Und da vertraue ich also in erster Linie dem Herrn Fiausch, dass wir uns da zusammensetzen einmal oder telefonisch uns in Verbindung setzen	Vertrauen in Herrn Fiausch	
184	So zu sagen darauf drängen, dass es da eine Hotline geben muss	Muss Hotline geben	
185	Also ich habe an den Herrn Schindler nicht gedacht, weil der für mich keine Ansprechperson war, weil der so ein Politmensch, weil der so und so eigentlich alles ignoriert	Herr Schindler ist keine Ansprechperson, ist Politmensch und ignoriert alles	
186	(.) Das Umweltamt wäre da eher zuständig gewesen und der Herr Dr. Krenn.	Umweltamt wäre zuständig und Herr Dr. Krenn	
187	nach der Erfahrung in den letzten Jahre, dass der irgendein anonymer Moloch ist, der diese Dinge durchzieht aus wirtschaftlichen Gründen.	anonymer Moloch zieht es aus wirtschaftlichen Gründen durch	
188	Aber wenn die Leute das nicht besser hinbekommen, dann gehört das dort weg.	Wenn es nicht besser läuft muss es weg	
189	Nein, (nicht vertrauenswürdig), das geht ja nicht, wirklich nicht das geht nicht. Das Gegenteil davon, die sind (2) Handlanger eine Systems	Betreiber nicht Vertrauenswürdig, Handlanger des Systems	
190	Bis Jahresende soll sie in Betrieb gehen	Bis Jahresende in Betrieb gehen	
191	es ist ja überhaupt nicht interessant außer es ist jemand ein Techniker, gefüttert zu werden mit irgendwelchen Daten.	Daten nicht interessant	
192	Und alles andere, ist Geschwätz	Alles andere ist Geschwätz	
193	Technische Art vollkommen uninteressant für den Bürger.	Technische Daten uninteressant	
194	klingt umwelttechnisch ja ganz in Ordnung so wie die das	Bau Umwelttechnisch in Ordnung	

	bauen		Zweifel an der Qualität der Unternehmenskommunikation K1: Keine vernünftigen Informationen - Informationen von Rezipienten an Betreiber - Geschwätz - keine Gesprächsbasis - Schwachsinn - unter jeder Kritik - keine Hotline K2: Informationsveranstaltung - kein Informationswert - nicht ernst genommen - Theater
195	Umwelttechnisch ist es eine sinnvolle Angelegenheit, wenn es wirtschaftlich brauchbar ist.	Umwelttechnisch sinnvolle Anlage wenn es wirtschaftlich ist	
196	wir sind da sicher informiert worden	Es gab Information	
197	Möglichkeit gehabt unten wieder eine Versammlung zu haben und Führungen und so weiter. Führungen non Stopp. Also diese Art der Kommunikation hat bestens funktioniert, die wesentliche Kommunikation hat nicht funktioniert.	Versammlungen und Führungen hat es gegeben, hat funktioniert, wesentliche Kommunikation nicht funktioniert	
198	Nein, nein da halte ich mir die Ohren zu.	Kenne keine Begründungen, nicht interessant	
199	Wort Kommunikation wird missbräuchlich verwendet	Missbräuchliche Verwendung des Wortes Kommunikation	
200	bei einigen Versammlungen gar nicht hingegangen, ich lasse mir ja nicht die Zeit stehlen.	Versammlungen stehlen Zeit	
201	die Glaubwürdigkeit ist längst vorbei. Das war ein Prozess (.) und jetzt glaubt niemand mehr irgendetwas.	Glaubwürdigkeit ist längst vorbei, niemand glaubt mehr etwas	
202	diese Informationen technischer Art, die können ja alle stimmen.	Informationen technischer Art können alle stimmen.	
203	geht nur um die Geruchsbelästigung, um sonst nichts. Und wenn das wirklich über ein ortsübliches Maß hinausgeht, dann sollte eine Gemeinde ein bisschen schneller und handfester reagieren. Die haben alle miteinander zugeschaut	Gemeinde sollte bei Geruchsbelästigung schneller und handfester reagieren, haben nur zugeschaut	
204	Ich kann nicht sagen, dass ich irgendwelche gesundheitlichen Einschränkungen erfahren habe.	Keine gesundheitlichen Einschränkungen	
205	Gesundheitliche Schäden dieser Art, das geht ja nicht von heute auf morgen. (2) also über Jahre könnte es bedenklich	Gesundheitliche Schäden nach Jahren, keine Information	

	sein, da habe ich keine Information bekommen zum Beispiel.		- keine neuen Sichtweisen - keine sachliche Argumentation K3: Mediator - umsonst - zu spät eingesetzt - Ziel verfehlt K4: Kommunikation mit Umweltamt - sinnlos - Gespräch mit Kanaldeckel K5: Nicht von Kommunikation sprechen - wenig Reaktion - Monolog - Antworten nicht aussagekräftig - wenn brisant, dann Informationsveranstaltung - Informationen nur über Presse - keine Einladung zu Versammlung, nur Bürgerinitiative - kontraproduktiv
206	Inzwischen weiß ich, dass sich die Experten da getäuscht haben oder dass es ihnen egal war.	Experten und Expertinnen haben sich getäuscht oder es war ihnen egal	
207	nach heutigem Wissen die Standortwahl falsch war.	Standortwahl war falsch	
208	Informationsveranstaltung war für mich reine Zeitverschwendung und Geschwätz um den Bürger ruhig zu stellen.	Informationsveranstaltung war Zeitverschwendung, Geschwätz zur Beruhigung des Bürger, der Bürgerin	
209	Demokratie eine reine Illusion ist bei diesen Dingen. Der Bürger ist nicht ernst genommen worden. Eine reine wirtschaftliche Umweltkriminalität war das	Demokratie ist Illusion, Bürger und Bürgerinnen nicht ernst genommen worden. Wirtschaftliche Umweltkriminalität	
210	Probieren wir es aber dann nehmt uns ernst, dann sammelt sofort die Beschwerden.	Unterstützung wenn ernst genommen und Beschwerden Sammlung	
211	Leute aus Graz haben einen seriösen Eindruck gemacht	Leute aus Graz seriösen Eindruck gemacht	
212	Zustimmung wenn wir von der Gemeinde und vom Betreiber (3) die Möglichkeit offeriert bekommen, bei nicht funktionieren wirklich eine Ansprechstelle zu erhalten. Die das ernsthaft sammelt und einen Techniker weiterleitet die uns dann zu informieren haben	Zustimmung bei Angebot einer Ansprechstelle und Beschwerden ernsthaft sammelt	
213	Dann geht es, mit Hotline natürlich über das Wochenende.	Forderung nach Hotline über Wochenende	
214	Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass ich ja sage zur Wiedereröffnung. Aber dann den Zeitraum nicht länger als ein halbes Jahr, nicht wieder über Jahre, wenn sie es technisch nicht in den Griff bekommen, dann bitte zusperren.	Unterstützung der Wiederinbetriebnahme wenn technisch in Ordnung, kein Gestank über Jahre	
215	aus keinem anderen Grund dagegen außer wegen dem Gestank.	Dagegen wegen Gestank	
216	Bei Unterschriftenaktionen war ich natürlich dabei. Gespräch	Unterschriftenaktionen und Gespräche mit	

	mit Nachbarn. (2) Aber da sind viele Gemeindeangestellte die sich gar nicht getraut haben	Nachbarn	
217	Anlage bei der die Betreiber nicht wissen, was sie kann	Unwissen von Betreiber	
218	Das ist Schwefelwasserstoff was auch bereits in ein-prozentiger Konstellation hochgiftig ist	Schwefelwasserstoff hochgiftig	
219	Alternativenergie, wo auch die Biogasanlage dazugehört, nichts Schlechtes ist.	Alternativenergie wie Biogasanlage nicht schlechtes	
220	es ist dann sinnvoll, wenn es wirtschaftlich ist.	Nur sinnvoll wenn wirtschaftlich	
221	steht auch drinnen im Bescheid schwarz auf weiß, <u>dass es stinken wird</u>	Laut Bescheid wird es stinken	
222	Acht Prozent der Jahresstunden darf es normal stinken da reden wir von 720 Stunden und ekelerregend drei Prozent und drei Prozent bedeutet, täglich eine dreiviertel Stunde.	720 Stunden im Jahr darf es normal, täglich eine dreiviertel Stunde ekelerregend stinken	
223	Und jetzt frage ich mich, wem ist das zumutbar?	Nicht zumutbar	
224	selbst wenn Experten sagen es ist nicht gesundheitsgefährdend kann ich mir das nicht vorstellen, das was wir herüberbekommen haben ist keine Luft.	Aussagen von Experten und Expertinnen das sie nicht gesundheitsgefährdend ist, ist nicht glaubhaft	
225	eine Belastung von 23 Millionen Geruchseinheiten	Belastung von 23 Millionen Geruchseinheiten	
226	das bedeutet, dass man das mit der 23 Millionen fachen Zahl verdünnen muss das Ganze	Verdünnung mit der 23 Millionen fachen Zahl	
227	es gibt keine Messinstrumente das man Gestank messen kann, das geht nur mit der Nase,	Gestank nur mit Nase messbar	
228	es stinkt über Kilometer bis in die Stadt	Stinkt bis in die Stadt	
229	das ist das Unverantwortliche der Betreiber, der Verantwortlichen so etwas mitten in eine Wohnanlage zu	Unverantwortliches Handeln der Verantwortlichen, Anlage in Wohngebiet zu	

	setzen	bauen	
230	Aber man kommt mit Alternativenergie noch nicht soweit	Alternativenergie noch nicht ausgereift	
231	wir führen da jetzt schon einen Kampf über Jahre, Gott sei Dank erfolgreich, weil seit Juni 2010 wurde die Anlage geschlossen über den UVS, über das Land.	Anlage um Juni 2010 über UVS, das Land geschlossen	
232	Der Grund war, das man selbst dort so dilettantisch vorgegangen ist, das man nicht einmal Konsensmäßig gebaut hat.	Dilettantische Vorgehensweise, Konsensabweichender Bau	
233	Also für uns alle gibt es nur eines, nie wieder Biogasanlage	Nie wieder Biogasanlage	
234	Das brennt sich in die Nase hinein, das ist grausam. Wie verwesende Leichen.	Gestank wie verwesende Leichen	
235	ist ja nicht so das die rein nur Biogene Stoffe sprich Mais, Hechselgut oder sonst was zur Vergärung kommt oder zur Gaserzeugung herangezogen wird sondern da kommen die übelsten Sachen hinein wie zum Beispiel Lederspäne, Flotatschleime, die kompletten Innereien der Tiere	Verwertung von Stoffen wie Mais und übelsten Sachen wie Innereien von Tieren	
236	was überbleibt bei der Biodieselerzeugung (Glycerin), Molkereiabfälle und dann natürlich auch verbotenerweise haben sie hunderte Tonnen Blut hineingeschmissen aber kein gesundes Blut	Verbotene Verwendung von hunderten Tonnen schlechtem Tierblut	
237	da ist eher das Schlechte hingekommen weil das ja 100 Prozent Eiweiß ist und bekommt man am meisten heraus.	Blut ist 100 Prozent Eiweiß, meiste Ausbeute	
238	Aufgrund dieser Vermischung ist das ja ständig anders. Die werden diese Anlage nie in den Griff bekommen.	Anlage nie in den Griff bekommen	
239	Blut ist 100 Prozent Eiweiß und das hat den besten	Illegale Verwendung von Tierblut	

	Wirkungsgrad gehabt und das haben sie aber illegaler Weise verwendet		
240	die ganzen Lügen der Betreiber, das ist Hirnschreiend was die dort für Geschichten aufbereitet haben	Lügen der Betreiber sind Hirnschreiend	
241	Da hat die 100 Prozentige Verarschung des Volkes stattgefunden. Und die Lügen bis zum Schluss, sogar heute noch, wird nur gelogen und nie die Wahrheit gesagt.	100 Prozentige Verarschung des Volkes, Lügen heute noch	
242	Weil es sind ja viele tausende Betroffene.	Tausende Betroffene	
243	null Rücksicht genommen wurde auf ein Pflegeheim dort drüben , wo schutzbedürftige Menschen drinnen sind	Keine Rücksichtnahme auf Pflegeheim und schutzbedürftige Menschen	
244	Das ist alles egal, dort hinten, ein Kindergarten, ein öffentliches Gebäude, eine Schule.	Kindergarten und Schule, alles egal	
245	Brief zurückbekommen vom Bürgermeister sie sollen sich nicht aufregen, es sei nicht gesundheitsgefährdend.	Von Bürgermeister nicht ernst genommen	
246	soll nicht sein dass das gesundheitsgefährdend ist aber es geht schwer auf die Psyche muss ich sagen	Psychische Belastung	
247	man wird da krank.	Man wird krank	
248	Geht auf die Schleimhäute. Ist nachgewiesen, die Kinder hier waren ständig krank.	Kinder waren ständig krank	
249	eine Dame da unten in der Proleber Straße hat wildeste Ausschläge wenn sie nur anfangt zu riechen	Eine Dame hat Ausschläge wenn sie Gestank riecht	
250	anscheinend muss irgendetwas tödlich sein das man sagt, ja ok	Erst Handlungsbereit wenn etwas tödlich ist	
251	Ich habe das aber auch nur quasi durch Insiderinformationen erfahren, von meinem Segelfreund.	Durch Insiderinformationen	
252	Alles Lug und Betrug, weil die bis heute noch nichts	Lug und Betrug, bis heute keine Lieferung	

	eingeliefert haben.		
253	Gesagt haben sie eine Million Norm Kubik Meter Gas wird in das öffentliche Netz eingespeist. Auf meine Frage hin unten, hat er gesagt 78.000. Laut ((Schrieb)) sollen es drei Millionen sein, da fehlt ein bisschen was. Die 78.000 stimmen auch nicht.	Lieferung laut Schreiben 3 Millionen Norm Kubik Meter Gas, Angabe von Betreiber eine Million Norm Kubik Meter Gas, dann 78.000 aber ist auch falsch	
254	haben ja gesagt, sie liefern unten obwohl es noch gar keine Gasleitung hin gegeben hat.	Angebliche Lieferung obwohl keine Gasleitung existierte	
255	Wenn sie zu viel Gas gehabt haben, hat die Fackel gebrannt Tag und Nacht, was verboten ist. Nur im strengsten Notfall darf abgefackelt werden.	Abfackelung bei Gasüberschuss, ist verboten, nur im Notfall erlaubt	
256	Information hat es keine gegeben.	Keine Information	
257	gesprachen wurde von sechs Millionen Investment und jetzt sind sie auf 14-15 Millionen	Zuerst sechs Millionen Investment, jetzt 14-15 Millionen	
258	haben unten Stromschulden und Gasschulden gehabt	Hatten Strom und Gasschulden	
259	negative Eigenkapital ist voriges Jahr auf 1,4 Millionen gewesen	1,4 Millionen negatives Eigenkapital letztes Jahr	
260	so hingedreht, das das ganze unter der Ader Abwasserreinigung läuft, sprich Kläranlage	Läuft unter Abwasserreinigung	
261	keine Parteieinstellung, als Nachbar	Keine Parteienstellung, Anhörrecht	
262	sondern nur ein Anhörrecht	Anhörrecht	
263	haben das tunlichst vermieden, dass ich zu keiner Verhandlung, Präsentation oder sonst irgendetwas komme	Verhindert, dass ich zu Verhandlungen oder Präsentationen komme	

264	nicht einmal vom Bescheid den sie bekommen haben sind die Sachen erfüllt.	Vorgaben von Bescheid nicht erfüllt	Kenntnis von Wahrheitsbeweisen - kenne den Bescheid - kenne den Bescheid, nicht gelesen - kenne ihn nicht
265	Gott sei Dank steht das in dem Bescheid, dass dem Sprecher der Bürgerinitiative jederzeit Zugang gewährt werden muss	Sprecher der Bürgerinitiative muss jederzeit Zugang gewährt werden	
266	Das Land ist auch nur belogen worden von denen.	Land auch nur belogen worden	
267	wir haben seinerzeit ein Protokoll von den Herrn Trumler bekommen, von der letzten nicht mehr, von der vorletzten nicht mehr	Damals Protokoll von Trumler bekommen, von der letzten und vorletzten nicht mehr	
268	dann sehr wohl in den Medien verbreiten, die werden eh alle informiert. Stimmt nicht	Verbreitung in Medien das es Information gibt, stimmt nicht	
269	machen sie notgedrungenener Weise, wenn wir etwas hineingegeben haben, dann ist von ihnen auch etwas gekommen.	Mediale Informationen von Betreiber notgedrungen, als Reaktion aus unsere Informationen	
270	wir können nur hoffen das es den Bach hinuntergeht	Hoffen, das es den Bach hinuntergeht	
271	Rheinhalteverband setzt sich zusammen aus der Gemeinde Leoben, die Brauerei Göss, die Gemeinde St. Peter Freienstein, die Gemeinde Proleb und die Gemeinde Niklasdorf.	Rheinhalteverband setzt sich zusammen aus der Gemeinde Leoben, Brauerei Göss, Gemeinde St. Peter Freienstein, die Gemeinde Proleb und die Gemeinde Niklasdorf	
272	11,25 Prozent zu die 55 Prozent vom Rheinhalteverband dazugekommen, jetzt haben die 66, 25 Prozent	Reinhalteverband jetzt mit 66,25 Prozent beteiligt	
273	der Rest mit 22,5 % die Stadtwerke Leoben, (...) Rest dazu zu den Stadtwerken	Stadtwerke Leoben beteiligt	
274	die Stadtgemeinde Leoben drüber ist. Die ist aber eine eigene Körperschaft und das sind quasi die Betreiber dieser Biogas-Kläranlage.	Stadtgemeinde ist quasi Betreiber der Biogas-Kläranlage	

275	da sind ja nur ca.50-60 % Methan drinnen, also irrsinnig Schwefelhaltig, muss mit reinem Sauerstoff herausgewaschen werden	In Biogas nur ca. 50-60% Methan enthalten, muss mit reinem Sauerstoff herausgewaschen werden	
276	Einlieferung in das Gasnetz, also in die Thermen, weil die gehen nur mit 100 Prozentigen Erdgas also sprich Methan, das ist ein Ding der Unmöglichkeit, das geht nicht.	Einlieferung in Gasnetz unmöglich	
277	Zu diesem Zweck musste die Energie Steiermark eine sogenannte Gaswaschanlage bauen.	Bau von Gaswaschanlage	
278	erzeugen die nicht einmal die Hälfte.	Nicht einmal die Hälfte wird erzeugt	
279	das ist einfach irre, das ist ein Verbrechen an der Menschheit, an den Bewohnern, an den Betroffenen und zweitens wirtschaftlich.	Verbrechen an der Menschheit und wirtschaftlich	
280	bei uns auf der Gemeinde gibt es ein Umweltamt wo man sich beschwert hat und dorthin angerufen hat aber man hat das Gespräch mit einem Kanaldeckel auch führen können weil der Effekt also das Ziel war das gleiche.	Beschwerden an Umweltamt der Gemeinde, Gespräch mit Kanaldeckel dasselbe, der gleiche Effekt	
281	Unsere Beschwerden haben sich dann an das Land gewendet und die haben das wirklich ernst genommen, die sind öfter mal raufgefahren	Beschwerden an Land wurden ernst genommen	
282	den Trumler eingeschalten	Trumler wurde eingeschaltet	
283	eindeutig nur auf der Seite des Auftraggebers	Nur auf Seite des Auftraggebers	
284	hat der sein Ziel weit verfehlt, weil den Auftrag den er gehabt hätte, zwischen uns etwas herzustellen, da ist er weit daneben der Herr Trumler.	Ziel, etwas zwischen uns herzustellen, verfehlt	
285	Weil nicht mal er wollte dass die Wahrheit an das Tageslicht	Wollte auch nicht, dass Wahrheit ans Licht kommt	

	kommt.		Zweifel an der Legitimität des Verhaltens vom Betreiber - Herr Neger lacht provokant - Schindler Politmensch, ignoriert alles - manipulieren ihre eigenen Berichte - Gestank mit totem Fuchs begründet - Trumler auf Seite des Auftraggebers - reines Biogas abgelassen - illegale Bestickung mit Tierblut - keine Nachbarverhandlung - 100-prozentige Verarschung des Volkes - Geruchsprotokolle um Betroffene als Lügner darzustellen - Geruchswahrnehmung hinuntergespielt - trotz Auflagen keine Bautätigkeiten - keine Entschuldigung
286	wo sie den ganzen Tank abgelassen haben, reines Biogas	Reines Biogas abgelassen	
287	Vermitteln tut der Null, was sein Ureigenes Geschäft wäre.	Keine Vermittlung	
288	Ortsaugenschein an der Anlage	Gab Ortsaugenschein an der Anlage	
289	Der Herr Rupp hat mir zugestimmt weil wie gesagt, der ist für uns da	Herr Rupp ist für uns da	
290	Dann ist der Herr Rupp aufgestanden und ist herumgegangen und hat gesagt: Das ist ja unerhört, das ist ja unerhört, eine Frechheit. Den haben sie auch angelogen und die ganzen Sachverständiger	Herr Rupp und Sachverständigen wurden auch angelogen	
291	die lügen sich ja inzwischen schon selber an. Auch der Trumler, da gehe ich nicht einmal mehr hin.	Lügen sich selber an, auch Trumler Gehe nicht mehr hin	
292	aufgrund Gespräche mit dem Bürgermeister in Funktion als Bürgermeister oder Obmann des Rheinhalteverbandes, bin ich draufgekommen, dass der von dort unten null Ahnung hat. Gleich auch wie der Geschäftsführer, der Schindler, auch keine Ahnung hat und gehabt hat.	Bürgermeister als Bürgermeister und Obmann des Rheinhalteverbandes hat wie Schindler null Ahnung	
293	weit weg von einer Kommunikation das du sagen kannst da könnte etwas werden draus Im Gegenteil, der hat noch gegen uns gearbeitet.	Weit weg von zielführender Kommunikation, hat gegen uns gearbeitet	
294	17 Ämter und von keinem weiß man etwas	Hat 17 Ämter und weiß von keinem etwas	
295	er hat viel getan für Leoben	Viel getan für Leoben	
296	er wollte hat es dann so hingedreht.	Hat es so hingedreht	

297	Wie er da einen Blödsinn erzählt hat, ist er aufgestanden und gegangen, da hat er auch ein paar Buh-Rufe bekommen.	Hat Blödsinn erzählt	
298	wichtiger ist, mit einem Fass Bier nach Brüssel zu fliegen und das anzuschlagen als wie zu so einer Veranstaltung zu kommen	In Brüssel Bier anzuschlagen ist wichtiger als zu der Veranstaltung zu kommen	
299	Sagt er zu ihm, ja glaubst du ich habe nichts wichtiger zu tun?	Hat laut ihm wichtigeres zu tun	
300	Aber noch einmal, in diesen Sachen hat er total versagt.	In der Sache total versagt	
301	(Gründe für den Bau) das ist die Zukunft, wir brauchen das, Alternativenenergie	Ist die Zukunft, wir brauchen Alternativenenergie	
302	man muss auf gewisse Kriterien Rücksicht nehmen und das nicht in eine Wohnanlage bauen.	Rücksichtnahme auf bestimmte Kriterien, kein Bau in Wohnanlage	
303	Wenn das irgendwo in der grünen Wiese steht wo keiner belästigt wird ok.	Bau in grüner Wiese ohne Belästigung ok	
304	Oder das vertuscht man unter dem Schutzmantel Kläranlage.	Vertuschung unter Schutzmantel Kläranlage	
305	31 Jahre steht der Kindergarten und der war 2010 noch nicht im Flächenwidmungsplan drinnen da steht Hutweide.	Kindergarten steht 31 Jahre, im Flächenwidmungsplan 2010 mit Hutweide gekennzeichnet	
306	Biogasanlage, Kläranlage und den Sportplatz haben Sie als Nah- und Erholungsgebiet eingezeichnet.	Biogasanlage und Kläranlage als Nah- und Erholungsgebiet gekennzeichnet	
307	Was ich mir gewünscht hätte, ist, dass die die Wahrheit sagen. Dass die unsere Beschwerden ernst nehmen was nie gemacht wurde.	Wunsch ernst genommen zu werden und Wahrheit sagen	
308	Also nur lügen, nichts ernst nehmen, alles abstreiten.	Nur lügen, nichts ernst nehme, nur abstreiten	

309	Normalerweise würde ich gar nicht mehr auf die Veranstaltungen gehen, ich gehe hin aus Anstand und damit sie nicht sagen können, ja der interessiert sich eh nicht dafür.	Gehe nur aus Anstand auf Veranstaltung, können sie nicht sagen ich interessiere mich nicht	
310	hätte auch ganz anders ausschauen können. Wenn man versucht und gesagt hätte, kommt, suchen wir die Fehler, hilft mit. Aber das war alles Augenauswischerei.	Hätte anders verlaufen können mit Beteiligung, aber alles Augenauswischerei	
311	Wenn Sie den Schindler oder Techniker fragen, bekommen Sie vom Neger die Antwort, die wurden ja alle Entmündigt dort unten.	Wurden alle Entmündigt	
312	da wir immer und ständig nur belogen worden sind ist für mich eine Infoveranstaltung ein Leerkilometer	Informationsveranstaltung ist Leerkilometer	
313	nur mehr die Hälfte vom Schindler gesendet. Also das wo er gestammelt hat, hat das Radio dann wahrscheinlich rausschneiden müssen	Radio musste Interview von Schindler kürzen	
314	Die manipulieren dann selber im Nachhinein ihre Berichte, nachweisbar.	Manipulieren ihre eigenen Berichte nachweislich	
315	Auf jeden Fall gegen eine Wiederinbetriebnahme	Gegen Wiederinbetriebnahme	
316	Unsere Häuser zum Beispiel sind um 60 % weniger wert.	Wertverlust von Häusern um 60 Prozent	
317	Einer Wiederinbetriebnahme wurde ich dann zustimmen wenn wir die Garantie haben, dass es zu keiner einzigen Belästigung kommt	Zustimmung zu Wiederinbetriebnahme bei Garantie, dass es zu keiner Belästigung kommt	
318	Nur dann muss ich nicht so etwas hin bauen, das ist ein Prototyp die bei uns steht	Anlage ist Prototyp, muss so etwas bei uns nicht hin bauen	
319	wo haben die ganzen Sachverständigen des Landes vorher hingeschaut	Wo haben Sachverständigen des Landes hingeschaut?	

320	Die haben ja eigentlich einer Anlage eine Genehmigung erteilt die ja weit weg von einem Konsens war	Kein Konsens, trotzdem Genehmigung erteilt	
321	vorgeschrieben war der Biofilter mit 50.000, die haben einen gebaut mit 25.000. Reingeschmissen haben sie für 100.000.	Biofilter mit 50.000 vorgeschrieben, einen gebaut mit 25.000 und für 100.000 reingeschmissen	
322	in den Bescheiden hat es dann immer wieder neue Vorgaben gegeben	Immer neue Vorgaben in Bescheiden	
323	wenn man schaut das der Bürger was davon hat ist die EU Richtlinie eigentlich weniger wichtig	EU-Richtlinien für Bürger und Bürgerinnen nicht hilfreich	
324	Man ist ja dort unten drauf gekommen, dass man, was zwingend vorgeschrieben ist für solche Anlagen, eine Blitzschutzanlage, da war gar keine unten.	Keine Blitzschutzanlage trotz Vorschrift	
325	keine Notstromanlage gehabt, keine Feuerlöschanlage, haben keinen Notfallplan gehabt, haben gar nichts gehabt.	keine Notstromanlage, keine Feuerlöschanlage, keinen Notfallplan gehabt	
326	ganze Annahmehalle mit einem Spezial Belag ausgestattet werden muss. Da ist ein normaler Boden drinnen, also da ist kein Schutz gegen das Grundwasser vorhanden	Kein Schutz gegen Grundwasser, Ausstattung der Annahmehalle mit Spezialbelag	
327	Sie dürfen unten zum Beispiel die LKW nicht mehr durchwaschen	Dürfen LKW nicht mehr durchwaschen	
328	Die haben ja vorher Berge von Sachen unten im Freien gelagert wo nicht einmal ein Kilo hätte dort sein dürfen.	Lagerung im Freien, ist verboten	
329	Er wird sicher rechtens sein.	Bescheid ist rechtens	
330	Bescheid vielleicht ein bisschen anzweifeln, nicht vielleicht, sondern überhaupt, das ist der vom UVS.	Bescheid von UVS wird angezweifelt	
331	Dass keine neuen Gutachten gemacht wurden, das nicht einmal die alten Gutachter, die vom Land, gefragt worden sind.	Keine neuen Gutachten gemacht	

332	Dann müsste der UVS jetzt jemand anders Fragen nicht die gleichen.	UVS müsste jemand anders fragen	Zweifel an der Legitimität der Biogasanlage Leoben K1: Betrieb und Planung - funktioniert nicht - Betrieb ohne Gestank nicht möglich - ohne Genehmigung errichtet - Auflagen, Vorgaben nicht eingehalten - schlechtes, durchgängiges Konzept - Schrecken ohne Ende - Prototyp - Problem Biogasanlage - Drecksschleuder im Wohngebiet - Flotote in Stadt inakzeptabel K2: Wirtschaftlicher Faktor - Fehlinvestition - Fahrt ins Blaue - geschäftsstörend - Ablehnung von Steuergeldinvestition K3: Immobilien - Wertverlust K4: Angst um Gesundheit, Wohlbefinden - keine Lebensqualität
333	Das ist Geschäftsstörend, ich kann Ihnen die Berufungen lesen lassen, das ist zurückgewiesen worden vom UVS. Der ist zweimal betroffen, als Unternehmer und als Anrainer. Nicht? Ist alles egal. Da frage ich mich beim UVS wo die da hingeschaut haben.	Biogasanlage ist geschäftsstörend. Person als Unternehmer und Anrainer betroffen, ist alles egal	
334	Tag und Nacht vor dem Internet gesessen, studiert und gelesen.	Im Internet gelesen	
335	Wir haben geschaut das wir in den Medien präsent sind, im Radio, es waren diverse private Fernsehbeiträge wo wir Beiträge gebracht haben.	Auf Medienpräsenz geachtet, im Fernsehen und Radio	
336	Wir haben geschaut das wir alle aufklären	Aufklärungsarbeit	
337	ziviler Ungehorsam heißt das, wir werden die ganzen Einfahrten unten blockieren damit sie keinen Dreck anliefern können.	zivilen Ungehorsam leisten, Einfahrten blockieren	
338	Ich werde eine Anzeige nach der anderen machen	Anzeigen machen	
339	Ich werde täglich meine Runden im Rathaus drehen mit dem übelsten Gestank, das kann mir keiner verwehren	Mit übelsten Gestank Runden im Rathaus drehen	
340	in weiterer Folge Straßensperren machen, bei dem Kindergarten und der Schule spielt es sich recht ab.	Straßensperren bei Kindergarten und Schule machen	
341	ein jeder hat schon viel Geld investiert in das, bin nicht mehr bereit einen Cent zu zahlen an einen Rechtsanwalt oder sonst was.	Nicht mehr bereit Geld zu investieren	

342	ich habe einen Landtagsabgeordneten draußen gehabt und da sind wir lange gesessen und der stellt uns auch Juristen zur Verfügung.	Unterstützung von Landesabgeordneten	- massive Belästigungen - Angst vor krebserregenden Stoffe - nicht wahrnehmbare Emissionen sehr störend - Forderung nach reiner Luft und Lebensqualität
343	Ich gehe meine Runden unten (in der Biogasanlage). Ich schaue mir das an und wehe da ist irgendetwas nicht gemacht.	Kontrolle der Biogasanlage	
344	Dann sagen sie; bitteschön Herr Fiausch schauen Sie das es so bleibt, weil es ist so schön.	Unterstützung von vielen Bewohnern und Bewohnerinnen	
345	Dann rufst an und dann sagen sie wortwörtlich da ist ein Toter Fuchs da unten. Ich meine das ist ja krank.	Gestank begründet mit toten Fuchs, das ist krank	
346	Nachbarn nicht sicher ob nicht so krankheitserregende oder gefährliche Stoffe dabei sind	Unsicherheit ob krankheitserregende Stoffe dabei sind	
347	man muss schon studiert haben, wenn ich nachschauen kann am Computer und da stehen die ganzen Stoffe und Milligramm und was weiß ich alles drauf, wie soll ich mich auskennen?	Kann mit Daten nichts anfangen, für Monitoring-System muss man studiert haben	
348	Vor allem glaube ich kann man das auch manipulieren	Manipulation	
349	Dann haben sie unten auf dem Turm einen Pfeil montiert damit wir hinunterschauen können und sagen können ob das die Biogasanlage ist oder der Bauer. So ein Schwachsinn.	Montage von Pfeil um Windrichtung zu zeigen, das man sieht ob es Biogasanlage ist, Schwachsinn	
350	Herrn Schindler, das ist der Direktor der Stadtwerke	Herrn Schindler, Direktor der Stadtwerke	
351	Ja, die haben immer gesagt, dass wir anrufen sollen wenn es stinkt aber ich tu es nicht mehr weil ich mich nicht verarschen lasse.	Lasse mich nicht mehr verarschen	
352	Dann habe ich gesagt in der Nacht hat es gestunken, das gibt es auch nicht, weil da ist auch keiner unten.	Geruchswahrnehmung hinuntergespielt, nicht ernst genommen	
353	der hatte Bonbons verteilt (2) schöne Grüße von den	Zu Geruchsprotokollen aufgefordert, ist aber	

	Stadtwerken ob wir da aufschreiben als Dankeschön wann es stinkt. Da denke ich mir, da bin ich deppat jetzt oder was? Das kann ja nicht sein, nur weil es stinkt teilt er Zuckerl aus und ich soll das aufschreiben? Das bringt ja nichts.	sinnlos	
354	In Göss stinkt es nach Säge, und dort stinkt nach Stahl weil dort ist die (3) und da ist halt keine Wellnessanlage. Ja glauben Sie dorthin rufe ich dann noch an und sage ihm, dass es stinkt wenn es eh keine Wellnessanlage ist	Ich rufe nicht mehr an, keine Wellnessanlage laut Bürgermeister	
355	Bürgermeister mit Gemeinderat durch Siedlung gegangen	Bürgermeister mit Gemeinderat durch Siedlung gegangen	
356	Damen werden das aufgeschrieben haben, das jemand angerufen hat das die Biogasanlage stinkt. Aber glauben Sie @das das den juckt oder was@	Anrufe von uns wegen Gestank interessiert Bürgermeister nicht	
357	Glaubwürdigkeit nicht mehr gegeben	Glaubwürdigkeit nicht mehr gegeben	
358	Wenn da der Rechtsanwalt der Herr Neger da vorne sitzt und provokant lacht komme ich mir auch wieder einmal verarscht vor.	Herr Neger lacht provokant, komme mir verarscht vor	
359	Der kann schon von Haus zu Haus gehen aber ich finde nicht dass er ehrlich war, die stecken alle unter einer Decke, finde ich.	Bürgermeister war nicht ehrlich, stecken alle unter einer Decke	
360	Nein, nein hätte ich nichts gehört. Aber ich kann es mir nur denken das mit Erneuerbarer Energie mit den Windrädern und so weiter das halt auch (2) wenns funktionieren würde wäre es vielleicht eh nicht blöd aber es funktioniert eben nicht.	Keine Kenntnis von Begründungen des Betreibers, eigene Erklärung grüne Energie, wäre gute Idee	
361	Nein, eigentlich nicht	Informationsveranstaltung keine neuen	

		Sichtweisen eröffnet	Zweifel an der Legitimität der Sachurteile
362	Ich weiß nichts von einer Kommunikation, wenn es heiß ist, dann heißt es, ja wir informieren. Dann ist Falkensteiner, das ist auch für nichts. Dann gehst du dorthin und bist gleich gescheit wie vorher.	Weiß nichts von Kommunikation, wenn es brisant wird folgt Informationsveranstaltung, hat keine Sinn, keinen Informationswert	
363	Ja vorher reden und informieren. Und das sich der Betreiber selber informiert. Ich habe ja das Gefühl, die haben das dorthin gebaut und nicht einmal gewusst was für Auswirkungen das hat.	Betreiber hätte sich informieren sollen. Haben über Auswirkungen nicht Bescheid gewusst.	
364	haben das umgebaut und entweder haben sie das eh gewusst dass es ekelerregend stinkt und denen ist das egal, das weiß ich ja nicht.	Vielleicht ist es Betreiber egal das es stinkt	
365	Wenn das wirklich gesundheitsgefährdend wäre kann ich mir nicht vorstellen, dass das Land das OK gibt, dass es so stinken darf. Dann glaube ich dass schon aber dem Betreiber, nein dem glaube ich schon lang nichts mehr.	Keine Zweifel, dass es nicht gesundheitsgefährdend ist, aber Zweifel an Daten und Fakten des Betreibers	
366	haben ja Auflagen bekommen vom Land. (...)Keine Bautätigkeiten, ja da frage ich mich aber auch, was jetzt? Muss das hergerichtet werden oder nicht? Oder die sind unten so präpotent dass sie nichts herrichten und trotzdem anfahren.	Trotz Auflagen keine Bautätigkeiten, präpotent das sie nichts herrichten und anfahren	
367	Mit technischen Daten fange ich nicht viel an aber ein Teil ist mir sauer aufgestoßen weil dort so etwas steht wie, dass sich die Anrainer nicht aufregen dürfen weil das einfach so ist. Wir haben dort kein Mitspracherecht, das stört mich. Kein Mitspracherecht habe ich habe ich in einer Diktatur	Laut Bescheid kein Mitspracherecht, wie in Diktatur	

368	viele trauen sich nichts sagen, die riechen es zwar aber viele haben sie eine Gemeindewohnung und haben dann Angst das sie raus müssen. Andere haben einen Garten, das ist ein Gemeindegrund und haben dann Angst um den Garten. Oder arbeiten auf der Gemeinde, die Gemeinde hat 500 oder 600 Angestellte.	Viele haben Angst davor, etwas zu sagen weil Gemeindewohnung, Gemeindegrund oder Beschäftigung bei Gemeinde	A: Bescheid des Landes - Entscheidungen vorher gefallen - umkopiert - Immissionen auf Seite des Betreibers - Papierkorbsache - Betrieb mit allen Mitteln - kein Mitspracherecht, wie Diktatur B: UVS Bescheid - Affront - keine neuen Gutachten
369	Kenne Daten nicht aber ich hoffe und glaube, dass das stimmt. Die können ja nicht irgendetwas hinschreiben, das ist ja deren Arbeit.	Keine Zweifel am Bescheid, ist deren Arbeit	
370	Die müssen das richtig machen und ich als einfacher Mensch muss das dann auch glauben.	Hoffnung, dass sie es richtig machen, als einfacher Mensch muss ich das glauben	
371	Konfrontiert mit Problem Biogasanlage	Problem Biogasanlage	
372	Von Nachbarn erfahren	Von Nachbarn erfahren	
373	Nicht geglaubt, dass in Österreich oder EU eine Gemeinde es zulassen könnte, dass ein Betreiber in Nähe eines Wohngebietes eine Biogasanlage baut.	Unfassbar, dass es Gemeinde zulassen konnte	
374	An Bürgermeister gewendet	An Bürgermeister gewendet	
375	Antwort war: machen sie sich keine Sorgen, gibt Verbesserungsmaßnahmen und wird alles funktionieren	Keine Sorgen machen, wird funktionieren	
376	Konnte Fenster nicht aufmachen	Unmögliche Fenster zu öffnen	
377	Opposition hat uns zugehört und unterstützt, SPÖ hat das nicht gemacht	Opposition hat uns unterstützt, SPÖ nicht	
378	Es wurde behauptet, dass es nicht riecht und dass wir das erfunden haben	Wurden als Lügner und Lügnerinnen hingestellt	
379	Bürgermeister war vor Ort mit Gemeinderäten und hat ein paar	Laut Bürgermeister riecht jeder Stadtteil, nicht	

	Häuser gefragt, ob es Problem gibt. Ja es gibt Problem, es riecht. In Göss stinkt es nach Brauerei usw., jeder Stadtteil hat seinen Geruch, das geht nicht.	ernst genommen.	
380	Uns wurde nicht wirklich zugehört	Nicht zugehört	
381	Verstehen nicht, dass Gemeinde so etwas erlauben kann	Unverständlich, wie Gemeinde es erlauben kann	
382	Schwangere Frau hat aus Nase geblutet, Arzt hat gesagt ihr seid nicht die Ersten	Schwangere Frau blutete aus Nase, laut Arzt nicht die Ersten	
383	Zu Schindler geschickt, der kein Doktor ist.	Zu Schindler geschickt, ist kein Doktor.	
384	man fühlt sich im Stich gelassen und auch bedroht.	Im Stich gelassen und bedroht	
385	immer gedacht Gemeinde ist für Bürger da, aber nicht in Leoben und das tut uns sehr weh.	Leobener Gemeinde nicht für Bürger, Bürgerinnen da, tut sehr weh	
386	Überlegt Leoben zu verlassen, wir haben kleines Kind. Werden nicht bleiben bis Kind krank wird. Keine Lebensqualität.	Überlegen Leoben zu verlassen, nicht warten bis Kind krank ist	
387	War bei Infoveranstaltung, eher Theater.	Infoveranstaltung war Theater.	
388	LE Gas Betreiber, Gemeinde ist Teil davon. Eine Woche Eigentümer, eine Woche nichts damit zu tun, ist sehr verwirrend.	Eigentumsverhältnisse von Gemeinde an LE Gas nicht geklärt, verwirrend	
389	viel versprochen, in Luft aufgelöst	Versprechen in Luft aufgelöst	
390	Kommunikationsfirma, um Kontakt aufzunehmen. War bei Gespräch mit Herrn Trumler, war eigentlich da um sich zu erkundigen. Hatte keine Ahnung. Haben ihn informiert.	Trumler hatte keine Ahnung, war da um sich zu informieren.	
391	Das war Kommunikationsoffensive, 2-3 Veranstaltungen. Leere Versprechen erhalten von Betreiber. Nicht viel mit Kommunikation geholfen.	2-3 Veranstaltungen war Kommunikationsoffensive, wenig Hilfe durch Kommunikation	

392	Von Bürgermeister mehr erwartet. Dass er sich um Bevölkerung kümmert und nicht um privaten Unternehmer, nicht positiv.	Bürgermeister hätte sich um Bevölkerung nicht um Unternehmen kümmern sollen	
393	Wollen Biogasanlage in Betrieb nehmen weil rentabel für Wirtschaft in Leoben. Wollen Gas erzeugen. Schön wenn in Pampa Erneuerbare Energie erzeugt wird aber nicht hundert Meter von Kindergarten entfernt	Erneuerbare Energie und für Wirtschaft wichtig, aber nicht in Kindergarten Nähe	
394	Betreiber hat nicht kapiert, dass wir das nicht zulassen können. Kämpfen für Bevölkerung. Kämpfen für unsere Rechte, für unser Leben.	Können es nicht zulassen, kämpfen für Bevölkerung, unser Recht und Leben.	
395	Bei Infoveranstaltung überhaupt nicht ernst genommen gefühlt, versuchten uns zu überreden das alles gut laufen wird. Hören uns nicht wirklich zu. Haben gesagt, dass das nicht wahr ist und haben uns ausgelacht. Wir seien sensibel.	Nicht ernst genommen gefühlt, versuchten uns zu überreden, hören nicht zu, haben uns ausgelacht, seien sensibel.	
396	Wahrheit wird verzogen.	Wahrheit wird verzogen.	
397	Bau 5 Kilometer entfernt wäre ok. Nicht in dem Standort.	Anlage 5 Kilometer entfernt wäre ok.	
398	Daten und Fakten können Betreiber nicht wissen. Muss warten bis jemand krank wird oder stirbt und dann wird man sagen, es ist schädlich. Es gibt keine Fakten, kann man nicht wissen.	Betreiber können Daten, Fakten nicht wissen. Bei Todesfall wird man sagen sie ist schädlich.	
399	Fragten Schindler ob es schädlich ist und er sagte nein, alle Fakten die ich kenne.	Laut Schindler unschädlich, sind alle bekannten Fakten.	
400	Trotz Bescheid keine Zustimmung, kann das nicht zulassen das Anlage hundert Meter von Grundstück entfernt liegt.	Trotz Bescheid keine Zustimmung wegen geringer Entfernung.	
401	In Nähe von Biogasanlage bis 1 KM Stoffe freigelassen werden.	Bis 1 Kilometer werden Stoffe freigelassen, keine Zustimmung.	

402	Bescheid schwer zu verstehen.	Bescheid schwer verständlich.	
403	Wirtschaftlichkeit interessiert mich nicht-	Wirtschaftlichkeit kein Faktor	
404	Haben protokolliert und uns an Bürgermeister gewendet.	Protokolliert, an Bürgermeister gewendet	
405	Kenne Bescheid nicht so gut, wurden Mängel erkannt. Respektiere Fachleute aber Gestank sollte man nicht erlauben. Von technischer Seite mag es stimmen, aber für welchen Preis.	Kenne Bescheid nicht gut, Mängel wurden erkannt. Technische Seite mag stimmen aber nicht legitim.	
406	Wenn Leoben leere Stadt möchte werden sie das schaffen, wir werden gehen müssen. Werden dagegen kämpfen weil das nicht fair ist.	Leoben wird leere Stadt sein, werden gehen. Kämpfen, nicht fair.	
407	Viel gelesen und Nachbarschaft damit beschäftigt.	Gelesen und Austausch mit Nachbarn	
408	Wussten nicht das es existiert. Grundstückwidmungspläne eingezeichnet als Wasseranlage.	Keine Kenntnis über Existenz bei Hauskauf, Einzeichnung in Grundstückwidmungsplan als Wasseranlage.	
409	Hat stark gerochen. ekelhafte Geruch und war ehr laut.	Starker, ekelhafter Geruch, sehr laut.	
410	Kaum Information von Gemeinde, wurde ständig gelogen. Alles hat nicht mit Wahrheit übereingestimmt, sehr traurig.	Kaum Information von Gemeinde, ständig gelogen.	
411	Psychisch so getroffen gefühlt, damit nicht mehr beschäftigt	Psychisch betroffen	
412	Angst vor Krebserregenden Stoffen. Man wird erst zusperren wenn 3-4 Leute tot sind, keiner wird sich verantworten. Schwer zu beweisen. Können damit nicht leben.	Angst vor Krebserregenden Stoffen.	
413	Dachte Bürgermeister ist sozialer Mensch weil er aus SPÖ stammt, hat nie informiert und nie wahrgenommen. Er ist nicht sozial. Null Interesse an der Geschichte.	Bürgermeister ist nicht sozial, hat nicht informiert, uns nicht wahrgenommen, kein Interesse.	
414	Viele Leute wurden bei der Arbeit bedroht.	Leute bei der Arbeit bedroht	
415	Investiert ganz viel Geld und geht wieder nicht	Funktioniert trotz Investitionen nicht	

416	Betrieb mit falschen Stoffen.	Betrieb mit falschen Stoffen.	
417	Betreiber und Bürgermeister haben gesagt, sollte es riechen dann wird es zugesperrt. Zu laut, dann zugesperrt. In Zeitungen geschrieben, ist alle gelogen, nicht wahr und jetzt will er nichts davon wissen.	Schließung bei Belästigung versprochen, alles gelogen	
418	Gründe sind theoretisch: ökologisch und modern sein. Um größte Biogasanlage in Leoben zu haben.	Größte Biogasanlage, ökologisch und modern.	
419	Wenn sie es rentabel betreiben wollen dann muss es viel Belästigung geben.	Bei rentablem Betrieb gibt es Belästigung	
420	Kindergarten in der Nähe, kommt sicher nicht in den Kindergarten.	Kind kommt nicht in den Kindergarten	
421	Über uns lustig gemacht	Lustig gemacht	
422	Angst vor Lungenstörungen	Angst vor Lungenstörungen	
423	Nie informiert, wie sie das betreiben werden. Haben gemeint sie machen alles richtig und dann erfahren wir sie haben Chemikalien und Komponenten dazu gemischt die gesundheitlich gefährlich sind, kann ihnen nicht glauben was sie sagen.	Keine Information über Betrieb, heimliche Verwendung von Chemikalien und Komponenten, glaube nichts mehr	
424	Jetzt lieber woanders informieren bevor man auf Informationen von Betreiber hört	Informationsbeschaffung woanders als von Betreiber	
425	Informationen interessieren mich nicht mehr, haben sich nicht entschuldigt.	Kein Interesse an Information, keine Entschuldigung	
426	Wir haben viele Informationen gesammelt	Viele Informationen gesammelt	
427	Von Betreiber gab es nur mangelhafte Information	mangelhafte Information	
428	Glaube nicht an die Daten, weiß es stimmt nicht. Keine	Daten von Betreiber stimmen nicht	

	richtigen Informationen die wir bekommen, war nie der Fall. Gerne bekommen aber weiß das es nicht stimmt.		
429	Emissionen die ich nicht kenne und wahrnehmen kann stören mich sehr.	Nicht wahrnehmbare Emissionen stören sehr	
430	Dagegen weil es riechen wird und laut sein wird.	Wegen Geruch und Lärm dagegen	
431	Denke, dass Schindler technisch keine Ahnung hat und sich wichtigmachen will. Techniker die vorher da waren haben vieles falsch montiert was nicht dafür spricht. Haben keine Techniker die gut informiert sind und das gut machen können.	Schindler hat keine Ahnung, wichtigmachen. Falsche Montage, keine guten Techniker.	
432	Glaube die Sachen die im Bescheid stehen aber es fehlt einiges.	Im Bescheid fehlt einiges.	
433	Könnte Krebs meiner Tochter nichts verantworten.	Könnte Krebs von Tochter nicht verantworten	
434	das ist falsch, gehört nicht dorthin.	Falsch, gehört nicht dorthin	
435	Würde es Bürgermeister überhaupt interessieren wenn wir alle weggehen und die Siedlung leer ist? Wir werden nicht wahrgenommen und das stört mich so, so sehr.	Zweifel am Interesse von Bürgermeister an Bevölkerung. Nicht Wahrgenommen, sehr störend.	
436	Ich verkaufe dieses Haus nicht, ich verschenke es.	Haus wird verschenkt	
437	Wir haben keine Chance zu bleiben wenn es Hochgefahren wird.	Keine Chance zu bleiben	
438	Was versteckt sich hinter dieser Sache? Warum ist es politisch so wichtig so einen Scheiß dort zu haben? Leoben ist super Stadt, wie eine kleine Metropole und viele ausgebildete Menschen und dann passiert so etwas. Mir tut es so Leid für alte Leute.	Politisch fragwürdig; tut leid für alte Leute	
439	Familie wurde durch Betrieb massiv gestört, Lebensqualität in	Familie massiv gestört	

	Mitleidenschaft gezogen.		
440	Schlechtes Konzept, nicht durchgängig.	Konzept schlecht, nicht durchgängig	
441	sehr viel falsch gemacht wie mit Bewohnern umgegangen wurde.	schlechter Umgang mit Bevölkerung	
442	Frechheit was sich der Betreiber den Anrainern zugemutet hat.	Frechheit, Zumutung	
443	Informationsfluss war unter jeder Kritik.	Informationsfluss unter jeder Kritik	
444	Informationen an Anrainer waren falsch, unzulänglich, zum Teil ironisch.	Informationen unzulänglich, falsch und ironisch	
445	Es gab Bürgerforum im Falkensteiner und einmal direkt bei der Anlage aber das waren Informationen mit denen der Bürger nichts hat anfangen können.	Informationen bei Bürgerforum unverständlich	
446	Vor allem wo es zu spät war.	zu spät	
447	Er hatte schlechten Start als er dazugekommen ist wie es schon verfahren war. Dann sind die 2 Geschäftsführer abgerufen worden. Er hätte schauen müssen und dann sagen: das geht an dem Standort nicht.	Betreiber hatte schlechten Start, hätte sagen sollen, geht an Standort nicht.	
448	Bürgermeister hat sich um Anliegen nicht gekümmert, Cholerischer Typ und schreit dann nur mehr herum.	Nie um Anliegen gekümmert, cholerischer Typ, schreit	
449	Kein konstruktives Gespräch	Kein konstruktives Gespräch	
450	Ich baue euch da keine Wellnessanlage hin oder wir sind Lügner, es stinkt in jedem Ortsteil von Leoben also habt ihr das gefälligst auch zum Aushalten also das waren völlig unqualifizierte Aussagen.	Keine Wellnessanlage, habt es auszuhalten	
451	Geld geht vor Lebensqualität und vor Menschenrecht. Man hat Pflichten und dementsprechend auch Rechte und darunter fällt	Geld geht vor Lebensqualität und Menschenrecht. Luftqualität ist grundlegendes Recht.	

	die Luftqualität an erster Stelle.		Zweifel an der Verständlichkeit des Bescheides - komplizierte Darstellung - Amtsdeutsch - muss man studiert haben
452	das man permanent uninformiert ist und man nicht weiß kann man hierbleiben oder nicht ist quälend für den Geist.	Uninformiertheit und unklare Situation quälend	
453	Auswirkungen kann ich nicht einschätzen, musste viel Husten und auch meine Kinder.	Viel Husten	
454	Das war nur ein Monolog von Betreiberfirma.	Monolog	
455	Teilweise wohnen SPÖ Mitglieder da und waren dafür und haben gemeint es stinkt gar nicht so, das hat alles noch mehr aufgestachelt.	SPÖ Mitglieder haben es aufgestachelt, stinkt laut ihnen nicht	
456	Wird Auflagen erfüllen und da ist aufgekommen das es stinken wird und bei Diskussion wurde gemeint: Da habe ich einen Bescheid und das Recht zu stinken.	Recht zu stinken	
457	Vertrauen ist nicht mehr gegeben. Zuviel und massive Lügen gewesen. Kann nicht mehr glauben das Wahrheit gesprochen wird.	Glaube Fakten nicht mehr, Vertrauen nicht mehr gegeben, massive Lügen.	
458	An dem Standort keine Umstände für Zustimmung.	Keine Zustimmung an Standort	
459	Kenne den Bescheid, Amtsdeutsch.	Amtsdeutsch	
460	Vorgaben schon in Ordnung.	Vorgaben in Ordnung	
461	Keine Gründe bekannt	Keine Gründe bekannt	
462	Von meinem Mann	Von Mann	
463	Nach außen sehr bemüht dass er Informationen weitergibt aber macht dann gegensätzliches	Nach Außen bemüht zu informieren, macht gegensätzliches	
464	Bei erster Infoveranstaltung hat Bürgermeister geschrien wir sollen sie selber betreiben und tun was wir wollen, das wir übertreiben	Geschrieben selber betreiben, tun was wir wollen, das wir übertreiben	

465	immer dieselben Antworten, teilweise Fragen gar nicht beantwortet.	dieselben Antworten, teilweise Fragen nicht beantwortet	Grüne Energie positiv - von fossile Brennstoffe wegkommen - wirtschaftlich
466	Standort passt nicht, nicht gesetztes konform	Standort ist nicht Gesetztes konform	
467	schlecht geworden mit Würgereiz	schlecht geworden mit Würgereiz	
468	Keine neuen Sichtweisen durch Informationsveranstaltung	Keine neuen Sichtweisen	
469	Wenn es so sein sollte das Belastung nur minimal ist soll es mir recht sein.	Minimale Belastung wäre ok	
470	Technische Überwachung, glaube ich nicht. Wer überwacht das am Wochenende, sicher niemand.	Zweifel an technischer Überwachung	
471	Fehlen technische Grundkenntnisse, glaube gar nichts mehr. Erstreckt sich auf alle Fälle, Zweifel am Bescheid.	Zweifel am Bescheid	
472	Grüne Energie ist etwas Positives und das man von fossilen Brennstoffen wegkommt	Grüne Energie positiv, von fossilen Brennstoffen wegkommt	
473	Biogene Abfälle verschiedenster Herkunft	Biogene Abfälle	
474	Anschlag Stadtgemeinde	Anschlag Stadtgemeinde	
475	Keine Information, bei Verhandlung nur durch Sitzfleisch dort bleiben können.	Bei Verhandlung nur durch Sitzfleisch bleiben können	
476	Bürgermeister hat kein Rückgrat, geht um Prestigeverlust und Geld	kein Rückgrat, geht um Prestigeverlust, Geld	
477	Inkompetent, Keine Ahnung, Geldgetrieben. Nicht sehr freundlich. Prestigegetrieben, nicht vertrauenswürdig	Inkompetent, Geldgetrieben, unfreundlich, Prestigegetrieben	
478	Wollen es betreiben unter Vorwand, dass Allgemeinheit was davon hat.	Betrieb unter Vorwand von Nutzen für Allgemeinheit	
479	Schiene Alternative Energie.	Schiene Alternative Energie	

480	Es ist der falsche Standort, mit falschen Inhaltsstoffen und falschen Personen.	Falscher Standort, falsche Inhaltsstoffe. Falsche Personen.	Zweifel an Legitimität der Standortwahl/ Zweifel an GA „Richtigkeit“ - Schindluder getrieben - Verseuchung von Ortsteilen - Nähe von Kindergarten und Schule egal - Bau in Wohnanlage ist falsch - nicht gesetzeskonform - missglückte Raumplanung
481	Körperliche und Geistige Beschwerden, Beklommenheit, Reizzustände. Geistige Abwesenheit, Gereiztheit, drücken in der Brust.	Beklommenheit, Reizzustände, geistige Abwesenheit, Gereiztheit, drücken in Brust.	
482	Da war ganz klar eine missglückte Raumplanung.	Missglückte Raumplanung.	
483	Protokoll von Februar ist Mitte Mai gekommen.	Protokoll von Februar Mitte Mai gekommen.	
484	Pseudo Experten. Wie Jungfrau zum Kind sind die von der Montanuni gekommen, haben etwas nicht zum Thema passend präsentiert.	Pseudo Experten und Expertinnen, Präsentation von Montan Universität Experten und Expertinnen nicht zielführend	
485	Keiner tut anderen weh.	Keiner tut anderen weh.	
486	Nicht gesundheitsschädigend ist fahrlässige Aussage.	Nicht gesundheitsschädigend fahrlässige Aussage	
487	Ob Umbau etwas bringt bezweifle ich.	Verbesserung der Situation durch Umbau wird bezweifelt-	
488	Kläranlage ist fraglich, Biogasanlage macht es noch schlechter.	Kläranlage fraglich, Biogasanlage macht es schlechter	
489	Gegen die Anlage weil Situation permanent an Grenzpunkt des Erträglichen bringt.	Grenzpunkt des Erträglichen	
490	Findet unter wirtschaftlichen Druck statt.	Wirtschaftlicher Druck	Zweifel an der Wahrheit der präsentierten Daten und Fakten
491	Es wird Umwelt und Geld und Zeit vernichtet.	Vernichtung von Umwelt, Zeit, Geld	
492	Bescheid ist technischer Bericht, wurde umkopiert. Entscheidungen sind schon vorher gefallen	Technischer Bericht, umkopiert. Entscheidungen vorher gefallen	
493	Der Bescheid spiegelt nicht die Realität wieder. Praxis lehrt Theorie	nicht die Realität, Praxis lehrt Theorie	

494	Beispiel wie es nicht ablaufen sollte.	Beispiel wie es nicht ablaufen sollte.	- Theorie nicht mit Praxis ident - können nicht 100-prozentig passen - glauben Daten und Fakten nicht - stimmen nicht - Tatsachen verheimlicht - Gutachter aus Wikipedia zitiert - Trumler, Schindler und Bürgermeister haben keine Ahnung - Wahrheit verzogen - Pseudo-Experten- und Expertinnen haben sich getäuscht - erst bei Betrieb zu eruieren - falsche, unzulängliche Angaben - Betreiber wusste über Jahre nicht Bescheid - Glaubwürdigkeit längst vorbei
495	Zum ersten Mal aus dem Stadtblatt erfahren.	Stadtblatt	
496	Wollte Anlage anschauen, habe aber keine Rückmeldung von Schindler erhalten	Anlage anschauen, keine Rückmeldung von Schindler	
497	Dilettanten am Werk; Ansprechperson hätte Schindler sein sollen, war es nicht.	Dilettanten am Werk. Keine Ansprechperson.	
498	Haben gesagt Go-Cart Rennen wird mit Biogas betrieben, stimmte nicht, auch Einspeisung nicht richtig.	Go-Cart Rennen nicht mit Biogas betrieben, keine Einspeisung	
499	Müssen energieautark werden, seitens von Bund besteht Druck. Das ist ein Dominoeffekt.	Energieautark werden, Druck von Bund	
500	Von Bürgermeister halte ich gar nichts. Muss betrieben werden um jeden Preis	Betreib um jeden Preis	
501	Faktum Mensch wurde außer Acht gelassen	Faktum Mensch außer Acht gelassen	
502	Von technischer Seite sind die Gründe gerechtfertigt, aber Abstand zu Wohngebiet ist katastrophal.	Technische Gründe gerechtfertigt, Standortwahl katastrophal	
503	Hatte eine Woche Nasenbrennen, mein Sohn hatte massive Schleimhautverätzung	Nasenbrennen, Sohn massive Schleimhautverätzung	
504	Eine Gutachter hat aus Wikipedia zitiert	Gutachter aus Wikipedia zitiert	
505	Trumler gießt nur Öl ins Feuer	Trumler gießt Öl ins Feuer	
506	Haben Geruchsprotokoll erstellt, die waren sehr detailliert. Wurden nur als Ausrede verwendet und das sie uns als Lügner hinstellen.	Geruchsprotokolle verwendet, um uns als Lügner, Lügnerinnen hinzustellen	
507	Hätten zur Optimierung verwendet werden können. Dass man sich zusammensetzt und schaut was kann man besser machen	Geruchsprotokolle zur Optimierung, Zusammenarbeit	
508	Wer kommt auf die Idee Flotate in Stadt zu bringen?	Flotate in Stadt inakzeptabel	

Negative Auswirkungen auf Gesundheit und/ oder Wohlbefinden

K1: Psychische Auswirkungen

- Beklommenheit
- Reizzustände
- geistige Abwesenheit

K2: Körperliche Auswirkungen

509	Immission war stark auf Seite der Betreiber.	Immission auf Seite der Betreiber	- Schleimhautverätzung - Nasenbluten - Ausschläge - tränende Augen - Husten - Würgereiz K3: Wohlbefinden - weniger Besuch - peinlich - keine Lebensqualität - Kommunikation in Familie gestört Bürgermeister in Aufsichtsrat der Bank und Obmann des Reinhaltverbandes - merkwürdige Verstrickung
510	Keine Berechnung oder Erfahrungswert, sondern aus dem Bauch heraus. Zweifle den Bescheid an.	Keine Berechnung oder Erfahrungswert, Zweifle am Bescheid	
511	Beinahe Gesundheitsgefährdend in Vergangenheit, trotzdem Genehmigungsfähig	Trotz beinahe Gesundheitsgefährdend genehmigungsfähig	
512	Zustimmung wenn eine Käseglocke darüber komme und Abgase direkt in das Rathaus leitet	Käseglocke und Abgase direkt in das Rathaus	
513	Politische Verantwortung zu übernehmen wäre wichtig.	Übernahme von politischer Verantwortung	
514	Sitzt im Aufsichtsrat der Bank. Man weiß eh was es spielt.	Bürgermeister im Aufsichtsrat der Bank, seltsam	
515	Betreiber ist Unglück in jeder Dimension	Unglück in jeder Dimension	
516	Bürgermeister will Image zum Abgang damit aufpolieren	Image zum Abgang aufpolieren	
517	Obmann von Reinhaltverband der Haupteigentümer ist und Vorstand von Bank, das ist eine merkwürdige Verschränkung.	Obmann von Reinhaltverband der Haupteigentümer ist und Vorstand von Bank Merkwürdige Verschränkung	
518	Ist keine Ansprechperson, ist cholerisch und nicht gewillt sich über sachliche Dinge zu unterhalten.	Keine Sachliche Unterhaltung	
519	Das ist sein politisches Imageprojekt	Politisches Imageprojekt	
520	Dürfen Erhöhungen von Gebühren zahlen und dürfen in Genuss von Gestank kommen, absurd.	Gebührenerhöhung und Genuss von Gestank	
521	Nicht vertrauenswürdig weil er inkompetent ist und in Konkurs	Inkompetent und in Konkurs	
522	Grinsen der Betreiber ignorieren wir	Grinsen ignorieren wir	
523	Instrumente angewendet aber wenn man es nicht ernst nimmt ist es kontraproduktiv. Wenn Mittel bösartig eingesetzt werden, ist das negativ.	Kontraproduktiv, Mittel bösartig eingesetzt	

524	Verfahren von Uni Innsbruck mit Patent ohne Skrupel von Internet kopiert und darauf verwiesen. Person von Uni Innsbruck wusste nicht Bescheid.	Patentiertes Verfahren von Uni Innsbruck mit Verweis aus Internet kopiert	Zweifel an Legitimität der vertretenen Interessen und deren Begründungen K1: Betrieb unter Vorwand Nutzen für Allgemeinheit - Schiene alternative Energie - andere Methoden der Müllentsorgung K2: Umweltkriminalität - Geld im Spiel - wirtschaftlicher Druck - nicht nachhaltig - Bereicherung auf Kosten des Steuerzahlers - Fehlinvestition von Steuergeld - Prestigeverlust K3: Politische Fragwürdigkeit - keiner tut anderem weh - stecken alle unter eine Decke - Geld und politisches Gesicht geht vor Menschrecht und Luftqualität K4: kein wirtschaftlicher Nutzen K5: Änderungen sinnlos
525	Ein paar haben sehr gut verdient dabei auf Kosten des Steuerzahlers.	Bereicherung auf Kosten des Steuerzahlers	
526	Betreiber hat die Stoffbilanzen gefälscht.	Stoffbilanzen gefälscht.	
527	Lügen und vertuschen wo es geht.	Lügen und vertuschen	
528	Überzeugung, dass sie sich wirtschaftlich umbringen, sonst hätte ich Angst um Lebensqualität und Kinder.	wirtschaftlich umbringen	
529	Die sind nicht im Stand die Anlage zu betreiben	für Betrieb nicht im Stande	
530	Ich hatte tränende Augen.	Tränende Augen.	
531	Enttäuscht von UVS Bescheid und sehe es als Affront das Einsprüche abgelehnt wurden, es waren welche formal richtig. Gutachter hat zitiert, das haben wir eh schon gelesen, das ist sinnlos.	Ablehnung der formal richtigen Einsprüche Affront.	
532	Das ist eine Drecksschleuder die da bei uns im Wohngebiet steht	Drecksschleuder im Wohngebiet	
533	Zustimmung wenn keine zusätzlichen Kofermente verwendet werden.	Keine zusätzlichen Kofermente	
534	Output Rechnungen sind sicher falsch. Schrammen an Grenzwerte. Das ist Hinweis dass es hingerechnet ist.	Output Rechnungen sind falsch, hingerechnet.	
535	Man hat eine sehr eingeschränkte Parteienstellung	Sehr eingeschränkte Parteienstellung	
536	Alle Bescheide beeinsprucht. Bürgerinitiative gegründet. Presseaussenden, Homepage. Bald muss man zu anderen Mittel greifen. Straßensperre wäre sehr produktiv.	Alle Bescheide beeinsprucht. Bürgerinitiative gegründet. Presseaussenden, Homepage. Straßensperren wären produktiv.	

537	Da ist das politische Gesicht mehr wert als Geld des Steuerzahlers.	Politisches Gesicht mehr wert als Geld des Steuerzahlers.	K6: Faktum Mensch außer Acht gelassen - ihnen egal - unverantwortliches, illegales Handeln - Handlungsbereitschaft erst bei Todesfällen - nutzt Gesetz voll aus - keine Rücksichtnahme auf Schutzbedürftige, Kinder K7: Bürgermeister wollte sich ein Denkmal setzen - nicht sozial - hat sich gedrückt - keine Wellnessanlage, jeder Stadtteil riecht - wichtigeres zu tun - Prestigeverlust - politisches Imageprojekt K8: Unverständlich wie Gemeinde es erlauben konnte - keine Reaktion von Umweltamt K9: Verbrechen an - Menschheit - Umwelt K10: Gegen Wiederinbetriebnahme - katastrophal
538	Soll Kompromisslösung finden.	Kompromisslösung	
539	Der Betreiber ist teilweise sehr präpotent.	Betreiber präpotent.	
540	Die Rechenbeispiele vom Land sind kurios.	Rechenbeispiele vom Land sind kurios.	
541	Wenn sie Geruchsneutral ist dann gebe ich meine Zustimmung	Geruchsneutral	
542	Man braucht den Bescheid nur so gestalten das es keiner mehr liest.	Bescheid unverständlich, komplizierte Gestaltung	
543	Habe Angst um meine Existenz.	Angst um Existenz.	
544	Wenn finanzielle Verluste entstehen klage ich auf Schadenersatz.	Schadenersatzklage bei finanziellen Verlust	
545	Damals war Hüttenbrenner Ansprechperson	Damals Hüttenbrenner	
546	Bürgermeister kann nichts dafür	Kann nichts dafür	
547	Wollen es weiter betreiben, soll sich in 25 Jahren amortisieren.	Amortisierung in 25 Jahren	
548	Man muss Müll entsorgen können aber es gibt andere Methoden.	Andere Methoden für Müllentsorgung	
549	Wenn die Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird gehört das weg.	weg wenn Mitleidenschaft für Bevölkerung	
550	Gutachten sind gekauft. Wer zahlt schafft an.	Gutachten sind gekauft	
551	Nachhaltigkeit ist kein Faktor, es bleiben Stoffe über, ist nicht so Nachhaltig.	nicht so nachhaltig	
552	Habe keinen Ansprechpartner beim Land.	Kein Ansprechpartner, Ansprechpartnerin Bei Land	

553	Es gehört höhere Stelle, dass das jemand kontrolliert wenn es stinkt.	Kontrolle von höherer Stelle	- falsch - nicht richtig K11: Gutachten gekauft
554	Kenne den Bescheid habe ihn aber nicht gelesen.	Kenne Bescheid, nicht gelesen.	
555	Mehr direkte Demokratie wäre toll	Mehr direkte Demokratie	
556	An Kommunikation kann ich mich nicht erinnern	Keine Erinnerung an Kommunikation	
557	Betreiber war bei Informationsveranstaltung gelangweilt	Waren gelangweilt	
558	Notwendig, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit	Wirtschaftlich notwendig	
559	Gesellschaftlich, weniger Besuch bekommen.	weniger Besuch bekommen.	
560	Enttäuscht vom UVS Bescheid, werde eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof einreichen	Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof	

Artikel

Folgende Artikel wurden zur Analyse herangezogen

Biogas: Kampf geht weiter

Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“, will alles ausschöpfen, um die Biogasanlage zu verhindern.

ANDREA WALENTA

Wir werden alle Rechtsmittel ausschöpfen und auch zivilen Ungehorsam leisten“, erklärte gestern Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative, die sich gegen die Inbetriebnahme der Biogasanlage in Leoben formiert hat.

Grund für die neuerliche Kampfansage ist der nun vorliegende Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenats (UWS), der alle Einwände entweder zurück- oder abgewiesen hat. „Wir vermuten, dass dies eine reine Papierentscheidung war. Man hat auf Basis der schon vorliegenden Gutachten entschieden, und wir fragen uns, ob das vereinfachte Verfahren bei diesem Projekt, bei

dem es um so eine Einschränkung der Lebensqualität geht, überhaupt zulässig ist“, meint Fiausch. Im vereinfachten Verfahren haben Nachbarn keine Parteienstellung, sondern nur ein Anhörungsrecht.

Europäisch

Wie Fiausch betont, werde man sich an den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof wenden. „Wir werden auch den Europäischen Gerichtshof einschalten“, erklärt Fiausch. Die bisherigen Investitionen in die Biogasanlage nennt Fiausch eine „Geldverschwendung“, da es seines Wissens keine Biogasanlage gebe, die sich wirtschaftlich gesehen rechne. „Diese Mittel hätte man besser verwenden können, bei-

spielsweise für die Erhaltung des Werksbades und auch andere Sparmaßnahmen wären nicht notwendig gewesen“, ist Fiausch überzeugt.

„Für uns gibt es nur eines: Nie wieder eine Inbetriebnahme der Biogasanlage, weil laut Gutachten des Landes, wird es stinken. Und das lassen wir uns nicht gefallen, denn jeder Bürger hat das Recht auf gute Luft“, so Fiausch.

Ronald Schindler, Geschäftsführer der LE Gas, kann zur weiteren Vorgangsweise noch nichts sagen, da er den Bescheid in schriftlicher Ausführung noch nicht in Händen habe. „Wir werden aber zuerst die Rechtsqualität prüfen und dann die Öffentlichkeit, wie angekündigt, informieren“, so Schindler.

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 08.05.2012, Seite 23)

Schon bald könnte wieder Biogas fließen

Zum Unmut der Bürger wird die Biogasanlage Leoben wieder in Betrieb genommen.

■ Nach eineinhalbjährigem Stillstand erhielt die LE-Gas nun einen 300 Seiten starken Bescheid, der unter strengen Auflagen die Wiedereinbetriebnahme erlaubt.

Es wird eine direkte Kontrolle der Behörde durch eine Onlineüberwachung geben und bei Störungen soll der Sprecher der Bürgerinitiative informiert werden.

Laut LE-Gas-Geschäftsführer Ronald Schindler hat man zusätzlich in Absauger und Biofilter investiert.

Derzeit ist man mit dem Abarbeiten der Vorschriften und Auflagen beschäftigt. Es folgen Funktionsüberprüfungen und Kalttests, die zwei bis drei Monate dauern werden.

Die sieben eingebrachten Einwände werden derzeit vom Verwaltungssenat behandelt.



Betriebsbereit. Die Biogasanlage in Leoben könnte bis Jahresende wieder den Vollbetrieb aufnehmen.

Foto: Weibler

„Wenn es beim Hochfahren zu keinen größeren Problemen kommt, dann versuchen wir bis Ende des Jahres in Vollbetrieb zu gehen“, erklärte Schindler. Jährlich könnten

dann 3,5 Millionen Kubikmeter Biogas erzeugt werden.

Eine weitere Kapitalaufstockung ist nicht auszuschließen. Bisher wurden zwölf Millionen Euro investiert. **-wee-**

(Quelle: Woche Obersteiermark/ Leoben. 16.02.2012, Seite 8)

Biogas: Betreiber sind guten Mutes

Die Verantwortlichen der LE Gas sind überzeugt, dass die Biogasanlage Leoben bis Ende des Jahres im Regelbetrieb laufen wird.

ANDREA WALENTA

Gestern stellten Ronald Schindler und Michael Resch, die beiden Geschäftsführer der LE Gas, sowie Dieter Neger als rechtlicher Berater den Medien den aktuellen Stand sowie die nächsten Schritte bei der Biogasanlage Leoben vor. Wie berichtet, liegt nun der Bescheid des Landes für die Wiederinbetriebnahme der Anlage vor.

„Wir arbeiten nun die Vorschriften und Auflagen des Bescheids ab und werden nach Fertigstellung die Behörde darüber informieren. Einige Leistungen wurden bereits durchgeführt, einige Punkte können erst jetzt mit der Bescheidaussstellung erfolgen“, so Schindler.

Man werde nun mit den Punktüberprüfungen der Anlage beginnen. „In dieser Zeit wird es aber zu keiner Abfallübernahme kommen. Das wird etwa zwei bis drei Monate dauern, wenn es keine Überraschungen aus der Stillstandzeit gibt“, erklärte Schindler. Sollte alles nach Plan laufen, dann reiche man mit einem stabilen Regelbetrieb bis Ende des Jahres. Mit einem stabilen Regelbetrieb, den es bisher noch nicht gegeben habe, wolle man jährlich 3,5 Millionen Kubikmeter Biogas erzielen. Die Anlage soll sich in etwa 25 Jahren amortisiert haben.

Michael Resch ging näher auf das Monitoring-System ein, das der Behörde nun jederzeit eine Online-Überprüfung der Anlage und des Betriebs ermöglichen

soll. „Wir stellen die Betriebsdaten zur Verfügung. Das sind Daten, die wir kontinuierlich messen, und Anlagenwerte, die im Labor gemacht werden“, so Resch.

Geruch

Die Frage, die vor allem die Anrainer am meisten betrifft, ist jene der Geruchsbelästigung. Wie Neger erklärte, gebe es keine gesetzliche Grundlage, wie stark die Anlage stinken dürfe. „Es handelt sich hier um eine Richtlinie von der Akademie der Wissenschaften“, so Neger. Diese besage, dass es acht Prozent im Jahr normal stinken dürfe, drei Prozent können ekelhafte Gerüche sein. Die Aufrechnung, wie sie von der Bürgerinitiative gemacht worden sei, dass es 700 Stunden im Jahr normal stinken und etwa 45 bis 60 Minuten täglich ekelhaft riechen dürfe, stimme so nicht, denn wenn man sechs Minuten über der Geruchsschwelle liege, spreche man schon von einer Geruchsumide.

Schindler meinte aber, dass die Geruchs-Konzentrationspitzen nicht der Ansatz seien: „Es gibt hier sensible Wahrnehmungen von Anrainern, und die nehmen wir wichtig und ernst. Wir werden den Einsatz der Kofermente so abstimmen, dass es einen stabilen Betrieb gibt, damit es bei den Emissionen ein erträgliches Maß gibt.“ Man habe außerdem in zusätzliche Absaug- und Filteranlagen investiert. Völlig geruchsfrei könne aber keine Biogasanlage geführt werden.



Ewa70 interessiert waren zur zweiten

Infoveranstaltung für Bürger in das Hotel Falkensteiner gekommen



Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“ wird Kampf gegen Biogasanlage fortführen



Vertreter der LE Gas: Ronald Schindler, Michael Resch, Dieter Neger

Investitionen und Kosten für den Stillstand

LEOBEN. Wie Ronald Schindler erklärte, habe man bisher etwa 10,5 Millionen Euro in die Errichtung der Anlage investiert. Die Kosten für den Stillstand der Anlage würden bei 25.000 bis 30.000 Euro monatlich liegen. Die kolportierten 50.000 Euro monatlich habe es nur zu Beginn des Stillstands gekostet. Immerhin steht die Anlage seit Juni 2010 still. Zusätzlich habe es zwei Mal eine Kapitalaufstockung gegeben. Eine weitere notwendige Kapitalaufstockung wolle Schindler nicht ganz ausschließen. Das Budget mit der Bank sei im Hinblick auf die jetzige positive Bescheiderstellung erfüllt. Man habe frühzeitig auf den geänderten Zeitplan reagiert.

„Wir lassen uns das nicht gefallen“

Erwartungsgemäß gingen die Emotionen bei der Infoveranstaltung der LE Gas für die Bürger hoch. Die Bürgerinitiative kündigte Aktionen an und forderte ihr Recht auf Lebensqualität ein.

LEOBEN. Wie bereits gestern berichtet, gingen die Emotionen von Anrainern der Biogasanlage und Bürgern bei der Infoveranstaltung im Hotel Falkensteiner hoch.

Eltern von Schülern der Volksschule Seegraben, die im näheren Umkreis der Anlage steht, ma-

chen sich Sorgen um Gesundheit und Wohlbefinden ihrer Kinder. So meinte eine Anrainerin: „Wie kann man es Kindern überhaupt zumuten, dass es stinkt?“ Ähnlich die Sorge einer Lehrerin an dieser Schule, die meinte, dass man bei Inbetriebnahme der Anlage möglicherweise kein Fenster mehr offen lassen könne, keine Hofpause und keinen Sport im Freien mehr machen könne. Auch der nahe Kindergarten habe mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Den Ausführungen der Experten, dass man zusätzliche Absaug- und Filtermaßnahmen installiert habe, wurde nicht viel Glauben geschenkt.

Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative, zweifelte einmal mehr die Wirtschaftlichkeit der Biogasanlage an, denn es

gebe Heißspiele, wo mit Biogasanlagen viel Geld verloren wurde. Fiausch nannte die Hypo-Alpe-Adria Bank, die mit so einer Anlage fast 50 Millionen Euro verloren habe. Im deutschen Mühlhausen werde gerade eine Anlage gebaut, die nie in Betrieb gehen werde, weil man drauf kommen sei, dass sie nicht wirtschaftlich zu führen sei. Man errichte sie nur noch, um Verträge zu erfüllen. „Wie viel muss noch passieren, dass die Verantwortlichen in Leoben erwachen?“, fragte Fiausch. Die Experten gaben daraufhin zu verstehen, dass man keine Anlage mit einer anderen vergleichen könne.

Fiausch: „Die Lärmschutzmaßnahmen haben die Herren nun in der Tasche. Aber nicht mit uns. Wir lassen uns das nicht gefallen. Wir

„Wir lassen uns das nicht gefallen. Wir wollen unser Recht auf reine Luft und Lebensqualität. Wir nehmen das nicht so hin.“

Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative

wollen unser Recht auf reine Luft und Lebensqualität. Wir nehmen das so nicht hin.“

Und er kündigte an, dass die Bürgerinitiative Aktionen setzen werde. „Es heißt immer, Leoben ist lebenswert, nur für uns nicht“, so Fiausch.

ANDREA WALENTA

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 08.02.2012, Seite 26/27)



Etwa 70 Anrainer und Interessierte waren gestern beim Bürgerinfabend zum Thema Biogasanlage Leoben. SCHÖBERL

Biogas lässt Emotionen erneut kochen

Gestern Abend ging im Hotel Falkenstein in Leoben die zweite Infoveranstaltung zum Thema Biogasanlage über die Bühne. Etwa 70 Bürger zeigten ihr Interesse an dem heißen Thema.

ANDREAS SCHÖBERL,
ANDREA WALENTA

Wie bereits von LE Gas-Geschäftsführer Ronald Schindler angekündigt, wollte man die Bürger über den aktuellen Stand und die weitere Vorgangsweise der Errichter und Betreiber informieren. Im Sinne von mehr Transparenz.

Anlass dafür war der 300 Seiten dicke Bescheid, der Anfang des Jahres von der Fachabteilung 13a des Landes erlassen wurde. Dieser beinhaltet zwar viele Auflagen und Vorschriften für die LE Gas, aber er gibt auch grünes Licht für die Wiederinbetriebnahme der Anlage, die nach wie vor bei vielen Anrainern und Betroffenen auf massivste Widerstände trifft.

Vor allem die Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“ macht weiterhin mit aller Kraft gegen die Biogasanlage mobil. In erster Linie deshalb, weil im Bescheid deklariert angeführt ist, dass es weiterhin zu Geruchsbelastungen kommen wird. 700 Stunden pro Jahr darf es normal stinken“, erklärte Helmut Fausch, Sprecher der Bürgerinitiative gestern Abend. Bis zu einer

Stunde täglich dürfe es sogar ekelerregend stinken. „Das ist die Lizenz zum Stinken“, so Fausch plakativ. Ein Umstand, der die Anrainer auf die Palme bringt. Immerhin gibt es abgesehen von vielen Bewohnern im näheren Umkreis der Anlage ein Altenpflegeheim, einen Kindergarten und eine Schule. So fürchtet Reinhard Kaiser, Betreiber dieses Altenpflegeheims, auch wegen möglicher starker Geruchsbelastungen, dass sich die Bewohner eine andere Bleibe suchen könnten. „Wenn die Anlage tatsächlich so stark geruchsbelastend und gesundheitsgefährdend ist, hätte es keine Genehmigung gegeben“, entgegnete Dieter Neger, rechtlicher Vertreter der LE Gas. Wenn sich wirklich alle geirrt haben sollten, so Neger weiter, dann habe man den Konsens der Anlage zu widerrufen. „Da könnte es für das Pflegeheim schon zu spät sein“, so Kaiser.

Einsprüche gemacht

Ihre Ablehnung haben die Anrainer auch in Form von Einsprüchen beim Land geltend gemacht. Wie Günther Rupp von der Fachabteilung 13a des Landes gestern auf Anfrage der Kleinen Zeitung erklärte, seien bis jetzt sieben Berufungen eingelangt. „Es könnten aber bis etwa Mitte der Woche noch welche kommen, da für die Berufungen der Tag des Poststempels ausschlaggebend ist“, so Rupp. Er sammelt nun alle Berufungen und hängt diese an eine Kopie des Aktes, die an den Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) weiter geleitet werden. Dieser entscheidet dann, ob den Berufungen stattgegeben wird oder nicht.

(Quelle: Kleine Zeitung. 07.02.2012, Seite 24/25)

Biogas: Die Anrainer erheben Einwände

Diese Woche endet die Einspruchsfrist für den Bescheid der Biogasanlage Leoben. Bürgerinitiative hat Einwände angekündigt. Diese werden vom Verwaltungssenat behandelt.

ANDREA WALENTA

Von einem sehr umfangreichen Bescheid für die Biogasanlage Leoben spricht Ronald Schindler, Geschäftsführer der LE Gas. „Es gibt viele Vorschriften und Auflagen der Behörde, die wir zu erfüllen haben. Diese Auflagen müssen wir nun abarbeiten. Die nächsten Schritte werden aber in enger Zusammenarbeit mit der Behörde abgewickelt“, erklärt Schindler. Der Bescheid habe für ihn keine große Überraschungen gebracht. Auf die Frage, ob man aufgrund der

doch umfangreichen Auflagen die Biogasanlage überhaupt wirtschaftlich betreiben könne, meinte Schindler: „Die Auflagen bringen keine Einschränkung gegenüber der Verarbeitung der Materialien. Das ist gegenüber dem ursprünglichen Bescheid nicht verändert worden“, so Schindler. Es werde allerdings Zeit brauchen, die Anlage in einen stabilen Regelbetrieb überzuführen, den es vorher so nicht gegeben habe. „Unsere Aufgabe wird es nun sein, die Anlage so in Betrieb zu nehmen, dass sie stabil läuft. Wenn es beim Hochfahren zu keinem größeren Problem kommt, dann versuchen wir bis Ende des Jahres wieder in Vollbetrieb zu gehen“, meint Schindler. Außerdem müsse man noch die Einspruchsfrist abwarten, ob Einwände kommen.

Als ersten Schritt werde man im Sinne von Transparenz die Bevölkerung von Leoben über den derzeitigen Stand und die Vorgehensweise informieren. Das soll kommenden Montag geschehen.

Helmut Fiausch, Sprecher der

Bürgerinitiative, hat sich mit den Anrainern intensiv mit dem 600 Seiten umfassenden Bescheid auseinandergesetzt. Positiv sei die direkte Kontrolle der Behörde durch eine Onlinelüberwachung. „Außerdem muss der Sprecher der Bürgerinitiative jederzeit Zugang zur Anlage haben, und er muss bei jeder Störung sofort informiert werden“, erklärt Fiausch. Positiv sei auch, dass nichts mehr im Freien gelagert werden dürfe.

Das Traurigste sei aber, dass im Bescheid zu lesen sei, dass es auch künftig stinken wird dürfen. „Eine Dreiviertelstunde bis Stunde pro Tag darf es sogar ekelerregend stinken“, betont Fiausch. Und davon seien die Stadt, Seegraben, Veltsberg, Judendorf, Prolebnerstraße, Lerchenfeld bis Nennersdorf betroffen. Die Bürgerinitiative werde auf jeden Fall fristgerecht, also noch diese Woche, Einsprüche geltend machen und sie fordert nach wie vor den Stillstand der Anlage, weil es klar sei, dass sie ohne Gestank nicht betrieben werden könne.



Helmut Fiausch (links), Sprecher der Bürgerinitiative, wird weiter gegen die Biogasanlage kämpfen. Ronald Schindler (rechts) möchte nun die Bevölkerung informieren.

SCHNEIDER

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 01.02.2012, Seite 28/29)

Biogas: Bescheid des

Landes ist da



Ronald Schindler und Verwaltungsleiter Günther Rupp (von links)

Der positive Bescheid des Landes für die Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage in Leoben ist da. Die von der Behörde erhobenen Vorwürfe, die zur Schließung führten, sind behoben.

ANDREA WALENTA

Wir müssen uns den Bescheid erst genau anschauen, ich rechne aber mit keinen großen Überraschungen, denn wir haben mit den Amtssachverständigen eng zusammengearbeitet", meinte gestern Ronald Schindler, Geschäftsführer der LE Gas. Wann nun die Biogasanlage wieder hochgefahren werden wird, könne er noch nicht sagen, da man rechtlich erst klären müsse, ob ein etwaiger Einspruch aufschiebende Wirkung

„Es wird es eine Infoveranstaltung geben, denn wir haben Transparenz für alle zugesichert, die sich dafür interessieren oder betroffen sind.“

Ronald Schindler, LE Gas

habe oder nicht. „Auf jeden Fall wird es eine Infoveranstaltung geben, denn wir haben Transparenz für alle zugesichert, die sich dafür interessieren oder betroffen sind“, betont Schindler, und weiter: „Wir werden uns an alle Auflagen halten.“

Wie aus dem Büro des zuständigen FP-Landesrates Gerhard Kurzmann zu vernehmen ist, wird der LE Gas vor Inbetriebnahme eine Reihe von Auflagen auferlegt, vom Immissionsschutz über die Abfalltechnik bis hin zur Abwasserentsorgung. Neu ist

auch, dass es ein Modul mit Betriebsdaten geben wird, auf das die Behörde Zugriff hat und sich so jederzeit über den Betriebszustand informieren kann. Mit der Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage ist auch eine antwärtige Geruchsrasterhebung durch die Fachabteilung 17c vorgesehen.

SP-Bürgermeister Matthias Konrad meinte gestern zum positiven Bescheid für die Wiederinbetriebnahme: „Freitag, der 13. ist ein ereufllicher Tag. Wir haben schon sehnsüchtig auf den Bescheid gewartet. Jetzt ist die lange Durststrecke, in der die Anlage gestanden ist und nur Kosten verursacht hat, vorbei.“ Er glaube nach wie vor an die Technik und „dass das Gas im Röhrl bleibt“. Er danke allen, die mitgeholfen haben, dass der Weg wieder in die richtige Richtung gehe. Und er appelliert an alle, die Biogasanlage nicht zu bekämpfen, sondern mitzutun. „Lassen wir die Emotionen, machen wir Energie“, so Konrad.

Wer übernimmt Verantwortung?

Eva Maria Lipp (VP): Es ist zu wünschen, dass die Biogasanlage funktioniert. Sollte sie allerdings nicht funktionieren, muss man sich überlegen, ob man noch weiter investieren möchte. Sollte die Anlage weiterhin eine Beeinträchtigung für die Bevölkerung darstellen, muss man sie abstellen, weil das für die Menschen nicht zumutbar wäre. Sollte sie wieder nicht entsprechend funktionieren, stellt sich auch die Frage, wer die Verantwortung dafür übernehmen wird.



Eva Maria Lipp, man sich VP-Vizebürgermeisterin Schöberl.

Rechtsstaat hat gesprochen

Werner Murgg (KP): Der Rechtsstaat hat gesprochen. Ich erwarte mir allerdings persönlich nicht, dass die Biogasanlage so betrieben werden kann, dass sie schwarze Zahlen schreiben wird. Um diese zu erreichen, muss sie aber auch so betrieben werden, dass es für die Anrainer in Zukunft keinerlei Belastung mehr gibt. Sollten Lärm und Geruch aber weiterhin eine Belastung für die Menschen darstellen, dann werden wir auf jeden Fall zivilen Ungehorsam leisten.



Werner Murgg, Leobens KP-Stadtrat WALENTA

Lebensqualität vor Gewinn

Walter Reiter (Bürgerliste): Die Lebensqualität der Anrainer geht auf jeden Fall vor Gewinn. Sollte die Biogasanlage nicht funktionieren, dann werde ich mich sofort mit der Bürgerinitiative und Helmut Fiauschitz kurzschließen, denn ich habe zugesichert, die Bürgerinitiative zu 100 Prozent zu unterstützen. Wenn es allerdings nicht mehr stinken würde, dann wäre die Sache für mich in Ordnung. Den positiven Bescheid muss man auf alle Fälle akzeptieren. Sollte die Anlage gut laufen, dann wäre sie eine mögliche Bereicherung.



Gemeinderat Walter Reiter von der Bürgerliste Schöberl.

Die Entwicklung wird beobachtet

Gerd Krusche (FP): Wir haben nach wie vor Zweifel, dass die Anlage ohne Belästigung der Anrainer zu betreiben ist. Es ist uns klar, dass Behördenbescheide auf Basis der Rechtsgrundlagen zu erfolgen haben. Wir begrüßen die umfangreiche Auseinandersetzung der Behörde mit der komplexen Materie und strengen Auflagen. Wir waren nie gegen die Errichtung, sondern haben uns gegen die Belastung der Bevölkerung durch den unsachgemäßen Betrieb gewehrt. Wir werden die Entwicklung genau beobachten und dafür sorgen, dass die Lebensqualität so bleibt, wie sie während des Stillstands war.



Gerd Krusche, FP-Gemeinde- und Bundesrat WALENTA

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 14.01.2012, Seite 26/27)

Biogas ist wieder Thema

Der zu erwartende positive Bescheid für die Biogasanlage Leoben löste in der jüngsten Gemeinderatssitzung so manche Frage aus.

ANDREA VALENTA

Die Biogasanlage war auch Thema der jüngsten Leobener Gemeinderatssitzung. Ronald Schindler, kaufmännischer Geschäftsführer der LE Gas, berichtete über den gegenwärtigen Stand des Behördenverfahrens, der Finanzierung und der Fortführungsprognose.

Wie bereits berichtet, arbeitet die Fachabteilung 13a der Landesregierung auf Hochdruck an der Fertigstellung des Bescheids, der für Anfang nächsten Jahres erwartet wird, und der vermutlich positiv ausfallen wird.

„Von elf Sachverständigengutachten fehlt nur noch das Brandschutzgutachten, und es gibt positive Stellungnahmen“, erklärt Schindler. Die Finanzierung für das Jahr 2001 sei gesichert, für 2002 das Budget erstellt. Die Anlage sei in Form von Darlehen fremdfinanziert, die Gesellschaft habe außer dem Stammkapital keine Mittel eingebracht, und die Bank habe zugesichert, die Anlage weiterhin zu finanzieren. „Die Bank hat einen Eigentumsvorbehalt auf die Anlagenteile, und es gibt keine Haftung von Stadt und Reinhalteverband“, so Schindler.

Betriebsbereit

VP-Vizebürgermeisterin Eva Maria Lipp wollte wissen, was passiert, wenn die Anlage in Betrieb gehen sollte und die Anrainer mit den gleichen Belästigungen wie vorher zu kämpfen hätten. „Lassen wir das Wenn sein, wir glauben, dass alles funktioniert“, antwortete Bürgermeister Matthias Konrad. Gerd Krasche (FP) stellte die Frage, ob die Anlage überhaupt in betriebsbereitem Zustand sei. Dazu Schindler: „Unabhängige Sachverständige haben



Helmut Fausch, Sprecher der Bürgerinitiative, kündigt Maßnahmen an, sollte die Biogasanlage wieder in Betrieb gehen

VALENTA

die Funktionalität der Anlage bestätigt. Grundsätzlich müsste sie funktionieren. Der Stillstand erfolgte nicht aufgrund technischer Mängel, sondern wegen der nicht bescheidkonformen Errichtung von Anlagenteilen“, so Schindler. Sollten in der Hochfahrphase Mängel auftreten, werde man diese beheben. „Zehn Prozent der Anlage sind ohnehin in Betrieb, die anderen Teile werden sukzessive hochgefahren. Wir haben die Anlage niedergefahren und konserviert, um Schäden zu vermeiden“, erklärt Schindler. Hannes Grünbichler (KP) wollte wissen, ob es fürs Hochfahren Begleitmaßnahmen der Behörde geben werde. Schindler betonte, dass es ein Online-Monitoring-System geben werde.

Auch die Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“ meldete sich wieder zu Wort. „Sollte es wirklich einen positiven Bescheid für die Biogasanlage geben, werden wir diesen auf jeden Fall beeinspruchen, denn wir lassen uns unsere wieder gewonnene Lebensqualität, die wir seit dem Stillstand der Anlage genießen dürfen, nicht wieder wegnehmen“, erklärt Helmut Fausch, Sprecher der Bürgerinitiative. Er kündigte an, dass mit größtem Widerstand der Initiative zu rechnen ist. „Wir werden zivilen Ungehorsam leisten, und denken dabei an Blockaden. So eine Dreckschleuder im Siedlungsgebiet zu errichten, das lassen wir uns nicht gefallen“, so Fausch kämpferisch.

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 17.12.2011, Seite 29)

Leoben: Zwei Themen mit Zündstoff

In der kommenden Leobener Gemeinderatsitzung wird es um eine Kapitalaufstockung für die Biogasanlage und eine Erhöhung des Menüpreises in Schulen und Kindergärten gehen.

ANDREA WALENTA

Wie bereits berichtet, soll kommenden Donnerstag eine weitere Kapitalerhöhung für die Biogasanlage beschlossen werden. Eva Maria Lipp, Leobens VP-Vizebürgermeisterin, hat sich bereits klipp und klar gegen eine solche ausgesprochen. „Das wäre der helle Wahnsinn. Wir können nicht zusehen, wie hier Schindluder getrieben wird und das Ganze dann sehenden Auges auch noch unterstützt“, erklärt Lipp.

Gestern meldete sich auch wieder die Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“ zu Wort und

appelliert an die Verantwortlichen der Anlage: „Wacht auf, bevor es zu spät ist.“ Die Bürgerinitiative verweist auf ein ihrer Meinung nach vergleichbares Projekt in Amstetten, das kürzlich in die Insolvenz geschlittert sei.

„Wie in Leoben wurde in Amstetten ein Modell gewählt, das weder technisch noch wirtschaftlich ausgereift war. Wobei die Amstettner wenigstens nicht den Fehler gemacht haben, die Anlage ins Wohngebiet zu stellen“, so die Vertreter der Bürgerinitiative. Sie appellieren an alle Gemeinderäte, in sich zu gehen und zum Wohle aller Leobener sich für ein Ende mit Schrecken anstatt eines Schreckens ohne Ende zu entscheiden, bevor es zu spät sei.

Erhöhung

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung der Gemeinderatsitzung dürfte auch für einige Diskussionen sorgen. Dabei geht es um die Erhöhung des Menüpreises für Kinderessen der Firma Gourmet. Wie Lipp erklärt, gehe es dabei um eine Erhöhung von 40 Cent pro Essen. Dazu Lipp:

„Wir als ÖVP haben uns gemeinsam mit anderen Oppositionsvertretern immer gegen die Einführung dieser Gourmet-Tiefkühlkost ausgesprochen. Mit dieser nun geplanten Erhöhung fällt jetzt auch das einzig übrig gebliebene Argument für die Einführung, dass das Essen dadurch billiger sein sollte.“

Leobener Lösung

Lipp befürchtet, dass die SP-Mehrheit in der Gemeinderatsitzung dahin gehend argumentieren könnte, dass sowohl die Opposition als auch der Elternverein „Geliebte Schule“ der Volksschule Göss daran schuld sein könnten, weil sie ausgespart sind und ein eigenes Paket mit frischer Küche in Kooperation mit der Mensa in Leoben auf die Beine gestellt haben.

Lipp ist außerdem weiterhin überzeugt, dass man mit einer akkordierten Vorgangsweise ohne Weiteres eine Leobener Lösung in Richtung Frischkost erzielen hätte können, die sowohl Qualität, als auch Frische des Essens, zu einem tragbaren Preis garantieren hätte können.



In der nächsten Leobener Gemeinderatsitzung geht es erneut um die Biogasanlage, die viele Leobener, wie hier bei einer Besichtigung der Anlage, bewegt. SCHÖBER

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 25.06.2011, Seite 29/29)

Biogas: Noch kein Bescheid

Bei der Biogasanlage in Leoben laufen gegenwärtig Nachbesserungsarbeiten, um alle Behördenauflagen für die Inbetriebnahme zu erfüllen.

ANDREA VALENZA

Vor etwa eineinhalb Monaten wurde das Behördenverfahren zum Projekt Biogasanlage Leoben auf dem Areal der Kläranlage abgewickelt. Verhandlungsleiter Günther Rupp von der Fachabteilung 13a Umwelt- und Anlagenrecht meinte gestern auf Nachfrage der Kleinen Zeitung, dass es noch keinen Bescheid gibt, weil noch keine vollständigen Beurteilungen der Sachverständigen für das Sanierungsprojekt der Biogasanlage Leoben vorliegen. „Noch ist alles offen“, so Rupp. Außerdem seien noch nicht alle baulichen Maßnahmen, die für die Inbetriebnahme der Anlage in Leoben notwendig sind, abgeschlossen. „Solange nicht alles fertig ist, wird es keinen Bescheid geben“, betont Rupp. Eine neue

Verhandlung vor Ort sei aber nicht vorgesehen. „Ein Sachverständiger wird die baulichen Maßnahmen in Leoben überprüfen“, so Rupp. Auf die Frage, wann eventuell mit einem Bescheid für die Inbetriebnahme der Biogasanlage zu rechnen sei, meinte er, dass dies noch vor dem Sommer der Fall sein könnte.

Maßnahmen

Ronald Schindler, Geschäftsführer der LE Gas, erklärt, dass man gegenwärtig auf dem Areal der Anlage mit Nachbesserungsarbeiten beschäftigt sei. „Es handelt sich dabei um Lärmschutz- und sicherheitsrelevante Maßnahmen, die in enger Zusammenarbeit mit der Behörde durchgeführt werden“, so Schindler. Man liege im Großen

und Ganzen in der Zeit und werde den Zeitplan einhalten können. „Auch wenn es uns lieber wäre, es ginge noch schneller“, meint Schindler.

Durch die behördliche Schließung der Biogasanlage vor etwa einem Jahr sind auch finanzielle Probleme für die LE Gas aufgetreten (wir berichteten). „Wir haben mit der finanzierenden Bank intensive Gespräche geführt. Es gibt ein Bekenntnis der Bank, dass sie zur Anlage steht“, erklärt Schindler. Das Geld sei durch den Stillstand der Anlage zwar knapp und man könne nicht aus dem Vollen schöpfen, aber es würden die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt.

Schindler betont, dass man auf jeden Fall alle behördlichen Auflagen erfüllen werde, um einen rechtskräftigen Bescheid für die Inbetriebnahme der Anlage zu bekommen.



Ronald Schindler und Günther Rupp bei der Verhandlung im März

VALENZA

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 28.04.2011, Seite 27)

Keine gestanksarme Garantie

In Leoben wurde das Verfahren zur Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage aufgenommen. In den nächsten Wochen wird eine Entscheidung erwartet.

Sachlich begann am vergangenen Montag das Behördenverfahren zum überarbeiteten Projekt Biogasanlage Leoben. Zu diesem hatte Verhandlungsleiter Günther Rupp von der zuständigen Fachabteilung 13A der Landesregierung neben Technikern und Gutachtern auch alle Personen eingeladen, welche bei der Verhandlung im Mai vorigen Jahres Einwendungen gegen die Biogasanlage gemacht hatten. Unter anderem waren auch Vertreter der Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“ geladen.

Bearbeitungsfähiges Verfahren

Das Verfahren für die Biogasanlage in ihrem derzeitigen Zustand ist laut Verhandlungsleiter Dr. Rupp „bearbeitungsfähig“.

Bis Ende März werden die Sachverständigen der Behörde ihre Stellungnahmen vorlegen, ebenso wird die „LE Gas“ als Betreiber und ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Leoben noch weitere Unterlagen übermitteln.

Die LE Gas hat sich auch verpflichtet, eine Fertigstellungsmeldung für die Komplettierung und technische Anpassung der Biogasanlage vorzulegen. Nach Vorliegen dieser Meldung kann dann der Bescheid ausgestellt werden.

Optimistischer Geschäftsführer

„Wir sind überzeugt, dass der eingeschlagene Weg zur Wiederinbetriebnahme der abfallwirtschaftlich und energiepolitisch sinnvollen Biogasanlage richtig ist und die LE GAS den Betrieb zukünftig bescheidenmäßig abwickeln kann“, zeigt sich der Geschäftsführer der LE Gas GmbH Ronald Schindler zuversichtlich.

Endgültig beurteilt kann es



Noch steht die Biogasanlage in Leoben still. Über eine Wiederaufnahme wird gerade verhandelt.

Bieder



>> Der eingeschlagene Weg zur Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage ist der richtige <<

Ronald Schindler



>> Wenn die Lebensqualität beeinträchtigt wird, dann wird es Protestmaßnahmen geben <<

Helmut Fausch



>> Die Anlage soll schnell in Betrieb genommen werden, um den Schaden gering zu halten <<

Walter Reiter

aber noch nicht werden, da noch nicht alle fünf Anlagenteile fertig sind bzw. noch Nachbesserungen getätigt werden müssen. Sollte die Anlage genehmigungsfähig sein, dann müsste die Anlage von einer vom Betreiber unabhängigen Person kontinuierlich überwacht werden.

Betrieb ohne Gestank?

Auch Helmut Fausch, Sprecher der Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“, welche 400 Unterschriften hat, sprach von einer sachlich geführten Verhandlung.

Helmut Fausch fordert nach wie vor, dass die Lebensqualität – wie sie seit dem Stillstand der Anlage Anfang Juni 2010 herrscht – ohne Gestank beibehalten wird.

Die Vorgeschichte

Die Biogasanlage Leoben wurde Anfang Juni des Vorjahres durch den unabhängigen Verwaltungssenat geschlossen, weil fünf von sechs Anlagenteile vom Bescheid abweichend errichtet worden waren.

Außerdem beschwerten sich Anrainer über den großen Gestank. Danach hatte die „LE Gas“ beim Land einen Vertierungsantrag für die Anlage eingebracht. Man hat neben des bisherige zehn Millionen Euro in die Optimierung der Anlage weiter investiert.

Unterschiedliche Reaktionen

Über den Stand der Dinge war den nun bereits in der Vorwoche die Fraktionsleiter des Gemeinderates und – getrennt – auch die Anrainer, die sich zur Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“ zusammengeschlossen hatten, informiert.

Unterschiedlich die Reaktionen: ÖVP-Fraktionsführer Herbert Huberichler meint, dass die „LE Gas“ aus den Fehlern gelernt und die Anlage nun gesetzeskonform errichtet habe.

Gemeinderat Walter Reiter von der gleichnamigen Bürgerliste bedauerte, dass die Verantwortlichen auf seine Frage, ob es bei Inbetriebnahme zu keiner Geruchsbelastung kommen werde, keine Stellungnahme abgaben. Ich glaube, dass bis zum

heutigen Tage noch nicht alle Mängel von den Betreibern der Biogasanlage behoben wurden. Niemand von den Verantwortlichen und den Sachverständigen könne den Anrainern garantieren, dass es in Zukunft zu keiner Beeinträchtigung der Lebensqualität durch den Gestank der Biogasanlage kommen werde.

Walter Reiter weiter: „Ich vermute, dass die Verantwortlichen den Anrainern auch heute nicht die ganze Wahrheit gesagt haben. Ihr einziges Ziel ist es, diese Stinkanlage in Betrieb zu nehmen, um für die „LE Gas“ den finanziellen Schaden nicht noch größer werden zu lassen und eine Schließung sogar zum Konkurs der Biogasanlage führen könnte.“

Protestmaßnahmen angedroht

Bürgerinitiativen-Sprecher Helmut Fausch ergänzte: „Laut Gutachten geht der Betrieb nicht ohne Gestank. Wird ein Probebetrieb gestartet, werden wir aktiv werden. Denkbar wären Straßenblockaden.“

HÖNZ-WEEDER

(Quelle: Woche Obersteiermark/ Leoben. 17.03.2011. S. 6)

Biogas wird bald wieder ein Thema



Seit Juni des Vorjahres ist die Biogasanlage Leoben wegen Baumängel geschlossen. Eine Wiederinbetriebnahme könnte im Frühjahr erfolgen.
Bayer

Im März gibt es einen neuerlichen Anlauf, um eine Betriebsgenehmigung für die Biogasanlage in Leoben zu erhalten.

Die „LEGAS GmbH“ als Errichter der Biogasanlage Leoben hat in der Vorwoche die Bürgerinitiative und weitere Anrainer über den aktuellen Stand des Projektfortschrittes informiert.

Im Rahmen der projektbegleitenden zweiten Informations-Plattform skizzierte der Geschäftsführer der LEGAS GmbH, Ronald Schindler, die aktuelle Entwicklung des Projektes Biogasanlage. „Alle notwendigen Bestellungen zur Optimierung der Anlage sind hinausgegangen und wir sind überzeugt, dass damit die technischen Voraussetzungen für einen planmäßigen Betrieb der Biogasan-

lage gegeben sein werden. Auch im personellen Bereich werden wir eine fachliche Verstärkung erfahren. Damit sehen wir dem weiteren Behördenverfahren mit Zuversicht entgegen“.

Behörden sind am Zug

Der behördliche Ortsaugenschein wurde für März 2011 in Aussicht gestellt. Die nachfolgende Diskussion innerhalb der Informationsplattform war geprägt von einer mehr und mehr sachlichen Ebene, wozu auch die Experten der Montan Universität Leoben und einzelne Gesellschaftervertreter der LE Gas positiv beitrugen.

Die Vorgeschichte

Die Leobener Biogasanlage musste im Vorjahr Anfang Juni unverzüglich geschlossen werden. Damals hat der unabhängige Verwaltungssenat des Landes den Einspruch der LE-Gas-

GmbH wegen des Schließungsbescheides der Biogasanlage abgewiesen. „Die Anlage musste geschlossen werden, weil Teile der Biogasanlage nicht bewilligungskonform errichtet worden sind“, sagte damals Peter Schurl vom unabhängigen Verwaltungssenat. Bei einer Verhandlung an Ort und Stelle wurde zudem festgestellt, dass die Anlage widerrechtlich mit Tierblut beschickt wurde, das auch noch falsch deklariert wurde. Insgesamt wurden mehr als 1000 Tonnen Blut verarbeitet. Für Günther Rupp von der zuständigen Fachabteilung 13A gibt es eine neuerliche Betriebsgenehmigung nur dann, „wenn alle gesetzlichen Vorgaben nach eingehender Prüfung durch das Land erbracht wurden“. Bis zum Vorjahr hat die Stadt Leoben 10,5 Millionen Euro in die Biogasanlage investiert.

-MAHA-

(Quelle: Woche Obersteiermark. 10.02.2011, Seite 4/5)

Biogasanlage Leoben: Das Prüfungsverfahren läuft noch

In etwa drei Wochen wird das Prüfungsverfahren der Fachabteilung 13a des Landes bezüglich der Biogasanlage Leoben abgeschlossen sein.

LEOBEN. In den vergangenen Wochen ist es rund um die Biogasanlage in Leoben ruhig geworden. Wie berichtet, hat die LE Gas fristgerecht bei der Fachabteilung 13a der Landesregierung ein überarbeitetes Konzept für die Inbetriebnahme der Anlage eingereicht. Dieses muss von Gutachtern überprüft werden.

„Wir befinden uns noch immer in der Beurteilungsphase des Projekts“, erklärt Günther Rupp von der Fachabteilung 13a des Landes. „Im Frühjahr wird es ei-

nen Ortsaugenschein geben. Einen Bescheid wird es erst nach diesem Lokalaugenschein geben“, betont Rupp. Mit einer Fertigstellung aller Gutachten werde etwa in drei Wochen zu rechnen sein. Seit der Landtagswahl haben sich auch die politischen Zuständigkeiten für die Biogasanlage geändert. Nun zeichnet FP-Landesrat Gerhard Kurzmann für das Umweltressort verantwortlich.

Nach wie vor ein klares Nein zur Wiederinbetriebnahme der

Biogasanlage kommt von der Bürgerinitiative „Gegen Lärm und Gestank“. „Aufgrund des geringen Abstandes der Anlage zu öffentlichen Einrichtungen und privaten Wohnsiedlungen und der wieder zu erwartenden Geruchsbelästigung und nicht auszuschließenden gesundheitlichen Belastungen lehnen wir eine Wiederaufnahme, aber auch einen Probetrieb ab“, erklärt Helmut Flausch, Sprecher der Bürgerinitiative.

ANDREA WALZENTA

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben, 02.12.2010, Seite 28)

Biogas lässt die Köpfe rauchen

Erste breite Informationsoffensive zum Thema Biogasanlage Leoben. Emotionale Bürgerversammlung paarte sich mit sachlichen Informationen und möglichen Zukunftsszenarien.

ANDREA WALENTA

Erwartungsgemäß verlief die Bürgerversammlung zur Biogasanlage Leoben sehr emotional. Dies deshalb, weil es bisher keine Möglichkeit für Anrainer gegeben hat, ihrem Ärger über die vergangenen fünf Jahre offiziell Luft zu machen, in denen sie, wie Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative, erklärte, „belogen und betrogen“ worden seien.

Daher ging es vorrangig um „Vergangenheitsbewältigung“. Diese wurde in knapp drei Stunden nicht geschafft, da das Vertrauen der Anrainer in die Verantwortlichen der Biogasanlage und der Politik tief erschüttert wurde. Fiausch kam am Ende der Bürgerversammlung zum Schluss: „Wir sind nicht mehr länger bereit, an Gesprächen teilzunehmen. Für uns gibt es nichts mehr außer Stillstand.“ Und er kündigte Aktionen an, sollte die Anlage wieder in Betrieb gehen.

Gestern erklärte Fiausch, dass die Bürgerinitiative doch bereit sei, weiterhin konstruktive Gespräche zu führen, aber unter anderen Voraussetzungen. „Wir schmeißen jetzt nicht alles hin, wofür wir fünf Jahre gekämpft haben“, so Fiausch.

Und das Gesprächsangebot von den Verantwortlichen der LE Gas zur Einbeziehung der Bürgerinitiative in die weitere Vorgangsweise steht, wie gestern bei einer Pressekonferenz versichert wurde. In dieser legte Christian Mayer, zuständig für technische Innovationen bei der Energie Steiermark, seine Analyse der



Podium bei der Bürgerversammlung:

Ronald Schindler, Markus Lehner, Christian Mayer und Dieter Neger

SCHÖBERL/GJ

„Wir schmeißen jetzt nicht alles hin, wofür wir fünf Jahre gekämpft haben.“

Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative

Biogasanlage dar. Vor allem, warum sie nicht funktioniert hat.

Ursachen

„Ich habe viele Ursachen gefunden“, so Mayer. Er nannte eine nicht mangelfreie Fertigstellung. „Es ist zwar alles da, und das Konzept genügt vom Prinzip her, aber bei der Ausführung ist geschluppt und nicht mit entsprechender Sorgfalt gearbeitet worden“, erklärt Mayer. Außerdem sei die Anlage zu schnell in Betrieb gegangen, das Personal nicht entsprechend gestützt worden. Durch die starken Geruchsemissionen sei man extern stark unter Druck gekommen. Das habe man nicht mehr in den Griff

bekommen. Zu den technischen Mängeln seien organisatorische gekommen. Mayer zeichnete neben der Fertigstellung der Anlage ein Lösungsszenario. Der erste Schritt sei die Herstellung der Anlage für die Behördenfreigabe. Sicherheitstechnische Maßnahmen für Mitarbeiter sowie die Umsetzung verfahrenstechnischer Änderungen, die zu Verbesserungen führen würden, seien weitere Schritte. „Die technischen Probleme sind lösbar“, ist Mayer überzeugt. Schwieriger sei es, das Vertrauen der Anrainer wiederzugewinnen, um eine Chance zu bekommen.

Behördliches

Dieter Neger, Rechtsvertreter der LE Gas, erklärte die notwendigen behördlichen Schritte. Gegenwärtig prüfe die Fachabteilung 13a des Landes die überarbeiteten Einreichpläne. Man müsse warten, ob die abweichend errichteten Anlagenteile genehmigungsfähig seien. „Wenn die Behörde geprüft hat, wird es einen Ortsaugenschein

„Bei der Ausführung ist nicht mit entsprechender Sorgfalt gearbeitet worden.“

Christian Mayer, technische Innovation Energie Steiermark

und einen dementsprechenden Bescheid geben“, erklärt Neger. Sollte es eine Genehmigung geben, müsste der Unabhängige Verwaltungssenat den Schließungsbescheid aufheben. Danach möchte LE Gas einen Testbetrieb. „Wenn es geht, mit den betroffenen Anrainern“, so Neger. „Ich verbürge mich für die LE Gas, dass alle rechtlichen und technischen Schritte gesetzt werden“, betont er. Es heiße aber nicht, dass es bei einer genehmigten Anlage null Emissionen geben werde. „Diese dürfen weder gesundheitsschädigend sein, noch die Anrainer über Gebühr belasten“, so Neger. Die Geruchsbelastungen würden durch die



Helmut Fiausch, Sprecher der Bürgerinitiative, bei der Versammlung



Zur theoretischen Information gab es auch eine Besichtigung der Anlage

Maßnahmen deutlich zurückgehen. Man werde von den Schwellenwerten weit entfernt sein. Auch das Vertrauensverhältnis zur Behörde sei wieder hergestellt.

Bürgermeister Matthias Konrad sprach von Liquiditätsproblemen der LE Gas. „Wenn die Mängel nicht behoben werden können, weil die Liquidität fehlt, heißt sich die Katze in den Schwanz“, so Konrad. Er äußerte Befürchtungen, dass, sollte die Bank aussteigen, die Anlage von einem anderen Unternehmen gekauft werden könnte.

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 20.10.2010, Seite 30/31)

Biogasanlage: Kommunikation soll auf sachliche Ebene führen

ÖVP Leoben kritisiert neuerlich mangelhafte Information in der Causa Biogasanlage. Profi für die Kommunikation wurde bereits eingesetzt.

LEOBEN. Seit der jüngsten Gemeinderatssitzung sei schon wieder ein Monat vergangen, aber am Informationsstand der Anrainer habe sich bisher nichts geändert, meint Peter Pulm, VP-Gemeinderat. „Die groß angekündigte Informationsoffensive ist bislang ausgeblieben, die Angst der Anrainer, neuerlich überfahren zu werden, bleibt“, kritisiert Pulm.

Die ÖVP spricht auch von einer Sitzung des Reihalteverbandes, die heute über die Bühne gehen soll und in der eine weitere Kapitalerhöhung für die LE-Gas abgesegnet werden soll. Herbert Hatzeneichler als VP-Vertreter werde diese nicht mittragen, da

noch keine neuen Fakten am Tisch liegen. Konkret führt man hier das Gutachten der Energie Steiermark ins Treffen, dessen Inhalt noch nicht offen gelegt worden sei.

Auf die Frage, wie es nun mit der Informationsoffensive aussehe, meinte gestern Ronald Schindler, kaufmännischer Direktor der LE-Gas: „Von einer Offensive haben wir nie gesprochen, aber wir haben nun mit Johann Trummler, einen arrivierten und bekannten Mann eingesetzt, der für die Kommunikation zuständig ist. Er hat seine Arbeit bereits begonnen, nimmt Kontakte in alle Richtungen auf und

sammelt Daten. Er wird mit allen sprechen und entsprechende Maßnahmen setzen.“ Trummler gehe wertfrei und offen auf alle zu, damit man auf sachlicher Ebene kommunizieren könne.

Zum Thema Gutachten erklärt Schindler, dass es mittlerweile fertig sei, und dass es kein Geheimnis gebe. „Es gibt nichts, was wir unter Verschluss halten müssen, und wir werden es zu einem gegebenen Zeitpunkt vorlegen. Wir sind gerade dabei, einen Termin zu planen“, erklärt Schindler. Status quo der Biogasanlage sei der gleiche wie vor zwei Monaten, und es gehe nun alles seinen Weg. **ANDREA WALENTA**

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 12.10.2010. S.21)

Die Bürgerinitiative gegen Lärm und Gestank wird ihren Kampf gegen die Biogasanlage in Leoben weiter führen. Sprecher Helmut Flausch und Ulrike Egger haben bereits viel Zeit für die Interessen der Anrainer aufgewandt. WOLFGANG



Die Biogasanlage in Leoben steht zur Erleichterung der Anrainer gegenwärtig still. ANDREAS SCHÖBIL

Anrainer kämpfen als Bürgerinitiative weiter

Gegner der Biogasanlage in Leoben, die jetzt auf Behördenanordnung stillgelegt ist, haben sich zu einer Bürgerinitiative formiert.

ANDREA VALENTA

Seitdem das Unternehmen LE-Gas die Biogasanlage Leoben beim Land erneut eingereicht hat, also seit 5. Juli, haben sich nun Anrainer und Betroffene der Biogasanlage zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Und zwar unter dem Namen: Bürgerinitiative gegen Lärm und Gestank. Als offizieller Sprecher fungiert Helmut Flausch, der sich auch bisher schon kein Blatt vor den Mund genommen hat, wenn es darum ging, die Interessen der Anrainer zu vertreten.

„Wir haben gesehen, dass die Verantwortlichen der LE-Gas keine Ruhe geben werden und die Anlage unbedingt wieder hochfahren wollen. Außerdem gibt es gegenwärtig Gerüchte, dass es auch andere Interessenten für die Biogasanlage gibt. Ganz egal, wer diese Anlage betreibt, wir sind dagegen, weil sie ohne Gestank und ohne Belastung für die Anrainer an diesem Standort nicht funktionieren wird“, so Flausch. Auch Mitstreiterin Ulrike Egger spricht sich deutlich gegen die Biogasanlage an diesem Standort auf dem Areal der Kläranlage Leoben aus. „Es gibt eine Empfehlung, dass eine Biogasanlage mindestens 300 Meter Abstand zu einem Siedlungsgebiet haben soll. Hier ist in 80 Meter Entfernung ein Pflegeheim, 192 Meter ist der Kindergarten entfernt und auch die Schule und die Sportstätte in Lerchenfeld liegen näher“, argumentiert Egger.

„Wir haben wirklich schon viel Geld und Zeit investiert, damit wir zu unserem Recht kommen.“

Helmut Flausch, Sprecher

Beide betonen, dass sie und viele andere Betroffene auch, seit der behördlich angeordneten Schließung der Biogasanlage wieder echte Lebensqualität verspüren. „Wir können die Luft zum Atmen wieder richtig genießen, und es gibt keine Geruchsbelästigung mehr.“ Das habe man auch beim Umweltamt der Stadtgemeinde Leoben deponiert. Und so solle es auch zukünftig bleiben, wünschen sich die Betroffenen, die jahrelang unter Gestank zu leiden hatten.

Geld und Zeit

Einige Anrainer haben bereits eine nicht unerhebliche Summe Geld in die Hand genommen, damit sie Gutachter und Anwälte

bezahlen können, die ihnen erklären, wie eine solche Biogasanlage technisch genau funktioniert und wie die Sache auch rechtlich aussieht. „Wir haben wirklich schon sehr viel Geld und Zeit investiert, damit wir zu unserem Recht kommen“, so Flausch und Egger. Viele Anrainer von Judendorf, Seegraben und Lerchenfeld fordern eine lebenswerte Umgebung ohne Belastungen durch die Biogasanlage, und daher fordern sie auch das endgültige Aus der Anlage. „Sollte sie wieder in Betrieb gehen, dann werden wir zivilen Ungehorsam leisten“, so Egger. Man denke dabei etwa an Straßensperren.

Die Bürgerinitiative hat eine Homepage eingerichtet unter www.leobenwertig.at, auf der sie die Bevölkerung aufklären möchte. Von dieser kann man sich eine Unterschriftenliste gegen die Biogasanlage herunterladen. „Wir wollen, dass die Leute in der ganzen Steiermark wissen, was hier vorgeht“, so Flausch, der auf viele Zugriffe und Unterstützung hofft. „Wir haben für jeden ein offenes Ohr.“

(Quelle: Kleine Zeitung/ Bezirk Leoben. 01.10.2010, Seite 30)

Imagepolitik für Biogas

Die Anrainer sollen jetzt in die Projektentwicklung rund um die Biogasanlage Leoben mit eingebunden werden.

Spät aber doch hat die Le-Gas, bei der die Stadtwerke Leoben ein Gesellschafter ist, für die nicht funktionierende und stinkende Biogasanlage, die deshalb abgestellt werden musste, eine Agentur für eine Informationsoffensive beauftragt.

Johann Trumler, der mit seiner gleichnamigen Kommunikationsmanagement-Agentur unter anderem auch das Stadtkraftwerk Leoben und den Ausbau des Kraftwerks in Hieflau im Vorfeld professionell begleitete, befindet sich derzeit auf Erkundungstour bei den Fraktionsobleuten aller Parteien und will auch die Anrainer anhören.

Keine neuen Fakten

Bei der in der Vorwoche stattfindenden Sitzung des Reinhalteverbandes hat der ÖVP-Fraktionssprecher Gemeinderat **Herbert Hatzenbichler** eine weitere Kapitalerhöhung für die Le-Gas



Es ist unklar, ob die Biogasanlage in Leoben ohne Geruchsbelästigung der Anrainer auch wirtschaftlich betrieben werden kann.

Heinz Stöber

nicht mitgetragen. Seine Begründung: „Bis heute liegen keine neuen Fakten am Tisch und auch der Inhalt des von der Energie Steiermark erstellten Gutachten ist nicht bekannt. Offenbar ist der Inhalt dieses Gutachtens nicht so, wie es die Verantwortlichen haben wollen. Warum sonst wurde das Papier niemals den Gemeinderäten präsentiert?“, fragt sich Hatzenbichler.

„Bis heute weiß niemand, ob die Anlage ohne weitere massive Geruchsbelästigung der Anrainer wirtschaftlich zu betreiben ist. Fakten werden geheim gehalten und die Bevölkerung im Unklaren gelassen! Die Optik ist definitiv schief. Was die Anrainer brauchen, ist eine ernsthafte, transparente und seriöse Einbindung in die Projektentwicklung“, ergänzt ÖVP-Gemeinderat **Peter Pulm**. WIE-

(Quelle: Woche Obersteiermark/ Bezirk Leoben. 19.08.2010, Seite 2)

Stunk im Gemeinderat

Die derzeit geschlossene Biogasanlage in Leoben war Thema der Leobener Gemeinderatssitzung.

Die bisher nicht funktionierende und bis zur Schließung stinkende Biogasanlage auf dem Gelände der Kläranlage Leoben, welche wegen der nicht bescheidmäßigen Errichtung von Anlagenteilen geschlossen werden musste, war das Thema mehrerer Dringlichkeitsanträge der Opposition in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag. Die Dringlichkeitsanträge von FPÖ, KPÖ und SPÖ wurden jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Die FPÖ hatte die endgültige Stilllegung der Biogasanlage gefordert, die KPÖ ein unabhängiges Gutachten zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit der Anlage. Beide Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ-Mehrheit abgeschmettert.

Die Opposition stimmte hingegen geschlossen einer Aufstockung des Stammkapitals um 650.000 Euro für die LE-Gas nicht zu.

Im öffentlichen Teil sprach Bürgermeister **Matthias Konrad** lediglich davon, dass die Anlage betriebsfähig sei, sie braucht

aber Investitionen und muss langsam hochgefahren werden. „Dann wird man sehen ob sie wirtschaftlich ist“, sagte Konrad.

Der betriebswirtschaftliche Geschäftsführer **Ronald Schindler** erklärte, dass der Auftrag zur Nachbesserung abgearbeitet werde. „Die Nachbesserung wird durchgeführt, damit das Investment nicht verloren geht“, so Schindler.

Antworten nicht öffentlich

Die Beantwortung folgender Fragen der Opposition blieben aber geheim: **Gerd Krusche** (FPÖ): „Wenn jetzt Experten herangezogen werden, gibt es für mich den Umkehrschluss, das bisher Dilettanten am Werk waren. Gibt es aber irgendjemanden, der garantiert, dass die Anlage dann funktioniert?“

Vizebürgermeisterin **Eva Lipp** (ÖVP): „Die Anlage war von Anfang an ein Murks. Wer trägt die Verantwortung für dieses Projekt? Wer kommt für Stillstandskosten auf?“

Walter Reiter (Bürgerliste): „Geschäftsführer Ronald Schindler muss über alles Bescheid gewusst haben. Warum hat man ihn – wie die beiden technischen Geschäftsführer – nicht auch abgelöst? Immerhin hat er den Bürgermeister, die Gemein-

deräte und Anrainer nicht informiert“. **Hannes Grünbichler** (KPÖ): „War die Anlage bis jetzt wirtschaftlich?“

Die Antworten darauf gab es in der vertraulichen Sitzung, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Keine Ausnahme für Hotelgäste

Keine Chance hatte die FPÖ auch mit ihrem Dringlichkeitsantrag bezüglich einer Rückvergütung von Parkgebühren für Gäste des Hotels Falkensteiner. Da das Hotel keine eigenen Parkplätze hat, müssen die Hotel- und Restaurantgäste auf den Stellplätzen, welche von den Stadtwerken bewirtschaftet werden, eine Parkgebühr bezahlen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. -WEE-



Die SPÖ mit Bürgermeister **Matthias Konrad** will die Vorgänge rund um die Biogasanlage Leoben nicht in der Öffentlichkeit diskutieren. *Wolfer*

(Quelle: Woche Obersteiermark/ Leoben. 22.07.2010, Seite 2)

Blut, Streit & Verfahren

Die Biogasanlage Leoben wurde widerrechtlich mit Tierblut beschickt. Dies könnte auch für den Gestank verantwortlich sein. Zwei Geschäftsführer wurden abberufen.

In der Vorwoche gab es auf dem Betriebsgelände der Biogasanlage Leoben eine Verhandlung, die von der Fachabteilung 13A der steirischen Landesregierung geführt wurde. Dabei wurde festgestellt, dass die Biogasanlage widerrechtlich mit Tierblut aus Schlachthöfen beschickt wurde. Dieses Tierblut könnte auch die Ursache für die Geruchsbelästigung sein. Laut Sachverständigen besteht jedoch keine Gesundheitsgefährdung für die Anrainer. Es gibt jedoch eine Strafanzeige an die Betreiber der Biogasanlage, der LE Gas GmbH.

Als erste Konsequenz wurden die beiden technischen Geschäftsführer mit sofortiger Wirkung abberufen. **Ronald Schindler**, kaufmännischer Direktor der LE Gas: „Wir erarbeiten derzeit zusätzliche Sicherungsmaßnahmen, um künftig solche Fehler vermeiden zu können. Auch sind wir dabei, die bescheidabweichenden Baumängel zu beheben, um eine Schließung der Anlage zu vermeiden.“

Entscheidung erst im Juni

Aufgrund dieser bescheidabweichenden Erbauung der Anlage gibt es bereits einen Schließungsbescheid der Fachabteilung 13A. Gegen diesen Bescheid hat die LE Gas Rechtsmittel eingelegt. Bis zu einer Entscheidung des Unabhängigen Verwaltungssenats (UVS) kann die Anlage weiterhin in Betrieb bleiben. „Es wird frühestens Anfang Juni eine neuerliche Verhandlung geben, erst



Die Geruchsbelästigung bei der Biogasanlage Leoben könnte durch Verwendung falsch deklarierter Materialien wie Tierblut verursacht worden sein. *Blotter*

danach ist mit einer Entscheidung des UVS zu rechnen“, sagt **Peter Schurl**, Vorsitzender des UVS.

Politisches Trommelfeuer

Die Missstände bei der Biogasanlage Leoben führen auch zu einer politischen Auseinandersetzung. „Mit dem Verhandlungsergebnis ist nicht nur die rechtliche Grundlage dieser Anlage infrage gestellt, sondern es besteht für die Anrainer Gefahr in Verzug, weil nicht klar ist, welche Stoffe tatsächlich im Prozess verwendet werden. Solange diese Sachverhalte nicht klar auf dem Tisch liegen, soll die Biogasanlage sofort gestoppt werden“, so die aktuelle ÖVP-Forderung.

Die KPÖ wollte einen Sondergemeinderat zu den Vorgängen rund um die Biogasanlage einberufen. ÖVP und FPÖ haben dieses Ansinnen unterstützt. Für das notwendige Drittel hätte es jedoch einer Unterstützung der Bürgerliste Walter Reiter oder der SPÖ bedurft. Diese Zustimmung hat es nicht gege-

ben. FPÖ-Fraktionsführer **Gerd Krusche** kritisiert, dass der Ist-Zustand der Anlage nicht der Planung entspricht und ein ordnungsgemäßer Betrieb daher nicht möglich ist bzw. es die LE Gas bis heute nicht geschafft hat, eine genehmigungsfähige Anlage zu errichten. „Wir fordern daher nochmals die sofortige Schließung der Anlage bis zur Mängelbehebung sowie personelle Konsequenzen bei der Unternehmensleitung“, sagte Krusche.

Labg. **Lambert Schönleitner** von den Grünen fordert Umweltsenatsrat **Manfred Wegscheider** und Gesundheitslandesrätin **Bettina Vollath** auf, sofort zu handeln. „Wir wissen jetzt, dass die Einwände richtig waren und die Anlage gesundheitsgefährdend ist. Es ist also dringend notwendig, die Anlage zu schließen. Wenn jetzt der Umweltsenatsrat und die Gesundheitslandesrätin nicht reagieren, wird man die Staatsanwaltschaft bemühen. Es geht klipp und klar um Gesundheitsgefährdung.“ *-MAHAWEE-*

(Quelle: Woche Obersteiermark/ Leoben. 20.05.2010, Seite 2)

Pressematerial

Folgende Presseaussenden und -einladungen wurden zur Analyse herangezogen.

Einladung P r e s s e g e s p r ä c h

„Biogasanlage Leoben - Aktueller Stand“

Dienstag, 7. Februar 2012, 9.00 Uhr

Biogasanlage Leoben, Obritzfeldweg 1 (bei Kläranlage)

Besprechungsraum

Sehr geehrte Frau Chefredakteurin, sehr geehrter Herr Chefredakteur!

Sehr geehrte Frau Redakteurin, sehr geehrter Herr Redakteur!

Die LE GAS GmbH als Errichter und Betreiber der Biogasanlage Leoben möchte Sie, nach Vorliegen des Bescheides gerne über den aktuellen Stand und die weiteren Schritte der Biogasanlage Leoben informieren.

Wir laden Sie daher sehr herzlich zu einem Pressegespräch ein. Als Gesprächspartner stehen Ihnen

DI Ronald Schindler, GF LE GAS GmbH

DI Dr. Michael Resch, GF LE GAS GmbH

zur Verfügung.

Wir freuen uns über Ihr Interesse!

Rückfragehinweis

Anmeldungen und Rückfragen werden erbeten an:

pr mag. trumler, communicationsmanagement GmbH

0316 /47 31 59; oder 0664 402 37 61 oder office@prtrumler.at

CXXX

(Quelle: Presseeinladung LE Gas GmbH, 01.02.2012)

Einladung
P r e s s e g e s p r ä c h

„Biogas Anlage Leoben - Aktueller Stand“

Dienstag, 19. Oktober 2010, 10.00 Uhr
Biogasanlage Leoben, Obritzenfeldweg 1 (bei Kläranlage)
anschl. Besichtigung der Anlage

Sehr geehrte Frau Chefredakteurin, sehr geehrter Herr Chefredakteur!
Sehr geehrte Frau Redakteurin, sehr geehrter Herr Redakteur!

Die LE GAS GmbH als Errichter und Betreiber der Biogasanlage Leoben möchte Sie gerne über den aktuellen Stand der Biogasanlage Leoben informieren.

Wir laden Sie daher sehr herzlich zu einem Pressegespräch ein. Als Gesprächspartner stehen Ihnen

Dr. Matthias Konrad, Bgm. Leoben
DI Ronald Schindler, GF LE GAS GmbH
Dr. Dieter Neger, Rechtsvertreter
DI Christian Mayer, Energie Steiermark

zur Verfügung.

Wir freuen uns über Ihr Interesse!

Rückfragehinweis

Anmeldungen und Rückfragen werden erbeten an:
pr mag. trumler, communicationsmanagement GmbH
0316 /47 31 59; oder 0664 402 37 61 oder office@prtrumler.at

(Quelle: Presseeinladung 19.10.2010)

Pressekonferenz LE Gas GmbH

19. Oktober 2010

Dr. Matthias **Konrad**

Bgm. Leoben, Obmann Reinhaltverband

DI Ronald **Schindler**

GF LE GAS GmbH

Univ.-Prof. Dr. Markus **Lehner**

Montanuniversität Leoben / Industrieller Umweltschutz

DI Dr. Michael **Resch**

Energie Steiermark / Abt. Technische Innovationen und
Erzeugung technischer Energieinnovationen

Dr. Dieter **Neger**

Rechtsvertreter LE GAS GmbH

Rückfragen

DI Ronald Schindler

Stadtwerke Leoben
Kerpelystraße 21
8700 Leoben

Tel: 03842/23024-100

E-Mail: ronald.schindler@stadtwerke-leoben.at



(Quelle: Pressematerial LE Gas GmbH, 19.10.2010)



Pressemitteilung LE GAS

14. März 2011

Biogasanlage Leoben

Aktive Information läuft weiter

Die LEGAS GmbH als Errichter der Biogasanlage Leoben informiert weiter aktiv. Am 3. Februar wurden die Bürgerinitiative und weitere Anrainer über den aktuellen Stand des Projektfortschrittes informiert. Im Rahmen der projektbegleitenden 2. Informations-Plattform skizzierte der Geschäftsführer der LEGAS GmbH, DI Schindler, die aktuelle Entwicklung des Projektes Biogasanlage. „Alle notwendigen Bestellungen zur Optimierung der Anlage sind hinausgegangen und wir sind überzeugt, dass damit die technischen Voraussetzungen für einen planmäßigen Betrieb der Biogasanlage gegeben sein werden. Auch im personellen Bereich werden wir eine fachliche Verstärkung erfahren. Damit sehen wir dem weiteren Behördenverfahren mit Zuversicht entgegen“. Der behördliche Ortsaugenschein wurde für März 2011 in Aussicht gestellt.

Die nachfolgende Diskussion innerhalb der Informationsplattform war geprägt von einer mehr und mehr sachlichen Ebene, wozu auch die Experten der Montan Universität Leoben und einzelne Gesellschaftervertreter der LE Gas positiv beitrugen.

Informationsplattform als begleitendes Kommunikationselement

Die LE GAS ist weiterhin aktiv unterwegs, allen Interessierten laufend Informationen über die Entwicklung des Biogasanlage Projektes zu geben, sodass AnrainerInnen, politische Verantwortungsträger und Medien aus erster Hand und möglichst zeitnah informiert werden. Damit wird der im Herbst 2010 eingeschlagene Weg einer offenen und transparenten Vorgangsweise fortgesetzt.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Geschäftsführer LE Gas:

DI Ronald Schindler

Projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit:

Mag. Hans P. Trumler

Medieninformation



Tel: +03842 23024-102
office@stadtwerke-leoben.at

PR Mag. Trumler,
Communicationsmanagement GmbH

Tel.: +43 (0) 316 - 47 31 59
Mobil: +43 (0) 664 - 40 23 761

Mail: office@prtrumler.at

(Quelle: Presseaussendung LE Gas GmbH, 04.02.1011)

Medieninformation



Presseaussendung

03. Dezember 2010

Biogasanlage Leoben Aktive Information wird fortgesetzt

Die LEGAS GmbH als Errichter der Biogasanlage Leoben setzt, wie angekündigt, ihren aktiven Informationskurs bei der Realisierung der Biogasanlage Leoben fort. Am Mittwoch, 1. Dezember hat die erste Folgesitzung der projektbegleitenden Informations-Plattform stattgefunden. In dieser wurde vom Geschäftsführer der LEGAS GmbH, DI Schindler, und weiteren Projektbeteiligten der aktuelle Stand der Biogasanlage präsentiert und auch diskutiert. Ebenso wurde ein grober Zeitablauf bis zur Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage skizziert. Die nächsten Schritte sind die Prüfung des Betriebskonzeptes durch die zuständige Fachabteilung des Landes Steiermark sowie die Komplettierung und technische Anpassung der Biogasanlage.

Informationsplattform als begleitendes Kommunikationselement

Die LE GAS arbeitet aber auch sehr intensiv an der laufenden Information über die Biogasanlage. Die Einrichtung der Informationsplattform bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, über aktuelle und zukünftige Planungsschritte aus erster Hand möglichst zeitnah informiert zu werden. Dabei können offene Fragen erörtert und diskutiert werden. Damit soll nach der breiten Informations-Veranstaltung im Oktober d. J. das aktive Informationsangebot weitergeführt werden, um so eine offene und transparente Vorgangsweise bis zur Wiederinbetriebnahme der Biogasanlage zu gewährleisten.

Mit der Informationsplattform sollen die Anliegen der Bevölkerung ernst genommen und das Vertrauen gestärkt werden. Voraussetzung dafür ist eine unvoreingenommene Dialogbereitschaft aller Beteiligten.

Medieninformation



Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Geschäftsführer LE Gas:
DI Ronald Schindler

Tel: +03842 23024-102
office@stadtwerke-leoben.at

Projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit:
Mag. Hans P. Trumler
PR Mag. Trumler,
Communicationsmanagement GmbH
Tel.: +43 (0) 316 - 47 31 59
Mobil: +43 (0) 664 - 40 23 761
Mail: office@prtrumler.at

Medieninformation

(Quelle: Presseaussendung LE Gas GmbH, 03.10.2010)

Abstract Deutsch

Die vorliegende Masterarbeit basiert wesentlich auf dem Modell der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit und der Frage, inwiefern ein Einverständnis zwischen dem Betreiber der Biogasanlage und den betroffenen Anrainern und Anrainerinnen erzielt werden konnte.

Im theoretischen Teil wurden Aspekte der Risikokommunikation, Krisen- und Konflikt-PR, das Modell der VÖA, die aktive Partizipation in einer Demokratie mittels einer Bürgerinitiative und zentrale Faktoren von Biogasanlagen erläutert. Zudem wurden die moralischen Urteilsstufen und Teilöffentlichkeiten nach Grunig und Hunt beleuchtet.

Im empirischen Teil wurde die Verständigung des Betreibers der Biogasanlage Leoben mit den betroffenen Anrainern und Anrainerinnen untersucht. Anhand der PR-Evaluation der VÖA-Kriterien nach Burkart wurden 20 Artikel, ein Interview mit dem Kommunikationsbeauftragten des Unternehmens, das ausgesendete Pressematerial und 15 Interviews mit den Betroffenen analysiert. Es wurden die Begründungsniveaus der Rezipienten und Rezipientinnen in Bezug auf die Ablehnung oder Fürsprache der Legitimität der Biogasanlage und deren Standortwahl beleuchtet.

Das Material wurde mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert. Daraus entstanden induktiv gebildete Kategorien, welche die Grundlage für die Interpretation und Beantwortung der Forschungsfragen bildeten.

Die Ergebnisse zeigten massive Zweifel an der Legitimität der Vertreten Interessen, an der Legitimität der Biogasanlage, an der Vertrauenswürdigkeit des Betreibers und des Bürgermeisters und Zweifel an der Legitimität, Wahrheit und Verständlichkeit der Sachurteile auf. Zudem wurden die Kommunikationsaktivitäten des Betreibers äußerst negativ bewertet. Die qualitativen Erkenntnisse der Untersuchung zeigen, dass kein Einverständnis im Sinne der verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit erreicht und die Ziele der einzelnen Stufen des Modells nur teilweise erreicht wurden.

Abstract Englisch

The current master thesis is largely based on the model of the Consensus-Oriented Public Relations and the question as to how far an agreement between the operator of the biogas plant and the affected residents can be reached.

Aspects like risk communication, crisis and conflict-PR, the model of the Consensus-Oriented Public Relations, the active participation in a democracy explained by means of a citizen's initiative and the key factors of a biogas plant were discussed in the theoretical part. In addition, moral judgment stages and segments of the public according to Grunig and Hunt have also been presented.

The empirical part focuses on the understanding between the operator of the biogas plant Leoben and the affected residents. 20 articles, an interview with the communications officer of the company, the press material and 15 interviews with stakeholders are analyzed based on the PR evaluation criteria for the Consensus-Oriented PR regarding to Burkart. Furthermore, the reasoning levels of the recipients with respect to the rejection or intercession of the legitimacy of the biogas plant and the legitimacy of the site selection are highlighted.

The material was analyzed using the qualitative content analysis by Mayring. The results were presented in a category system, which formed the basis for the interpretation and answer of the research questions.

The results showed massive doubts about the legitimacy of the interests represented by the operator, the legitimacy of the biogas plant, the trustworthiness of the operator and the mayor, and doubts about the legitimacy, truth and clarity of the proper judgments. In addition, the communication activities of the operator were rated negatively. The findings of the study showed that the consent regarding the aim of the Consensus-Oriented PR has not been reached between the relevant communicators and that the aims of the different steps of the model have only been reached to some extent.

Lebenslauf

Anja Barth, Bakk.phil.

Persönliche Angaben

Geburtsdatum und-ort 26. Mai 1986, in Rottenmann
Staatsbürgerschaft Österreich

Ausbildung

10/2010 – derzeit **Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft**, Universität Wien
Thema der Magister Arbeit :
Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit am Beispiel der Biogasanlage Leoben

08/2010 **Abschluss Bakk.phil.**

10/2007 - 08/2010 **Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft**, Universität Wien
Spezialisierung: PR und Werbung
Bakkalaureatsarbeit I: Der Wandel des Medienkonsums von Kindern
Bakkalaureatsarbeit II: Neue Werbeformen - Alte Werbeformen?

10/2006 - 10/2007 Studium der Kunstgeschichte, Universität Wien

09/2002 - 06/2006 Borg Bad Aussee, Abschluss Matura

Berufserfahrung

03/ 2011 **Sattler AG**
PR-Mitarbeiterin

11/2010 - 03/2011 **Werbwerk e.U., Werbeagentur**
Kundenberaterin

10/2009 - 09/2010 **TBWA Wien, Werbeagentur**
Empfangsmitarbeiterin

07/2009 - 10/2009 **TBWA Wien, Werbeagentur**
Praktikantin im Bereich PR/ Werbung

04/2008 - 07/2008 **Energisch PR-Agentur GmbH**
PR-Assistenz

02/2008

ÖVP Bundespartei

Praktikantin Presseabteilung

Zusatzqualifikationen

Fachbezogene Kenntnisse	Verfassen von wissenschaftlichen Texten; Datengenerierung und –auswertung, insbesondere qualitative Inhaltsanalyse. Fachliche Auseinandersetzung mit Themen und Theorien der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften
Sprachen	Englisch (verhandlungssicher) Russisch (Grundkenntnisse)
Auslandserfahrung	Sprachreise in Eastbourne im September 2006 Sprachreise in London im Juli 2011
IT-Kenntnisse	ECDL MS Office (Word, Excel, Outlook, PowerPoint) Indesign, Adobe Photoshop